8C

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

--

11. 3.1942	Regierungssitzung im Regierungsgebäude zu Krakau.
13. 7.1942	Regierungssitzung im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes zu Krakau.
24. 8.1942	Regierungssitzung im Großen Sitzungssaal zu Krakau.
9.12.1942	Regierungssitzung im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

--

13. 4.1942	Hauptabteilungsleitersitzung.
28. 4.1942	Hauptabteilungsleitersitzung.
4. 6.1942	Hauptabteilungsleitersitzung.
22. 6.1942	Hauptabteilungsleitersitzung.
21. 9.1942	Hauptabteilungsleitersitzung.
8.12.1942	Hauptabteilungsleitersitzung.
11. 5.1942	Hauptabteilungsleitersitzung.

—

Regierungssitzung

im Regierungsgebäude zu Krakau, am

11.März 1942.

Gefertigt in 3 Exemplaren:

1.z.d.A. der Kanzlei des
Generalgouverneurs
2.Staatssekretär Dr.Bühler
3.Hauptabschnittsleiter
S t a h l

SITZUNG
DER
REGIERUNG
DES GENERALGOUVERNEMENTS

Grosser Sitzungssaal des Regierungsgebäudes

Krakau, am 11. März **194** 2

10³⁰ Uhr.

Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Generalgouverneur	Frank	
Der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements	Bühler	
Der Höhere SS- und Polizeiführer Staatssekretär Dr. Boepple	d. Boepple	
~~Der Untersteatssekretär~~ Der Stellvertreter des Staatssekretärs		
Der Befehlshaber der Ordnungspolizei		
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei		
Der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP		
Der Chef des Distrikts Krakau		
Der Chef des Distrikts Lublin		
Der Chef des Distrikts Radom		
Der Chef des Distrikts Warschau		
Der Gouv. des Distrikts Galizien		
Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin	i. V. Dr. Siegler	
Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung		
Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen		
Der Leiter der Abteilung Strassenverkehr		
Der Leiter der Hauptabteilung Finanzen		

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Leiter der Generaldirektion der Monopole		
Der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft		
Der Leiter der Abteilung Treuhand		
Der Leiter der Abteilung Devisen und Aussenwirtschaft		
Der Leiter der Hauptabteilung Justiz		
Der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft		
Der Leiter der Hauptabteilung Forsten		
Der Leiter der Hauptabteilung Arbeit		
Der Leiter der Hauptabteilung Propaganda		
Der Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht		
Der Leiter der Hauptabteilung Bauwesen		
Der Leiter der Hauptabteilung Eisenbahnen		
Der Leiter der Hauptabteilung Post		
Der Bankdirigent der Emissionsbank in Polen		
Der Leiter des Betriebsamtes		
Der Leiter des Amtes für Gesetzgebung		
Der Leiter des Amtes für Preisbildung		
Der Leiter des Amtes für Raumordnung		
Der Leiter des Personalamtes		

Dienststellung	Unterschrift	Bemerkungen
Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs		
Der Präsident des Fremdenverkehrsverbandes Generalgouvernement		
Der Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht		
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers des Heeres und des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement		—
Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers der Luftwaffe		
Der Verbindungsführer des Reichsarbeitsführers		
Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunst- und Kulturschätze		
Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes		
Der Beauftragte des Reichsjugendführers		
Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes		
Der ~~Leiter des Amtes für Außenhandel~~ Sonderbeauftragte des Generalgouverneurs		
Der Pressechef der Regierung des Generalgouvernements		
Der persönliche Beauftragte des Generalgouverneurs für Bauvorhaben		
Die Baudirektion des Generalgouverneurs		
Der Präsident des Obersten Rechnungsprüfungsamtes		

Bemerkungen: Reinmann, Gulbis, Fürsch, Pflaumbaum, Lauber

Beginn der Sitzung 10^{35}

Generalgouverneur Dr. Frank:

Meine Herren!

Ich heiße Sie zur ersten Regierungssitzung in diesem Jahr herzlich willkommen.

Seitdem wir die letzte Regierungssitzung hatten, haben das deutsche Volk, an der Spitze des deutschen Volkes unser Führer, die Wehrmacht, aber auch unser Generalgouvernement einen teuren Toten verloren, zu dessen Gedenken wir uns erheben. - Der Reichsminister Parteigenosse Dr. Todt, einer der hervorragendsten Männer des Reiches Adolf Hitlers, ist in die Ewigkeit eingegangen. Das verpflichtet auch die Regierung des Generalgouvernements und alle Deutschen im Generalgouvernement zu einem feierlichen Trauergedenken. Gerade wir im Generalgouvernement können feststellen, daß erst durch die geniale Tatkraft und die schöpferische Leistung des Parteigenossen Dr. Todt auch unser Aufbauwerk im Dienste des Reiches und der Wehrmacht ermöglicht worden ist. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben, ich danke Ihnen.

Von den Toten zu den Lebenden! Morgen feiert der Reichsminister Pg. Frick seinen 65 Geburtstag. Im Namen der Regierung des Generalgouvernements, aller Deutschen und Parteigenossen möchte ich diese heutige Sitzung benutzen, um ihm unsere Glückwünsche zu übermitteln. Parteigenosse Dr. Frick hat ein Leben lang dem Dienst des Führers und des deutschen Volkes auf dem Gebiet der Verwaltung gewidmet.

Seit der letzten Regierungssitzung haben sich einige Veränderungen in den Gouverneurpositionen ergeben. Ich begrüße in unserer Mitte den Gouverneur Dr. Wächter in seiner neuen Eigenschaft als Gouverneur

des Distrikts Lemberg, ferner den Parteigenossen Dr.Wendler in seiner Eigenschaft als Gouverneur des Distrikts Krakau. Die Neubesetzung dieser Gouverneurposten ist infolge des sehr traurigen Falles des früheren Gouverneurs Dr.Lasch notwendig geworden. Über diesen Fall und die damit zusammenhängende gewisse Erregungswelle können wir heute schon rückschauend urteilen. Wenn ein Mann über Bord geht, so läuft der Kurs des Schiffes in der alten Richtung weiter. Ich möchte nur feststellen, daß jeder Versuch, aus diesem Anlaß gegen die Allgemeinheit der Führung des Generalgouvernements, gegen das dienstliche, wirtschaftliche, soziale oder parteigenössische deutsche Leben des Generalgouvernements allgemeine Vorwürfe zu erheben, völlig unberechtigt ist. Ich kann im Gegenteil feststellen - und zu dieser Feststellung bin ich auch aufgrund meiner Besprechungen im Führerhauptquartier mit den Parteigenossen Himmler, Bormann und Lammers ermächtigt - daß im großen und ganzen das Generalgouvernement unter allen besetzten Gebieten vorbildlich dasteht. Daß es überall Irrende, Strauchelnde Menschen und auch Verbrecher und Gauner gibt, kann niemand verhindern. Eins wollen wir aber aus Anlaß dieses Falles mit aller Deutlichkeit aussprechen unser gemeinschaftliches Bemühen muß es sein, dafür zu sorgen, daß sich der mit der Dauer jedes Krieges zusammenhängende allmähliche Verfall öffentlicher Moral im Generalgouvernement nicht auszubreiten vermag. Ich bin allen beteiligten Dienststellen dafür dankbar, daß sie durch klares blitzartiges Zuschlagen, durch Sicherstellung aller Beweise dafür gesorgt haben daß diese Krisis eingefangen und der Klarlegung entgegengeführt werden kann.

Seit der letzten Regierungssitzung hat die Schwierigkeit der Kampflage des Deutschen Reiches dem Führer wiederholt Anlaß gegeben, sich an das deutsche Volk zu wenden. Wir wollen uns darüber klar sein, daß die Kriegslage des Ostens das deutsche Volk, den

deutschen Soldaten und alle Energien unserer Nation zur höchsten Anspannung zwingen. Wir haben es in Sowjetrußland mit einem Feind zu tun, der der größte Gegner, ist das der deutsche Heer Adolf Hitlers, die deutsche Wehrmacht bisher gefunden hat. Aber alles an Größe der Leistung, was bisher die deutsche Kriegsgeschichte kennt, ist in heroischstem Maße durch die wahrhaft einzigartige Haltung der deutschen Soldaten in den letzten Monaten im Osten übersteigert worden. Unter den denkbar~~sten~~ schwierigsten persönlichen und transportmäßigen Verhältnissen ist es einer durch Opfer dünn gewordenen Frontlinie unseres Volkes gelungen, dem gigantischsten Massenangriff unausgesetzt herantobender asiatischer Horden Widerstand zu leisten. Ich glaube, gerade wir im Generalgouvernement, die wir dem Osten und der Ostaufgabe verschrieben sind, haben einen besonderen Anlaß, dieses Heldenmutes der deutschen Soldaten dankbarst zu gedenken.

Es ist ganz klar, daß man Kriege nicht gewinnen kann, wie man etwa Sportpreise einheimst. Der Krieg ist in jedem Fall das grauhafteste Ereignis. Sie wissen selber, meine Herren, wieoft der Führer gerade aus seiner eigensten Kenntnis des Krieges heraus uns die Schrecken dieses Krieges in seinen Reden deutlich dargestellt hat. Es war nicht seine Absicht, diesen Krieg zu führen. Nun er uns und ihm aber aufgezwungen ist, müssen wir alles tun, um den Krieg zu gewinnen. Und wir werden diesen Krieg gewinnen. Schon ist England im Niedergang. Das Eingreifen Japans kam, weiß Gott, im richtigen psychologischen Zeitpunkt. Es ist ganz offensichtlich, daß durch die bevorstehenden militärischen Ereignisse binnen kurzen Wochen eine völlige Umkehr der Situation eintreten wird. Hierzu bedarf es nun der gesamten geballten Energie des deutschen Volkes und damit auch des Generalgouvernements.

Vorweg dieser heutigen Regierungssitzung möchte ich dafür ein Kennzeichen geben: es hat keinen Sinn, große Probleme, Projekte, Vorhaben aller Art legisla-

tiver, baulicher, erziehlicher, ideeller oder sonstiger Prägung in einem geschichtlichen Zeitpunkt durchsetzen zu wollen, in dem schlechterdings jede irgendwie verfügbare persönliche oder materielle Energie dem einen Ziel zu dienen hat, der deutschen Ostfront die Offensive zu ermöglichen und den Sieg herbeizuführen.

Wir haben uns schon oft über dieses Thema unterhalten. Immer wieder sagten wir: trotz dieser Vorrangstellung der militärischen Dinge wird es gelingen, dem Generalgouvernement das zu geben, was es braucht. Heute muß ich sagen, daß ohne Rücksicht darauf, ob das Generalgouvernement das bekommt, was es braucht, der Dienst an der Ostfront allem anderen vorangeht. Ich sage das vorweg auch deshalb so deutlich, weil es uns durch einen sehr ernsten und tiefschürfend gedachten Erlaß des Führers über die Vereinfachung der Verwaltung, der Gottlob auch im Generalgouvernement gilt, gerade zur Pflicht gemacht ist, diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu rücken. Dieser Erlaß kann daher nicht andere gehandhabt werden als in dem Sinne, daß generell die Verantwortung aller Dienststellen, aller Führer, aller maßgeblichen Persönlichkeiten des Generalgouvernements, ganz gleich, auf welchem Posten sie stehen, niemals anders gesehen werden kann als in der Frage: was hast du dazu getan, daß die Ostfront den notwendigen Nachschub, die notwendige Lebensmittelsicherung und die notwendigen Pferde bekommt? - oder: was hast du dazu nicht getan?

Die grundsätzliche Verantwortung für das Generalgouvernement und für die ihm gestellten Aufgaben wird in den kommenden Monaten völlig hinter die allgemeine Verpflichtung zurücktreten, dafür zu sorgen, daß wir den Krieg im Osten gewinnen.

Dieses sei deshalb auch so deutlich gesagt, weil sich an den Grundsätzen, nach denen wir die Verwaltung hier aufgebaut haben, nichts ändert. Die Einheitlichkeit der Führung des Generalgouvernements, die

Totalität, die der Generalgouverneur hat, wird nicht berührt. Das letzte bis jetzt noch aufgesparte Problem des Einbaues der Polizeiorgane in die Gesamtorganisation des Generalgouvernements unter dauernder Berücksichtigung der Notwendigkeit, daß gerade die Polizei über das Gebiet des Generalgouvernements hinaus einheitlich geführt werden muß, ist in einer Besprechung zwischen dem Reichsführer Himmler und mir in wesentlichen Grundsätzen festgelegt, und diese Regelung wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen in Kraft treten. Damit wird auch dieses letzte organisatorische Problem, das wir uns noch gestellt hatten, im Generalgouvernement gelöst, und damit ist dann der Aufbau, den wir uns gegeben haben, in Ordnung.

Dabei möchte ich nun aber das eine deutlich aussprechen: die Grundsätze, die wir aufgestellt haben, haben sich bewährt und werden sich auch weiter bewähren. Einheit Generalgouverneur, Einheit Gouverneur, Einheit Kreishauptmann, - das ist das Fundament, auf dem sich unsere Verwaltungskunst betätigt hat. Und hier hätte ich nur den einen Wunsch an alle Herren der Regierung: sorgen Sie immer dafür, daß in diesem Zeitpunkt Ihre eigenen Hauptabteilungen und Abteilungen in Krakau etwas darauf Rücksicht nehmen, daß draußen die Distrikte und Kreise nunmehr personell auf's knappste dastehen und in den kommenden Wochen unter keinen Umständen imstande sind, grundsätzlich neues allgemein Idealpolitisches, sei es auch verwaltungstheoretischer Art, in die Tat umzusetzen. Ich habe beim Staatssekretär Dr.Bühler beantragt, wenn es möglich wäre, dafür zu sorgen, daß ein größerer Teil der jüngeren Beamten und Angestellten aus der Zentrale Krakau auf jeweils ein Viertel- oder Halbjahr bei einem Kreishauptmann Dienst tun würde, damit diese Herren einmal das Leben im Lande von unten her kennenlernen könnten. Die Klagen wollen nicht enden, daß die theoretische Art der Erfüllung von Regierungsaufgaben mit den wirklichen Bedürfnissen draußen im Lande nichtharmoniere. Gerade wir haben die Möglichkeit,

auch hier einen Durchbruch herbeizuführen. Ich habe die besondere Form, die ich mir dafür vorstelle, etwa aus dem Gleichnis des Generalstabsoffiziers genommen: jeder Generalstabsoffizier hat wenigstens in normaler Friedenszeit immer wieder zur Truppe, zur Kompanie zurückzukehren, um nicht dort oben in ein ödes Kriegstheoretisieren zu verfallen, sondern in dauerndem Kontakt mit dem Leben zu bleiben. Wir können das nun im Generalgouvernement exerzieren. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser Gesichtspunkt nach dem Kriege bei einer allgemeinen Verwaltungsreform eines der Hauptmomente sein wird, damit das Verhältnis zwischen Zentrale und unteren Verwaltungsinstanzen im Reich auch etwas günstiger gestaltet werden kann.

Daß wir demnach im Generalgouvernement auf diesem Sektor in der nächsten Zeit mit gesteigerten Schwierigkeiten auf allen möglichen Gebieten rechnen müssen, werden Sie aus einzelnen kurzen Stellungnahmen der von mir aufzurufenden Hauptabteilungsleiter vernehmen. Ich möchte jetzt nur noch zwei Dinge in den Vordergrund rücken. Da ist das Völkertumsproblem des Generalgouvernements in der kommenden Zeit von Wichtigkeit, nämlich unser Verhältnis zu den Polen und Ukrainern, - zum anderen die Gesamtsituation gegenüber dem Reich und der Wehrmacht.

Das <u>Völkertumsproblem</u> im Generalgouvernement muß allein unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß dieses Gebiet des Generalgouvernements endgültig für die deutsche Wiederbesiedelung bestimmt ist. Das heißt, daß, ganz gleich, welchen Zeitraum wir dafür ansetzen, die Zielrichtung dahingeht, das gesamte Weichselland einschließlich Galiziens der deutschen Besiedelung freizumachen. Das ist selbstverständlich nur dadurch möglich, daß die fremden Volkstümer der Polen und Ukrainer im Laufe der Zeit aus diesem Gebiet entfernt werden. Daß sich solche Veränderungen über Jahrzehnte erstrecken werden, ist auch klar. Aber alles, was in dieser Richtung liegt, ist richtig, alles

was gegen diese Richtung sich wendet, ist falsch. Wenn wir heute schon Frieden hätten, dann würde ja die Situation volkstumspolitischer Art sehr viel einfacher sein, als sie heute ist; denn dann könnten wir nach freiem Belieben auch volkspolitisch wirtschaften, wie wir wollten. So aber müssen wir bedenken, daß im Generalgouvernement, in Oberschlesien, in den Reichsgauen Wartheland und Westpreußen, in Südostpreußen-Ziechenau Millionen von Polen leben, die heute schon um deswillen nicht ausgesiedelt oder beseitigt werden können, weil ihre Arbeitskraft im Dienste des Krieges und des Sieges unseres Volkes unentbehrlich ist. Es ist klar, daß man demnach die arbeitende polnischeBevölkerung ernähren, kleiden und dafür sorgen muß, daß sie arbeitsfähig im weitesten Umfange bleibe.. Daß damit zusammenhängend auch eine gewisse Tarnung unseres letzten politischen Wollens notwendig ist, ist selbstverständlich. Schlimm wäre es bei uns im Generalgouvernement, wenn ein politisches Zusammenwachsen der Ukrainer und Polen hier zur Tat werden und wir dieses immerhin noch etwas von uns geübte Schaukelspiel eines völkerpolitischen Gegensatzes zwischen Polen und Ukrainern verlieren würden. Außerdem ist es gut, wenn man auch mitten im Kriege dafür sorgt, daß keine überflüssige Unruhe in ein an sich nur von wenigen Deutschen geführtes Land kommt. Aus allen diesen Gründen habe ich es seit Beginn der Führung im Generalgouvernement für notwendig gehalten, diese Mittellinie einzuhalten. Ich habe mich durch nichts davon abbringen lassen und gedenke, diese Linie auch so lange einzuhalten, wie sie uns Deutschen Nutzen bringt.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die <u>Widerstandsbewegung</u> zunimmt, und zwar deshalb, weil sich die Lage der intellektuellen polnischen Schichten wirtschaftlich katastrophal entwickelt, weil auch vor allem die Einwirkungen von außen her von uns nicht völlig beseitigt werden können, weil zudem der Pole in seiner romantischen Widerstandssucht ein alterfahrener

Organisator im dunklen ist, wie das seine Geschichte zeigt. Ich glaube, daß es bei vernünftigen Anschauungen auf diesem Gebiete möglich ist, in den kommenden Monaten gerade noch durchzukommen. Einige sehr bedenkliche Fälle sind vorgekommen; sie zwingen uns allerdings, zu den schärfsten Gegenmitteln zu greifen. Es handelt sich dabei um einige ganz zweifellose Sabotageakte z.B. in Elektrizitätswerken. Aber selbst wenn es sich hierbei nicht um Sabotage, sondern um einen Unfall gehandelt hätte, müssen wir doch in den kommenden Monaten mit solchen Sabotagefällen rechnen. Daher müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten auch mit größter Entschiedenheit gegen jeden Versuch angehen, der in dieser Richtung zu einer Unterwühlung unserer inneren Ordnung aus dem Gesichtspunkt der Widerstandsbewegung heraus führen könnte.

Die Ukrainer sind in dieser Beziehung noch um einen Grad zuverlässiger, wenn auch im allgemeinen das Verhältnis nicht gerade sehr klar ist, da angesichts der Entwicklung in der Großukraine gewisse Schwierigkeiten in diese Dinge gekommen sind. Ich nehme jedoch an, daß es uns gelingt, mit den Dingen fertig zu werden, und hoffe, daß sich die Ukrainer mehr und mehr der Aufbauarbeit zur Verfügung stellen werden.

Ich habe mit Ermächtigung des Führers vor einiger Zeit den früheren polnischen Gesandten in Berlin Wysocki empfangen, den einzigen Polen, von dem der Führer sagt, daß er ihn ausstehen könne, weil er seinerzeit in Berlin mit dazubeigetragen habe, daß die Annäherung Deutschland und Polen geschaffen wurde. Ich habe mich mit ihm über diese Dinge ausgesprochen und habe ihm vor allem erklärt, daß natürlich ein Ansteigen des Widerstandes auch zu einer völligen Umkehr unserer bis jetzt noch sehr großzügigen Anschauung führen könnte. Ich habe ihm weiter mitgeteilt, daß wir die jetzige Entwicklung der Dinge genau beobachten werden. Ich habe ihm allerdings auch gesagt, daß die Loyalität ein Kennzeichen dafür sei, daß man in einem Gemeinschaftswesen arbeiten

und leben wolle. Er konnte nicht anders als mich dieser Loyalität versichern. Es ist immer ganz gut, wenn solche Aussprachen stattfinden; man kann für später immer sagen, daß der gute Wille wenigstens auf unserer Seite vorhanden war.

Ich habe dann mit einem Vertreter der Ukrainer Professor Kubiowitisch gesprochen; ich nehme an, daß er mehr nominell die Dinge führt, praktisch aber von den Ukrainern nicht besonders anerkannt wird. Aufgabe des Gouverneurs von Galizien wird es wohl sein, sich der ukrainischen Frage besonders anzunehmen.

Die Lage im Deutschen Reich zwingt uns, dem volksdeutschen Problem eine besondere Bedeutung beizumessen. Ich würde der Partei erneut zu Dank verpflichtet sein, wenn sie dafür sorgt, daß die Lage der Volksdeutschen einer eingehenden Betrachtung unterzogen und ihnen eine möglichste Förderung zuteil werden würde. Ich freue mich, aus den Berichten der Parteigenossen Stahl und Kundt lesen zu können, daß die volksdeutsche Betreuung zunimmt. Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind sehr schwierig; sie müssen aber schon stimmungsmäßig und aus psychologischen Gründen / von uns ernsthaft erwogen werden. Hier kann und muß noch viel geschehen.

Aus dem Reich sind verschiedene Dinge übernommen worden, die für den inneren Dienstbetrieb von größter Bedeutung sind, so die Regelung der Arbeitszeit, die Urlaubsbeschränkung, die Beschränkung des Bauwesens, des Automobilverkehrs usw.. Ich möchte die Herren von der Regierung und die Herren Gouverneure darauf aufmerksam machen, daß es zweckmäßig ist, wenn auch sie für ihre eigene Person an diesen Regelungen vorbildlich Anteil nehmen und sich in ihren eigenen Dienststunden und ihrem eigenen Leben an diese Regelungen, die aus dem Reich kommen, angleichen. Ich verlange als Ihr Chef nicht gerade von Ihnen, daß Sie schon um ½ 8 Uhr pünktlich jeden Tag im Büro sind, möchte es aber doch als außerordentlich wünschenswert ansehen, daß Sie sich in Ihrer eigenen dienstlichen

Führung so zeigen, daß der Angestellte Ihres eigenen Betriebes sieht: aha, unser Chef geht mit gutem Beispiel voran.

Das Verhältnis zur Wehrmacht ist ausgezeichnet. Ich möchte wiederholt auch für die Mitarbeit der Herren Verbindungsoffiziere meinen Dank sagen. Für die Arbeit hier im Generalgouvernement kann ich nur sagen, daß beiderseits der Eindruck besteht: man tut, was man kann, um sich gegenseitig zu helfen.

Auch das Verhältnis zur Polizei und SS ist im allgemeinen sehr gut, und ich glaube, daß wir die Schwierigkeiten gemeinsam meistern werden.

Die Verwundetenbetreuung im Generalgouvernement ist, wie das allgemein anerkannt wird, schlechterdings vorbildlich geregelt. Ich darf als Generalgouverneur der Partei und allen Deutschen in diesem Raum für die hervorragende Anteilnahme an der Verwundetenbetreuung, die weit ins Reich hinein Eindruck gemacht hat, meinen Dank sagen.

In eine ernste Zeit schreitend, aber in sich geschlossener denn je und willensklarer denn je ist das Generalgouvernement bereit, die Aufgaben auf sich zu nehmen, die wir uns selber gestellt haben in der Erfüllung der Pflichten, die uns der Führer übertragen hat. Ich freue mich sehr, daß Sie, Parteigenosse Krüger, wieder in unserer Mitte weilen und von Ihrem Unfall gehesen sind.

Ich erteile nun zunächst das Wort dem Geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann zu seinem Referat über die

Ernährungslage.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann:

Anläßlich der heutigen Regierungssitzung, möchte ich wiederum - wie in meinem letzten Bericht im Dezember 1941 - einen Überblick über die Versorgungslage im GG und abschließend einen Ausblick auf die den Umständen nach zu erwartende Entwicklung in den nächsten Monaten geben.

Auch der dritte Kriegswinter war genau so hart in Kälte undSchnee wie die vorhergegangenen zwei Kriegswinter. Trotzdem haben wir versorgungsmäßig gesehen auch diesen Kriegswinter gut überstanden und sind nennenswerte Schwierigkeiten oder sogar die von der feindlichen Propaganda wiederum angekündigten Hungerkatastrophen nicht nur vermieden worden, sondern konnten auch - wie ich nachfolgend noch ausführen werde - die Versorgungsverhältnisse für die marktordnerischen Schaufenster Warschau, Krakau und den Radomer Industriebezirk durch besondere Zuteilungen in den Monaten Dezember, Januar und Februar wesentlich verbessert werden.

Bedeutung des Generalgouvernements

Angesichts der Bedeutung, welche das GGment in der augenblicklichen und entscheidenden Phase des Krieges im Osten hat und noch haben wird, wird es - wie bisher - mein Bestreben sein, trotz der immer schwieriger werdenden Erfassungs- und Verteilungsverhältnisse die Ernährungs- und Versorgungslage bis zum Anschluß an die neue Ernte zu meistern.

Mehr denn je ist die augenblickliche und zukünftige Lage dadurch gekennzeichnet, daß das GG.ment als ausgesprochene Etappe der kämpfenden Ostfront Verbindungsstück zwischen Heimat und Heer darstellt.- Die immer stärkere Einbeziehung der Eisenbahn und des gesamten Verkehrswesens überhaupt in den Bereich der kämpfenden Front sowie die für Anfang April zu erwartende völlige Abdrängung des zivilen Sektors insbesondere aus dem Eisenbahnverkehrsnetz lassen mich für die Gesamtwirtschaft, insbesondere für die

Ernährungswirtschaft, Auswirkungen befürchten, die mich mit ernster Sorge erfüllen.

Als Beitrag des GG.ments in Erfüllung der diesem Raum gestellten Aufgabe sind auf dem Sektor Ernährungswirtschaft in den letzten Monaten Vorleistungen für die kommende Zeit der Entscheidungen im Osten erstellt worden.

Das letzte halbe Jahr seit der Ernte war in Entlastung des Reichs gekennzeichnet

1. durch Übernahme zusätzlicher Versorgung des MiG
2. durch Einbeziehung des gesamten Personals der Ostbahn in die Zusatzverpflegung I
3. als Sonderleistungen Lebensmittelbereitstellung für die Unterhaltung der Werksküchen der Ostbahn
4. Lebensmittelbereitstellung für den Unterhalt der Werksküchen der Rüstungsindustrie für 80 000 Menschen
5. Lebensmittelbereitstellung für den Unterhalt von Werksküchen der Post für 5 000 Menschen
6. Bereitstellung von Pauschalkontingenten für die Arbeitskräfte in der Forstwirtschaft, für 65 000 Menschen
7. Bereitstellung von Lebensmitteln für Durchführung eines Prämiensystems der Ostbahn
8. für 84 500 Arbeitskräfte im unmittelbaren Heeresgefolge und von Betrieben im Einsatz für die Wehrmacht einschließlich Luftwaffe durch Bereitstellung von Pauschalkontingenten für die Zusatzverpflegung I
9. im Rahmen dieser Sonderleistungen die zusätzliche Bereitstellung von Mehl, Zucker, Kunsthonig, Eiern, Öl für 2,3 Millionen Menschen der Großstädte Warschau, Krakau, Radom, Tschenstochau, Kielce und das Radomer Industriebezirks

10. für die Zusatzversorgungsberechtigten I und II die Ausgabe von über 6 Mill.Eiern

11. die Bereitstellung von Lebensmitteln für den polnischen Hauptausschuß und das russische sowie ukrainische Hilfskomitee.

Insgesamt kann gesagt werden, daß im GG.ment einschließlich Distrikt Galizien rund 2 Millionen Menschen zusatzversorgungsberechtigt sind, was bedeutet, daß fast jeder vierte Normalverbraucher zusätzlich versorgt wird.

Bewußt haben wir bei diesen Sonderleistungen und bei den zusätzlichen Versorgungsmaßnahmen für kriegswichtige und kriegsentscheidende Betriebe gerade in diesen Wintermonaten berücksichtigt, daß die Befriedigung sonstiger Lebensbedürfnisse, wie insbesondere Heizung und Kleidung, nicht immer gegeben war.

In Aussicht gestellt habe ich ferner für 50 000 Arbeiter im Rahmen des auf Befehl des Führers durchzuführenden Ostbauprogramms die Zusatzverpflegung neben weiteren zusätzlichen Versorgungsmaßnahmen für Arbeitskräfte in der Schiffahrt und in der Seuchenbekämpfung.

<u>Getreide:</u>

Im einzelnen stellt sich die Lage der Lebensmittelversorgung wie folgt:

Auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft sind bis zum 28.Februar an Brotgetreide im GG.ment außer Galizien ..... 366.017 to = 63,7 %

erfaßt worden.

Am gleichen Tage des Vorjahres belief sich die erfaßte Menge an Brotgetreide auf ... 290.260 to = 42,4 %

d.h. es sind in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre mehr erfaßt worden ..... 75.757 to.= 21.3 %

Dieser Erfolg hat seine Begründung vor allem darin, daß auf einen schnellen Erfassungsrhythmus ganz besonders Wert gelegt wurde; denn was bis

Dezember des Jahres nicht erfaßt worden ist, wird, - wie die Ergebnisse der nachfolgenden Dekaden beweisen - auch später nicht mehr erfaßt. Ein sich immer mehr einspielender Erfassungsapparat, eine gut funktionierende Prämienwarenaktion und etwas bessere Preise haben trotz fehlenden Einsatzes von Polizeikräften zu diesem Ergebnis geführt.

Infolge der außerordentlichen Belastung durch Bereitstellung von Brotgetreide an die Wehrmacht und die vorhin aufgeführten Bedarfsträger bin ich gezwungen, den Rationssatz für nichtdeutsche Normalverbraucher mit Wirkung vom 1.5.42 wieder auf den alten Stand von 4.200 gr Brot monatlich zurückzuführen. Alle A- und B-Karteninhaber behalten die alten Sätze. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß auch im deutschen Reich im Hinblick auf einen reibungslosen Anschluß an die neue Ernte ab 6.4.42 eine Brotrationssenkung durchgeführt werden muß.

Im Distrikt Galizien sind 66.503 to Brotgetreide erfaßt worden. Wenn auch dieses Ergebnis insgesamt gesehen nicht befriedigen kann, so muß doch berücksichtigt werden, daß im Distrikt Galizien

1. die Transportschwierigkeiten größten Ausmaßes die Hauptursache darstellen
2. der Erfassungsapparat immer noch im Aufbau begriffen ist und
3. Prämienwaren wie in den vier anderen Distrikten bisher nicht zur Verfügung standen

Seit Mitte Februar wird für die Deutschen im GG.ment ebenfalls Schwarzbrot ausgegeben; diese Maßnahme ist erforderlich, da man sich im GG.ment an die Ausmalungsquote des Reiches angleichen mußte, die 91 % beträgt.

<u>Kartoffeln:</u>

Während wir im Herbst 1940/41 bis Ende Februar 490 000 to Kartoffeln erfassen konnten, sind vom Herbst 1941 bis Ende Februar 1942 insgesamt 649 400 to Speisekartoffeln und

79 000 To Fabrikartoffeln
erfaßt worden, das ergibt eine Gesamtmenge von

728 400 to Kartoffeln.

Diese Mehrerfassung von 48 % gegenüber dem Vorjahre ist um so beachtlicher, als die späte Kartoffelernte und der zeitige Frost der Verbringung von Kartoffeln außerordentliche Schwierigkeiten entgegensetzten und insgesamt im Herbst 1941 zur Bergung der Kartoffelernte nur 4 bis 5 Wochen zur Verfügung standen.

Im Frühjahr 1942 müssen folgende Mengen aufgebracht werden:

	296 000 to	Speisekartoffeln
	114 000 to	Fabrikkartoffeln
	34 000 to	Pflanzkartoffeln für Galizien
sodaß insgesamt	444 000 to	

Kartoffeln als Versorgungssoll zu erfassen sind, davon sind in Mieten bereits erfaßt 95 000 to, sodaß noch 349 000 to einzubringen sind.

Durch den lange anhaltenden Frost läßt es sich aber bereits heute übersehen, daß die Bewegung dieser Kartoffelmengen in die Monate fällt, die voraussichtliche die größten Transportschwierigkeiten, die jemals bestanden haben, bringen werden und damit außer den Erfassungsschwierigkeiten die Aufbringung dieser Mengen fast zu einer Unmöglichkeit machen.

Ferner steht zu befürchten, daß ein großer Teil der durch Frost überraschten Mietenkartoffeln den Winter nicht ordnungsgemäß überstanden hat und stärkere Verluste als normal zu befürchten sind.

Gartenbau:

Die Lage auf dem Gebiet der Gemüse- und Obstversorgung war besonders für die Großstädte des GG.ments mit Ausnahme von Winterobst einigermaßen ausgeglichen. Die Anfuhr von frischem Gemüse ist teilweise noch

derart, daß der laufende Bedarf einigermaßen gedeckt werden kann. Bis zu Beginn der neuen Ernte müssen mit Ausgehen des Frischgemüses aus den Mieten, mit Sauerkraut, Trockengemüse, Essig- und Salzgemüse, Obstsäften und zusätzlichen Einfuhren von Frischgemüsen Versorgungslücken überbrückt werden. Soviel sei in diesem Zusammenhang gesagt, daß die Versorgung der Deutschen mit Südfrüchten und Gemüsen als ausreichend angesehen werden kann.

Zucker:

Auf dem Gebiet der Zuckerwirtschaft hat sich die Versorgungslage aufgrund der schlechten Ernte wie in ganz Europa grundlegend geändert. Statt der zu erwartenden und in der Bilanz vorgesehenen 1,3 Millionen Doppelzentner Zucker sind bis Januar 42 nur 737 000 dz Zucker hergestellt worden, und zwar als Folge einer durch die anhaltende Nässe schlechten Zuckerrübenernte, wozu noch außerordentliche Verluste durch den frühzeitig einsetzenden Frost hinzutraten. Als Auswirkung dieser schlechten Zuckerernte ergab sich zwangsläufig eine Senkung der Rationssätze für Zucker, und zwar für Deutsche um 200 gr und für Nichtdeutsche um 50 %. Ausserdem wurden den Betrieben, die Zucker benötigen, die Kontingente heruntergesetzt.

Brauwirtschaft:

Auf dem Gebiet der Brauwirtschaft reichen die jetzt vorhandenen Vorräte an Gerste und Weizen in den Brauereien für eine Bierversorgung bis Anfang Juni dieses Jahres. Insbesondere durch die starken Wehrmachtsanforderungen und den Mehrverbrauch durch Wehrmachtsangehörige ist die Bierversorgungslage im GG.ment wesentlich beeinträchtigt, obwohl die Biererzeugung gegenüber dem Vorjahr eine 40 %ige Steigerung erfahren hat.

Die Bierlieferung erfolgt zu ca. 80 % an die Wehrmacht, SS und Polizei sowie an andere Formationen, während die restlichen ca. 20 % nur an deutsche Zivilstellen und Gaststätten ausgegeben werden, die außerdem noch von Wehrmacht und vorerwähnten Formationen sehr stark besucht werden. Wenn sich die Erwartung, weitere Braugerste zu erfassen, erfüllt, wird es gelingen, die Bierversorgung bis zur neuen Ernte sicherzustellen.

Vieh:

In der Vieh- und Fleischwirtschaft wurde im Rahmen der festgesetzten Versorgungssätze durch die Viehaufbringung der Bedarf gedeckt - ein Erfolg der sich bereits in einigen Distrikten auswirkenden Viehregistrierung. Der Anfang Mai beginnende Weidegang und die Transportschwierigkeiten werden zweifellos auch die Lage auf diesem Versorgungssektor grundlegend ändern, wenn auch gewisse Vorräte die Lücke für einige Wochen schließen helfen. Auch aus psychologischen Gründen konnte vor einer Senkung der Rationssätze um 25 % für die Deutschen im GG.ment ab 1.4.42 nicht halt gemacht werden, da mit Wirkung vom 6.4.42 im Reich die Rationssätze um 25 % gekürzt werden. Analog dieser Kürzung werden die Rationssätze für Fleisch im GG.ment um 25 % gekürzt.

Eier:

Auf dem Gebiet der Eierwirtschaft ist in der vergangenen Woche mit der neuen Erfassungsperiode begonnen worden. Statt - wie im letzten Erfassungsjahr - 3/4 kg Zucker als Prämienware kann in der kommenden Erfassungsperiode aufgrund der schlechten Zuckerversorgungslage nur ¼ kg Zucker als Prämienware je 1 kg Eier zur Verfügung gestellt werden. Ich hoffe, daß bei der knappen Versorgungslage diese geringe Menge ausreichen wird, um als Prämienware eine entsprechende Erfassungskraft auszuüben.

Im vergangenen Frühjahr sind 384 Mill. Eier erfaßt worden, von denen nach den Ihnen bekannten Sätzen im GG.ment selbst verteilt sind

367.650.000

während zur Ausfuhr nach Deutschland gelangt sind:

16.350.000 Stck

In diesem Jahre rechne ich einschließlich Galizien mit einer Erfassung von

630.000.000 Stück Eiern.

Vorgesehen ist eine Ausfuhr nach Deutschland von 50 Mill. Eiern, eine Zahl, die sich gegebenenfalls noch vergrößern wird, wenn die Erfassung ein besseres Ergebnis zeitigen sollte. Die Zuteilungssätze in diesem Wirtschaftsjahr sind die gleichen wie 41/42. Die Vorschätzung der Erfassung 1942 hängt ebenfalls - von der Überwindung der Transportschwierigkeiten, vor allem in Galizien, und von der Zurverfügungstellung des erforderlichen Verpackungsmaterials ab.

Fett:

Allen Anstrengungen zum Trotz hat die Versorgungslage in Butter und Fett weiterhin eine Verschärfung erfahren, die auf dem Gebiet der Milchwirtschaft saisonbedingt ist. Durch das Ausgehen der Futtervorräte ist die Milcherzeugung außerordentlich abgesunken, sodaß die meisten Distrikte gezwungen waren, im Hinblick auf die Versorgung der Verwundeten, Frauen und Kinder zu Verbrauchseinschränkungen bei Milch zu schreiten und bei Butter im Distrikt Krakau 50 % in Form von Margarine oder Butterschmalz zu ersetzen. Diese Versorgungsschwierigkeiten haben auch noch ihre Gründe in der Abriegelung von Gemeinden und teilweise Kreisstücken oder gar ganzen Kreisen vom Verkehr infolge der weit verbreiteten Maul- und Klauenseuche und des Flecktyphus.

Mit Einsatz der wärmeren Witterung und des beginnenden Weideganges wird die natürliche Milchschwemme diese Versorgungsschwierigkeiten beseitigen.

Anders sieht es jedoch auf dem Gebiet der übrigen Fettversorgung, insbesondere mit Margarine aus. Durch die schlechte Rapsernte konnten statt der in der Bilanz vorgesehenen

14 000 to Raps bisher
nur 7 000 to "

erfaßt werden, woraus sich ein natürlicher Rückgang in der Margarine- bzw. Ölerzeugung ergibt. Eine wesentliche Verbesserung wird sich auch bis zur neuen Ernte kaum ergeben, und auch im kommenden Jahr wird mit einer Stabilisierung der Versorgungsverhältnisse auf dem Gebiet dieses Fettstoffes nur dann zu rechnen sein, wenn der Raps in diesem Winter gut durchkommt und eine einigermaßen gute Ernte bringt.

Analog der Rationssenkung bei Fleisch ist aus den gleichen psychologischen Gründen für Deutsche die Senkung der Rationssätze für Butter und Fett um 75 gr pro Woche ab 1.4.1942 verfügt worden.

<u>Ausblick:</u>

Die zukünftige Gestaltung der Versorgungslage ist in weitgehendem Ausmaße davon abhängig, inwieweit sich auf anderen Gebieten in der kommenden Zeit Verhältnisse herausbilden werden, die in kriegsbedingten Erfordernissen ihre Ursache haben. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Transportlage.

Für den Fortgang der Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist außer einer angemessenen Erhöhung der Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Bereitstellung ausreichender Mengen an Prämienwaren insofern eine weit größere Bedeutung als bisher beizumessen, als die fehlenden Polizeikräfte Zwangsmaßnahmen unmöglich machen.

Mit diesen Ausführungen über die Lage auf dem Versorgungssektor möchte ich schließen, um einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen der Frühjahrsbestellung zu geben.

Die Herbstbestellung konnte in den vier Distrikten des alten GG.ments restlos durchgeführt werden, wenn auch der frühe Frosteintritt manche Hindernisse und Schäden hier verursacht hat. In Galizien konnte infolge mangelnder Bespannung und nicht vorhandener Traktoren die Herbstfurche nur zu einem gewissen Teil ausgeführt werden, und auch die Wintersaat wurde nicht 100 %ig durchgeführt. In den Wintermonaten sind die Vorbereitungen für die Frühjahrsbestellung getroffen worden. Durch den lang anhaltenden Winter werden wir mit einer verspäteten, zusammengedrängten Frühjahrsbestellung rechnen müssen. Diese Tatsache ist insbesondere deshalb ungünstig, weil allein über 500 Traktoren, die im Reich verladebereit stehen, wegen Waggonmangel bis heute noch nicht ins GG.ment transportiert werden konnten. Auch ist durch die Pferdemusterungen der vergangenen Jahre und durch die augenblicklichen Aushebungen der Wehrmacht der Pferdebesatz für die Durchführung der Frühjahrsbestellung sehr knapp geworden. Während der Frühjahrsbestellung dürfen deshalb auf keinen Fall Gespannleistungen von anderen Bedarfsträgern verlangt werden. - Bisher wurden insgesamt über 200 000 Pferde der Wehrmacht aus der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Für die Sommergetreidesaat wird ausreichend Saatgut aus eigener anerkannter Produktion zur Verfügung gestellt werden können. Aus dem Reich sind dem GG.ment noch 13.000 to Hochzuchtsaatgut und 27.000 to Saatkartoffeln zur Verfügung gestellt. Durch Waggonmangel ist jedoch das rechtzeitige Hereinkommen dieser Saatgutmengen in Frage gestellt. Insbesondere für die Versorgung des Distrikts Galizien mit hochwertigem Sommergetreidesaatgut, Zucker- und Runkelrübensaatgut und Kartoffeln werden noch erhebliche Schwierigkeiten auf dem Transportsektor zu überwinden sein.

Leider konnte die Versorgung der Landwirtschaft mit Handelsdünger nicht zufriedenstellend erfolgen. Wenn man berücksichtigt, daß durch das Hinzukommen von Galizien sich die landwirtschaftliche Nutzfläche von 6½ Millionen auf 10 Millionen Hektar erhöht hat, erkennt man erst die richtige Lage bei der Betrachtung folgender Gegenüberstellung: im Reich stehen pro Hektar z.B. 17 kg rN und 65 kg Kalk der Landwirtschaft zur Verfügung. Durch den Rückgang der Stickstoffproduktion und die vor einigen Wochen erfolgte Stillegung des Stickstoffwerks Moscice stehen nicht - wie im Vorjahre - 15.600 to rN, sondern nur 8.000 to rN zur Verfügung. Das bedeutet, daß der Landwirtschaft des GG.ments nur 0,8 kg rN pro Hektar zur Verfügung gestellt werden können.

Auch bei der Phosphorsäureversorgung und der Kaliversorgung macht sich die schwierige Transportlage hemmend bemerkbar. So sind z.B. für den Distrikt Warschau

7 000 to Thomasmehl

zugeteilt, von denen leider bisher erst 10 % im Distrikt Warschau eingetroffen sind.

Zu einer ordnungsgemäßen Durchführung der Kalkdüngung würden pro Jahr 500.000 to Kalk für das Generalgouvernement gebraucht. Leider können indiesem Jahr nur ca. 10 000 to Kalk zur Verfügung gestellt werden. Das ist pro Hektar = 1 kg. - Allein die Kaliversorgung ist zufriedenstellend.

Heute steht noch nicht fest, ob die im GG.ment vorhandenen Traktoren für die Frühjahrsbestellung eingesetzt werden können, da die Zuteilung des Betriebsstoffs noch nicht gesichert ist.

Bei Berücksichtigung der aufgezählten erschwerenden Umstände, deren Zahl sich noch beliebig erweitern ließe, muß mich der Verlauf einer ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung und die Erzeugung einer ausreichen-

den Ernte mit ernster Sorge erfüllen.

Produktionsmittel zur Erhöhung der Erträge können nicht mehr - wie in den vergangenen Jahren - in dem benötigten Umfange der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es muß deshalb der einzige Faktor, der noch ausreichend zur Verfügung steht, 100 %ig mobilisiert werden; das ist die Arbeitskraft des polnischen Panje.

Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hat durch Einrichtung eines ausgedehnten Agronomenapparates Voraussetzungen für die Mobilisierung und Ausrichtung der Landbevölkerung auf das Ziel der Erzeugungssteigerung geschaffen. Maßnahmen wie Unkrautbekämpfung, bessere Pflegearbeiten sind eingeleitet.

Es müssen jedoch auch von anderen Dienststellen alle Maßnahmen unterlassen werden, die eine Beunruhigung der Landbevölkerung zur Folge haben. So würde z.B. die Durchführung der beabsichtigten Verordnung über Einführung einer 200 %igen Erhöhung der Grundsteuer die Arbeitslust der Landbevölkerung erheblich beeinträchtigen. Durch die beabsichtigte Grundsteuererhöhung würde außerdem ein weiterer Teil der Erzeugung in den Schwarzhandel abwandern, da der polnische Panje, um in den Besitz von Geldmitteln zu gelangen, mehr Produkte im Schleichhandel verwerten würde als bisher.

Als letztes Mittel zur Anfeuerung der polnischen Bauern wird eine angemessene Preiserhöhung für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte angesehen. Diese Maßnahme wird in diesem Frühjahr auch im Reich weitgehendst durchgeführt. So sind z.B. die Kartoffel-, Raps- und Schweinepreise vor einigen Wochen stark erhöht worden. Schon im August des vergangenen Jahres beantragte ich Preiserhöhung für Getreide, um die Produktionskraft des Landes zu stärken. Damals

wurden diese Preiserhöhungswünsche abgelehnt und der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entweder Preissenkungen für Produktionsmittel oder Subventionen in Aussicht gestellt. Leider konnte bisher beides nicht erfüllt werden. Ich habe deshalb in Sorge um die Erhaltung der Produktion vor einigen Tagen dem Amt für Preisbildung die meiner Ansicht nach notwendigen Preiserhöhungen mitgeteilt und bitte, schnellstens diese Preiserhöhungen zu genehmigen, damit sie als Propagandamittel für die Frühjahrsbestellung und die Pflegearbeiten noch rechtzeitig eingesetzt werden können.

Der Mangel an Produktionsmitteln und die sonstigen Erschwernisse bei der diesjährigen Erstellung der Ernte lassen keinen anderen Weg mehr zu, um wenistens d en Stand der Produktion meiner Ansicht nach auf der bisherigen Höhe zu halten.

Nur ein Appell an die materiellen Instinkte und ein günstiges Mitwirken der Natur wird denselben oder hoffentlich einen höheren Ertrag der kommenden Ernte im Generalgouvernement bringen.

9

Über

das Eisenbahnwesen und die Lage der Ostbahn

berichtet Präsident Gerteis. Er führt einleitend aus, daß das Großdeutsche Eisenbahnwesen seit Monaten infolge des Hinzutretens des Ostraumes den schärfsten Belastungen unterworfen sei. In diesem Ostraum sei das gesamte Eisenbahnwesen völlig verwüstet vorgefunden worden. Die Russen hätten nicht nur die Schienenwege und Brücken restlos gesprengt, sondern kein für den Betrieb geeignetes Fahrzeug zurückgelassen. Darüber hinaus sei alles, was zur Betriebsführung notwendig sei, vollkommen vernichtet worden, so die Werkstätten für die Instandhaltung der Fahrzeuge, die Signaleinrichtungen, Stellwerke, Fernsprechleitungen usw.. Dies alles habe in den vergangenen Monaten von deutschen Militär- und Zivileisenbahnern neu aufgebaut und das dazugehörige Material restlos aus Deutschland wieder herangeschafft werden müssen. Der Winter habe das übrige getan, daß der Aufbau der Linien und des Eisenbahnnetzes sowie die Verbesserung des Betriebes im Ostraum nur langsam vorwärts gehen konnte. Aber gerade dieser Winter habe gezeigt, daß nur die Eisenbahn imstande gewesen sei, Massentransporte aus dem Reich nach dem Osten zu bringen.

Die Folge des Aufbaues des Eisenbahnnetzes im Ostraum sei eine ganz scharfe Drosselung des Eisenbahnverkehrs im Altreich und im Generalgouvernement. Die Wagengestellung sei um ein volles Drittel eingeschränkt worden. Es handele sich um 60 000 Wagen, die etwa täglich weniger gestellt werden könnten. Aus allen diesen Gründen könnten nur Transporte durchgeführt werden, die absolut kriegswichtig seien. Zur Zeit bewege sich ein sehr starker Verkehrsstrom in der Richtung vom Westen durch das Generalgouvernement und Ostpreußen nach dem Süden für die Wehrmacht und für die Eisenbahn selbst, nämlich für den Aufbau und die Versorgung des Eisenbahnbetriebes im Ostraum. Keine

Kohle, kein Betriebsstoff, keine Ersatzteile seien für den Betrieb vorhanden, und alles müsse aus Deutschland herangeführt werden.

Die Betriebsabwicklung seit der letzten Regierungssitzung sei infolge des langen und starken Frostes maßgebend beeinflußt gewesen. Bei der Drosselung der Betriebsleistung habe wieder manches zurückbleiben müssen, was an sich mit der Wagergestellung hätte gefahren werden können. Man habe eine Klassifikation der zu befördernden Güter vornehmen müssen. In erster Linie komme natürlich alles das in Betracht, was die Wehrmacht im Osten benötige, dann das, was die Eisenbahn dort benötige, und dann erst könnten die Anforderungen besonders der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft befriedigt werden. Im ganzen entfielen aus dem Durchgangsverkehr durch das Generalgouvernement nach dem Osten 3/8 der beförderten Güter allein auf die Eisenbahn, 5/8 der gesamten Leistung blieben für Transporte der Wehrmacht frei. Jede Steigerungsmöglichkeit der Transporte werde sofort wieder durch Neuforderungen der Wehrmacht wettgemacht, die gerade jetzt wieder sprunghaft wüchsen.

Angesichts dieser Sachlage könne für das Verkehrsbedürfnis des Generalgouvernements eine größere Quote von Transporten kaum in Aussicht gestellt werden. Zu berücksichtigen seien ja auch die im Frühjahr akut werdenden Neuforderungen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für die Verfrachtung von Kartoffeln und Getreide und die Frühjahrsbestellung. Hier ergebe sich ein Bedarf von 32 000 Wagen in sechs Wochen. Er könne sich aber für die Erfüllung dieses Programms nicht verbürgen, sondern könne nur in Aussicht stellen, gewissermassen auf Schleichwegen Wagenmaterial vom Reich hereinzubringen.

Selbstverständlich habe auch der Personenverkehr seit Wochen stark gedrosselt werden müssen. Auch die Rüstungsindustrie werde unter keinen Umständen eine fühlbare Erleichterung erfahren. Für die Polen

sei mittlerweile die Zulassungskarte eingeführt worden, aus der sofort ein börsenmäßiges Papier geworden sei, das mit 60 bis 80 Zloty bezahlt werde.

Die Ostbahn beschäftige zur Zeit mit ihrem ganzen Bereich etwa 100 000 nichtdeutsche und 7 000 deutsche Eisenbahner. Die Ernährung der reichsdeutschen Beamten gebe zu Bemängelungen keinen Anlaß; auch die der nichtdeutschen Eisenbahner sei seit einigenWochen dank des Entgegenkommens der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ausreichend. Die Verwaltung der Ostbahn sei auch in der Lage, ihre Werkkantinen zu betreiben und Lebensmittelscheine sowie Gutscheine für Schnaps und Zigarretten zu verteilen. Nach den Ber/ichten aller Dienststellen habe sich eine merkliche Hebung der Leistungsfähigkeit der polnischen Eisenbahnbediensteten gezeigt.

Auf dem Gebiet der Bekleidung seien inzwischen auch große Verbesserungen erzielt worden. Die Verwaltung der Ostbahn sei seit einem halben Jahr in dieser Beziehung auf die Hilfe des Reichswirtschaftsministeriums angewiesen. Bei einer Besprechung sei unter energischer Mithilfe der Abeilung Wirtschaft für das laufende Jahr eine Bekleidungsquote erzielt worden, die ausreichend erscheine und es möglich mache, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Winterbekleidung sei leider zu spät gekommen, werde aber im nächsten Winter ihrem Zweck zugeführt werden können.

Über das Verhalten der nichtdeutschen Belegschaft der Ostbahn könne im allgemeinen nicht geklagt werden, sie sei unter Berücksichtigung des Ernährungszustandes nach wie vor zufriedenstellend. Sabotagefälle seien nur in geringer Zahl vorgekommen. Leider sei die Diebstahlsgefahr noch nicht mit Erfolg bekämpft, und es sei auch angesichts der Mangellage ein ziemlich hoffnungsloses Bemühen, dieser Gefahr Herr zu werden. In einer Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, Obergruppenführer Krüger und der Hauptabteilung Justiz sei anerkannt worden, daß von seiten der Ostbahn in dieser Beziehung alle erforderlichen Maßnahmen getroffe

worden seien. Zur Abschreckung habe er einen Schießbefehl erlassen, der sich auch gegen Frauen und Kinder richtet, doch habe man auch damit keinen nennenswerten Erfolge erzielt.

Angesichts der Wichtigkeit des Eisenbahnwesens im Osten müßten selbstverständlich beschleunigt große Bauplanungen durchgeführt werden, die auch die Ostbahn selbst angingen, weil 2/3 des Gesamtverkehrs aus dem Reich nach dem Osten über die Bahnen des Generalgouvernements liefen. Wenn die Bauarbeiten des letzten Jahres mit etwas 200 Millionen Reichsmark, dem Verkehrsinteresse des G.G. mehr gedient hätten so seien die jetzigen Arbeiten ausschließlich dafür bestimmt, eine Steigerung des Durchgangsverkehrs zu ermöglichen. Das neue Bauprogramm sehe eine Summe von 250 Mill. Reichsmark vor und umfasse vor allem auch den Ausbau der besonders notleidenden Südbahn von Krakau nach Lemberg sowie die Erweiterung der Leistungsfähigkeit anderer Durchgangslinien, so von Tchenstochau über Warschau nach dem Osten und der Mittellinie über Radom, Kielce und Brest. Die Durchführbarkeit dieser Bauvorhaben sei von seiten der Arbeitskraft sichergestellt, desgleichen eine notdürftige Ernährung durch die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Nicht sichergestellt sei sie allerdings vom Standpunkt des Transports aus. Es seien allein 50 000 Wagen für den Ausbau der Südstrecke zum Transport der erforderlichen Materialien notwendig. Jedenfalls müsse alles versucht werden, wenigstens eine erste oder zweite Linie in der Verbesserung der Verhältnisse auf der Südbahn zu erreichen.

IX/9
2/1

Der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft Präsident Dr. Emmerich beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis auf ein Wort des Herrn Generalgouverneurs, der von der Verpflichtung des Generalgouvernements zum Dienst an der Ostfront und am Reich gesprochen habe. Gelegentlich werde versucht, den Dienst des Generalgouvernements am Reich und das wirtschaftliche Eigenleben desGeneralgouvernements in einen Gegensatz zu bringen. Er wolle ein Wort zitieren, daß Staatssekretär Landfried anläßlich seiner letzten Besprechungen in Krakau gebraucht habe, und der sagte, daß er für das Reich den Ausdruck "ziviler Sektor" ganz ablehne. Heute stehe das ganze produktive Schaffen des Reiches direkt oder indirekt im Dienste des Krieges. Wenn diese Tatsache für das Reich zutreffe, dann gelte sie für das Generalgouvernement schon längst; denn die ganze Versorgungspolitik des Generalgouvernements mit gewerblichen Gütern sei ja seit je ganz darauf eingestellt, aus der bestehenden Mangellage heraus nur diejenigen Stellen zu begünstigen, die Leistungen für diese Zwecke erstellten, also auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft, der Rüstung, des Verkehrswesens arbeiteten. Im Generalgouvernement habe bis zur Mitte des vergangenen Jahres die Rüstung in den Sparten der gewerblichen Erzeugung absolut an der Spitze gestanden. Alles, was mit Rüstung zusammenhinge, habe in der Versorgungsbegünstigung die erste Stelle eingenommen.

In zunehmenden Maße habe sich neben die Rüstung das unmittelbare Bedürfnis der Front gestellt. Diese Tatsache könne man aufgrund von Zahlen, die sich in einer Besprechung mit dem MiG ergeben hätten, erläutern. In dieser Besprechung seien Forderungen angemeldet worden für 110 000 Arbeiter, die nicht in der Rüstungsindustrie beschäftigt seien - in dieser würden ungefähr 90 000 bevorzugt betreut, - sondern von denen 65 000 in Wehrmachtsregiebetrieben arbeiteten

(in Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge, auf Flugplätzen usw.) und 45 000 in Betrieben, die, ohne Rüstungsbetrieb zu sein, doch unmittelbar für die Wehrmacht schafften. Der Militärbefehlshaber im GG.ment habe für diese Arbeiterkategorie einen absoluten Vorrang in der Versorgung beantragt. Ohne weiteres müsse man anerkennen, daß diesen unmittelbar front-orientierten Betrieben mindestens eine Gleichrangigkeit mit den Rüstungsbedürfnissen zukomme. Er könne in Aussicht stellen, daß er zur Befriedigung dieser neuaufgestellten Ansprüche voraussichtlich sofort

10 000 Arbeitsanzüge
10 000 Unterhemden
10 000 Paar Socken oder Fußlappen und
15 000 Paar Schuhe

zur Verfügung stellen ~~könne~~ werde. Eine solche außerprogrammäßige Leistung sei nur möglich, wenn die Bewirtschaftung die gesunde Planung einhalte, die im Generalgouvernement seit langem geübt werde. Sollten solche Anforderungen an die Regierung aber zur Gänze befriedigt werden und nicht nur in Abschlagszahlungen, dann müsse die Wehrmacht zu ihrem Teil mithelfen, daß die Produktionsstätten des Generalgouvernements, die derartige Dinge schafften, auch in Betrieb gehalten werden könnten. Er glaube, daß in dieser Beziehung Abreden bevorstünden, die sich durchaus verwirklichen ließen. Er halte es für möglich, daß die Textilbetriebe des Generalgouvernements auch über die Wehrmacht zusätzlich mit Kohle versorgt werden, mit Hilfe der Wehrmacht Flachs- und Hanfbestände in den Ostgebieten, vor allem aus der Gegend von Wilna ins Generalgouvernement geschafft und in seinen Betrieben veredelt werden könnten. Das liege auch, wie sich aus den jüngsten Besprechungen mit Staatssekretär Landfried und Präsident Kehrl ergeben habe, durchaus im Sinne der Bewirtschaftungsmaßnahmen des Reiches. Das gleiche gelte für die Heranführung

der Rohstoffe, die im Osten nicht verarbeitet werden könnten, an die Betriebe des Generalgouvernements, allerdings unter geringstmöglicher Transportbelastung, da es wirtschaftlicher sei, die Rohstoffe in nächster Nähe ihres Ursprungs zu lassen, als sie bis nach Oberschlesien und weiter zu transportieren.

Auf dem Gebiete der Textilversorgung sei es allen Schwierigkeiten zum Trotz gelungen, bestimmte dafür wichtige Betriebe in Gang zu halten. Dies sei zum Teil nur dadurch möglich gewesen, daß man die Kohlen in Kraftwagen herangeführt habe, so vor allem in Tschenstochau, in dessen nächster Nähe sich die Kohlengruben befänden. Da an dem Inganghalten bestimmter Fabrikationsstätten, wie etwa der Zellwollefabriken in Tomaschow so unendlich viel abhänge, habe man seiner Ansicht nach diese Transporte verantworten können.

Durch Verhandlungen mit dem Reich sei eine Erleichterung in der Textilversorgungssituation erreicht worden, die Präsident Gerteis in seinen Ausführungen bereits angedeutet habe: von dem dem Generalgouvernement zugestandenen Gesamtkontingent an Textilien von jährlich 12 000 to seien einzelne Verbrauchergruppen des Generalgouvernements ausgeschaltet und direkt auf die Versorgung durch das Reich verlagert worden. Die Bedarfsträger der Ostbahn, der Organisation Todt und des Forstschutzes seien auf das Reich angewiesen, das heißt, das Reichswirtsschaftsministerium habe über seine Verteilungsstellen die Versorgung auch der fremdvölkischen Arbeiter in direkte Regie übernommen, sodaß diese Gruppen nicht mehr aus dem "Topf" des Generalgouvernements befriedigt zu werden brauchten. Auf diese Art habe man auch in diesem Jahr für die Ernteerfassungsaktion eine gewisse Menge von Textilwaren bereitstellen können. Er könne aber nicht versprechen, ob die bisherige Quote durchgehalten werden könne. Das hänge

davon ab, inwieweit das Produktionsprogramm des Generalgouvernements in den nächsten Monaten durchzuführen sei.

Ganz allgemein sei also die Lage der Wirtschaft so, daß auch auf Gebieten, auf denen es aussehe, als ob die Produktion für das wirtschaftliche Eigenleben diene, es sich nur um eine Kraftzufuhr für den wirtschaftlichen Blutkreislauf handele, ohne den sich auch die Wehrmacht in diesem Raum nicht aufhalten könne.

Über die Frage, was eine überflüssige Produktion sei, habe er sehr eingehende Diskussionen mit der Rüstungsinspektion gepflogen. Der Reichsminister für Waffen und Munition habe vor einiger Zeit angeordnet, daß die sogenannten Auskämmkommissionen, die im Reich und in den besetzten Westgebieten tätig seien, auch im Generalgouvernement arbeiten sollten. Diese Kommissionen hätten das Ziel, zusätzliche Arbeitskräfte, Fachkräfte und zusätzliche Maschinen für die Rüstungskapazität aufzuspüren. Man müsse ohne weiteres einsehen, daß sowohl im Reich wie auch in den besetzten Westgebieten für diese Zwecke noch erhebliche Reserven zur Verfügung ständen. Im Generalgouvernement bestünden solche Reserven größeren Ausmaßes nicht; das liege in der Struktur des Industriekörpers dieses Landes. Ein großer Teil der hiesigen Industrie sei rückständig und befinde sich auf dem Entwicklungsstand vom Jahre 1890. Nur einige große und moderne Betriebe seien dann in der polnischen Zeit hauptsächlich mit Hilfe ausländischen Kapitals in dieses Land hineingesetzt worden. Die Reserven seien also außerordentlich gering, und er glaube, daß bei aller Nützlichkeit der Tätigkeit dieser Kommissionen der Erfolg nur sehr gering sein werde.

Präsident Dr. Emmerich gibt anschließend einen kurzen Überblick über die Kohlenversorgung. Bekannt sei, daß von der Kohle die ganze industrielle Wirtschaft abhänge. Gegenüber den guten Kohlen- und Koksbahnverladungen im Oktober (317 000 to), im November (291 000 to.) und im Dezember (248 000 to)

habe sich die Lage in den Monaten Januar und Februar erheblich verschlechtert. Die Gesamtverlademöglichkeit an Kohle und Koks habe im Januar nur 197 000 to und im Februar 213 000 to. betragen. Die Wagengestellung in den Oberschlesischen Revieren sei gegenüber einem normalen Durchschnitt von 24 000 O-Wagen auf 18 000 O-Wagen zurückgegangen. Damit sei der Anspruch des Generalgouvernements bei dieser Wagengestellung auf 7.500 to Kohle (gegenüber 12 000 to bei 24 000 O-Wagen) zurückgegangen. Im allgemeinen sei es möglich gewesen, diese reduzierten Mengen verladen zu lassen, jedoch habe es auch Tage gegeben, an denen der Anspruch wegen der schlechten Transportlage bei der Ostbahn nicht habe ausgenutzt werden können.

Während in den Monaten Oktober bis Dezember die Zufuhrmöglichkeiten nach Warschau besonders schlecht gewesen seien, habe man über die Strecke Krakau jede Menge verladen können. Mitte Dezember seien die Transportverhältnisse auf der Südstrecke außerordentlich angespannt gewordan. Die hier zur Verfügung stehenden Mengen hätten bei weitem nicht ausgereicht, den dringendsten Bedarf der Versorgungsbetriebe und kriegs- und lebenswichtigen Unternehmen zu decken. Die Zufuhrverhältnisse nach Warschau hätten sich seit Mitte Januar erheblich gebessert, sodaß hier zur Zeit von einer befriedigenden Versorgung gesprochen werden könne. Die Westhälfte des Generalgouvernements, die an der Strecke Tschenstochau-Warschau liege, sei ausreichend versorgt. Die Transportmöglichkeiten über die Mittelstrecke seien ständig unzureichend.

Von der Hauptabteilung Wirtschaft, dem MiG. und der Rüstungsinspektion sei bei den zuständigen militärischen Stellen des Reiches gefordert worden, daß die für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens im Generalgouvernement und für die wichtigsten Fertigungen des Truppenbedarfes und des Schwerpunktprogramms verladenen Mengen wegen ihres unmittelbaren

Interesses für die Front gleichberechtigt mit dem Nachschub von der Bahn abgefahren werden müßten. In diesem Rahmen wären transportmäßig zu bewältigen:

für Warschau-Ort und Übergang:
täglich 2 Züge à 1 300 to

für Strecke Tschenstochau bis Warschau:
täglich 2 Züge à 1 300 to

für Strecke Kielce-Radom:
täglich 3 Züge à 600 to

für Strecke Krakau:
täglich 4 Züge à 800 to,

insgesamt wöchentlich 61 800 to

Bei Wegfall jeglicher Fertigung wären zu fahren:

für Strecke Warschau-Ort und Übergang:
täglich 2000 to

für Strecke Tschenstochau bis Warschau:
täglich 1000 to

für Kielce-Radom:
täglich 1200 to

für Strecke Krakau:
täglich 2400 to

insgesamt wchtl. also 46 200 to

Das wäre das äußerste Programm, das bei völliger Abschaltung jeglicher industrieller Produktion durchzuführen sei. Immer wieder müsse darauf hingewiesen werden, daß vor jeder Fertigung die Deckung des dringendsten öffentlichen Bedarfes (Versorgungsbetriebe, Gesundheitswesen, Ernährungswirtschaft) zu erfolgen habe. Eine Entscheidung auf die Anträge auf Gleichberechtigung sei bisher vom Chef des Transportwesens nicht ergangen.

Mit einer Besserung der Transport- und damit der Versorgungslage sei in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Mit einer durch die Witterung bedingten Erleichterung werde auch eine Verstärkung des Nachschubs eintreten. Daher werde notwendig sein, die Verlademöglichkeiten in gleich starkem Umfang wie bisher auf die Versorgungsbetriebe, sonstigen öffentlichen Bedarf und die kriegswichtigen und lebenswichtigen Unternehmen zu beschränken. Auf den besonders notleidenen Strecken würden die Fertigungsbetriebe nach wie vor zurücktreten müssen .

Die Abfuhr mit Lastkraftwagen habe bisher durchgehalten werden können. Die Weichselschiffahrt werde in diesem Monat ihren Anfang nehmen und vor allem zunächst der Stadt Krakau, später auch den anderen an der Weichsel gelegenen Gebieten Entlastung bringen.

Der augenblickliche Versorgungsstand sei etwa folgender:

Distrikt Warschau:

Versorgungs- und Rüstungsbetr. 2 Wochen

Distrikt Radom an der Weststrecke:

Versorgungs- und Rüstungsbetr. 3-4 Wochen

Distrikt Radom an der Mittelstrecke:

Versorgungsbetriebe...	2-3 Wochen
Rüstungsbetriebe bei eingeschränkter Fertigung	1 Woche

Distrikt Krakau:

Versorgungsbetriebe höchstens	1 Woche
Rüstungsbetriebe "	1 "

(Stickstoffwerk Moscice seit 6 Wochen infolge Kohlenmangels stillgelegt)

Distrikt Lublin:

Versorgungsbetriebe	1-2 Wochen
einige kleinere E-Werke zur Zeit stillgelegt	
ernährungswirtschaftliche Betriebe schwach versorgt.	

Distrikt Galizien:

Versorgungsbetriebe	1 Woche
alle anderen Verbraucher unversorgt.	

V/8

Im Anschluß an diese Ausführungen gibt Präsident Dr. Emmerich einen zusammengefaßten Überblick über die Lage auf dem Gebiete der Eisenversorgung.

Walzwerkserzeugnisse: da die vier Stahlwerke im Generalgouvernement zur Zeit nicht in der Lage seien, die bei ihnen aufgelaufenen Auftragsrückstände in normalen Lieferzeiten zu erledigen, sei mit der Eisenhütten-Gemeinschaft vereinbart worden, die rückständigen Aufträge folgendermaßen zu bereinigen:

25 % würden von den Walzwerken noch erledigt.
25 % würden nach dem Reich umgelegt, über die restlichen
50 % könne erst am 30.6.42 eine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Reichsseitig habe man ein neues System von Kontrollmarken eingeführt. Für das erste Quartal 1942 hätten der Bewirtschaftungsstelle 20 000 to Kontrollmarken zum Bezug von Walzwerks- und Gießereierzeugnissen aus dem Reich und dem Protektorat zur Verfügung gestanden. Diese Kontrollmarken seien zum Teil den selbständigen Kontingentsverwaltungsstellen zur Verfügung gestellt bzw. von der Bewirtschaftungsstelle direkt ausgegeben worden. Sie seien bis auf einen kleinen Rest verbraucht.

Für das II. Quartal 1942 seien als Vorschuß 10 000 to eingegangen, von denen vorerst die Rüstungsbetriebe ebenfalls vorschußweise einen Teil erhalten hätten. Durch die Einführung der Kontrollmarken habe sich die Lieferzeit im Reich auf 1 bis 3 Monate verkürzt. Sinn dieser Maßnahme sei die Verkürzung der bisher bestehenden phantastischen Lieferzeit; denn keinem Betrieb sei damit gedient, wenn er eine Lieferzeit von eineinhalb Jahren in Kauf nehmen müsse. Hier habe einmal ein Schnitt durchgeführt werden müssen, der auch im Sinne einer allgemeinen wirtschaftlichen Bereinigung liege, und er bitte die betroffenen

Dienststellen um entsprechendes Verständnis.

Besondere Schwierigkeiten ergäben sich zur Zeit aus der Beschaffung der erforderlichen Legierungsmittel in der eisenschaffenden Industrie. Die Verkehrsschwierigkeiten machten sich bei den eisenschaffenden Werken sehr ungünstig bemerkbar; vor allem ließen die Schrottzufuhren aus dem Ostland viel zu wünschen übrig. Die Roheisen- und Rohstahlerzeugung habe man wegen der ineinandergreifenden Schwierigkeiten nicht steigern können; sie sei im Gegenteil zurückgegangen. In Ostrowiec sei das Universalwalzwerk wegen Reparaturbedürftigkeit des Transformators auf ca. 6 Monate stillgelegt.

Besonders schwierig biete sich die Lage auf dem Erdölsektor dar. Vor einigen Tagen sei ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Abteilung Mineralöl, in Krakau zu Besprechungen gewesen, als deren Ergebnis weitere Einsparungen zu erwarten seien.

Der Herr Generalgouverneur weist bei Behandlung dieses Themas ausdrücklich nochmals darauf hin, daß die Ausführungen des Präsidenten Emmerich streng vertraulich zu behandeln seien. Ausführungen, die in der Regierungssitzung gemacht würden, dürften auf keinen Fall in die Außenwelt gelangen. Die Erdöllage des deutschen Reiches sei kriegspolitisch so ernst, daß von ihr im gewissen Sinne das Schicksal des Krieges abhänge.

Wie Präsident Dr. Emmerich weiter ausführt, habe das Generalgouvernement im Rahmen seiner Produktion an Erdölerzeugnissen die Aufgabe zugewiesen erhalten, im gegenwärtigen Zeitpunkt, da im Osten Erdölquellen noch nicht zur Verfügung ständen, die Versorgung der Ukraine zur Ermöglichung der landwirtschaftlichen Bestellung zu übernehmen. Selbstverständlich müsse man diesen ernährungswirtschaftlichen Anforderungen des

Reiches in jeder Weise Rechnung tragen. Man könne im Generalgouvernement Öl nicht allein dadurch ersparen, daß man sich etwa darauf beschränke, eine Anzahl von Personenkraftwagen stillzulegen und überflüssige Fahrten ausfallen zu lassen, sondern man müsse in erster Linie auf die treibstoffressenden Kraftwagen zurückgreifen. Jedes einzelne Ressort müsse sich auf Kürzungen gefaßt machen.

Der Hauptabteilung Wirtschaft sei es selbstverständlich nicht möglich, in den letzten Betrieb im Lande hineinzuschauen. Das Verfahren der Kontingentierung erfolge derart, daß der Hauptkontingentsträger ein Sammelkontingent erhalte, das er seinerseits in Ansehung der besonderen Verhältnisse am zweckmäßigsten unter seine Anspruchsberechtigten verteilen müsse. Es sei bekannt, daß die zuständigen Sachbearbeiter in den einzelnen Ressorts geneigt seien, bei ihren Anmeldungen eher etwas vorsichtiger nach oben als unvorsichtig nach unten zu sein. Darauf müsse bei der Verteilung Bedacht genommen werden. Dies könne man nur auf dem Wege von individuellen Erhebungen machen. Die Hauptabteilung Wirtschaft könne nur summarisch die Zuteilungen an die Hauptbedarfsträger kürzen. Mit diesen unter Anlegung strengster Maßstäbe gewährten Kontingenten müßten die einzelnen Ressorts eben auskommen.

Aus dem Kreis der bewirtschafteten Waren habe er mit seinen Ausführungen drei wichtige Gebiete herausgegriffen. Die zunehmende Verknappung auf allen Warengebieten führe dazu, daß man den Kreis der zu bewirtschaftenden Waren leider immer mehr ausdehnen müsse. So habe bis vor etwa einem halben Jahr die Papierversorgung des Generalgouvernements einigermaßen automatisch geklappt, da das Reich bei auftretender Verknappung zusätzlich geliefert habe. Jetzt müsse für die Bewirtschaftung des Papiers ein neuer Apparat aufgezogen werden, und alle Klagen über

Überbürokratismus, über zunehmenden Zentralismus enthielten keinen Rat, wie man es besser machen könnte. So gehe es mit dem Papier, mit allen notwendigen Fertigwaren, die bewirtschaftet werden müssen. Es komme darauf an, von den erzeugten Gütern, auch wenn sie bisher nicht bewirtschaftet seien, einen möglichst großen Teil in den kontrollierten Sektor der Wirtschaft zu leiten, um die Abwanderung in den Schleichhandelssektor zu verhindern.

Dies bedeute scharfe Maßnahmen, die leider auch eine gewisse Aufblähung des Verwaltungsapparates mit sich brächten. Es gäbe aber nur zwei Möglichkeiten: entweder verzichte man, Einfluß auf den Lauf der Dinge zu nehmen, oder man versuche, den Dingen mit entsprechenden Maßnahmen beizukommen.

Was die Wirtschaftsverbände als solche anlange, so sei Staatssekretär Dr.Landfried, der sich eingehend über die Verwaltungsverhältnisse im Generalgouvernement unterrichtet habe, aufrichtig erstaunt gewesen, daß die Wirtschaftsverwaltung bisher mit so geringem Personaleinsatz ausgekommen sei. Die Wirtschaftsverwaltung habe sich in der Hauptgruppe Wirtschaft und Verkehr ein Ergänzungsorgan geschaffen, das als verlängerter Arm der Verwaltung Aufgaben zu erfüllen habe, die sehr wichtig seien. Wenn nun diese Hauptgruppe zur Bewältigung der ihr zugewiesenen Aufgaben, zur Verfeinerung und zunehmenden Erfassung auch des letzten Betriebes und der Nutzbarmachung für die kriegswirtschaftlichen Leistungen sich den nötigen Personalapparat beschaffen müsse, so solle man das nicht in Bausch und Bogen kritisieren wie es gelegentlich von Beobachtern geschehe. Er spreche dabei gar nicht pro domo. Aus einer Unterhaltung mit dem Leiter des Amtes für Preisbildung habe er entnommen, daß dieser ebenfalls d er Ansicht sei, daß noch eine erhebliche Verstärkung notwendig sei; denn diese Organisation allein könne auf dem

Preisgebiet die Hilfestellung leisten, die erwartet werde.

Deshalb müßte er auch in den allgemeinen Personaldingen für die Wirtschaftsverwaltung eine gewisse Sonderstellung beantragen. In kriegswirtschaftlichen Betrieben könnten heute neben den Facharbeitern auch sogenannte Schlüsselkräfte reklamiert werden. Diesen Begriff könne man nicht grundsätzlich ablehnen. Es fehle nicht an Ratschlägen, nicht an Kritiken, wie man die Verwaltung in diesem Raum besser aufziehen sollte. Der schlimmste Vorwurf, den man der Wirtschaftsverwaltung machen könnte, wäre der, daß sie die Dinge treiben ließe, daß sie ein laissez-faire-Leben führe. Es komme nicht darauf an, die Schwierigkeiten desTages zu meistern, sondern man habe auch die Verantwortung, die kommenden Schwierigkeiten vorauszusehen und diesen nach Möglichkeit zu begegnen. So stelle die Wirtschaft heute schon auf dem Energiesektor die Verbundwirtschaft her, die die Aufgabe habe, das Generalgouvernement transportmäßig in entscheidender Weise zu entlasten. In diesem Sinne habe er im Rahmen der Hauptabteilung der Herstellung der Verbundwirtschaft, der Schaffung und der Durchführung der großen Bauvorhaben, der Ostenergie ebenso wie der Verbundwirtschaft auf dem Sektor des Erdgases einen Vorrang zuerkannt. Er bitte auch die übrigen Ressorts um ihren Beitrag, daß man nach einem Jahr sagen könne, das Generalgouvernement habe nichts versäumt, im Rahmen des Möglichen schon für die Kriegswirtschaft der kommenden Jahre eine besonders gesunde Grundlage zu schaffen.

10 Minuten Pause.

13 Nach der Pause folgt das Referat des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch.

A u s z u g :

Abteilung Kultur betreut:

3 deutsche Verlage

4 polnische Verlage

6 deutsche Buchhandlungen.

4 deutsche Buchhandlungen in Vorbereitung.

Verkaufsstellen der Fa. Ruch A.G. in allen bedeutenden Orten.

Anläßlich des Jahrestages des GG.ments Buchausstellung "Deutscher Kampf im Osten" in Krakau und Warschau mit über 15 000 Besuchern.

In der Zeit vom 14.6.41 bis heute 375 Varietee- und Kabarett-Veranstaltungen durchgeführt.

Vom Mai 1941 bis Ende Februar 1942 128 öffentliche Konzerte mit einer Besucherzahl von mehr als 73 000. Namhafteste Solisten, Orchester, Chöre und Kammermusikgruppen. Einsatz dieser Künstler in den Kriegsreservelazaretten. Im Rahmen der Mozarttage (8. bis 14.12.41) mehr als 20 Veranstaltungen in allen größeren Städten des GG.ments.

Kunstausstellung des Hilfswerks für deutsche bildende Kunst. 179 Kunstwerke im Betrag von 100.777 RM verkauft. - Vergleichsweise brachte die nächsterfolgreiche Ausstellung in Berlin im vergangenen Jahre nur 73.000 RM.

800 polnische Buchhandlungen und 600 private polnische Leihbüchereien erfaßt.

Liquidierung von 400 jüdischen Buchhandlungen und 200 jüdischen Leihbüchereien.

Sichtung von mehr als 20 Millionen Büchern mit etwa 10.000 Titeln.

In der Liste des unerwünschten Schrifttums wurden 3.500 Titel erfaßt.

Abteilung Film:

im gesamten GG.ment 17 deutsche und 90 polnische Lichtspieltheater betreut.

in ortsfesten Kinos innerhalb von 2 Jahren 2000 Wehrmachtsvorführungen; durch Tonfilmwagen mit fahrbarer Apparatur 15.000 Vorführungen.

Abteilung Rundfunk:

270 Zeitfunkberichte aus dem GG.ment.

Anzahl der eingeführten Rundfunkgeräte: 15.955. Diese Geräte wurden an Wehrmacht, deutsche Dienststellen, Händler und Deutsche ausgegeben. Eigenproduktion an Rundfunkgeräten im GG.ment: 20.000 Empfänger. 1942/43 Bau von weiteren 70.000 Geräten.

Einfuhr von 500 italienischen Geräten.

Von den beschlagnahmten polnischen Rundfunkgeräten wurden nach Instandsetzung durch die Hauptabteilung und die Distriktsabteilungen 22.000 Stück verteilt.

Lautsprecheranlagen von 46 auf 360 Anlagen erhöht

200 Rundfunkgeräte an Volksdeutsche verausgabt.

Abteilung Propaganda :

Zusätzliche Betreuung von 2.000 Schwerkriegsbeschädigten in Zakopane.

Vorbereitungen und Durchführung des 1.Wunschkonzertes des GG.ments 2,6 Millionen Spenden.

/Abteilung Propaganda/

Durchführung der Ausstellung "Wunder des Lebens" in Krakau und Warschau mit über 175.000 Besuchern.

Abteilung Truppenbetreuung:

200 Vorstellungen von Frontbühnen auf Truppenübungsplätzen, in Kasernen, Soldatenheimen und Lazaretten.

Ausgabe von 13.000 verlagsneuen Büchern.

Ausstattung von 24 Lazarettzügen mit Büchereien.

Ausgabe von 8.000 Zeitschriften.

Ausgabe von 150 gerahmten Führerbildern und 200 Brettspielen.

Erstmalige Errichtung einer mustergültigen Radioübertragungsanlage für einen Schwerverwundetenzug mit 18 Wagen.

Als nächster Redner beginnt der Leiter der Hauptabteilung Finanzen Dr. Senkowski seine Ausführungen mit dem Haushaltplan des Generalgouvernements. Nach schwierigen Vorarbeiten sei es nunmehr gelungen, den Haushalt für das Jahr 1941 genehmigungsreif zu machen. Die Ausgabenseite decke sich mit der Einnahmenseite. Die Haushaltsansätze seien gegenüber dem Jahr 1940 ganz erheblich gestiegen: der ordentliche Haushalt bilanziere mit einer Summe von 1.767 Mill. Zloty, der außerordentliche mit einer Summe von 500 Millionen; es seien also Gesamteinnahmen und -ausgaben von 2.300 Millionen Zloty vorgesehen. In der Summe des außerordentlichen Haushaltes, der gegenüber dem Vorjahr ebenfalls erheblich gestiegen sei, seien die Ausgaben und Einnahmen des neu hinzugekommenen Distrikts Galizien enthalten. Das werde beim Haushalt für das

das Jahr 1942 nicht mehr der Fall sein; denn dann würden die Einnahmen und Ausgaben des Distrikts Galizien im ordentlichen Haushalt erscheinen.
Mit Rücksicht auf den Distrikt Galizien werde sich im kommenden Haushaltsjahr die Ziffer der Einnahmen und Ausgaben beträchtlich erhöhen.

Die Hauptabteilung Finanzen gehe von der Tatsache aus, daß der Distrikt Galizien im kommenden Haushaltjahr Ausgabeverpflichtungen haben werde, die in den übrigen Distrikten ~~Distrikten~~des Generalgouvernements schon in den Jahren 1940/41 geleistet worden seien, d.h. also, daß der Distrikt Galizien gegenüber den anderen Distrikten vieles werde aufholen müssen. Die Distrikte des Altgeneralgouvernements müßten sich mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des neu hinzugekommenen Distrikts Galizien und dessen möglichste rasche Eingliederung ins Generalgouvernement in ihren Ausgaben da oder dort Abstriche gefallen lassen. Die Hauptabteilung Finanzen sei gezwungen, die Sachlage vom ganzen her und sehr streng zu betrachten. Sie habe die Bitte, daß die angegebenen Termine für den Haushalt 1943 wenn möglich nicht weitgehend überschritten würden; sie bitte ferner, daß jede Ausgabenstelle sich selbst den Verhältnissen entsprechend Einschränkungen auferlege. Aus den bisher eingereichten Voranträgen müsse man leider feststellen, daß die Summen gegenüber dem Haushaltsjahr 1942 erheblich gestiegen seien. Bei den meisten Kapiteln und Titeln des Haushaltsplanes würden die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Im Haushalt 1941 hätten nur die Forsten und die Arbeit Überschüsse abgeliefert, alle anderen Abteilungen hätten Zuschußbedarf.

Die Finanzverwaltung habe ein nach Möglichkeit mit dem ersten April in Kraft zu setzendes ziemlich umfangreiches Steuerreform-Programm in Vorbereitung. Diese Reform solle der erste Schritt zu einem nationalen

Steuerrecht im Generalgouvernement sein, d.h. der liberalistische Grundsatz der Gleichheit vor dem Steuergesetz solle bewußt fallen gelassen werden, um den Deutschen gegenüber den Nichtdeutschen steuerliche Vergünstigungen einzuräumen. Den von Hauptabteilungsleiter Naumann erwähnten Kriegszuschlag hätten nur die Polen zu tragen. Die Anregung zur Grundsteuererhöhung sei nicht von der Hauptabteilung Finanzen, sondern vom Amt für Preisbildung ausgegangen, dde in einem außerordentlich gut durchdachten Vorschlag gewisse Maßnahmen empfohlen habe, die der Abschöpfung des zweifellos vorhandenen Geldüberflußes dienten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Hauptabteilungsleiter Naumann, daß er von diesen baabsichtigten Maßnahmen erst vor einigen Tagen erfahren habe, während der Leiter des Amtes für Preisbildung O.RR. Schulte-Wissermann dazu äußert, daß er die Vorschläge dem Herrn Staatssekretär direkt übersandt habe.

Präsident Dr.Senkowski spricht die Hoffnung aus, daß die Grundsteuererhöhung, die für eine Unterzeichnung der Verordnung durch den Herrn Generalgouverneur erforderliche Gesamtgenehmigung finde möge. Die Hauptabteilung Finanzen sei auf die Einnahmen angewiesen. Er habe schon erklärt, daß der Distrikt Galizien für ein ganzes Jahr nur in der Ausgabenseite in Erscheinung trete. Die bisherige Entwicklung habe gezeigt, daß die direkten, die Besitz- und Verkehrssteuern sich erst nach eineinhalb bis zwei Jahren auswirkten; man könne also für das nächste Jahr aus dem Distrikt Galizien keine Einnahmen erwarten.

Auch mit Einnahmen aus den Monopolen könne man in Galizien nicht rechnen; denn sie seien zerstört und zudem sei die Rohstoffdecke bei Branntwein keineswegs gesichert. Hauptabteilungsleiter Naumann habe vorhin die Ziffern über die Kartoffelerfassung gebracht. Die Monopolverwaltung habe bei der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft einen Anspruch auf Lieferung von 250.000 to Kartoffeln. Von der veranschlagten Produktionsmenge von 25 Millionen Litern seien bis heute erst 2/10 erzeugt.

Die Monopolverwaltung wolle möglichst viel der Wehrmacht zur Verfügung stellen. Dieses Bemühen werde auch von seiten der Wehrmacht voll anerkannt. Zur Zeit erhalte sie monatlich 400.000 Liter Wodka, dazu erhebliche Spritlieferungen, sodaß man ohne weiteres auf eine Menge von 500.000 Liter monatlich komme. Das sei im Jahr eine Menge von 6 Millionen Litern.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, wieviel Liter davon die Wehrmacht im Generalgouvernement bekomme, erklärt Präsident Senkowski, daß diese Menge sich auf 70.000 Liter monatlich belaufe. Alles übrige werde an die Ostfront geliefert. Diese Menge stelle einen ganz erheblichen Export des GG.ment dar, dessen Wert zum Beispiel vom Januar bis Oktober 1941 einen Betrag von 125 Millionen Zloty ausmache. Er sei fest entschlossen, diese Lieferungen an die Wehrmacht aufrecht zu erhalten.

Mit dem 1.Februar habe er daher den Flaschenverkauf an die polnische Bevölkerung eingestellt. Sie bekomme nunmehr nur noch aufgrund des Prämiensystems bei der Ernteerfassung Wodka zugeführt. Der Ausschank sei von einem ursprünglichen 100 %igen Kontingent auf 30 % ermäßigt worden. Für die deutsche Bevölkerung habe man ab 1.März eine Wodka-Bezugskarte eingeführt, die für die Männer 1 Liter und für die

Frauen über 21 Jahren einen ½ Liter monatlich vorsehe. Diese Regelung sei auch deswegen getroffen worden, weil Deutsche den Wodka im Schleichhandel abgesetzt hätten; das halte er der Würde des deutschen Menschen nicht für angemessen.

Der Ausfall im kommenden Rechnungsjahr auf der Einnahmenseite betrage voraussichtlich 140 Mill.Zloty Die Grundsteuererhöhung könne vielleicht diesen Ausfall wettmachen. Die Bauernschaft sei der einzige polnische Bevölkerungsteil, der mit Wodka noch versorgt werde; daher könne sie die zusätzliche Belastung auch tragen.

Das weitere Steuerprogramm sehe auch einen 100 %igen Zuschlag zur Einwohnerabgabe für die nichtdeutsche Bevölkerung vor. Im selben Verordnungsentwurf sei die Befreiung der deutschen Bevölkerung im Generalgouvernement von der Einwohnerabgabe vorgesehen. Der Ertrag dieser Einnahme werde den Gemeinden nicht direkt zufließen, sondern zum Ausbau des Ausgleichsstocks für die Gemeinden benützt.

Eine umfassende Reform plane man auf dem Gebiet des Einkommensteuerrechts einschließlich Lohnsteuer. Hier arbeite man mit Steuererhöhungen beim polnischen Sektor und mit Steuerermäßigung beim deutschen Sektor. Er stelle aber von vornherein fest, daß in den untersten Lohnsteuersätzen sehr vorsichtig vorgegangen werde. Die Erhöhung betrage in diesen Stufen nur einige Groschen, sodaß die breite Masse der Lohnarbeiter von dieser Steuererhöhung nur ganz gering betroffen werde. Dabei könne festgestellt werden, daß eine indirekte Steuerbelastung der nichtdeutschen Bevölkerung aus verschiedenen Gründen nicht eintrete: von Hauptabteilungsleiter Naumann habe man gehört, daß an die polnische Bevölkerung kein Bier abgegeben werde. Weiter sei der Wodkaverkauf an die polnische Bevölkerung äußerst minimal.

Im Zigarettenverbrauch treffe auf die polnische männliche Bevölkerung nur 1 Zigarette täglich. Die Produktion steige zwar und er hoffe, daß sie gehalten werden könne, wenn die Verkehrsverhältnisse dies zuließen. Die Reichsregierung sei aber an die Monopolverwaltung mit dem Vorschlag herangetreten, die Zigarettenzuteilung an die nichtdeutsche Bevölkerung zugunsten der Lieferungen an die Wehrmacht um 20 % zu kürzen. 35 % der Produktion stelle man seit Inkrafttreten dieser Regelung für die Bedürfnisse der Wehrmacht zur Verfügung.

Aus diesen Angaben sei klar ersichtlich, daß man von einer steuerlichen Belastung der polnischen Bevölkerung in diesen Dingen nicht sprechen könne. Es sei daher begründet, diese auf eine andere Art und Weise durchzuführen, vor allem auch, um aus der bäuerlichen Bevölkerung zusätzliche Geldmittel herausholen zu können, die man dringend benötige.

Bei der Einkommen- und Lohnsteuer sei eine weitgehende steuerliche Begünstigung der deutschen Bevölkerung vorgesehen, wie sie auch im Warthegau Geltung habe. Er könne heute noch nicht mit Ziffern aufwarten, hoffe aber, der Abteilung Gesetzgebung in den nächsten Tagen einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

Nur bei Ausschöpfung aller dieser Einnahmen werde ein Ausgleich des nächstjährigen Haushaltsplanes möglich sein. Er wiederhole noch einmal seine Bitte, bei den Ausgabenansätzen möglichst selbstkritisch und streng vorzugehen, um einen Ausgleich des Haushalts im kommenden Jahr zu ermöglichen, damit die Hauptabteilung Finanzen allen Distrikten die Mittel zur Verfügung stellen könne, die sie billigerweise für ihre Ausgaben verlangen könnten.

Nach längeren Vorarbeiten sei es nunmehr gelungen, einen Gehaltszuschuß für Volksdeutsche im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Leider sei man mit dieser Maßnahme nicht auf das richtige Verständnis gestoßen. Man dürfe diese Frage aber nicht vom engen Ressortstandpunkt aus betrachten, handele es sich hier doch um das Problem der Festigung und Neubildung deutschen Volkstums im Generalgouvernement, das nach den Worten des Generalgouverneurs deutsches Siedlungsgebiet sei.

Offen bleibe noch die Frage, wie man die Stellenzulage, die die Volksdeutschen im öffentlichen Dienst erhielten, auch auf die Volksdeutschen im privaten Dienst ausdehnen könne. Auch dafür würden wohl, weil die Wirtschaft die Belastung nicht tragen könne, Zuschüsse des Generalgouvernements erforderlich sein.

Außerdem sei nunmehr auch eine Verordnung über die Einführung der Kinderbeihilfen nach dem Muster des Reiches erlassen worden. Diese Verordnung erstrecke sich auf die kinderreichen Familien von Volksdeutschen.

Für die so schwierige Kunstdüngerversorgung des Generalgouvernements spiele das Stickstoffwerk Moscice, das von der Monopolverwaltung mit Salz beliefert werde, eine erhebliche Rolle. In manchen Gegenden des Generalgouvernements herrsche zur Zeit ein starker Salzmangel, der auf Kohlen- und Transportschwierigkeiten zurückzuführen sei. Das große Salzwerk in Wielicka stehe zur Zeit still, weil es keine Kohle mehr habe. Die in die Provinz gelegten Salzläger seien aufgebraucht. Andererseits habe dieser Salzmangel vielleicht auch sein gutes, weil dadurch das Salz einen erheblichen Tauschwert gewinne.

Der Herr Generalgouverneur richtet den dringenden Appell an alle Hauptabteilungsleiter, Ihre Haushaltsvorschläge entsprechend dem Wunsche des Präsi-

denten

Senkowski möglichst präzise und beschleunigt einzureichen. Die Klarheit, Sauberkeit, Übersichtlichkeit und möglichste Praktizität des Finanzgebarens im GG.ment seien die Grundsäulen des staatlichen Lebens. Er bitte also, die Ausführungen des Präsidenten Senkowski als eine ernste Mahnung aufzufassen, und sei gewillt, seine Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt sodann den Abteilungspräsidenten Dr.Siebert und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß dieser wieder in den Dienst des Generalgouvernements zurückgekehrt sei.

Gouverneur Dr.Fischer berichtet über die Lage des Distrikts Warschau. Gegen alle Erwartungen sei die allgemeine Lage im vergangenen Winter durchaus befriedigend gewesen. Die Lebensmittelversorgung habe geklappt, man habe rechtzeitig Vorräte in die Stadt gebracht, und immer hätten die Kontingente zugeteilt werden können. Sehr gut habe sich das System der Sonderzuteilungen bewährt, durch das die Schleichhandelspreise etwas niedriger gehalten wurden. Sie seien seit Dezember bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf dem Gebiet der Lebensmittel nur um wenige Groschen gestiegen, wenn sie natürlich auch immer noch um das drei- bis vierfache über den Preisen des vergangenen Jahres lägen. Auch die Kohlenversorgung habe in diesem Winter zu keinen Schwierigkeiten geführt, sodaß Warschau seine Funktion als Rüstungszentrum vollkommen habe erfüllen können. Die Rüstungsindustrie in Warschau habe sich seit dem letzten Jahr gewaltig vergrössert; die gesamte Warschauer Industrie stehe heute fast ausschließlich im Zeichen der Rüstung. Dazu kämen die unzähligen indirekten Wehrmachtbetriebe, die für Frontbedürfnisse arbeiteten. Auch hier sei Warschau zum Mittelpunkt geworden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß bei den künftigen Lebensmittelzuteilungen die

Sätze für die Rüstungsarbeiter unter allen Umständen gehalten würden; denn das sei die Voraussetzung für das weitere Funktionieren der Arbeit in der Stadt Warschau.

Die politischen Verhältnisse hätten sich verschlechtert. Die Widerstandsbewegung sei zweifellos rührriger geworden. Er sei deshalb gezwungen gewesen, scharfe Maßnahmen zu ergreifen, und habe vor 14 Tagen hundert Polen erschießen lassen müssen, weil sie tatsächlich schwere Terrorakte verübt hätten. Die Masse der Bevölkerung stehe diesem Treiben nicht freundlich gegenüber, sie sei vielmehr froh, wenn auf diesem Gebiete nichts geschehe. Zweifellos handele es sich bei den Urhebern solcher Terrorakte um Elemente, die von außen kämen. Man nahme an, daß doch viele dieser Terroristen durch Fallschirme abgesetzt würden, dann nach Warschau strömten und dort den Widerstand organisierten. Es sei aber mit Sicherheit zu erwarten, daß bei Anwendung entsprechend scharfer Maßnahmen größere Schwierigkeiten nicht entstehen würden.

Das Verhältnis zur Wehrmacht sei nach wie vor ausgezeichnet; man arbeite reibungslos zusammen. Aber im Verhältnis zur Regierung sei im Laufe der letzten Monate eine unerfreuliche Entwicklung eingetreten. Leider müsse fast jede Verordnung oder jeder Verordnungsentwurf von der Distriktsverwaltung irgendwie kritisiert werden. Die einzelnen Hauptabteilungen der Regierungen seien im steigenden Maße dazuübergegangen, rein verwaltungsmäßige Angelegenheiten, die ohne weiteres in den Distrikten erledigt werden könnten, an sich zu ziehen und dadurch einen Instanzenweg zu schaffen, der angesichts der heutigen Lage nicht verantwortet werden könne. Er sei deshalb dem Generalgouverneur sehr dankbar, daß er sich für die Aufrechterhaltung der Einheit der Verwaltung mit solcher Energie eingesetzt habe.

Gouverneur Dr.Wächter spricht zunächst den Mitgliedern der Regierung den Dank für die tatkräftige Hilfe aus, die sie ihm in seiner neuen Stellung geleistet hätten. Den schwierigen Verhältnissen in Galizien könne man ja auch nur mit einer echten Gemeinschaftsleistung entgegentreten. Man müsse bedenken, daß die Entwicklung des Distrikts Galizien ganze zwei Jahre hintangehalten worden sei und daß die Sowjets während hierbei tatsächlich alles von oben nach unten gekehrt hätten. Auch in psychologischer Hinsicht hätten die Sowjets große Schwierigkeiten herbeigeführt, was besonders für den wirtschaftlichen Sektor gelte. Er danke insbesondere dem Oberregierungsrat Dr.Schepers für seine vorbildliche Arbeit. Präsident Schepers habe aufgrund genauer Kenntnis der Verhältnisse auch in allen praktischen Dingen den Aufbau der Verwaltung in Galizien stark gefördert.

Die größte Schwierigkeit biete in Galizien immer noch das Personalproblem. Da Galizien erst nach zwei Jahren zum Generalgouvernement gekommen sei, sei der Fundus an Beamten und Angestellten, der im Jahre 1939 für das Generalgouvernement zur Verfügung gestanden habe, inzwischen schon völlig erschöpft worden. Was noch übriggeblieben sei, sei nicht immer das beste Menschenmaterial gewesen. Umso dankbarer sei er für die Hilfe, die ihm in diesem personellen Dingen zuteil geworden sei.

Auf allen Sektoren stehe man im Distrikt Galizien noch im Anfangsstadium der Arbeit. Auf dem Gebiete der Ernährung sei die Notlage besonders in den Bergkreisen so groß, daß man zum Teil von einer gewissen Hungersnot sprechen könne. An diesem Zustand werde aber vorab angesichts der Mangellage und der schwierigen Transportverhältnisse kaum etwas geändert werden können. Er bitte die zuständigen Abteilungen der Regierung, die mit Hilferufen aus der ukrainischen Bewohnerschaft überschüttet würden, nicht zu glauben, daß die Verwaltung des Distrikts Galizien dort Mensche

verhungern lasse.

Die größte Sorge bereite der Distriktsverwaltung die Frage, wie die Verhältnisse für das nächste Jahr gebessert werden könnten. Für die vergangene Zeit müsse man ja noch das Sowjetsystem verantwortlich machen. Er sehe die Lage in Galizien für das kommende Jahr als recht ungünstig an. Man verfüge nicht über Gespanne, Traktoren, Saatgut, Düngemittel usw.: Diese Situation wirke sich umso schlimmer aus, als das wichtigste Nahrungsmittel für die Breite Masse der Bevölkerung, die Kartoffeln, nicht vorhanden sei. Die Sowjets hätten bekanntlich den Kartoffelanbau mit allen Zwangsmaßnahmen unterdrückt, sie hätten ihn hoch besteuert, weil sie aus Galizien ein reines Getreidegebiet hätten machen wollen. Man brauche ungefähr 50 000 to Saatkartoffeln, um einigermaßen diesen Schwierigkeiten entgegentreten zu können. Diese 50 000 to Saatkartoffeln lagerten aber zu einem wesentlichen Teil in Lublin, in Radom und im Reich. Dieses Saatgut zu erhalten, dafür bestehe angesichts der angespannten Transportlage wenig Aussicht.

Das Transportproblem zeige im Distrikt Galizien ein recht trübes Bild. Die Straßen seien noch nicht gebaut, siebefänden sich, was vor allem das Nebenstraßennetz angehe, in einem außerordentlich schlechten Zustand. Er bitte deshalb den Präsidenten Bauder, dem Distrikt Galizien hier mit allen Mitteln zu verhelfen. Die Distriktsverwaltung sei bereit, nach Möglichkeit für die Beschaffung von Arbeitern und für ihre Ernährung zu sorgen. Auch habe er von der Polizei die Zusage erhalten, daß Juden für die Arbeit zur Verfügung gestellt würden, desgleichen viele Tausende von Baudienstmännern. Wenn der Distrikt von Firmen entsprechend mit Material versorgt werden könnte, würde man einen großen Schritt weiterkommen. In Galizien gebe es einige Überschußgebiete, in denen noch Vieh, Geflügel und Eier vorhanden seien; an diese

Gebiete kommen man aber wegen der schwierigen Transportlage nicht heran.

Der bescheidenst errechnete Monatskohlenbedarf betrage für den Distrikt Galizien 24 000 to. Davon habe man aber im Januar nur 5 600 to und im Februar sogar nur 837 to erhalten. Man sei deshalb auch nicht in der Lage, die Räume der Dienststellen einigermaßen zu beheizen, was naturgemäß eine starke Erschwerung der Verwaltungsarbeit mit sich bringe. Wenn nach den Worten des Präsidenten Dr.Emmerich die Rüstungsindustrie Galiziens für eine Woche bevorratet sei, so schlage das kaum zu Buche, da die Rüstungsindustrie Galiziens verhältnismäßig gering sei. Das zwischen der Kohlenbewirtschaftungsstelle und der Reichsbahndirektion Kattowitz getroffene Abkommen, nach welchem der Distrikt Galizien vier Kohlenzüge in der Woche erhalten sollte, sei nicht eingehalten worden bisher.

Was die Reprivatisierung angehe, so komme es der Distriktsverwaltung nicht so sehr auf den Inhalt der von der Regierung zu treffenden Entscheidung als vielmehr darauf an, daß man überhaupt endlich eine klare Entscheidung erhalte. Für die Mittelinstanz wie für die untere Instanz der Kreishauptmänner und Landkommissare bedeute es eine große Erschwerung ihrer Arbeit, wenn sie auf Anfragen der Bevölkerung keinen Bescheid geben könnten, weil sie noch keine klaren Richtlinien von der oberen Instanz hätten.

Die Verhältnisse auf dem politischen Gebiet seien gerade im ukrainischen Sektor deshalb so schwierig, weil man nicht nur das wegräumen müsse, was im Jahre 1941 nach der Sowjetherrschaft angetroffen worden sei, sondern auch das, was in der Interimszeit zwischen dem Abziehen der Sowjets und dem Aufbau der Generalgouvernementsverwaltung von den Ukrainern selbständig aufgebaut worden sei. Das habe naturgemäß unangenehme politische Erscheinungen im Gefolge. Er sei aber überzeugt, daß man auch die-

6
4

Problem meistern werde; denn auch die Ukrainer begännen einzusehen, daß sie einfach nicht in der Lage seien, ihre Verwaltungsorganisationen entsprechend leistungsfähig zu halten.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Dienststellen laufe sich gut ein. Mit der Wehrmacht sei sie sehr gut. Man habe insbesondere von der Wehrmacht weitgehende Zusagen hinsichtlich einer Hilfe bei der Pferdegestellung erhalten. Auch habe sich die Wehrmacht bereit erklärt, für die Frühjahrsbestellung und andere landwirtschaftliche Arbeiten Mannschaften zur Verfügung zu stellen.

Gouverneur Zörner geht in seinen Ausführungen von der Tatsache aus, daß der Distrikt Lublin schon lange das landwirtschaftliche und Ernährungsrückgrat des Generalgouvernements sei und auch für die kommende Ernte noch bleiben werde. Das gebe seiner Arbeit die Richtlinien. Wie Hauptabteilungsleiter Naumann schon festgestellt habe, sei die Ernteablieferung in diesem Jahre besser gewesen wie im vergangenen. Im Distrikt Lublin habe man z.B. in drei Kreisen eine 100 %ige Ablieferung des Brotgetreides erreicht. Dieser Fortschritt sei auf die außerordentlich geschickten Maßnahmen der betreffenden Kreishauptleute bzw. auf ihre Zusammenarbeit mit allen Exekutivorganen zurückzuführen.

Die Situation im Schleichhandel sei gerade bei Lebensmitteln, die jetzt auch neben Warschau nach Galizien verschoben würden, ziemlich unverändert geblieben. Es sei auch verständlich, daß ein gewisser Prozentsatz der Ernte, die der Bauer einbringe, illegal abgesetzt werden müsse. Die Verwaltung könne nur dafür sorgen, daß der legale Teil immer höher werde. Der Bauer sei dazu gezwungen, um seine landwirtschaftlichen Geräte erwerben zu können. Liefere er 100 % legal ab, so könne er ~~das~~ bei der Preisschere, die zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen - auch wenn eine kleine Erhöhung eintreten werde - und den Preisen der gewerblichen Wirtschaft klaffe, das nicht tun. Man müsse sich deshalb darüber klar sein, daß ein gewisser Teil seiner Erzeugnisse immer illegal abgesetzt werde.

Da der Bauer nicht alles legal einkaufen könne, werde er immer flüssige Mittel im Strumpfe haben . Er sei deshalb der Ansicht, daß der geplante Kriegszuschlag auf die Grundsteuer vom Bauer getragen werden könne. Bei ihm herrsche eine Geldflüssigkeit, wie er sie früher nie gekannt habe.

Die Arbeitsleistungen der großen Masse der Bauern sei dank der Erziehungsarbeit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ausgezeichnet. Entsprechend den Richtlinien habe die Steigerung des Tabak-und Rübenanbaues durchgeführt werden können. Auch bei der neuen Frühjahrsbestellung hege man begründete Hoffnungen auf weitere gute Arbeitsleistungen der Bauern. Er sei der Ansicht, daß der ganz überwiegende Teil der polnischen Bevölkerung zur Zeit auch politisch ruhig sei, daß abgesehen von einem zahlenmäßig nur ganz geringen Teil, der aktiv in der Widerstandsbewegung stehe, 90 bis 95 % der Polen ruhig seien. Dem Bauer und dem Arbeiter gehe es heute in der Behandlung besser als früher unter ihren eigenen Leuten. Man müsse aber trotzdem die Augen offen halten. Eine gute Führung der Widerstandsbewegung, wie es jetzt der Fall zu sein scheine, könne große Störungen hervorrufen. Daher müsse alles getan werden, um gegen Überraschungen gefeit zu sein.

Deutsche Eisenbahner äußerten immer wieder ihr Erstaunen über die Arbeitsleistungen, die die polnischen Ostbahner im letzten Winter trotz der schlechten Ernährungslage vollbracht hätten. Hier könne man sehen, was von Polen unter der Führung einer geringen Anzahl Reichsdeutscher geleistet werden könne. Im ~~Sit~~ Distrikt Lublin sei also die politische Lage bislang ruhig und normal. Einzelne Unruhen hätten nicht in erster Linie die Banditen, sondern entlaufene russische Kriegsgefangene, vielleicht auch russische Fallschirmabspringer verursacht. Eine Beteiligung der polnischen Bevölkerung an solchen Aktionen sei bislang nicht größer gewesen als früher.

Der Abtransport des Holzes, bei dem die Bauern sehr stark eingespannt waren, habe sehr verschiedenartig geklappt; in einzelnen Kreisen sei er zufriedenstellend, in anderen sehr schlecht. Nach seiner Ansicht hätten die damit betrauten deutschen Privatfirmen teilweise

nicht die richtigen Leute gehabt, bzw. nicht das notwendige Geld zur Bezahlung der Fuhrleute. So betrage z.B. im Kreis Pulawy der Rückstand 400.000 Zl.

Im Distrikt Lublin sei ein Torfverband, eine Dachorganisation gegründet worden, die auf keine große Gegenliebe gestoßen sei. Da die Errichtung von einzelnen Betrieben oder größeren Gesellschaften zum Abbau des Torfes letzten Endes 100 %ig in den landwirtschaftlichen Sektor falle, sei es im Distrikt Lublin beim alten Zustand gebliebeh. Die Abteilung Wirtschaft betreue diese Neugründung in stärkstem Maße. Er bezweifle, ob durch die Gründung einer großen Dachorganisation vieles besser geworden sei. Die größte Sorge bestehe darin, Fachleute zur Verfügung zu bekommen, um einen fachmännischen Abbau zu bewerkstelligen.

Für die Frühjahrsbestellung hege er eine große Sorge: die Polen und die Ukrainer seien sehr hellhörig im Bezug auf die Absichten, daß dieses Land künftig als deutsches Siedlungsland angesehen werde. Jetzt schon werde mit den Vorarbeiten für eine Umsiedlung begonnen. Dies bedeute eine Gefährdung des Frühjahrseinsatzes, da die Leute sich auf den Wurschtigkeitsstandpunkt stellten, da sie doch über kurz oder lang evakuiert werden könnten. Seiner Ansicht nach müßten diese Umsiedlungsvorarbeiten mindestens bis nach der Frühjahrsbestellung vollkommen ruhen, bzw. sich nicht auf Außentätigkeit erstrecken.

Mit Genugtuung habe er vernommen, daß die Deutschen des Distrikts Lublin auf dem Gebiete der Branntweinversorgung ihren Liter pro Monat erhalten sollten; denn bisher hätten sie nur einen ½ Liter bekommen. Auch in der Bierversorgung sei der Distrikt Lublin etwas benachteiligt, da die Brauereien nur 50 % von dem erhielten, was im gleichen Verhältnis zum Umsatz

den Krakauer Brauereien zur Verfügung stände. Er wäre für eine gleichmäßige Behandlung dankbar. Was den Ausgleichsstock der Gemeinden, von dem Präsident Senkowski gesprochen habe, betreffe, so habe er hierzu auch im Namen der anderen Gouverneure folgende Bitte: man solle diesen Ausgleichsstock nicht zentral bei der Regierung belassen, sondern wenn möglich von vornherein den einzelnen Distrikten zur Verteilung zur Verfügung stellen; denn von Krakau aus könne man die einzelnen Gemeinden, bezw. ihre Bedürfnisse nicht so beurteilen, wie das nötig sei. Eine solche Dezentralisierung bestehe ja auch im Reich.

Gouverneur Zörner beantragt anschließend einen finanziellen Zuschuß für die Entgasung von Ghetto-Wohnungen in Lublin, in die man Polen unterbringen wolle. Diese Wohnungen würden dringend benötigt, damit von Polen benutzte Wohnblocks zur Unterbringung von Deutschen frei würden. Von der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements habe die Distriktsverwaltung Entwürfe für deutsche Arbeiterbauten erhalten; diese Entwürfe stammten aber von einem Architekten, der vom Dritten Reich noch nicht viel verspürt habe.

Präsident Emmerich habe erklärt, daß die Angestellten des Amtes für Preisbildung wegen neuer Aufgaben vermehrt werden sollten. Dagegen äußere er große Bedenken. Er wisse zwar, daß dieses Gebiet infolge der großen Warenknappheit und des Vorhandenseins einer vollkommen undisziplinierten Bevölkerung sehr schwierig sei; auf der anderen Seite könne man aber durch Vermehrung der Angestellten im Amt für Preisbildung keine Erfolge erzielen. Erfolge lägen nur auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung habe man nur durch Ergreifen sehr scharfer Maßnahmen über die überaus schwierigen letzten Wochen hinwegkommen können. Die Deutschen hätten dabei große Disziplin gezeigt; in den Dienststellen sei nur bei Tageslicht gearbeitet worden. Auf diese Weise habe man die Spitze am Morgen und am Abend um 30 % herunterdrücken können.

Gouverneur Zörner kommt dann auf den Führererlaß über die Vereinfachung der Verwaltung zu sprechen und untersucht in diesem Zusammenhang die Frage der Zentralkammern. Seiner Ansicht nach sei dieses Zentralkammersystem im Frieden vertretbar. Im Kriege dagegen ziehe man damit einen Apparat auf, der an die Personalpolitik gewaltige Ansprüche stelle. Er sehe nicht ein, daß ein solcher Riesenapparat mitten im Krieg aufgezogen werden solle, da die Männer der Verwaltung die Arbeit dieses Selbstverwaltungskörpers übernehmen könnten. Es leuchte ihm nicht ein, daß der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft seine Anordnungen nicht über die Abteilungsleiter der Wirtschaftsabteilungen der Distrikte leiten könne. Er sei deshalb der Ansicht, daß der Führererlaß auf die Frage der Zentralkammer 100 %ig zutreffe.

Zum Schluß meldet Gouverneur Zörner einen starken Rückgang der Fleckfieberkurve. Die getroffenen Maßnahmen hätten zu einem schnellen Erfolg geführt. Selbst bei einem evtl. neuen Gefangenenzuwachs im Sommer werde eine mögliche zeitweilige Erhöhung nie wieder die Ausmaße des letzten Sommers annehmen, da man in der Bekämpfung des Fleckfiebers nun große Erfahrungen gesammelt habe.

Gouverneur Kundt erklärt eingangs, daß er im Gegensatz zur Regierungssitzung in Radom nunmehr den Distrikt nicht nur theoretisch übersehe, sondern auch verwaltungs- und parteimäßig ganz in der Hand habe. Aus dieser Kenntnis heraus wolle er einige Punkte, die in den Rahmen der heutigen Regierungssitzung paßten, kurz herausgreifen.

Der Distrikt Radom sei in der volksdeutschen Frage der hervorstechendste Distrikt. Der Herr Generalgouverneur habe in seiner heutigen Rede die Tatsache unterstrichen, daß entschieden sei, daß in weiter Zukunft gesehen dieses Gebiet deutsch werden solle und daß die Volksdeutschen weiterhin größte Förderung erfahren müßten. Abgesehen von Erziehungsaufgaben seien vor allem noch viele Probleme auf dem sozialen Sektor zu lösen. Präsident Senkowski habe schon hervorgehoben, daß in Bezug auf die staatlichen Bediensteten und öffentlichen Angestellten aus volksdeutschen Kreisen eine sehr wesentliche Lösung durch den Erlaß der Hauptabteilung Finanzen erreicht worden sei. Diese Regelung sei von den Volksdeutschen dankbar anerkannt worden und habe sich bereits segensreich ausgewirkt. Offen bleibe aber die Not der Volksdeutschen, die in der Privatwirtschaft tätig seien und die von ihrem Grundbesitz von einigen Hektaren so minimale Ernten erzielten, daß sie die auferlegten Kontingente nicht erfüllen könnten. Sie könnten auch ihre Steuern nicht bezahlen. Für eine Grundsteuererhöhung für die Polen trete auch er ein. Zwei Fragen müßten gelöst werden:

im Arbeitsauschuß der Partei habe der Vertreter der Wirtschaft leider erklärt, daß die Privatwirtschaft nicht in der Lage sei, die Löhne der Volksdeutschen zu erhöhen. Dazu müsse er feststellen, daß die gewerbliche Wirtschaft aufgrund seiner Erkundigungen, die er in seinem Distrikt eingezogen habe, gar

nicht gefragt worden sei, ob ihre Unternehmer zu solchen Lohnerhöhungen imstande seien. Im Gegenteil, sie seien bereit; die Schwierigkeit läge nur bei der Hauptabteilung Arbeit. Er bedauere die Verständnislosigkeit dieses Vertreters. Die deutsche Industrie müsse ja den Volksdeutschen in dem Augenblick, da sie Reichsbürger werden, die reichsdeutschen Lohnsätze zahlen. Es erhebe sich die Frage, warum des die reichsdeutschen Unternehmer nicht schon jetzt tun könnten. Die Volksdeutschen seien im wesentlichen in Rüstungsbetrieben und in deutschen Betrieben beschäftigt. Auf die Dauer sei es unmöglich, daß die Volksdeutschen, die als Vorarbeiter in der Privatwirtschaft bei Firmen, die sehr viel Geld verdienten, tätig seien, genau so schlecht bezahlt würden wie die Polen und noch schlechter als die Volksdeutschen jenseits des Generalgouvernements im Warthegau. Er werde daher nicht ruhen - das besonders in seiner Eigenschaft als Distriktsstandortsführer - bis die Hauptabteilung Wirtschaft bzw. die Zentralkammer ihren Standpunkt ändere.

Die zweite Frage sei die, ob man den <u>volksdeutschen Bauern nicht größeren und besseren Boden</u> geben könne, ob man den Volksdeutschen, die heute nur 3 Hektar zur Bewirtschaftung hätten, nicht vom Grundbesitz der Liegenschaftsgüter eine gute Bodenfläche zuteilen könnte. Diese volksdeutschen Bauern bildeten den Grundstock für das deutsche Generalgouvernement. Vielleicht könne die Liegenschaftsverwaltung eine solche Aktion ins Auge fassen. Der Privatwirtschaft, also dem polnischen Bauern Boden für diese Zwecke wegzunehmen, halte er nicht für ratsam; denn damit nehme man den polnischen Bauern die Lust zur Bebauung der Felder und bringe Unruhe ins Land. Die Felderbebauung könne damit infrage gestellt werden.

Eine Lösung dieser letzten Frage sei dringend notwendig. Die Volksdeutschen, die sich draußen auf ihren Katen nicht halten könnten , drängten in die Stadt. Sie ließen ihre Bauernwirtschaften im Stich, verpachteten ihren geringen Grundbesitz und verdingten sich in der Stadt als Lohnarbeiter bei irgendwelchen gewerblichen Betrieben. So ist z.B. der Kreishauptmann von Tomanchow genötigt gewesen, den Industriekreisen Anweisungen zu geben, Volksdeutsche, die vom Lande kämen, ohne seine Genehmigung nicht einzustellen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß sie sich in der Stadt niedrige Lohnarbeit suchten.

Die Frechheit der Banditen sei in der letzten Zeit immer stärker geworden und habe die Volksdeutschen auch stimmungsmäßig zu berühren begonnen. Der Distrikt Radom mache scheinbar den Eindruck, daß er der politisch unsicherste Distrikt werden wollte; vielleicht hänge das mit den dort konzentrierten Rüstungszentren zusammen. Das Bandenunwesen sei vor allem in den Kreishauptmannschaften Starachowice und Pruskow sehr lebhaft: Gemeindekassen würden ausgeraubt, Überfälle auf öffentliche Gelder ereigneten sich. In einem Fall hätten Banditen sogar in den Versammlungsraum einer volksdeutschen Kundgebung hineingeschossen.

Wie auch der Polizeiführer des Distrikts Radom habe er ebenfalls den Eindruck, daß man in der nächsten Zeit bis nach dem vollen Lauf der Offensive im Osten steigend mit Schwierigkeiten und Sabotage rechnen müsse. Die Direktoven der Widerstandsbewegung an diese Kreise lägen scheinbar in einer größeren

Aktivität, um sich so den Bolschewiken nützlich zu erweisen. Er habe einen neuen Einsatzplan für seine Beamten aufgestellt, damit jeder Zeit eine gewisse Alarmbereitschaft vorhanden sei. Die Beamten, die draußen im Lande zu tun hätten, sollten ständig eine Waffe bei sich führen.

In diesem Zusammenhang sei auch die Frage der Wehrschützengemeinschaften möglichst einheitlich zu regeln. Die einzelnen Gliederungen beabsichtigten scheinbar, eigene Formationen aufzustellen. Man brauche aber eine Einsatzgruppe, in der auch die Beamten vor allem im Schießen ausgebildet würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß dieser ganze Fragenkomplex vom Arbeitsbereich der NSDAP im Generalgouvernement bearbeitet würde.

Was die Kohlenversorgung angehe, so müsse er berichten, daß die Lage im Distrikt Radom heute genau so schlecht sei wie zur Zeit der letzten Regierungssitzung im Dezember vorigen Jahres. Die ihm damals von O.RR.Wessel angekündigten 5 Transportzüge seien bis heute noch nicht eingetroffen. Man habe sich so recht uns schlecht durchgeschlagen, die Beamten hätten gefroren und Erkältungskrankheiten seien an der Tagesordnung gewesen.

Auf dem Gebiete der Fleckfieberbekämpfung habe man große Erfolge erzielt: der Distrikt Radom, der vor nicht allzu langer Zeit der gefährdetste im ganzen Generalgouvernement gewesen sei, verzeichne jetzt den niedrigsten Fleckfieberstand aller fünf Distrikte. Gewisse Schwierigkeiten beständen nur noch in der Kreishauptmannschaft Tomaschow, in die immer noch Juden aus dem Distrikt Warschau verbotswidrig einwanderten. Da der Staatsanwalt in Petrikau zu lange von der Anwendung der Verordnung über das widerrechtliche Verlassen der Judenbezirke absah, hätten auch keine

abschreckenden Exempel den Juden vor Augen geführt werden können. Das sei heute abgeändert.

Gouverneur Kundt hält es für notwendig, daß den Kreishauptleuten eine größere Strafbefugnis zu erkannt werde.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und ersucht seinen Staatssekretär um Vorbereitung der notwendigen Schritte.

Gouverneur Kundt berichtet dann von der Einrichtung von Verwaltungsstraflagern in seinem Distrikt, die einen guten Erfolg gezeitigt hätten. Große Schwierigkeiten bereite auch die Heranziehung der in den Städten und auf den Straßen beschäftigungslos herumwandernden Polen zu nützlicher Arbeit. Diese Frage werde man ohne Such- und Exekutivorgane nie ganz lösen können. Vielleicht wäre es gut, wenn man zur Ausführung verschiedener öffentlicher Arbeitsnotwendigkeiten, vor allem für solche der Wehrmacht, den polnischen Baudienst im stärkeren Maße heranziehen würde. Man solle einen oder zwei Jahrgänge der Polen im Sinne der Verordnung über den Baudienst einberufen. Dabei müßten aber gegen diejenigen Dienstpflichtigen, die der Einberufung nicht Folge leisteten, mit exemplarischen Strafen vorgehen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß demnächst ein Jahrgang nicht nur für den Baudienst sondern für Bedürfnisse des Reiches eingezogen werde. - Die Bedenken von Gouverneur Kundt, daß infolge der scharfen Maßnahmen zur Beziehersparnis die Verwaltung des Generalgouvernements weitgehend behindert würde, entkräftigt der Herr Generalgouverneur mit dem Hinweis, daß auf die besonderen Verhältnisse des Generalgouvernements Rücksicht genommen werde.

In diesem Zusammenhang kommt Gouverneur Kundt auf die Tatsache zu sprechen, daß die Wehrmachtsangehörigen im Generalgouvernement, das als Etappengebiet gelten müsse, noch in sehr starkem Maße Autos benützten. Auch wäre die Arbeitszeit gewisser militärischer Verwaltungsstellen im Gegensatz zu der der zivilen Dienststellen ~~noch~~ vielfach noch sehr kurz. Die deutschen Verwaltungsangehörigen verträten den Standpunkt, daß sie für den Frontsoldaten alle Opfer bringen müßten, daß aber auch die Soldaten in der Etappe das gleiche zu tun hätten. Die Ansprüche des Etappensoldaten dürften nicht höher sein als die Ansprüche des Etappenverwaltungsmannes. Forderungen, die an den Verwaltungsmann gestellt würden, müßten für den Etappensoldaten die gleiche Geltung besitzen. In der letzten Zeit machten sich bei der Wehrmacht Etappenerscheinungen in sehr starkem Maße bemerkbar.

Gouverneur Kundt führt ein Beispiel an: aufgrund eines Befehls aus Spala, in dem angeordnet worden sei, daß die nichtdeutsche Bevölkerung mit Nachrichten zu versehen sei, habe man sämtliche Radioapparate aus den Lazaretten herausgeholt mit der Begründung, daß sie an der Front benötigt würden. Er habe daraufhin den Grundbefehl des OKW's nachgesehen. In ihm werde aber von der nachrichtlichen Betreuung der Bevölkerung im Operationsgebiet gesprochen. Man betrachte also unrichtiger Weise das Generalgouvernement immer noch als Operationsgebiet. Der Verbitterung, die sich infolge dieser Maßnahmen unter den Verwundeten in den Lazaretten verbreitet habe, habe er durch Zurverfügungstellung neuer Radioapparate Abhilfe verschafft. Gleichzeitig habe er Vorsorge getroffen, daß diese Apparate nicht wieder das gleiche Schicksal träfe. Er wolle diesen Vorfall erwähnen, um aufzuzeigen, daß es den Anschein habe, daß in Wehrmachtskreisen noch eine zu milde Einstellung gegenüber den Polen vorhanden sei. Die Härte,

die von der deutschen Verwaltung den Polen gegenüber verlangt werde, müsse auch von der Wehrmacht gefordert werden.

Das Personal der Verwaltung erfülle freudig die immer höher geschraubten Anforderungen, werde aber dauernd beunruhigt durch Gerüchte, die von einer Kürzung der Ostzulage und der Trennungsentschädigung wissen wollten. Man habe den Beamten und Angestellten im letzten Vierteljahr durch Kürzung des Urlaubs, Vermehrung der Dienststunden und Drosselung der Ernährung immer stärkere Anforderungen gestellt. Dafür sollte man ihnen die Beruhigung geben, daß keine weiteren Kürzungen zu erwarten seien. Die in der Verwaltungsfront arbeitenden Männer und Frauen würden durch solche Gerüchte ständig in Beunruhigung versetzt.

Weiter sollten endlich einmal in den Krakauer Kaffeehäusern die Diskussionen über eine beabsichtigte Teilung des Distrikts Radom, die in letzter Zeit wieder stark zugenommen hätten, aufhören. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, den Führererlaß, der jede Grenzveränderung während des Krieges verbiete, so ins Gedächtnis zu rufen, daß auch in den hiesigen Dienststellen die Gespräche über eine Teilung von Distriktsgrenzen verstummten. Man werde auch jenseits der Grenze, in Litzmannstadt bereits unruhig.

Der Warthegau würde unliebsame Elemente über die Grenzen nach seinem Distrikt abschieben. In dieser Richtung betätige sich vor allem ein Staatsanwalt in Litzmannstadt. Er habe seinen Kreishauptmännern den Auftrag gegeben, diese Elemente wieder in ihr Herkunftsland abzuschieben.

Gouverneur Kundt kommt dann auf das Verhältnis zwischen Distrikts- und Kreishauptmannschaftsverwaltung und Teilen der Regierung, bzw. einzelnen Referenten

mancher Hauptabteilungen zu sprechen. Er habe bereits dem Herrn Staatssekretär Vortrag gehalten und auch um einen Termin beim Herrn Generalgouverneur gebeten. In der Angelegenheit der Kammern, an der er sehr aktiv beteiligt sei, müsse er sich den Ausführungen des Gouverneurs Zörner anschließen. Frhr von Gregory sehe seine Aufgabe falsch an; er nehme den Behörden immer mehr Zuständigkeiten ab und entwickle sich zu einem Wirtschaftsdiktator. Hier werde in aller Stille vieles gemacht, das der Präsident der Hauptabteilung Wirtschaft gar nicht erfahre. Er sei dafür, daß - wie in den Hauptabteilungen Forsten und Ernährung und Landwirtschaft - alle Leiter der Abteilungen der Distriktsbehörde gleichzeitig die Leiter der entsprechenden Hauptgruppe der Distriktskammer seien. Er sehe nicht ein, daß bestellte Leiter und Geschäftsführer fungieren müßten. Außerdem werde dadurch die Gefahr ausgeschaltet, daß zwischen der entsprechenden Hauptgruppe der Distriktskammer und der entsprechenden Gruppe der Distriktsbehörde ein Zuständigkeitsstreit entstehen könne. In seinem Distrikt habe er den Leiter der Abteilung Wirtschaft zum Leiter der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft bestellt. Er halte es für zweckmäßig, daß alle Angelegenheiten, die in der unteren Instanz erledigt werden könnten, nach unten abgetreten würden. Dadurch könne man die viele Berichterei und umständliches Arbeiten vermeiden.

In diesem Zusammenhang berichtet Gouverneur Kundt über einige unerquickliche Vorfälle in der gegenseitigen Zusammenarbeit und kritisiert die vielen Zuständigkeiten. Man müsse vor allem den unteren Verwaltungsstellen mehr Bewegungsfreiheit gewähren, damit die Regierung den Kopf für die großen Richtlinien freihalten könne. Mit den Polen werde die unterste Verwaltungsfront schon fertig werden.

Gouverneur Dr.Wendler kann angesichts der kurzen Dauer seiner Tätigkeit als Gouverneur des Distrikts Krakau keinen ausführlichen Bericht über die Lage in diesem Distrikt geben. Er sei zunächst bestrebt, die Verhältnisse jeder Kreis/Hauptmannschaft kennenzulernen, um dann zu den maßgebenden Problemen Stellung zu nehmen. Vor kurzem hätten die Goralen ihr von der Regierung genehmigtes Statut erhalten, und diese Maßnahme werde sich sicherlich gut auswirken, da nunmehr der Volkstumscharakter der Goralen anerkannt worden sei.

Hauptabteilungspräsident Ministeraldirigent Dr.Emmerich hält es für notwendig, die von den Gouverneuren Zörner und Kundt erörterte Frage der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft einer Sonderbesprechung zu unterziehen. Die beiden Gouverneure hätten offenbar ihre Ausführungen in Unkenntnis wichtigster Umstände gemacht. Wenn im Reich heute die entsprechende Organisation für die kriegswirtschaftliche Verfeinerung derartig in den Vordergrund geschoben sei, daß das ganze Programm der Kriegsindustrie mit seiner Realisierung bei dem Leiter der Reichsgruppe Industrie liege, wenn besondere Anlässe hinzu gekommen seien, daß unbeschadet der scharfen Bestimmungen über die Einziehung diese Organisation zusätzliche große Aufgaben zu übernehmen habe, dann könne man diese Vorgänge angesichts der Politik der Angleichung an das Reich im Generalgouvernement nicht übersehen. Bei den eingehenden Besprechungen mit Staatssekretär Dr.Landfried habe über diese Frage absolutes Einvernehmen geherrscht.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann nimmt kurz zu der Frage einer Bodenordnung für die Volksdeutschen Stellung. Er habe dem Staatssekretär Dr.Bühler bereits Vortrag darüber gehalten, wie sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine

Vergrößerung des Grund und Bodens für die volksdeutschen Bauern denke. Er weise im übrigen darauf hin, daß nicht die Liegenschaftsverwaltung, sondern das Generalgouvernement Eigentümer des Bodens sei und daß alle Gewinne in die Kasse des Generalgouvernements flössen. Wenn es bestritten werden sollte, dann sei zu bedenken, daß zahlreiche Ausgaben, die sonst die Kasse des Generalgouvernements belasten würden, von der landwirtschaftlichen Zentralstelle getragen würden.

Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert führt aus, daß im Zuge der nunmehr einsetzenden Verwaltungsreform, die vor allem der Vereinfachung gelte, die Zuständigkeiten im Laufe der nächsten Zeit weitgehend nach unten verlagert werden würden. Er hoffe, daß man auf diesem Gebiet zu großen Ergebnissen kommen könne. Ferner werde es wohl der Grundsatz der Regierung sein, eine Verwaltungsstetigkeit herbeizuführen und alle Beunruhigungen auf verwaltungstechnischem Gebiet auszuschalten. Er habe deshalb auch dem Staatssekretär Dr.Bühler den Vorschlag gemacht, künftighin Grenz- und Gebietsveränderungen nur noch dann zu genehmigen, wenn das die Lebensnotwendigkeiten des Generalgouvernements erheischten.

Staatssekretär Dr.Bühler ergreift hierauf das Wort zu folgenden Ausführungen: ich bin zufrieden, festzustellen zu können, daß sich nur 2/5 der Herren aus den Distrikten in einer abfälligen Kritik der Regierungsmaßnahmen, wenn ich so sagen darf, gefallen haben. Das Problem liegt meines Erachtens anders, als es von dort aus gesehen wird. Die Herren scheinen zu verkennen, daß es gegolten hat, hier eine ganz neue Verwaltungsgrundlage zu schaffen, daß von polnischer Seite nichts unternommen werden konnte, daß es daher notwendig war, alle Zuständigkeiten in diesem bei ihnen versammelten Arbeitsstand, aus dem sich die

Regierung, später die Distrikte und Kreise entwickelt haben, zu vereinen. Daß die Ausgeglichenheit, wie sie in einem seit Jahrzehnten spielenden Staatsmechanismus besteht, in diesem zweieinhalb Jahren angesichts der bekannten sonstigen Schwierigkeiten nicht erreicht werden konnte, ist wohl selbstverständlich. Wenn uns aber der Führer heute den Auftrag gibt, unseren gesamten Apparat aus einer zwingenden Notwendigkeit heraus nochmals daraufhin zu überprüfen, was wir nach unten legen, was wir tun können, um Menschen einzusparen, so ist es ganz selbstverständlich, daß wir diesem Auftrag des Führers in allem pflichtgemäß entsprechen. Ich kann Ihnen, meine Herren Distriktschefs und Kreishauptmänner, ankündigen, daß Sie sich nicht darüber zu beklagen brauchen, was Sie in den nächsten Wochen an Arbeit erhalten.

Im übrigen hat Gouverneur Dr.Fischer seine Beschwernisse im einzelnen nicht substantiiert. Ich sehe die Zusammenarbeit zwischen Distrikt und Regierung von einer anderen Warte aus: ich sehe nämlich die gemeinsame Aufgabe und weiß, daß jeder von uns alles daransetzen muß, ein gemeinsames Ergebnis zustande zu bringen, - die Regierung als Dach der Verwaltung, die Mittelinstanz als die örtliche Stelle. Daß hierbei naturgemäß Spannungen auftreten, ist klar, und das ist schließlich auch das Moment, das zur Fruchtbarkeit der Arbeit führt. Ich kann Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden, daß ich in den letzten Monaten in jeder Hinsicht einen engen Kontakt mit den Gouverneuren gehalten, auch die Mühe nicht gescheut habe, in minder wichtigen Angelegenheiten sachliche und persönliche Differenzen auszuschalten. Ich glaube, annehmen zu können, daß die Beschwerden des Gouverneurs Dr. Fischer darauf zurückzuführen sind, daß er in grauer Morgenstunde mit dem linken Fuß aus dem Bett gestiegen ist.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in der kommenden Arbeitsperiode jegliche Illusion und alles, was im allgemeinen Sprachgebrauch eigentlich unter dem Begriff "zivil" verstanden wird, aus unserem Arbeitsprogramm zu streichen haben. Ich stimme Herrn Gouverneur Kundt insofern bei, daß es praktisch auch gar keinen Unterschied mehr macht, ob jemand bei einer militärischen oder zivilen Dienststelle angestellt ist. Er hat die gleichen Aufgaben. Der Krieg zeigt sein totales Gesicht. Ich freue mich aber, hier festzustellen, daß ich mit der Wehrmacht in enger Verbindung stehe, um die Lebensbedingungen der einzelnen hier arbeitenden Deutschen einander anzugleichen. In der nächsten Zeit werden wir vor einer schwierigen Situation stehen. Hierzu rechne ich insbesondere auch die Einschränkungen, die wir uns auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugverkehrs auferlegen müssen. Es ist mir aber eine große Genugtuung, Herr Generalgouverneur, Ihnen melden zu können, daß aufgrund des Erlasses über eine Einschränkung von Stadtfahrten, von privaten und halbprivaten Fahrten, den ich im Dezember, also schon vor dem Führererlaß, herausgebracht habe, eine enorme Benzinersparnis eingetreten ist. Ich nehme an, daß das gleiche Ergebnis in den Distrikten erzielt sein wird. Bei der Neuregelung wird den besonderen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Wenn man der Verwaltung das Kraftfahrzeug nimmt, legt man sie lahm, - unter diesem Grundsatz werde ich auch die Neuregelung treffen.

Was die Gerüchte über die Teilung des Distrikts Radom und sonstige dumme Reden anlangt, so kann ich Ihnen, Herr Gouverneur Kundt, die Versicherung geben, daß die örtlichen Verhältnisse zumindesten während der Dauer des Krieges bzw. des Ostfeldzuges in keinem Distrikt geändert werden. Die Einzelfälle, die Sie mir genannt haben, in denen es sich darum handeln soll, daß von seiten des Reiches Versuche gemacht werden,

Leute hierher abzuschieben, habe ich durch Einzelmaßnahmen abgestellt. Ich glaube auch nicht, daß eine generelle Absicht dahintersteht.

Was die Ostzulage angeht, so kann ich Ihnen die beruhigende Versicherung abgeben, daß wir, solange die Verhandlungen nicht zu einem uns befriedigenden Ergebnis geführt haben, an den uns heute gewährten Sätzen festhalten werden. Jeder Beamte hat es selber in der Hand, sich weiterhin im Besitz der Trennungszulage befindlich zu betrachten. Insoweit bei dieser Frage die Belange der Wehrmacht eine Rolle spielen, sind auch wir im Begriff, mit dem Oberkommando der Wehrmacht Fühlung zu nehmen, immer unter dem Gesichtspunkt, daß die hier friedensmäßig stationierten Dienststellen der Wehrmacht das gleiche Interesse an einem lebenswürdigen Standard der Deutschen haben wie wir. Ich glaube auch, daß wir auf diesem Gebiete bald zu einer befriedigenden Regelung kommen werden.

Für die Erörterung der Frage der Zentralkammer steht eine Besprechung an. Ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, daß wir alles daransetzen werden, um hier eine ungesunde Aufblähung zu verhindern. An sich kann ich aber nichts dabei finden, wenn Zuständigkeiten der Verwaltung, die bisher deshalb bei der Verwaltung lagen, weil keine andere Stelle dafür vorhanden war, nun an besonders zu diesem Zweck errichtete Einzelinstitutionen abgegeben werden.

Hauptabschnittsleiter Stahl:

Reichsleiter! Ich freue mich, als Vertreter der NSDAP wiederum an einer Regierungssitzung teilnehmen zu können, und zwar deshalb, weil ich hier Gedanken aufnehmen kann, die auch für meine Arbeit zu verwerten sind. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Chef der Regierung des Generalgouvernements Herrn Staatssekretär Dr. Bühler und mir ist selbstverständlich

Diese enge Zusammenarbeit wird aber auch weiter mit den Herren Gouverneuren gepflogen, sowohl denjenigen, die Distriktsstandortführer sind, wie auch den anderen.

Von den Ergebnissen dieser engen Zusammenarbeit zwischen Staat und Partei spricht man schon im Reich. Präsident Ohlenbusch hat bereits zwei dieser Ergebnisse bekanntgegeben: die Kunstausstellung und das Wunschkonzert, das am letzten Sonntag in Krakau stattgefunden hat. Die mit diesen beiden Veranstaltungen erzielten Erfolge sprechen für sich selbst. Darüber hinaus möchte ich aber noch das Ergebnis der Woll- und Wintersachensammlung erwähnen, das gar nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Diese drei Beweise der Opfer- und Gebefreudigkeit des Deutschtums sind nicht zuletzt auf die enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Partei gegründet und werden auch von der Reichsleitung der NSDAP als solche anerkannt. Ich möchte daher dieGelegenheit nicht vorübergehen lassen, dem Chef der Regierung, Herrn Staatssekretär Dr. Bühler und überhaupt der gesamten Staatsverwaltung meinen Dank für die wirklich gute Unterstützung auszusprechen.

Wenn wir nun von der NSDAP Ihnen, Reichsleiter, als dem zuständigen Chef noch einige Vorschläge unterbreiten, so deshalb, damit eine noch stärkere Intensivierung der Arbeit herbeigeführt werden kann. Vor allem möchte ich Sie, Reichsleiter, bitten, mir zu helfen, daß der Leistungssteigerung mit dem Ziel, die Ostfront zu stärken, eine besondere Förderung zuteil wird. Diese Leistungssteigerung wird einmal durch die Tätigkeit der Betriebsobmänner, die nunmehr eingesetzt sind, zum anderen durch das Berufserziehungswerk erreicht werden können, das wir demnächst gründen werden und gründen müssen, um eine Gesamtleistungssteigerung des Deutschtums im Generalgouvernement zu erzielen. So haben wir denn auch schon versucht, einen Leistungswettbewerb anlaufen zu lassen.

Hier ist Präsident Dr.Lauxmann von der Deutschen Post Osten vorbildlich vorangegangen. Wenn wir erst auf diesem Gebiete Erfahrungen haben, dann, so glaube ich, wird auch für alle anderen Dienststellen von Staat und Verwaltung wie für die anderen Betriebe der Wirtschaft dieser Leistungswettbewerb durchgeführt werden können. Dieses Leistungswettbewerbes bedarf es unbedingt, haben wir doch die große Verpflichtung, aus dem deutschen Menschen für die kommende Entscheidung das Möglichste herauszuholen.

Generalgouverneur Dr.Frank:

Meine Herren! Ich danke Ihnen allen für die rege Teilnahme an der heutigen Regierungssitzung. Ich möchte am Schluß dieser Sitzung ganz kurz zusammenfassend einige Feststellungen treffen.

Zunächst ist es ein Zeichen für die schon sehr große Stabilität des Apparats, den das Generalgouvernement darstellt, daß wir überhaupt eine solche Regierungssitzung abhalten. Sie ist einzigartig; denn solche Sitzungen finden heute an keiner Stelle im Deutschen Reich noch statt. Es ist ein einzigartiger Vorgang. Sie brauchen ihn sich nur auf das Reich übertragen vorzustellen: wenn sämtliche Mitglieder de Regierung, sämtliche maßgebenden Persönlichkeiten und auf der anderen Seite die Vertreter der Gaue, der Länder und Provinzen zusammensäßen, wie würde da wohl eine Debatte über die Lebensfragen des Reiches in diesen Zeiten aussehen, was würde da wohl an Schwierigkeiten, an Problemen, an Gegensätzlichkeiten, an Wünschen, Beschwerden und Klagen aufsteigen!

Ich werde dieses Prinzip auch absolut durchhalten. Ich wünsche, daß wir hier eine echte Auseinanderordnung der Probleme, der gegenseitigen Nöte und Anschauungen vornehmen, auch zum Zwecke der Schulung unserer führenden

Männer im Lande.

Der Inhalt der heutigen Auseinandersetzungen erstreckte sich im wesentlichen auf die Notwendigkeiten der Zeit und auf methodische Fragen, die ohne weiteres gelöst werden können, allerdings auch gelöst werden müssen, sollte nicht in der nächsten Zeit da oder dort eine ernste Schwierigkeit eintreten. Ernste Schwierigkeiten aus dem Status des Generalgouvernements, aus dem Status der Weltlage, der Kriegslage und aus der Reichssituation haben wir bestimmt vor uns. Wenn wir nach unserer kalendermäßigen Planung wiederum in einem Vierteljahr zu einer großen Regierungssitzung zusammentreten, so werden wir uns - das kann ich heute schon wohl vormerken - über ganz ungewöhnliche und neuartige Schwierigkeiten unterhalten können, die bis dahin in Erscheinung getreten sein werden.

Das Ergebnis der heutigen Regierungssitzung fasse ich dahin zusammen, daß der Apparat des Generalgouvernements nicht nur steht, sondern marschiert und daß dem Chef der Regierung, den Instanzen der Regierung, den Gouverneuren und den Kreishauptmännern allüberall mein Vertrauen gilt. Und diese Vertrauen ist gerechtfertigt. Ich spreche Ihnen allen, meine Herren, meine Anerkennung und meinen Dank aus. Ich erwarte, daß Sie nun gerade in den kommenden Monaten, in dieser schwersten und entscheidungsvollsten Epoche der deutschen Geschichte, in die wir nunmehr eintreten, - und von den Ereignissen der kommenden Monate hängt ja das Schicksal unseres Volkes für, weiß Gott, welche Zeitepoche ab, - daß Sie dann gerade zeigen werden, wie würdige Männer hier vom Führer eingesetzt sind.

Wir schließen die Sitzung mit dem Blick auf den Führer. Unser Führer Adolf Hitler Sieg Heil, Sieg Heil, Sieg Heil!

Schluß der Sitzung 15 Uhr 15 Minuten.

Regierungssitzung

im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes zu

Krakau, am 13. Juli 1942.

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.den Akten d. Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Herrn Staatss. Dr.Bühler
3. Herrn Gouverneur Dr.Wächter

Beginn der Sitzung 9 Uhr 40 Minuten.

Generalgouverneur Dr Frank:

Meine Herren! Ich habe Sie nach längerer Zeit wieder zu einer Regierungssitzung zusammen gerufen, um mit Ihnen einige Themen zu erörtern, die zeitgemäß und zeitbedingt sind.

Seit unserer letzten großen Regierungssitzung hat sich nun im wesentlichen das ereignet, was wir erwartet haben. Der gewaltige Angriff im Osten ist, aufs intensivste vorbereitet, losgebraust, und der Krieg hat damit, wie wir alle hoffen dürfen, die entscheidende Schlußphase erreicht. Für das Generalgouvernement ist festzustellen, daß, wie schon zur Vorbereitung des beginnenden und vorauszusehenden Abwehrkampfes gegen die Sowjetunion im Jahre 1941, so auch diesmal für die Vorbereitung der kriegerischen Ereignisse in diesem Sommer das Generalgouvernement im weitesten Umfange herangezogen worden ist. Ich kann auch weiter feststellen, daß den seitens der Wehrmacht an das Generalgouvernement gestellten Anforderungen in jeder Weise hat entsprochen werden können. Die Transport-, Ernährungs-, Unterkunfts-, Bauanforderungen sind einschließlich der finanziellen Anforderungen vom Generalgouvernement vollauf gedeckt worden. So hat also das Generalgouvernement als Staat

13.7.1942

wie als Einheit deutscher Energien die Aufgaben erfüllt, deren Erfüllung man von ihm verlangte. Das muß uns mit einer großen Genugtuung erfüllen; denn die Schwierigkeiten, diesen stets steigenden Anforderungen des Reiches zu entsprechen, wachsen leider auch.

Die Lage des Generalgouvernements ist heute so, daß von einer eigenen Wirtschaftspolitik, eigenen Verkehrspolitik, eigenen Ernährungspolitik in diesem Lande selbstverständlich nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß in den wesentlichen und umfangreichsten Voraussetzungen des Binnenlebens dieses Nebenlandes das Reich und seine Bedürfnisse den totalen Vorrang besitzen. Das hat zur Folge, daß bei einem Binnenblick ins Generalgouvernement, bei einer kritischen Würdigung der Binnensituation unseres Landes dieser Gesichtspunkt nicht deutlich genug betont werden kann.

Es ist ganz selbstverständlich; ~~daß,~~ wenn sich etwa die Verkehrslage des Generalgouvernements so entwickelt, daß für die Eigenbedürfnisse unseres Nebenlandes kaum mehr Raum bleibt, wenn sich die Ernährungslage unseres Gebietes und seiner Bevölkerung angesichts der Anforderungen aus Kriegsgründen weiterhin kritisch gestaltet, so muß die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung dafür ablehnen. Die Erfüllung der Reichsobliegenheiten und der Reichsauflagen, die weit über das eigentliche Substanzvermögen dieses Raumes hinausgeht, ist nur möglich, wenn demgegenüber die Eigenbedürfnisse dieses Raumes rücksichtslos reduziert werden. Daraus ergibt sich auch die stete Notwendigkeit, jenen sinnlosen Kritisiererein an dem Binnenzustand im Generalgouvernement seitens aller Regierungsstellen mit

13.7.1942

Energie entgegenzutreten, jener Kritik, die ohne Rücksicht auf diesen dauernd betonten Vorrang der Reichsinteressen an Zuständen geübt wird, für die nicht die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung trägt, sondern die eben die notwendige Folge des Reichsvorranges darstellen. Ich werde künftig solche Kritiken - als da sind mangelnde Ernährung der Arbeiter in den Rüstungsindustrien, mangelnde Kohlenversorgung in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen, mangelnde Verkehrserfüllung in den verschiedensten Gebieten, mangelnde Unterkunft, mangelnder Wohnraum usw. - mit Keulenschlägen zurückschlagen. Ich denke nicht daran, mir dauernd von Reichsstellen, die keinen Dunst und keine Ahnung von den Dingen haben, Kritik in den Weg schmeißen zu lassen für Folgen, die als zwangsläufig anerkannt werden müssen, weil das Generalgouvernement nicht imstande ist, wirklich das alles aus Eigenem zu leisten, was von ihm verlangt wird, und man daher zu mehr Leistungen schreiten muß, die auf Kosten der Binnensubstanz gehen.

Ich möchte das nur am Rande feststellen. Ich glaube, jeder Vernünftige - und es soll ja auch in den Berliner Zentralen noch einige Vernünftige geben - wird auf die Dauer einsehen, daß in einem Gebiet wie diesem nicht ununterbrochen die Auspowerung betrieben werden kann, wie es jetzt geschieht, ohne daß das zu ernsten Folgen führt.

Verglichen mit anderen Gebieten ist die <u>Lage des Generalgouvernements</u> immer noch verhältnismäßig gut: wir stehen sicherheitsmäßig, ernährungsmäßig und auch der Gesamtlage nach immer noch wesentlich besser da als andere Gebiete. Das darf uns aber nicht beruhigen, weil doch immerhin einige ernste Anlässe

f.

gegeben sind, die eine innere Umwandlung auch in diesem Gebiet erkennen lassen. In einigen Teilen des Generalgouvernements, vor allem in den Distrikten Lublin und Galizien, hat sich angesichts des Eindringens fremder aufrührerischer und die Sicherheit zerstörender Elemente eine merkliche Unruhe gezeigt. Es ist gar kein Zweifel, daß hier die Sicherheitskräfte des Generalgouvernements in einem schweren Abwehrkampf stehen. Es ist meine gern geübte dankbare Pflicht, in diesem Augenblick derer zu gedenken, die aus dem Chor des Sicherheitswesens des Generalgouvernements im Dienste für Führer und Reich das Leben hingegeben haben. Eine ganze Reihe hervorragender tapferer Polizei- und SS-Männer und auch sonstiger Deutscher ist im Kampf mit minderwertigen Subjekten gefallen.

(Die Sitzungsteilnehmer erheben sich von ihren Plätzen).

- Ich danke Ihnen.

Im Mittelpunkt der heutigen Erörterung soll die Verkündung des

Ernteausnahmezustandes

stehen. Es ist ganz klar, daß in diesem schwersten Jahr des Krieges mit allen, aber auch allen Mitteln zur Verfügung der deutschen Dienststellen, also der Regierung des Generalgouvernements hereingebracht werden muß, was nur irgendwie vom Felde weggeholt werden kann. Wir können heuer nicht irgendwie mit normalen Mitteln rechnen, etwa mit dem normalen Ausgleich von Ware und Preis, von Ware und Entgelt, sondern wir müssen unter allen Umständen, notfalls unter Anwendung der härtesten Methoden, dafür sorgen, daß wir unsere Scheunen in einem Zeitraum, in welchem allein es möglich ist, nämlich spätestens bis November dieses Jahres voll bekommen. Wir werden außerordentliche Maßnahmen ergreifen. Ich habe am Sonnabend auf Vorschlag meiner Staatssekretäre eine

Verordnung über den Erntesausnahmezustand unterzeichnet. Sie stellt eine völlige Neuerung in der Verwaltungsgeschichte des Großdeutschen Reiches dar, bedeutet aber, daß heuer auf diesem Gebiete äußerst ernste Maßnahmen zur Anwendung kommen werden. Wir werden vor nichts zurückschrecken, um den Ertrag der Ernte in unserem Sinne sicherzustellen.

Im übrigen darf ich die Erwartung hegen, daß die Ernte einigermaßen erträglich wird. Wir können durchaus damit rechnen, daß wir den Anforderungen, die schon jetzt von allen Seiten an uns herantreten, werden entsprechen können. Eins sei auch deutlich gesagt: ich werde auch diesmal meinem Prinzip treu bleiben und dafür sorgen, daß abgesehen von dem Eigenbedarf des Generalgouvernements, der unter allen Umständen gesichert werden muß, die Wehrmacht dieses Raumes einschließlich der Lazarette und einschließlich der durchziehenden Truppen vom Generalgouvernement ernährt wird. Darüber hinaus wird aber eine weitere Leistung an das Reich selbst wohl kaum möglich sein. Inwieweit wir dieses Programm angesichts der sehr ernsten und täglich ernster werdenden Ernährungssituation und Verkehrslage unseres Landes werden durchhalten können, steht dahin. Sicher ist, daß, bevor die Deutschen im Reich verhungern, die Polen verhungern. Das heißt, daß ich vor nichts zurückschrecken würde, um allenfalls mit den äußersten Mitteln des Generalgouvernements unserer Heimat zu helfen.

In zunehmendem Maße beschäftigt man sich mit dem Benehmen der Deutschen im Lande. Es ist kaum mehr erträglich, wie sehr das Gewinnstreben der hereinströmenden deutschen Menschen zu charakterlichen und anderen Schwierigkeiten führt. Hier wird ein ziemlich radikales Durchgreifen notwendig sein. Diesen Leuten muß nunmehr auch klar gemacht werden, daß die Zeit des Sturmes und Dranges im Generalgouvernement

wie überhaupt im Osten vorbei ist. Sie belieben sich offenbar immer noch an die seligen Zeiten von 1939 und 1940 zu erinnern.

Wir planten ursprünglich die Durchführung einer großen Volkszählung im Generalgouvernement. Sie ist notwendig geworden, damit wir einigermaßen zuverlässige Grundlagen erhalten können. Ich nehme an, daß infolge dieser Ernteausnahmesituation und der damit gehäuften Arbeit der Außenbehörden es erwünscht sein wird, wenn wir den Termin dieser Volkszählung vom 1.Oktober auf den 1.Dezember dieses Jahres verlegen. Wir wollen dann diese große Volkszählung im Generalgouvernement vorbereiten und durchführen, und wir werden damit endlich einmal eine Grundlage für die Fülle der Verwaltungs- und Behördenarbeit erhalten,hinsichtlich deren man bisher mehr oder weniger auf Schätzungen angewiesen war.

Meine Herren, ich wollte Ihnen diesen knappen Überblick geben, Sie sollten aus dieser knappen Fassung meiner Ausführungen vor allem aber auch eines entnehmen; trotz der Schwierigkeiten der Zeitläufe und der ungewöhnlichen Situation, in der wir das Generalgouvernement begründet haben, beginnen sich die verwaltungsmäßigen Einrichtungen ebenso wie die Führungseinrichtungen allmählich einzuspielen. Ich stelle ganz allgemein fest, daß sich die Autorität der Staatsorgane in unserem Gebiet zunehmend gefestigt hat. Auch ist für unsere Einrichtung in diesem Nebenlande des Großdeutschen Reiches eine wesentliche Autoritätssteigerung feststellbar. Sie bedeutet eine Normalisierung des behördlichen Lebens einerseits, bringt allerdings andererseits auch die große Gefahr mit sich, daß infolge dieser Normalisierung eine immer wieder spürbare Einlahmung der Initiative und anderer Erscheinungen zu beobachten sind. Wir dürfen daher

trotz dieser Normalisierung der Behördenstruktur und des behördlichen Arbeitens nie vergessen lassen, daß wir hier als eine zahlenmäßig ganz kleine Minderheit Millionen fremden Volkstums zu beherrschen haben. Daß dieses Experiment bis jetzt geglückt ist, ist kein Beweis dafür, daß es in alle Zukunft hinein weiter glücken wird. Mit aller Härte und Entschiedenheit muß daher auch von den Herren draußen bei ihren Behörden immer wieder verlangt werden, daß das Verhalten gegenüber dem polnischen und auch den anderen Fremdvölkern sich nicht etwa abschwächt und abweichelt. Wir müssen absolut dafür sorgen, daß dieser Abgrund zwischen Deutschen und Polen aufrechterhalten wird. Es muß daher daran festgehalten werden, daß nur schärfstes Durchgreifen und intensivstes Vertreten des Großdeutschen Machtstandpunktes allein imstande sind, die Autorität der Macht aufrecht zu erhalten. Einige sehr ernste Sabotagefälle der letzten Zeit haben gezeigt, daß es angesichts der Versuche, die immer wieder unternommen werden, unser Land in Unruhe zu bringen, nur mit schwerster Mühe möglich ist, die allgemeine Ordnung grundsätzlich aufrecht zu erhalten. Ich bitte Sie, das nicht zu vergessen. Wenn Sie daher in Ihren eigenen Bereichen immer wieder die Erfahrung machen, daß Sie mit den Polen und anderen Fremdvölkern zufrieden sein können, weil sie brav arbeiten, dann vergessen Sie nicht, daß Tag und Nacht in zunehmendem Maße gerade auf das Generalgouvernement stimmungsmäßig ein verzweifelter Angriff beabsichtigt ist, weil ja die Tatsache, daß Hunderttausende von Polen ihre Dienstleistung im Interesse des Deutschen Reiches erfüllen, für die Feindpropaganda eine Belastung darstellt. In diesem Lande eine beständige Unruhe, eine Häufung von Sabotageakten herbeizuführen, ist ja eines der merkbarsten Ziele der Feindpropaganda. Deshalb müssen auch alle Regierungsinstanzen die Bemühungen unserer Sicherheits-

faktoren unterstützen. Es muß durch restloses Durchgreifen dafür gesorgt werden, daß das Minimum an Zahl durch ein Maximum an Energie ausgeglichen wird. Das soll nun nicht bedeuten, daß wir einen brutalen Ausrottungsfeldzug gegen alles beginnen werden, was im Lande polnisch ist. Aber wir müssen es durchsetzen, daß jeder Versuch einer Obstruktion oder einer Sabotage an unserem Gemeinschaftswerk im Keime erstickt wird. Für unsere Wehrmacht, die draußen weit im Osten auf den Nachschub in diesem Lande angewiesen ist, könnte das geradezu tödlich wirken. Es hat sich erwiesen, daß durch einen einzigen Sabotageakt auf einen Zug eine Verspätung des Militärtransports um viele Stunden herbeigeführt wurde. Sie sehen daraus, wie wichtig es ist, daß die Schärfe dieser Aktion unmittelbar und spürbar einsetzt.

Ich erteile nun zunächst dem Hauptabteilungspräsidenten Naumann das Wort zu seinem Referat über den

Ernte-Ausnahmezustand.

Referat des Hauptabteilungsleiters Naumann über den Ernte-Ausnahmezustand:

Frühjahrsbestellung trotz erheblicher Schwierigkeiten zufriedenstellend erledigt. In gewissem Umfang Ausgleich der Winterschäden durch günstiges Wachstumswetter. Sommergetreide steht zufriedenstellend. Gute Mittelernte bei Kartoffeln und Hackfrüchten zu erwarten. Gemüseanbau soweit ausgedehnt, daß heute schon in manchen Gebieten an Massengemüse Angebot nicht abgenommen werden kann.

Entwicklung der Erfassung 1939/40 bis 1942/43:

1939: Lieferte das Reich an das Generalgouvernement aus dem Warthegau und dem Regierungsbezirk Zichenau.

1940: Keine Lieferungen mehr vom Reich, aber auch keine Lieferungen vom Generalgouvernement.

1941: Lieferung bedeutender Mengen vom Generalgouvernement.

1942: Große Forderungen des Reiches vom Generalgouvernement.

Ausführungen zum Ernährungsplan 1942/43 unter Berücksichtigung der Wehrmachtslieferungen:

Getreidewirtschaft

In der Getreidewirtschaft sind umgelegt auf die fünf Distrikte ..... 660.000 t Brotgetreide
Der dezentrale Bedarf der fünf Distrikte an Brotmehl und Haushaltsmehl ist ..... 482.700 t
Der dezentrale Bedarf mit Einschluß von Wehrmachtslieferungen ist ..... 235.000 t

insgesamt ... 717.700 t

Durch Metze, d.h. 20 %igen Abzug des Mahlgutes der Selbstversorger, sollen 160.000 t zusätzlich erfaßt werden. Rationssätze für Nichtdeutsche Normalverbraucher pro Monat vom 1.August 1942 bis 31.Juli 1943

4,2 kg Brot.

Für die Deutschen und A- und B-Karteninhaber werden die alten Rationssätze bzw. Zusatzrationen aufrechterhalten. Die Erfassung muß also mit Einschluß der Metze mit 85 % mindestens durchgeführt werden, wenn es gelingen soll, allen Verpflichtungen nachzukommen.

Futter- und Industriegetreide:

An Hafer sind umgelegt: ..... 160.000 t
der Gesamtbedarf beträgt ..... 153.500 t
sodaß eine 96 %ige Erfassung zur Abdeckung des Bedarfs durchgeführt werden muß.

Für G e r s t e sind umgelegt: ... 130.000 t
der Gesamtbedarf beträgt ..... 70.000 t
Hier ist eine gewisse Reserve vorhanden, die aber - da wahrscheinlich die Notwendigkeit sich einstellt, daß Gerste mit ins Brot zu verbacken ist -, weitgehend aufgezehrt wird.

Industriegerste:

Bei den Verhandlungen in Berlin ist der im Gegensatz zum Reich sehr hohe Stammwürzegehalt des Bieres bemängelt worden. Nach längeren Verhandlungen konnte ich das Reichsernährungsministerium davon überzeugen, daß die technischen und Transportvoraussetzungen für die Herstellung eines niedriger prozentigen Bieres für das Generalgouvernement nicht gegeben sind. Es bleibt infolge dessen bei Bier bei dem Stammwürzegehalt von 8 bis 8,5 % auch im ~~Winter~~ Wirtschaftsjahr 1942/43. Alle Anstrengungen müssen jedoch gemacht werden, die Gersteerfassung weitgehend sicherzustellen, um diesen Plan auch wirklich durchführen zu können.

Kartoffelwirtschaft:

Kartoffeln sind umgelegt = 1.200.000 t.
Gebraucht werden in den fünf Distrikten

	742.000 t Speisekartoffeln
und	321.000 t Fabrikkartoffeln
insgesamt	1.063.000 t

Der zentrale Bedarf für die Wehrmacht ist mit 130.000 t eingesetzt, sodaß auch hier eine 100 %ige Erfassung nötig ist, wenn Rationssätze aufrechterhalten werden sollen.

Rationssätze für Deutsche: 200 kg pro Kopf und Monat
A-Karteninhaber und sonstige im Interesse der Kriegswirtschaft wichtige Personen: 350 kg pro Kopf und Monat
großstädtische Verbraucherschaft 100 kg pro Kopf und Monat

Bei den A-Karteninhabern werden deshalb 350 kg ausgegeben, um deren Familien etwas besser zu versorgen, als die nichtdeutschen Normalverbraucher, die nicht im deutschen Kriegsinteresse arbeiten.

Zuckerwirtschaft:

Die augenblicklich etwas propagandistisch gehaltenen Zuckererzeugungserwartungen für das Generalgouvernement nach dem Stand der Zuckerrüben und des Anbaues belaufen sich auf

150.000 t Gesamternte.

Verbraucht werden für die Bevölkerung der fünf Distrikte 40.000 t.
Zentralbedarf mit Einschluß von Lieferungen an Wehrmacht, Süßwarenindustrie, chemische Industrie, Marmeladenherstellung und Prämienversorgung beträgt:

60.000 t

der Gesamtbedarf somit

100.000 t

Falls die errechnete Zuckerernte tatsächlich produziert werden könnte, würde hier ein gewisser Vorrat vorhanden sein, der entweder zur Vorratsbildung oder zu einer gewissen Rationserhöhung oder zur Ausdehnung des Prämienscheinsystems eingesetzt werden könnte.

Die Rationssätze sind für Deutsche 1.000 gr pro Mon.
Für nichtdeutsche Normalverbraucher 200 gr " "

<u>Gartenbauwirtschaft:</u>

Umgelegt sind an Gemüse in den fünf Distrikten
336.000 t
Gebraucht werden in den fünf Distrikten
ca. 350.000 t
Die Wehrmacht braucht 48.000 t
sodaß die Erfassung etwas über 100 % erfolgen muß, um den Bedarf zu decken.

<u>Eierwirtschaft:</u>

Bei der Eierwirtschaft ist die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vor großen Enttäuschungen nicht verschont geblieben.

Ziel der Erfassung: 700 Mill. Stck. Eier..

Der knapp vorhandene Zucker (schlechte Zuckerernte 1941) ließ nur soviel Tonnen Zucker für die Zucker-Eier-Tauschaktion frei, daß ¼ kg Zucker für 1 kg Eier gegeben werden konnte. Dieses ungünstige Tauschverhältnis gegenüber einem günstigen Tauschverhältnis im vergangenen Jahr (1 kg Zucker zu 1 kg Eier) ließ die Erfassung sehr schlecht anlaufen. Am 23.5.42 entschloß ich mich daher unter Reduzierung der Eiererfassungsmenge auf 350 Mill. Stück zur Erhöhung der Zuckertauschmenge <u>pro 1 kg Eier</u> von ¼ auf <u>½ kg Zucker</u>.

Auch diese Mengen genügten scheinbar noch nicht, um in dem erwarteten Umfange Eier zu erfassen. Es

wurde deshalb vor kurzer Zeit noch Zigaretten als Prämienware mit eingesetzt.
Der zentrale Bedarf, hier insbesondere für Wehrmacht und Ausfuhr ins Reich, beträgt ..... 117 Mill.Eier
Der Bedarf der fünf Distrikte beläuft sich auf
..... 198 Mill. "

Da die Erfassung nicht die von mir gewünschte Menge von 350 Mill. Stck. Eier ergeben wird, habe ich ab 1.7.1942 die Rationszuteilung herabsetzen müssen, und zwar:
bei Deutschen pro Monat von 20 auf 12 Stück
bei nichtdeutschen Normalverbrauchern von 2 auf - Stück.
Die A- und B-Karteninhaber werden von der Kürzung nicht betroffen. Diese Maßnahme war notwendig, da wir für die Deutschen und A- und B-Karteninhaber infolge der schlechten Erfassung Wintervorrat noch nicht ansammeln könnten.

<u>Viehwirtschaft:</u>

Gesamtumlage an die fünf Distrikte:	110.200 t	
Dezentraler Bedarf der Distrikte:	51.000 t	und
zentraler Bedarf mit Einschluß der Lieferungen an Wehrmacht, SS und Polizei sowie sonstige Formationen	53.000 t	
insgesamt	104.000 t	

<u>Rationssätze pro Monat:</u>

für die Deutschen	2.400 gr
für deutsche Kinder	1.500 gr
f.nichtdeutsche Normalverbraucher	400 gr
f. Zusatzkarteninhaber I (zu nichtd. Normalverbraucherkarten) bis	800 gr. Zusatz
f. Zusatzkarteninahber II (zu nichtd. Normalverbraucherkarten) bis	400 gr. Zusatz.

Fettwirtschaft:

In der Fettwirtschaft ist durch das 90 bis 95 %ige Auswintern der Winterölfrüchte das Versorgungsproblem außerordentlich verschärft worden. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sah sich deshalb gezwungen, auf die fünf Distrikte Erfassungskontingente an Butter umzulegen, und zwar in Höhe von 9.500 t für alle fünf Distrikte.
Der Gesamtbedarf der fünf Distrikte beträgt 8.700 t dazu kommt noch ein Zentralbedarf mit Einschluß von Wehrmachtslieferungen von 2.025 t sodaß selbst bei 100 %iger Erfüllung der Kontingente ein Fehlbetrag bleibt.
Rationssätze pro Kopf und Monat an Butter
f. deutsche Erwachsene und deutsche Kinder 1.200 gr
Zusatzkarteninhaber I ..... 240 gr
Zusatzkarteninhaber II ..... 240 gr

Der zu erwartende Fehlbetrag wird hoffentlich durch eine Erfassung der geringen Winterrapsernte und der teilweise zum Ersatzangebauten Sommerölfrüchte wettgemacht.

Aus meinen Ausführungen geht hervor, daß bei allen Produkten eine fast 100 %ige Erfassung der umgelegten Kontingente notwendig ist, um die Versorgung sicherzustellen. Die hohen Schleichhandelspreise und die in einigen Teilen des Generalgouvernements vorhandene unsichere Lage (Banditenüberfälle) lassen die Befürchtung aufkommen, daß es mit normalen Mitteln nicht gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen.

Bei der allgemeinen Ernährungslage des Reiches sind die Lieferungen für Wehrmacht und Reich als die vordringlichsten zu bezeichnen. Falls daher die umgelegten Kontingente nicht aufgebracht werden können, müssen weitere Rationssatzsenkungen im Generalgouver-

nement in Erwägung gezogen werden.

Deshalb hat sich der Herr Generalgouverneur am 11.7.1942 entschlossen, folgenden Erlaß herauszugeben, den ich hiermit der Regierungssitzung zur Kenntnis gebe.

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt darauf den Wortlaut des Erlasses über den

Ernte-Ausnahmezustand

und die dazu ergehende Verordnung bekannt:

Der kommende vierte Kriegswinter ist für das Schicksal des Deutschen Volkes von entscheidender Bedeutung. Die Entscheidung wird vor allem davon abhängen, daß es gelingt, die Ernährung der Deutschen und der für das Deutsche Reich arbeitenden Bevölkerung der europäischen Staaten sicherzustellen. Auf die planmäßige restlose Erfassung der kommenden Ernte sind daher sämtliche staatlichen Maßnahmen einheitlich auszurichten. Während die deutschen Männer an den Fronten für die Erhaltung der europäischen Kultur bluten, ist es die Pflicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Generalgouvernement, den ihnen von den deutschen Behörden auferlegten Ablieferungsverpflichtungen hundertprozentig nachzukommen.

Für die deutsche Verwaltung ergibt sich die Notwendigkeit, alle ihre Energien und Kräfte auf die Ernteerfassung abzustellen. Ich erkläre daher, beginnend mit dem 1. August 1942, einen E r n t e a u s n a h m e z u s t a n d . Während dessen Dauer sind alle sonstigen staatlichen Aufgaben, die nicht der Ernteerfassung dienen, im größtmöglichen Umfang zurückzustellen. Alle Kräfte, auch die anderer Fachverwaltungen als der landwirtschaftlichen sind auf Anforderung für die landwirtschaftliche Ernteerfassung

zur Verfügung zu stellen. Federführend für die Ernteerfassung ist die Regierung des Generalgouvernements - Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Nach ihren zentralen Anweisungen ist die Ernteerfassung durchzuführen. Keine Mittelinstanz oder untere Instanz ist befugt, Anweisungen der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ohne deren vorherige Zustimmung zu ändern oder ihnen durch widersprechende Maßnahmen entgegenzuwirken.

Zur Unterstützung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bei der Ernteerfassungsaktion werden der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements im zivilen Sektor die erforderlichen zivilen Kräfte und der Staatssekretär für das Sicherheitswesen im polizeilichen Bereich die erforderlichen Polizeiorgane zur Verfügung und ihre Dienststellen in den Dienst der Erfassung stellen.

Im einzelnen verfüge ich folgendes:

1. Um die erforderlichen Lagerräume für eine Erfassung zu sichern, sind - soweit ausreichende Lagerräume nicht vorhanden sind - Kirchen und Schulen und sonstige geeignete öffentliche oder private Gebäude sofort als Lagerräume herzurichten. Die rechtliche Grundlage für diese Maßnahme bildet die Verordnung vom 16.Juli 1940 über die Sicherung von Lagerraum für Getreide und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse (VBL.GG.S 219)

2. Der Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements hat sofort die erforderlichen Verhandlungen zur Sicherstellung der Druschkohle für den landwirtschaftlichen Bedarf aufzunehmen. Er hat weiter sofort alle Maßnahmen vorzubereiten, um einen ausreichenden Transport der erfaßten Erntemengen unter allen Umständen zu gewährleisten, insbesondere unter Ausschöpfung

aller bestehenden Möglichkeiten für die Bereitstellung der für den Bedarf der Ernteerfassungsorgane und für den Transport der Ernte notwendigen Treibstoffmengen zu sorgen.

3. Der Staatssekretär für das Sicherheitswesen wird beauftragt, durch polizeiliche Maßnahmen eine Störung der Einbringung der Ernte zu verhindern sowie für die Sicherung der Transportwege für die eingebrachte Ernte und der Lagerbestände Sorge zu tragen. Er ist in Durchführung dieser Aufgabe insbesondere ermächtigt, eine Gesamthaftung von Gemeinden oder bestimmter Gruppen von Gemeindemitgliedern anzuordnen. Diebstähle oder Sabotage an Lagern oder Transportwegen werden standgerichtlich geahndet, die Urteile sofort vollstreckt.

4. Um die Einheitlichkeit der Erfassung, der Einbringung und die Sicherheit der Ernte zu gewährleisten, werden Befehlsstäbe gebildet

   a) in der Regierung, vertreten durch die Staatssekretäre der Regierung und des Sicherheitswesens und den Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft
   b) in den Distrikten durch den Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und den SS- und Polizeiführer.

5. Für die Ernteerfassung und Einbringung werden nachstehende Termine bestimmt:

   a) Lagerung oder Abtransport von 60 % der Ernte vom 1.August 1942 bis 30. Sept. 1942
   b) Lagerung oder Abtransport der restlichen 40 % der Ernte bis spätestens 30. November 1942.

Die zur Abwicklung der Ernteerfassung im einzelnen erforderlichen Anordnungen erläßt im Auftrage des Befehlsstabes der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements. Ich erwarte von allen Dienststellen der Regierung des Generalgouvernements, daß sie sich mit aller Kraft unter Beachtung der vorstehenden Richtlinien in den Dienst der Ernteerfassung stellen und werde jeden, der durch irgendwelche Maßnahmen den Gang der Ernteerfassung behindert oder es an dem erforderlichen restlosen Einsatz fehlen läßt, unnachsichtlich zur Verantwortung ziehen.

Krakau, den 11.Juli 1942

Der Generalgouverneur

Verordnung zum Schutze der Ernteerfassung vom 11. Juli 1942:

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers vom 12.Oktober 1939 (Reichsgesetzblatt I S.2077) verordne ich:

§ 1

Wer landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art, die der menschlichen oder tierischen Ernährung dienen, böswillig beschädigt, vernichtet wird mit dem Tode bestraft.

§ 2

Wer der Pflicht zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse böswillig nicht nachkommt, wird mit dem Tode bestraft.

§ 3

Wer durch Diebstahl erhebliche Mengen landwirtschaftliche Erzeugnisse behördlicher Verfügung entzieht, wird mit dem Tode bestraft.

§ 4

Wer zu den in den §§ 1 und 2 unter Strafe gestellten Verbrechen auffordert oder anreizt, wird mit dem Tode bestraft.

§ 5

Die Aburteilung und die Vollstreckung des Urteils erfolgen durch Standgerichte. Das Urteil kann sofort vollstreckt werden. Im übrigen gelten für das Verfahren der § 11 Abs. 2 und 3 und der § 12 der Verordnung zur Bekämpfung von Gewalttaten im Generalgouvernement vom 31.Oktober 1939 (VBlGG. S.10) in der Fassung der zweiten Verordnung zur Bekämpfung von Gewalttaten im Generalgouvernement vom 26.November 1941 (VBlGG. S. 665)

Generalgouverneur Dr. Frank:

Ich habe großes Gewicht darauf gelegt, daß diese Neuordnung heute bekanntgegeben wird. Meine Herren, Sie dürfen daraus den Ernst und die Entschlossenheit entnehmen, mit denen ich und meine Organe in diesem Jahre an die Ernteerfassung herantreten werden. Ich darf vor allem auch die Wehrmacht bitten, uns bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Sie möge der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auch möglichst im Wege einer Erleichterung des Gespanndienstes und in sonstiger Art entgegenkommen. Wir haben ja alle das größte Interesse daran, daß die Ernte heuer unter allen Umständen so intensiv wie nur möglich erfaßt und eingebracht wird.

Im übrigen werden Sie aus der Fassung meines Erlasses erkannt haben, daß ich die Dinge diesmal ganz durchgreifend und zentral geregelt wissen will. Ich bitte besonders die Herren Gouverneure, in ihren Bereichen dafür zu sorgen, daß ohne jede Voreingenommenheit oder jede distriktbedingte Vorbeziehung irgendwelcher eigener Notwendigkeiten dem Gemeinschaftsinteresse des Generalgouvernements der Vorrang gegeben wird, wie das ja schon so vielfach in bewährter Weise geschehen ist. Es ist gar kein Zweifel, daß wir vom Reich angegangen werden, unsere Verpflichtungen ihm gegenüber zu erfüllen. Deshalb muß auch die Ernteerfassung einheitlich von der obersten Instanz dieses Gebietes durchgeführt werden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt darauf das Wort dem Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft Ministerialdirigenten Dr. Emmerich.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich knüpft an die Ausführungen des Hauptabteilungspräsidenten Naumann an und erklärt, daß vom gewerberlichen Sektor aus im wesentlichen die Voraussetzungen hätten geschaffen werden können, die das Gelingen der Ernteerfassungsaktion in dem bisher üblichen Verfahren sicherstellen sollen. Im Generalgouvernement habe sich die Ernteerfassung auf dem Wege des Prämienscheinsystems fest eingebürgert und ein Abgehen von diesem System hätte zweifellos eine erhebliche Minderung der Erfassung zu bedeuten. Eine Kräftekonzentration auch von seiten des gewerblichen Sektors sei ein unbedingtes Erfordernis. Auch in diesem Jahr habe man das Prämiensystem weiter verfeinert. An der Spitze stehe nach wie vor die Überlegung, daß dem Bauern neben dem Zwang zur Ablieferung ein gewisser Anreiz gegeben werden solle, der darin bestehe, daß er auf Grund von Prämienscheinen Waren seines täglichen Bedarfs zu erträglichen Preisen beziehen könne.

Auch in diesem Jahre sei die Zuteilung gewerblicher Güter an den landwirtschaftlichen Sektor von Januar bis Juli nur mit größter Zurückhaltung erfolgt, so daß sich jetzt zur Zeit der Ernteerfassung ein gestauter Bedarf zeige, der den Anreiz zur Ablieferung erhöhen solle. Es gebe aber auch für diesen Anreiz gewisse Grenzen: wenn der Bauer für sein abgeliefertes Getreide 20 % des Wertes an Textilwaren bekomme, so bilde sich für ihn ein bestimmter Kurs dieser Prämienscheine. Dabei bestehe die Gefahr, daß der Schleichhandelspreis, den er für sein Getreide erziele, für ihn einen günstigeren Kurs darstelle. Daraus ergebe sich, daß Anreiz und Zwang in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen müßten und daß, je höher der Kurs des natürlichen Anreizes sei, um so schärfer die Schraube des Zwanges angezogen werden müsse .

In der Kohlenbelieferung an die Landwirtschaft habe man Vorsorge getroffen, daß sie als bevorzugter Bedarfsträger mit Vorrang versorgt werde. In diese Maßnahme hätten sich die anderen Bedarfsträger, vor allem die Rüstungsinspektion einsichtsvoll gefügt. Auf dem Sektor des Mineralöls werde im Rahmen des Erreichbaren alles geschehen, um der Landwirtschaft zu helfen.

Bezüglich des gewerblichen Sektors im Generalgouvernement müsse er zunächst einmal auf das Geschehen im Reich verweisen, denn die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Reiches, die im Laufe des dritten Kriegsjahres eine Steigerung der Kräfteanspannung und damit eine gewaltige Steigerung der Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge bedeuteten, machten sich auch im Generalgouvernement sehr stark bemerkbar. Um die Leistungen zu erhöhen habe man im Reich Betriebe zusammengelegt, die Aufträge auf die wirtschaftlichsten Betriebe verlagert und nicht kriegswichtige Produktionszweige ganz oder teilweise geschlossen. Alle Rücksichten auf eine Beschäftigung von mittleren oder kleineren Betrieben oder auf regionale Wünsche müßten hinter dem Gesichtspunkt des rüstungswirtschaftlichen Gesamteffekts zurücktreten. Auch in den kriegswirtschaftlichen Behörden und Organisationsformen seien im Reich entscheidende Änderungen vorgenommen. Ein Erlaß des Führers über die einheitliche Steuerung der Rüstungswirtschaft vom 7.Mai 1942 konzentriere die Zuständigkeiten auf Reichsminister Speer. Durch den Einbau des Reichsministers für Bewaffnung und Munition in die Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan sei eine weitere Vereinheitlichung und Zusammenfassung erreicht worden. Auch auf dem Gebiet der Rohstofflenkung und -bewirtschaftung habe es durchgreifende Neuerungen gegeben. In die Organisationen der Wirtschaft sei eine sehr weitreichende Verwantwortung für

kriegswirtschaftliches Schaffen gelegt worden.

Schon seit Ende des vergangenen Jahres werde die Wirtschaft des Generalgouvernements ausgekämmt, d.h. die Betriebe würden von Kommissionen, in denen neben den Hauptabteilungen Wirtschaft und Arbeit weitere Hauptabteilungen der Regierung, ein Vertreter des Distriktschefs und der Rüstungsinspektion zusammengefaßt seien, nach entbehrlichen Arbeitern überprüft. Vorläufige Ergebnisse lägen bereits vor: von 608 überprüften Betrieben liefen 180 unverändert weiter, bei 299 Betrieben habe ein teilweiser Entzug von Arbeitskräften stattgefunden, während 9 Betriebe zusammengelegt und 120 % stillgelegt worden seien. Bei dem anscheinend hohen Prozentsatz der stillgelegten Betriebe handle es sich um kleine und überalterte Betriebe, die keine wirtschaftliche Leistung im Kriegssinne bieten könnten. Von den 42 ooo in diesen überprüften Betrieben beschäftigten Arbeitern seien 8 ooo zur Umschulung vorgeschlagen worden.

Die Rationierung auf dem Gebiete der Kriegsverwaltung des Reiches bedinge eine generelle Überprüfung und Abstimmung der Regierung des Generalgouvernements mit den Reichsinstanzen. Einzelabreden müßten getroffen werden, wie dies bereits auf dem Gebiete des Eisens geschehen sei. Dadurch solle verhindert werden, daß die allgemeine Organisationsumbau-Freudigkeit zu summarisch auf das Generalgouvernement ausgedehnt werde ohne Berücksichtigung auf der besonderen Verhältnisse dieses Landes. Dabei könne er feststellen, daß eine gewisse organisatorische Parallelentwicklung des Generalgouvernements zum Reich sich als außerordentlich erwünscht erweise. Die im Jahre 1941 eingeleitete Entwicklung der sogenannten wirtschaftlichen Selbstverwaltung sei gerade angesichts der Organisationstendenzen der Kriegswirtschaft des Reiches sehr segensreich. Es handle sich ja nicht um eine Selbstverwaltung im eigentlichen Sinne, sondern nur um

eine die Verwaltung entlastende Instanz.

Der stete Beitrag des Generalgouvernements zur deutschen Rüstungsleistung in den vergangenen drei Jahren habe bewirkt, daß das Generalgouvernement als Industriegebiet im Reich nicht mehr umstritten sei. Der Führer habe die Ostgrenze des Generalgouvernements als Grenze der Industrialisierung festgelegt. Durch die Entwicklung der Kriegslage und die Verstärkung der Luftangriffe auf den Westen würden die Verlagerungstendenzen zweifellos bestärkt und die Blicke der deutschen Industrie richteten sich im verstärkten Maße auf das Generalgouvernement. Bei dieser Entwicklung entstehe für das Generalgouvernement die Frage, inwieweit es ein solches zusätzliches Industriepotential im Lande unter den derzeitigen Verhältnissen verkraften könne, denn jeder neue Betrieb bedeute zusätzliche Energieanforderungen. Auf dem Gebiete der Energiewirtschaft müßten darum die Hauptanstrengungen des Generalgouvernements liegen, da die wesentlichste Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung des Generalgouvernements ein Ausbau der Energiewirtschaft sei.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich greift diese energiemäßigen Dinge auf und erstattet einen Bericht über den derzeitigen Stand der Arbeiten, die der Ostenergie-A.-G. als der staatlichen Gesellschaft des Generalgouvernements übertragen sind.

I. Hochspannungsleitungen

1. Zweck der Leitung:

Die Leitung dient einerseits zum Abtransport der im Kraftwerk Nisko zur Verfügung stehenden Leistung von 26 000 kW, andererseits zum Abtransport von Wasserkraftstrom oder oberschlesischem Steinkohlenstrom über die Leitung Mościce-Starachowice bei Ausfall der Kohlentransporte für das Kraftwerk Nisko. Mit der Leitung

werden die Rüstungsbetriebe Starachowice, Ostrowiec und Hasag, die das erstrebenswerte Produktionsprogramm heute nicht bewältigen können, abgestützt und ausreichend mit Strom versorgt. Ferner kann die Leistung aus dem Kraftwerk Nisko über die im Bau befindliche Leitung Starachowice-Warschau dem Verbrauchsschwerpunkt Warschau zugute kommen.

Stand der Bauarbeiten:

Die Leitung ist trassiert; Mastausteilung ist erfolgt. BBC hat Baubüro in Nisko, Elin in Ostrowiec eingerichtet. Kies für die Fundamente wird zur Zeit angefahren. Das Walzeisen für die Maste ist zu 30 % abgewalzt. Die Maste befinden sich in Fabrikation in Minsk Mazowiecki

Schwierigkeiten:

Amt für Raumordnung und Luftwaffe haben etwa eineinhalb Monate gebraucht, um ihre Genehmigung zu der vorgeschlagenen Trasse auszusprechen. Die Eisenhütten-Gemeinschaft-Ost hat gegen den Einspruch der Ost-Energie die Walzaufträge sistiert mit der Begründung, daß eine genaue Mastspezifikation vorliegen müsse. Hierdurch Zeitverlust von etwa eineinhalb Monate. Die Walzwerke erklären, das Programm in der vorgesehenen Zeit nicht mehr bewältigen zu können, was ursprünglich möglich gewesen wäre. Die Kiestransporte haben sich infolge der totalen Frachtensperre um eineinhalb Monate verzögert, da es nicht gelang, von der Gedob Eisenbahnwagen zu erhalten. Den engsten Querschnitt bilden die Armaturen- und Isolatorenbestellungen im Reich, da eine Herstellung im Generalgouvernement nicht möglich ist. Die Auslieferung ist

überhaupt infrage gestellt, weil das Generalgouvernement keine S- oder SS-Kennzeichnung vornehmen kann. Es wird trotzdem versucht, die Leitung noch in diesem Jahre fertigzustellen.

Behebung der Schwierigkeiten:

Kiestransporte werden zur Zeit mit Lastkraftwagen bewältigt. Der Transport ist außerordentlich kostspielig und es können, da nur wenig Fahrzeuge zur Verfügung stehen, nur geringe Mengen transportiert werden. Wegen der Auswalzung der Profile wird erneut mit der Rüstungsinspektion wegen Vorverlegung verhandelt Wegen der Isolatoren ist der von Reichsminister Speer ernannte Ringführer Dr. Scheid um Einschaltung gebeten worden. Aller Voraussicht nach kann nunmehr mit einer termingemäßen Anlieferung gerechnet werden. Auch bezüglich der Armaturen sind Maßnahmen eingeleitet worden.

2. Leitung Starachowice-Warschau

Zweck der Leitung:

Versorgung des Verbrauchsschwerpunktes Warschau. Ersatz der Kohlentransporte durch Wasserkraft- und Kohlenstrom. Stand der Bauarbeiten:

Die Leitung ist trassiert, Mastausteilung ist bis auf 30 km fertig. Das Baubüro der Ost-Energie befindet sich in Skarzysko, dasjenige der Starkstromanlagen Essen in Grojec. Kies wird mit Lastkraftwagen angefahren. Rund 40 km der Leitung sind vollkommen fertiggestellt. Walzeisen zu 2/3 abgewalzt. Maste befinden sich in Fabrikation bei Ostrowiec und Radomsko.

Schwierigkeiten:

Schwierigkeiten und deren Behebung siehe unter 1. Durch verstärkten Einsatz von Lastkraftwagen wird versucht, die eineinhalb Monate Verzögerung wieder aufzuholen, sodaß heute noch mit einer Inbetriebhahme der Leitung in diesem Jahre gerechnet werden kann.

3. Leitung Lemberg-Boryslaw:

Zweck der Leitung:

Leitung dient zur Versorgung des Erdölgebietes Boryslaw.

Stand der Bauarbeiten:

Leitungstrasse ist festgelegt; vorläufige Mastausteilung ist fertig. Zur beschleunigten Fertigstellung der Leitung wird die Imprägnierung am Ort der Aufstellung durchgeführt. Holzmaste werden geschlagen und zu ihrem Aufstellungsort abgefahren. Baubüro befindet sich in Lemberg.

Schwierigkeiten:

Schwierigkeiten und ihre Behebung siehe unter 1. Termin 1.10.1942 kann gehalten werden, wenn Armaturenfrage gelöst.

4. Leitung Nisko-Lublin:

Zweck der Leitung:

Die Leitung dient zur Stromversorgung des Verbrauchsschwerpunktes Lublin, insbesondere der Betriebe der Waffen-SS (Kriegsgefangenenlager, KZ usw.). Die Stadt soll vom Transport der Kohle zur Stromerzeugung entlastet werden.

Stand der Bauarbeiten:

Trassierung der Leitung und Mastausteilung sind fertig; die Kleineisenteile befinden sich in Fabrikation. Mastaufstellung wurde in Angriff genommen; Holz ist bereits geschlagen und zum großen Teil imprägniert. Die Ost-Energie hat das Personal des Elektrizitätsverbandes Lublin zur Durchführung des Baues herangezogen. Baubüros befinden sich in Lublin und Niśko.

Schwierigkeiten:

Schwierigkeiten und ihre Behebung siehe unter 1. Termin 1.11.1942 kann gehalten werden, wenn Armaturenfrage gelöst.

5. Leitung Moscice-Reichshof:

Zweck der Leitung:

Leitung dient zur Stromversorgung der Waffen-SS in Debica und der Stadt Reichshof, insbesondere des Flugmotorenwerks.

Stand der Bauarbeiten:

Leitung ist trassiert; Mastausteilung ist fertig; Holz wird geschlagen und zum Imprägnieren abgefahren. Baubüro befindet sich in Tarnow.

Schwierigkeiten:

Schwierigkeiten und ihre Behebung siehe unter 1. Termin 1.11.1942 kann gehalten werden wenn Armaturenfrage gelöst.

6. Leitung Moscice-Jaworschno:

Zweck der Leitung:

Leitung dient zum Abtransport oberschlesischen Steinkohlenstromes in das Generalgouvernement. Reichslastverteiler hat bis Mitte nächsten Jahres 35 ooo kW statt bisher 8 ooo kW zugesagt.

Stand der Bauarbeiten:

Leitung wurde von Landesgrenze bis Moscice vortrassiert; vorläufige Mastausteilung wurde durchgeführt. Mastfabrikation befindet sich bei Metallurgia in Radomsko. Baubüros befinden sich in Krenau, Krakau und Tarnow.

Schwierigkeiten:

Das Leitungsstück Jaworschno-Landesgrenze wurde bereits im Januar dem Generalinspektor für Wasser und Energie auf Grund des Energie-Wirtschaftsgesetzes angezeigt. Eine Antwort ist bisher trotz vieler Mahnungen nicht erteilt worden. Ende Juni erhielt die Ost-Energie die Mitteilung, daß sie erneut eine Anzeige einreichen solle, was inzwischen geschehen ist. Zustimmung liegt noch immer nicht vor. Es besteht die Gefahr, daß die durch den Reichslastverteiler dem Generalgouvernement zugedachte Leistung aus Oberschlesien auf absehbare Zeit überhaupt nicht abtransportiert werden kann. Durch das Hinauszögern der Genehmigung ist Fertigstellung in diesem Jahr nicht mehr möglich.-

Zusammenfassung der Schwierigkeiten:

1. Transportlage, 2. die Auswalzung, 3. die im Reich getätigten Bestellungen auf Armaturen und Isolatoren und 4. das geringe Verständnis, das vom Amt des Generalinspektors für Wasser und Energie dem Generalgouvernement entgegengebracht wird. Eine Behebung der Schwierigkeiten ist nur durch Unterstützung aller Dienststellen des Generalgouvernements möglich.

II. Erdgasleitungen:

1.Ost-West-Erdgasleitung

Zweck der Leitung:

Die Leitung dient zur Verbindung der ostgalizischen Erdgasfelder mit dem Rüstungsdreieck. Sie muß gebaut werden, da im Spätherbst mit einem Erschöpfungszustand der bisher das Industriedreieck speisenden Westgalizischen Erdgassonden zu rechnen ist.

Stand der Bauarbeiten:

Von der erforderlichen Rohrmenge mit einem Gesamtgewicht von 13 6oo t sind bereits 12oo t abgewalzt und 7oo t an Ort und Stelle. Die angelangten Rohre werden ausgefahren. Sämtliche Schieber sind bereits fertig. Wenn man bedenkt, daß die Vergabe der Leitung erst am 22.Mai 1942 erfolgte, so ist die außerordentliche Geschwindigkeit, mit der das Bauvorhaben vorgetrieben wird, erkennbar. Den engsten Querschnitt bildet das Transportproblem. Durch persönliche Verhandlungen mit Staatssekretär Dr. Ganzenmüller wurde erreicht, daß geschlossene SS-Wagenzüge von den Walzwerken in das Generalgouvernement rollen. Es handelt sich um rd. 750 Waggons. Die Leitung ist in acht Baulose aufgeteilt, wobei die eingesetzten Baufirmen unter der Oberbauleitung der Deutschen Bergwerks- und Hüttenbau G.m.b.H.-Berlin stehen. Baubüros befinden sich in Nisko, Lezaisk, Przemysl, bei Daszawa, Rudnik, Gorzyce, Jaroslaw, Radymno und Sambor. 240 Stammarbeiter und ein großer Gerätepark sind bereits an Ort und Stelle. Die zuständigen Regierungsstellen wurden davon unterrichtet, daß mit sofortiger

Wirkung 1700 Mann Baupersonal erforderlich sind. 12 Baracken sind auf der Strecke aufgestellt, einige weitere folgen in den nächsten Tagen. Der zügige Baufortschritt hängt davon ab, daß die angeforderte Arbeiterzahl sofort zur Verfügung steht und daß die Verpflegung sichergestellt wird.

Schwierigkeiten:

Das Transportproblem und Sicherstellung der Verpflegung. Azetylenbeschaffung; die Zuteilung der Gasflaschen ist nur zum Teil gelöst. Mit der Inbetriebnahme der Leitung im November dieses Jahres kann gerechnet werden, wenn alle Dienststellen des Generalgouvernements helfen und keine neuen Schwierigkeiten auftauchen.

Behebung der Schwierigkeiten:

Einschaltung des Verkehrsministeriums wegen des Transportproblems und des GB-Bau in Berlin. Von diesen wurde die Kennzeichnung sämtlicher Transporte unter dem Kennwort "Mineralöl" ~~erteilt~~ Der Vorstand der Osag hat veranlaßt, daß ein in Landshut stillstehendes Azetylenwerk wieder in Betrieb genommen wird, sodaß der gesamte Azetylenbedarf sichergestellt ist. Die Flaschen wurden durch Einschaltung des OKW zum Teil sichergestellt.

2. Erdgasleitung Stry-Lemberg:

Zweck der Leitung:

Versorgung der Stadt Lemberg, da die bisherige Leitung bei weitem nicht mehr ausreicht. Insbesondere ist sie notwendig, um den Strom für das Erdölgebiet in Boryslaw erzeugen zu können.

Stand der Bauarbeiten:

Den Auftrag erhielt die Osag von der Regierung am 13.7.1942. Die Vergabe erfolgte am gleichen Tage an die Nordböhmische Wasserbau-A.G. Der Bau der Leitung ist eine sehr undankbare Aufgabe. Das Erbe, das von den Russen übernommen wurde, ist mehr als zweifelhaft: die Schweißung ist undicht, die Isolierung restlos verdorben. Trotzdem besteht begründete Aussicht auf Fertigstellung noch in diesem Jahr, falls die Anerkennung des Bauvorhabens durch den GB-Bau sofort erfolgt und die erforderlichen Arbeitskräfte (300 Mann) umgehend zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommt die rasche Lieferung der Baracken und die Sicherstellung der Verpflegung.

III. Kompressorstationen für Treibgas:

Die Ost-Energie hat die Umstellung von flüssigen Treibstoffen auf Erdgas im Generalgouvernement vorgeschlagen und die dafür erforderlichen Pläne entwickelt. Hiernach sind etwa 50 ooo t Benzin und Dieselöl einzusparen.

Nach Entscheidung der Regierung soll die Ost-Energie das komprimierte Erdgas an die Staatlichen Monopole verkaufen und diese es an die Monopol-Vertriebsgesellschaft zum Vertrieb weitergeben. Sobald der Ost-Energie der Auftrag zur Errichtung der Kompressorstationen für die Verdichtung von rd. 35 Millionen Kubikmeter pro Jahr erteilt wird, kann die Vergabe erfolgen.

IV. Wasserkraftwerk Zakopane:

Zwecks Einsparung von Dieselöl baut die Ostenergie für das in Zakopan e befindliche Dieselkraftwerk ein Wasserkraftwerk. Mit Hilfe

hervorragender Sachverständiger wurde ein Projekt ausgearbeitet. Das Kraftwerk soll über die Stadt Zakopane hinaus auch die Umgebung mit Strom versorgen. Nach der Entscheidung des Herrn Staatssekretärs, daß die Ost-Energie den Bau durchführen soll, sind von ihr alle zur Verleihung der Wasserrechte erforderlichen Vorarbeiten veranlaßt worden.

V. Erweiterung von Dampfkraftwerken:

In den Dampfkraftwerken Pionki und Lemberg entspricht die Kesselleistung nicht der vorhandenen Maschinenleistung. Die Ost-Energie stellt daher mit größter Beschleunigung die von den Polen begonnenen Kesselbauten, die seit der deutschen Besatzung ruhen, fertig. -

Das Gesamtprogramm der unter I bis V aufgeführten Bauten stellt einen Gesamtwert von rd. 140 ~~ooo~~ Millionen Zloty dar. Alle Bauten liegen nicht im Rahmen der Friedensplanung, sondern sie tragen zu einer Stützung und Verstärkung der Kriegswirtschaft des Generalgouvernments bei. Ihre Aufgaben sind in folgenden Punkten zusammenzufassen:

1. Entlastung der Schienenwege von den Kohlentransporten
2. Schaffung ausreichender Strommengen für die Kriegsproduktion
3. ausreichende Gasbelieferung der Rüstungsbetriebe
4. Einsparung von flüssigen Treibstoffen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß damit ein umfangreiches Problem in Angriff genommen worden sei, das dazu beitragen werde, das Generalgouvernement zu einem wirklich zuverlässigen und widerstandsfähigen Gefüge zu machen, das immer enger an das Reich herangeführt werden könne.

Hauptabteilungspräsident Bauder weist darauf hin, daß sich auf dem Transportsektor erhebliche Schwierigkeiten ergäben. Von der Hauptabteilung Bauwesen sei alles in ihrer Kraft stehende getan worden, um die Bestrebungen der Ost-Energie zu fördern. Aus den Worten von Dr.Emmerich könne man entnehmen, daß die Belieferung mit Armaturen und Isolatoren aus dem Reich einen großen Engpaß darstelle. Man müsse sich auch darüber klar sein, daß man ohne persönliche Verbindungen zu den Lieferfirmen und vor allem zum Generalinspektor für Wasser und Energie, der diesen Firmen in der Hand habe, schlecht weiterkommen werde; die Situation des Reiches sei zu sehr angespannt. Er glaube aber, daß der Generalinspektor diese Ausbaupläne weitgehend fördere und daß man durch ein enges Zusammenarbeiten und persönliche Aussprachen evtl. formelle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt hier, daß er sich mit Reichsminister Speer in Verbindung setzen werde. Die näheren Einzelheiten will er mit den Präsidenten Dr. Emmerich und Bauder noch besprechen. Der Antrag auf Verlegung der Industrialisierungsgrenze an die Ostgrenze des Generalgouvernements sei vom Reichsministerium Speer ausgegangen.

Präsident Bauder fügt noch hinzu, daß die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte große Schwierigkeiten bereiten werde. Im Generalgouvernement sei man jetzt so weit, daß Arbeitskräfte für weitere Bauvorhaben an anderer Stelle abgezogen werden müßten. Er rege daher eine ähnliche Aktion, wie man sie in diesen Tagen gegen die Juden durchführe, auch gegen die Polen an. Es habe sich nämlich gezeigt, daß die Judenaktion einen großen Andrang der Juden zur Arbeit mit sich gebracht habe. Man könne daher die berechtigte Hoffnung hegen, daß die gleichen Bestrebungen sich auch bei den Polen zeigen würden.

Hauptabteilungspräsident Gerteis erklärt eingangs seiner Ausführungen, daß in der Transportlage augenblicklich eine gewisse Erleichterung zu verspüren sei, da die großen Transporte nach der Ostfront nachgelassen hätten. Diese vorübergehende Erleichterung werde von der Ostbahn nach Kräften ausgenützt. Für das Programm der geplanten Strom- und Gasleitungen, deren Bau als vordringlich anerkannt sei, könnten die Materialtransporte aus dem Reich durchgeführt werden. Jedoch erweise sich dieses Bauprogramm neben dem Bauprogramm der Ostbahn als große Belastung. Die für das Bauprogramm der Ostbahn benötigten Transporte seien so umfangreich, daß außer Transporten für die Ernährung und Landwirtschaft für andere Zwecke wenig Aussicht bestehe.

Auch die Wagengestellung sei augenblicklich nicht groß. Nachdem sich die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Wagen bereits um 10 % erhöht habe, müsse er jetzt eine weitere dringende Erhöhung um 20 % erreichen. Das genüge aber immer noch nicht, um den Tonnagemangel zu beheben. Die Zahl der täglich mehr gestellten Wagen müsse das zwei- bis dreifache übersteigen, da man täglich 180- bis 190 000 Wagen benötige, um die Bedürfnisse der Ernährung und Kriegswirtschaft befriedigen zu können. Bei dem Umfang

des Lok- und Wagenbauprogramms und den Schwierigkeiten der Fertigung werde es Jahre dauern, bis eine Erleichterung eintreten könne. Man sei deshalb gezwungen, den letzten Wagen und die letzte Lokomotive einzusetzen. Wenn es gelänge, den Wagenumlauf noch um einen Tag zu senken, dann wäre alle Not behoben. Die Reparatur der Wagen sei stark beschleunigt worden, und auch bei der Reparatur der Lokomotiven bestehe dazu Aussicht.

Auf dem <u>Bausektor</u> gehe es trotz großer Schwierigkeiten voran, da auf direktem Befehl des Führers hin nur Mineralöltransporte in ihrer Dringlichkeit vor den Transporten für Baumaterial rangierten. Den Engpaß bilde augenblicklich die Arbeiterfrage. Täglich liefen 10 bis 30 % der Arbeiter von den Baustellen; ihre Qualität sei schlecht, sodaß man keine Rekordleistungen vollbringen könne. Dankbar müsse er anerkennen, daß der polnische Baudienst sehr wertvolle Dienste leiste. Leider reiche die Zahl des polnischen Baudienstes nicht aus; die Ostbahn benötige noch mindestens 10 ooo Mann.

Der erste Bauabschnitt 1942 mit einem Gesamtkostenaufwand von 400 Millionen Zloty müsse am 1.Okt. abgeschlossen sein. Dann werde sofort ein neues Programm anlaufen.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> gibt dann seinen beiden Staatssekretären Dr. Bühler und Krüger den Auftrag, auf dem Gebiete der Arbeiterbeschaffung in gemeinschaftlichen Besprechungen mit den zuständigen Hauptabteilungen ein rigroses Programm zur <u>Erfassung der unbeschäftigten Arbeiter</u> auszuarbeiten und ihm vorzulegen. Er unterstreicht die Festetellung, daß die Erfassungsaktion gegen die Juden gute Ergebnisse gezeigt habe und daß man eine ähnliche Maßnahme gegen die Polen in Erwägung ziehen könne. Das flache Land sei stark übervölkert und es müsse gelingen, aus den

kleinen Landstädten zusätzliche Arbeitskräfte herauszuziehen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky berichtet, daß die Etatvcrarbeiten voraussichtlich Ende August abgeschlossen sein werden. Besorgnisse wegen der Deckung gerechtfertigter dringender Bedürfnisse der Verwaltung seien nicht vorhanden. Produktionsausfälle infolge Betriebseinschränkungen oder -stillegungen im vergangenen Winter könnten jetzt wieder wettgemacht werden, sodaß keine Einnahmeausfälle einträten.

Das Generalgouvernement sei staatsfinanziell gesehen in der angenehmen Lage, einen ganz geringen Schuldenstand zu besitzen. Die Haushaltentwicklung zeige folgendes Bild: Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1939 = 500 Millionen, im Rechnungsjahr 1940 rd. 1200 Millionen und im Rechnungsjahr 1941/42 ohne Wehrbeitrag rd. 2 Milliarden Zloty.

Bei den Haushaltsverhandlungen habe sich gezeigt, daß bei der Erstellung der Voranschläge nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen werde. Die meisten Dienststellen seien mit ihrer Ausbautätigkeit fertig: die Einrichtung der Büros, die Beschaffung von Möbel für Angestellte seien durchgeführt und nur kleinere Anschaffungen seien noch nötig. Trotzdem habe die Hauptabteilung Finanzen aber festgestellt, daß die für diese Zwecke benötigten Beträge in den Voranschlägen auch jetzt noch die gleiche Höhe aufwiesen. Bei den letzten Verhandlungen habe sich herausgestellt, daß es ohne weiteres möglich sei, diese Ansätze auf ein vernünftiges Maß zurückzuschrauben. Dabei könne eine Einsparung von 20, 30 und 40 Millionen erzielt werden.

Wie aus den Ausführungen von Dr. Emmerich hervorgehe, benötige die Ost-Energie-A.G. für die nächste Zeit einen Finanzbedarf von rd. 140 Millionen.

Über das normale Investitionsbedürfnis hinaus seien für das Generalgouvernement finanzielle Anforderungen deshalb notwendig, weil der notwendige Einsatz von Privatkapital nicht möglich sei. Die Finanzsituation des Generalgouvernements könne als nicht ungünstig bezeichnet werden. Die Hauptabteilung Finanzen sei in der Lage, das abrollende Wohnungsbauprogramm zu finanzieren; auch der Ost-Energie-A.G. werde man die notwendigen Kapitalien zur Verfügung stellen können.

Der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe die Monopolverwaltung die geforderten Kontingente an Tabak und Branntwein bereitgestellt, sodaß ein gutes Gelingen der Ernteerfassung zu hoffen sei. Hier müsse er insbesondere den Dienststellen der Wehrmacht danken, die auf seinen Vorschlag hin während der Sommermonate ihre Anforderungen an Branntwein zugunsten der Ernteerfassung zurückgeschraubt hätten, nachdem er versprochen habe, in den Wintermonaten wieder verstärkt an die Front zu liefern.

Die Versorgung der Deutschen mit Monopolartikeln sei, abgesehen von örtlichen Verkehrsschwierigkeiten, gut. Ein Liter Wodka monatlich und 20 Zigaretten pro Tag seien ausreichend. Leider würden die Deutschen mit den ihnen zugeteilten Waren Tauschhandel treiben.

Für die Zoll- und Monopolverwaltung sei von außerordentlicher Wichtigkeit, daß ihnen die eingearbeiteten Arbeitskräfte erhalten blieben. Es sei eine bequeme Methode, von einem festen Arbeiterbestand einfach 50 % für andere Zwecke abzuziehen. So sei es vorgekommen, daß von den Arbeitern eines Betriebes, der 80 % seiner Erzeugnisse an die Wehrmacht liefere, 50 % der nichtdeutschen Arbeiter und Angestellten kurzfristig zu anderem Einsatz angefordert worden seien. Das Ergebnis einer solchen Aktion sei immer ein radikaler Produktionsrückgang, bis neues Personal eingestellt und eingearbeitet sei.

Günstig entwickelt hätten sich die Einnahmen aus den im Frühjahr erhöhten Kriegssteuern, deren erste Hälfte im Juli fällig gewesen und glatt bezahlt worden sei. Auch im Tabakmonopol seien die Einnahmeentwicklungen durchaus günstig. Der Kassenbestand, der noch durch eine Schatzanleihe von 60 Millionen verstärkt werden solle, sei befriedigend.

Gouverneur Kundt trifft für die Ernteerfassung im Distrikt Radom die Feststellung, daß sämtliche Vorarbeiten beendet seien. In einer vor kurzem stattgefundenen Kreishauptleute-Besprechung seien alle Anweisungen gegeben worden. Er habe verfügt, daß über die Kontingenthöhe nicht debattiert werden dürfe, da die Einbringung der auferlegten Kontingente eine unbedingte Notwendigkeit darstelle.

Bezüglich der Lagerräume solle man mit der Wehrmacht darüber verhandeln, inwiefern leer-stehende Gebäude für diese Zwecke von ihr zur Verfügung gestellt werden könnten. Gerade in den Gebieten, in denen im Distrikt Radom die besten landwirtschaftlichen Erzeugnisse geerntet würden, herrsche der größte Lagerraummangel; infolge des Nichtvorhandenseins von Eisenbahnlinien könne auch der gewünschte sofortige Abtransport nicht durchgeführt werden; auch ein Abtransport mit Kraftwagen sei infolge der Drosselung des Benzinverbrauchs schlecht möglich. Große Sorgen bereite daher die Tatsache, wie man aus diesen Gebieten die örtlich erfaßte Ernte wegbringen könne. Auf dem Lande stünde eine große Anzahl von Militärbaracken leer, während in den Gebäuden innerhalb der Städte Unterbringungen von Soldaten stattfänden. Auch viele Schulen seien für die im letzten Winter erwarteten Einquartierungen noch beschlagnahmt.

Über das Prämienscheinsystem zur Ernteerfassung wolle er auf Grund einer genauen Prüfung folgende Bemerkungen machen: schon bei der letzten Ernteerfassung habe das Prämienscheinsystem für Textilien eine geringe psychologische Wirkung gezeitigt, und die gleiche Erfahrung werde wohl auch diesmal wieder gemacht. Die Textilien seien knapp, sodaß der Landwirt trotz seiner Prämienscheine wenig oder nichts einkaufen könne. Zu überlegen sei daher die Frage, ob bei Textilien nicht eine Veränderung des jetzigen Systems Platz greifen solle, indem man Gemeinden, die hundertprozentig abgeliefert hätten, bestimmte Mengen zuteile; es solle also im Gegensatz zu bisher nicht jeder für eine bestimmte abgelieferte Menge Prämienscheine erhalten. Man könne bestimmte Mengen von Textilien den Gemeinden, die mindestens 90 % des auferlegten Solls abgeliefert hätten, zur Weiterverteilung zuleiten. Auf den anderen Gebieten sei eine Veränderung des jetzigen Systems nicht nötig. Auf dem Textilsektor trete ein Engpaß auf, der auch nachteilige Wirkungen auf das Schulwesen ausübe. Die primitivste Ausstattung der volksdeutschen Kinder und der Internate, über deren Einrichtungsnotwendigkeit nirgends Zweifel bestehe, sei mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß die Textilien für die Ernteerfassung benötigt würden. Alle Kreishauptleute des Distrikts Radom verträten die Auffassung, daß das Prämiensystem für Textilien abgeändert werden müsse. Man habe diese Verteilungsart zu Beginn der deutschen Verwaltung als Lockmittel benutzt, um einen Überblick über die Leistungen der einzelnen Kreise zu gewinnen. Diesen Überblick besäßen jetzt die Kreislandwirte, sodaß man von der polnischen Landbevölkerung eine Ablieferung ohne Prämien fordern könne. Schwieriger sei die Erfassung von anderen Waren wie z.B. von Eiern. Dazu werde das Prämiensystem immer notwendig sein.

Das Leben der Deutschen: in der letzten Zeit habe er mit Hilfe des Parteiapparates einen scharfen Kampf dagegen geführt, daß gewisse Elemente noch an der Tatsache des Krieges des deutschen Volkes vorübergehen. Gerade durch die Partei könne auf diesem Gebiet vieles erreicht werden. Aber auch auf gerichtlichem Wege werde gegen unsaubere deutsche Elemente vorgegangen. Er schlage vor, Urteile und Bestrafungen von Deutschen im inneren Dienstwege bekanntzugeben. Das Sondergericht in Radom habe vor kurzem gegen einen Deutschen, der sich durch den Aufbau einer deutschen Scheinfirma widerrechtlich Lebensmittelkarten verschafft habe und diese von einem Juden im Ghetto zu Schleichhandelspreisen weiterverkaufen ließ, ein Todesurteil gefällt. In einem der nächsten Appelle habe er diesen Fall erzählt und er sei überzeugt, daß diese ~~Tatsache~~ Urteil abschreckend wirken werde.

Zur Versorgung der Ernährung und Landwirtschaft mit Benzin habe er angeordnet, daß für die nächsten drei Monate 60 % des Benzins für die Distriktsbehörde ausschließlich dieser Abteilung zur Verfügung ständen. Diese Menge werde aber nicht ausreichen.

Zur Sicherheitslage des Distrikts Radom könne er die Feststellung treffen, daß das Auftreten von Partisanen nicht zu berichten sei. Die Lage sei im allgemeinen günstig, wenn auch eine gewisse Verstimmung Platz greife. In der unruhigsten Kreishauptmannschaft Opatow habe man alle Vorkehrungen getroffen

Im Generalgouvernement bestehe nunmehr Arbeiterknappheit. Man dürfe sich nicht täuschen lassen, wenn an vielen Orten Leute herumliefen, und nicht annehmen, daß diese lauter Nichtstuer seien. Von entscheidender Wichtigkeit für solche Erscheinungsbilder seien die Markttage.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß dies alles berücksichtigt werde, daß aber noch mindestens nine Million Arbeitskräfte erfaßt werden könnten. Bei einer Bevölkerung von 18 Millionen könne man sich mit 750 ooo vermittelten Arbeitskräften nicht zufrieden geben.

Gouverneur Kundt ersucht zum Schluß bei Vergleichen der Ausgaben in den früheren Jahren mit den Anforderungen für jetzt um Berücksichtigung der Preiserhöhungen für gewisse Ausrüstungsgegenstände; nach seiner Meinung sind auch die amtlichen Preise auf ein Mehrfaches gestiegen.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann wendet sich gegen diese Meinung. Bei der Beschaffung werde jedoch die Dringlichkeit so in den Vordergrund gerückt, daß der Preishöhe nicht mehr die richtige Beachtung geschenkt werde. Man verzichte, die geforderten Preise der Preisbehörde zwecks Überprüfung zu übergeben. Das Amt für Preisüberwachung sorge in jedem Fall dafür, daß Überpreise zurückgezahlt werden.

Gouverneur Kundt erwidert, daß die Dienststellen die Preise oft nicht einhalten können, da sonst die Gefahr bestehe, daß sie überhaupt nichts erhielten.

Dr. Senkowsky rügt die Tatsache, daß die deutschen Dienststellen in der Ausstellung von Dienstgut-Bescheinigungen sehr freigebig seien. So habe ein polnischer Händler Schreibmaschinen, die auf Grund dieser Bescheinigungen zollfrei ins Generalgouvernement eingeführt werden könnten, nach Belieben beziehen können.

Gouverneur Dr. Wächter wendet sich gegen die Auffassung, als herrschten im Distrikt Galizien die größte Unruhe und Unordnung. Die kleine Unruhe, die da und dort herrsche, sei teils durch die Partisanenverhältnisse im Lubliner-Distrikt und teils durch gewisse Vorgänge im Reichskommissarat Ukraine in der Nähe der Grenze in den Distrikt hineingetragen worden. Was die bodenständigen Teile der Bevölkerung angehe, so sei im Distrikt Galizien eine ruhige und stete Arbeit festzustellen. Im ersten Jahre des Bestehens des neuen Distrikts Galizien sei immerhin allerhand geschehen. So habe der Distrikt an Kontingenten mehr abgeliefert als das ganze Generalgouvernement im ersten Jahre der deutschen Verwaltung. Ferner seien fast 200 000 Arbeiter ins Reich vermittelt worden. Sowohl die Stimmung wie die Mitarbeit der Bevölkerung seien im ganzen gesehen durchaus zufriedenstellend. Zu bedenken sei, daß man ja auch erst am Anfang der Entwicklung stehe. Er und seine Mitarbeiter seien bemüht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß bereits im zweiten Jahre dank der Tätigkeit aller deutschen Dienststellen ein vielfaches des Ergebnisses des ersten Jahres erreicht werde.

Entscheidend sei nach seinen Feststellungen für die Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung die Ernährungssituation. Möge man auch die Menschen mit schärfsten Zwangsmaßnahmen zur Arbeit heranholen, sie würden nur dann zufriedenstellende Leistungen vollführen, wenn sie einigermaßen ernährt seien. Das zeige das Beispiel der Judenarbeitslager, die vorzüglich da funktionierten, wo es gelinge, die Menschen einigermaßen satt zu machen. Das gleiche gelte für den polnischen Baudienst und die freie Wirtschaft, wo die Arbeiter vielfach wegliefen, weil ihre Ernährung nicht im geringsten gesichert werden könne. Er hoffe, eine Besserung der Ernährungssituation nach der Ernte trotz

der Ablieferungen an das Reich herbeiführen zu können. Hand in Hand mit etwa notwendig werdendem harten Zugreifen müsse eine förderliche Behandlung der Bevölkerung gehen.

In diesem Zusammenhang weist der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Bühler an, in den Erlaß über den Ernte-Ausnahmezustand einen Passus des Inhalts aufzunehmen, daß der Schutz der Bevölkerung bei loyaler Beachtung der in diesem Erlaß vorgesehenen Maßnahmen gewährleistet wird.

Gouverneur Dr. Wächter hofft, für die Ernteerfassung eine entsprechende Menge von Prämienware zu erhalten. Auch er gedenke die Methode anzuwenden, daß den Bauern, die ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Gespanndienste und der sonstigen Arbeit nachkämen, Sonderkontingente, wenn auch geringen Umfanges, belassen würden. Das werde bei der Bevölkerung eine sehr gute Wirkung erzielen. Daß dabei in einzelnen Fällen hart durchgegriffen werden müsse, sei klar. Die Zwangsarbeitslager, die der SS- und Polizeiführer in Galizien errichtet habe, zeigten eine gute Wirkung, weil die dort inhaftierten Menschen nach einiger Zeit als gebessert entlassen werden könnten. Die Einrichtung dieser Lager werde auch von den Vögten dankbar begrüßt, weil die Bevölkerung dadurch inzwischen disziplinierter geworden sei. In Gegenden, in denen ein Zwangsarbeitslager unter einem tüchtigen Leiter gut funktioniere, habe die Gespanndienstverweigerung aufgehört.

Auch er sei der Auffassung, daß hier allein zentrale Maßnahmen eine Wirkung haben könnten. Andererseits sei aber auch die Leistung des Kreislandwirts und sogar des Bezirkslandwirts von größter Be-

deutung, ebenso wie die gute Arbeit des Gendarmerieführers und Polizeileiters. Er bitte deshalb die Regierung, für den Ausbau der Verwaltung in den unteren Instanzen Sorge zu tragen. Leider habe man von einer praktischen Auswirkung des Führererlasses vom März dieses Jahres über die Personalverringerung noch nicht viel gehört.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert gibt die Erklärung ab, daß in etwa 14 Tagen die Gouverneure das Material in Händen haben würden. Ihre Wünsche könnten weitgehend berücksichtigt werden. Leider sei die Durchführung dieser Maßnahmen nicht von heute auf morgen möglich; denn es müßten etwa 40 bis 50 Verordnungen abgeändert und Verhandlungen mit sämtlichen Hauptabteilungspräsidenten geführt werden. Er hoffe aber, daß Ende Juli diese Sammelverordnung dem Herrn Generalgouverneur vorgelegt werden könne.

In diesem Zusammenhang gibt Gouverneur Dr. Wächter seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in einer Zeit, in der der genannte Führererlaß noch nicht einmal praktisch durchgesetzt sei, schon wieder an eine neue Gesellschaftsgründung herangegangen werde.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich weist darauf hin, daß es sich bei der Gründung dieser Gesellschaft um die jüdischen Grundstücke handle, für deren Verwaltung bzw. Erfassung eine weitgehende Dezentralisation in Aussicht genommen worden sei. Darüber habe zunächst ein Einvernehmen mit der Hauptabteilung Finanzen herbeigeführt werden müssen, um den Gesamtkomplex dieser rund 50 000 Objekte, der einen Milliardenwert darstelle, richtig aufteilen zu können. Die Regierung des Generalgouvernements habe ja beispielsweise auf dem Gebiete des außerordentlichen Haushalts große Verpflichtungen zu übernehmen. Es werde nun geprüft, was an Vermögenswerten für die Regierung vorbehalten bleiben solle, und was einer dezentralisierten Verwaltung, für die er eine weitgehende Heranziehung der

Gemeinden vorschlage, zuzuführen sei. Nach diesem Plan behalte sich die Regierung selbst nur die Verwaltung von großen Objekten vor, während 42 000 kleine Objekte in die dezentralisierte Verwaltung gegeben würden, ohne daß die Regierung Ansprüche auf die Ertragswerte stellen werde.

Gouverneur Dr. Wächter kann hier die Durchführung einer Zentralisierung nicht anerkennen, da man ja auf ähnlichen Gebieten schon die Dezentralisierung habe. Die Wirtschaftsleiter der Kreise seien solchen Aufgaben in durchaus zufriedenstellender Weise nachgekommen. Wenn tüchtige Fachleute zur Verfügung ständen, dann sollte man sie den Distrikten und Kreisen zur Verfügung stellen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß es sich um einige größere Objekte handle, die Staatseigentum würden und praktischerweise schon wie bisher direkt von der Treuhandstelle verwaltet würden. Im übrigen seien die Besprechungen über diese Frage noch nicht abgeschlossen, er habe auch den endgültigen Entwurf noch nicht kennengelernt.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich stellt fest, daß die treuhänderische Verwaltung dieser Grundstücke nicht befriedigend gewesen sei, und deshalb eine endgültige Verwaltung herbeigeführt werden solle. In den Gesamttopf würden 50 ooo Grundstücke kommen, 42 ooo würden von der Regierung gewissermaßen an die Gemeinden verschenkt, die im Zuge ihrer Siedlungsvorhaben und ihrer städtischen Sanierung mit diesen Objekten etwas anfangen könnten. Die Regierung könne aber unter keinen Umständen jene 8 ooo Objekte großen

Ausmaßes an die Distrikte zu verschenken, weil das den Rahmen vollständig sprengen würde. Wenn die Treuhandverwaltung abgelöst werden würde, dann bedeute das, daß die bisher dort tätigen Mitarbeiter in eine dezentralisierte Verwaltung übergeführt würden; es bedeute nicht, daß damit eine Zentralisierung einsetze. Für die 8000 Großobjekte solle nur ein ganz kleiner Apparat in der Spitze gehalten werden, während Distriktsgesellschaften faktisch die Dinge in der Hand behielten.

Gouverneur Dr Wächter befürchtet, daß es sich bei dieser neuen Organisation nicht um einen kleinen Apparat handeln werde; denn für Krakau allein würden 40 bis 45 Räume für die zu gründende Aktiengesellschaft angefordert. Nach alledem halte er es für zweckmäßiger, daß man es bei der bisherigen Methode belasse und nach wie vor die Treuhandverwaltung unter Führung der Hauptabteilung Wirtschaft für die Dinge verantwortlich sei.

Hauptabteilungspräsident Dr Emmerich betont, daß die Verwaltung und Erhaltung der Gebäude eine Änderung des bisherigen provisorischen Zustandes notwendig mache. Eine etwaige Vernichtung von Werten könne unter keinen Umständen verantwortet werden.

Auch Finanzpräsident Dr Senkowsky hält die Schaffung eines endgültigen Zustandes für dringend geboten. In diesem Zusammenhange werde - selbstverständlich immer unter Berücksichtigung der Wünsche der einzelnen Distrikte - entschieden werden müssen, ob ein jüdischer Grundbesitz, mit dem ein Betrieb verbunden sei, aus dem Staatsvermögen abgestoßen werden solle. Wenn ein solcher Grundbesitz Staatseigentum werden würde, dann müßte er praktisch zur Hauptabteilung Finanzen kommen, un-abhängig von der Betreuung durch einzelne Hauptabteilungen. Die

Frage, wie diese Regelung am zweckmäßigsten zu treffen sei, könne später berücksichtigt werden, wenn sich herausstelle, daß das eine oder andere Objekt besser auf andere Weise verwaltet werde.

Gouverneur Dr. Wächter ist der Auffassung, daß auch nach Gründung der Aktiengesellschaft hinsichtlich der mit dieser Frage beschäftigten Personen kaum ein Wechsel eintreten werden. Schließlich müsse bei der endgültigen Regelung auch daran gedacht werden, daß solche Grundstücke gegebenenfalls für Frontsoldaten bereitzustellen seien.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß Judenvermögen Staatseigentum werde, alsodiese Frage mit der Versorgung des Frontsoldatentums nichts zu tun hat.

Gouverneur Dr. Wächter kommt sodann auf die Erdgasleitung zu sprechen, die nach Lemberg gelegt werden soll, und bittet, den Bau dieser Leitung mit allen Mitteln zu fördern. Ihre endgültige Fertigstellung würde vielleicht in zwei bis drei Monaten möglich sein, da die Rohre bereit lägen und der Graben schon gezogen sei, während für die Rohrleitung nach Sandomierez große Eisenkontingente vom Reich angefordert werden müßten. Die Verlegung dieser Erdgasleitung sei um so notwendiger, da Lemberg kaum über Kohlenvorkommen verfüge und angesichts der Verkehrsverhältnisse ein Bezug von Kohlen aus dem Reiche nicht infrage komme. Die sowjetischen Kohlenvorräte vom vergangenen Jahre seien aufgebraucht, Man stehe also vor einem Nichts. Diese zweite Erdgasleitung werde es ermöglichen, wenigstens das Elektrititätswerk von Lemberg voll auszunützen und damit dem Ölgebiet von Drohobitsch Strom zu liefern. Das dortige Elektrizitätswerk sei vollkommen vernichtet, und man sei deshalb auf den Strom aus Lemberg angewiesen.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich weist darauf hin, daß zwar die einzelnen Rohre der Leitung von den Russen schon geschweißt worden seien,

aber so unvollkommen, daß diese Arbeit zum größten Teil wiederholt werden müße. Daß diese Leitung fertiggestellt werde, sei nur seinen Bemühungen zu verdanken; denn die Dienststelle des Vierjahresplans habe die Leitung von dieser Trassierung abbrechen und als Teilstück auf der Linie von Ostgalizien zum Industriedreieck verwenden wollen. Er habe Professor Dr. Benz davon überzeugt, daß die von den Russen geplante Leitung trotz einer angeblichen Überkapazität, die für Lemberg entstehe, fertiggebaut werden müße.

Gouverneur Dr. Wächter teilt weiter mit, daß das Elektrizitätswerk in Lemberg vor einigen Tagen in die Verwaltung der Ostenergie übergegangen sei. Bei allem Verständnis dafür, daß der wichtige Grundstoff der Elektrizität einer Verbundwirtschaft überlassen werden müße, könne er sein Befremden darüber nicht verhehlen, daß das gerade in einem Zeitpunkt geschehe, in welchem man kurz vor den Reprivatisierungsmaßnahmen stehe, ohne daß der Stadt irgendein Gegenwert für den Ausfall ihres größten Vermögensträgers zugesichert und ohne daß ein Übereinkommen getroffen werde, nach welchem auch die örtlichen Stellen hier eingeschaltet würden. Er bitte, auch die örtlichen Interessen zu berücksichtigen .

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich weist demgegenüber darauf hin, daßmes sich hier um primitivste Maßnahmen handle, die sofort hätten ergriffen werden müssen. Im Hintergrunde stehe der Ausfall von zweihunderttausend Tonnen Mineralöl. Es habe sofort ein Verbund nach Borislaw geschaffen werden müssen; denn man dürfe in einem solchen Fall nicht das Kraft.erzeugende Elektrizitätswerk von der Heranführung dieses Stromes nach Borislaw trennen, um so weniger, als sich in Lemberg eigentlich nur eine Veredlungsstätte des Erdgases befinde. Wenn sich die Gemeinde Lemberg bisher aus dem Elektrizitätswerk trotz seines völlig unzureichenden technischen Zustandes bezahlt gemacht habe, dann

seien jetzt solche Entnahmen unter Zurückstellung von Investitionen nicht mehr zu vertreten, sondern das kommunale Finanzinteresse müsse hinter die Kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten zurücktreten. Übrigens seien schon vor vier oder fünf Monaten Besprechungen über diese Dinge geführt worden, in denen der Standpunkt der Hauptabteilung Wirtschaft klar zu Tage getreten sei. Jetzt sei nur noch der Schlußstein gelegt worden. Er glaube nicht, daß irgendwelche Gesichtspunkte unberücksichtigt geblieben seien. Er selber habe mit dem Stadthauptmann eingehend über die Frage gesprochen. Das Elektrizitätswerk werde in seiner Organisation so gestellt bleiben, daß die Gemeinde Lemberg es nach wie vor als ihr Eigentum betrachten könnem, auch die energiewirtschaftlichen Gesichtspunkte von der Stadtverwaltung immer zur Geltung zu bringen seien.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert mißt dieser Frage deshalb größte Bedeutung bei, weil sie präjudizieller Natur sei. Er habe in der letzten Zeit an verschiedenen Besprechungen teil genommen, die auf seine Veranlassung bei Staatssekretär Dr. Boepple stattgefunden haben. Selbstverständlich könnten solche Werke nur dann hergegeben werden, wenn die Finanzverwaltung sich bereiterklären würde, den Städten einen Ausgleich zu gewähren. Die Städte seien im größten Umfange auf die Gewinne dieser Werke angewiesen. So habe z.B. die Stadt Warschau in einem Jahre nicht weniger als 48 Millionen Zloty aus dem Elektrizitätswerk geschöpft. Andererseits müsse aber auch die Frage eines gewissen Einflusses des Stadthauptmannes bereinigt werden. Der Stadthauptmann von Lemberg oder Krakau habe selbstverständlich das größte Interesse an einer Einflußnahme auf die Gestaltung der Tarife. Das sei sichergestellt. In einer demnächst stattfindenden Besprechung bei Staatssekretär Dr. Bühler werde die grundsätzliche Seite der Sache erledigt werden, und dann werde man auch darüber verhandeln, was die

Stadt Lemberg erhalten solle. Zu bedauern sei allerdings, daß der Stadthauptmann von Lemberg über den Schlußakt [illegible] worden sei, man auch bisher nicht über die Abfindung gesprochen habe.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen die Art und Weise, in der hier von Seiten der Zentralinstanz vorgegangen worden sei. Gerade wenn die Zentrale ihren Vorrang betone, müsse sie schon in Fragen der Verhandlungsführung gewisse Rücksichten walten lassen. Er wünsche deshalb dringend, daß in so wichtige Akte die Gouverneure vorher rechtzeitig eingeschaltet würden. Es dürfe nicht wieder vorkommen, daß ein Gouverneur in solchen Fragen vor eine vollendete Tatsache gestellt werde.

Gouverneur Dr- Wächter geht dann auf die im Distrikt Galizien herrschende Bausituation ein.. Trotz einzelner Meinungsverschiedenheiten sei dem Distrikt insbesondere hinsichtlich des Staßenbaus und des Brückenbaus von Seiten der Bauverwaltung geholfen worden. Er habe allerdings selbständig mit seinen Kreisbauämtern starken Einfluß auf den Ausbau des Straßennetzes genommen.

Der polnische Baudienst stehe im Distrikt Galizien immallgemeinen in einem recht guten Ruf. Auch die Eisenbahn bediene sich seiner in steigendem Maße und könne ohne ihn kaum noch auskommen. Die Nutzbarmachung des polnischen Baudienstes hänge von der weiteren Steigerung des Einsatzes deutscher Arbeitsdienstführer zusammen; denn man könne nicht mehr als 400 oder 500 Polen bezw. Ukrainer unter einen deutschen Arbeitsdienstführer stellen.

Er bitte, angesichts der Sonderlage des Distrikts Galizien ihm möglichste Fürsorge angedeihen zu lassen. Die Tatsache, daß dieser Distrikt erst zwei Jahre später zum Generalgouvernement gekommen sei, mache sich stark fühbar. Trotzdem der Distrikt größer sei als die anderen, arbeite er mit zwei Dritteln des Personals der übrigen Distrikte. Angesichts der Schwierigkeiten des Transportpro-

blems sei es beinahe unmöglich gewesen, manche Gegenden z.B. in den Karpaten ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, sodaß dort oft richtiger Hunger geherrscht habe. Trotzdem habe die Bevölkerung auch in diesen armen Gebieten besser gearbeitet als diejenige der reichen Gebiete. Einer der schönsten Erfolge deutscher Verwaltungsarbeit in diesem Gebiete wäre es, wenn es gelänge, die Bevölkerung immer mehr in die Arbeit für die Wirtschaft des Distrikts einzuschalten. Leider sei unter den Ukrainern vielfach die Meinung vertreten, daß sie schlechter behandelt würden als die Polen. Dies hänge wohl in der Hauptsache damit zusammen, daß in der Frage der Reprivatisierung immer noch keine endgültige Lösung gefunden sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß mit dem Staatsakt am 1. August irgendwie die Reprivatisierungsfrage verbunden werden möge.

Regierungsrat Braun teilt mit, daß die Entwürfe für die Verordnung bereits fertiggestellt seien. Auch seien bereits die Einspruchsfristen festgelegt. Am 21. Juli solle noch eine abschließende Besprechung über diese Frage stattfinden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm über das Ergebnis dieser Sitzung unverzüglich Bericht erstattet wird. Er werde dann seinen Entscheidung so treffen, daß er am 1. August etwas über die Frage der Reprivatisierung verkünden könne.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet, daß der wirtschaftliche Aufbau im Distrikt Warschau trotz aller Schwierigkeiten unbeirrbar weitergehe. Die Reichsindustrie zeige ein großes Interesse, Betriebe nach Warschau zu verlegen. Allerdings sei dem in der Möglichkeit der Stromlieferung eine Grenze gesetzt. Man versuche aber z.Zt., diese Schwierigkeit dadurch zu überwinden, daß man zur Schicht-

arbeit übergehe. Damit hoffe man die Arbeitsleistung, die ausschließlich rüstungswirtschaftlich und heereswichtig sei, fast verdoppeln zu können. Voraussetzung sei allerdings, daß man sichere Aufträge für längere Dauer und die notwendigen Arbeitskräfte erhalte. Man versuche mit allen Mitteln, das äußere Bild Warschaus zu ändern, indem man die Herumlungernden von den Straßen bringen wolle. Man habe mit Hilfe der Waffen-SS und unter Einsatz starker Polizeikräfte verschiedene Aktionen durchgeführt und dabei leider feststellen müssen, daß das Ergebnis dieser Aktionen den Erwartungen nicht entspreche. Man habe z.B. zweitausend Menschen auf der Straße festgenommen, unter dem Vorwande, es handle sich bei dieser Aktion um eine Bekämpfung des Devisen- und Goldschmuggels. Diese zweitausend Menschen seien eingehend geprüft worden, und das Ergebnis sei gewesen, daß man 8o Menschen erfasst habe, die nicht in Arbeit standen. Alle übrigen hätten ihre Beschäftigung nachweisen können. Weiter sei durch die Abteilung Arbeit eine Prüfung des Beschäftigungsstandes im Vergleich zu früher durchgeführt worden. Dabei habe sich herausgestellt, daß es für Warschau Stadt und Land 29o ooo Sozialversicherte gegenüber ungefähr 35o ooo vor dem Kriege gäbe. In dem Bericht sei der Überzeugung Ausdruck gegeben worden, daß z.Zt. in Warschau vielleicht noch 3o ooo oder höchstens 4o ooo freie Arbeitskräfte vorhanden seien.

Die <u>Juden</u> seien ebenfalls sehr stark beschäftigt: in llo Arbeitsstätten, die sich im Ghetto befänden, seien 77 ooo beschäftigt, davon 22 ooo in Rüstungsbetrieben. Man sei auch dazu übergegangen, die gesamte Privatproduktion, die zum Teil noch im Ghetto vorhanden gewesen sei, auf kriegswichtige Aufgaben umzustellen. Von 3o ooo Juden seien jetzt bereits größere Mengen außerhalb des Ghettos beschäftigt. Dieser Arbeitseinsatz werde noch vermehrt werden, jedoch bedürfe es unbedingt einer besseren Ernährung dieser Menschen.

Die Lebensmittelpreise in Warschau seien im Vergleich zu denjenigen des vergangenen Jahres wesentlich niedriger, sie seien auch noch vom Mai bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesunken. Darin liege offenbar ein Erfolg der Schleichhandelbekämpfung vor allem auf dem Gebiet der Kartoffeln und Getreideerzeugnisse. Mit dem ersten August ds.Js. solle auch in dieser Richtung wieder ganz scharf vorgegangen werden. Jegliche Hereinbringung von Lebensmitteln im Schleichhandel nach Warschau werde mit allen Mitteln unterbunden werden.

Die Ernteerfassung sei gut vorbereitet. Günstige Wetterverhältnisse vorausgesetzt, hoffe er, daß im Distrikt Warschau die Kontingente zu 100% erfüllt würden. Der Saatenstand sei günstig. Die Bauern seien durch die getroffenen Maßnahmen bereits so erzogen, daß man mit großen Schwierigkeiten bei der Ernteerfassung nicht rechne. In jedem Kreis seien Zwangsarbeitslager eingerichtet, und sie hätten schon eine segensreiche Wirkung gezeigt.

Gouverneur Dr. Wendler berichtet eingangs von den Vorbereitungen zur Ernteerfassung im Distrikt Krakau. Die Kontingente seien in Besprechungen mit den Kreishauptleuten an Ort und Stelle festgelegt worden und jeder Ablieferungspflichtige werde in kürzester Frist im Besitze einer schriftlichen Mitteilung über sein Ablieferungskontingent sein. Bei den geplanten strengen Maßnahmen dürfe man die verschärfte Schleichhandelsbekämpfung nicht vergessen. Heute würden Milch, Butter, Eier usw. in rauhen Mengen in die Stadt geschmuggelt. Da man vor mehreren Wochen gewisse polizeiliche Maßnahmen eingestellt habe, bestehe die Gefahr, daß heute riesige Mengen der Erfassung verlorengingen, da sich ihr Absatz auf den Schleichhandelsweg eingespielt habe. Weiter müßten für die Zeit der Ernteerfassung vom 1.August bis 30. November von den Dienststellen draußen im Lande alle anderen Dinge möglichst ferngehalten werden, damit sie sich voll der Erfassung widmeten könnten.

Wegen der Gründung einer neuen Aktiengesellschaft zur Verwertung des jüdischen Vermögens vertrete er den Standpunkt, daß, wenn dieses Vermögen in die Staatsverwaltung übergehen solle, die Finanzverwaltung die geeignete Stelle dafür sei. An ihn sei für diese neue Stelle ein Raumbedarf von 45 bis 50 Räumen herangetragen worden. Diese Anforderungen gingen zu Lasten des an sich schon sehr stark beschränkten Wohnraums. Im Zeitpunkt, in dem die Lebensmittelerfassung ein so brennendes Problem darstelle, solle man doch die Schaffung einer solchen Stelle zurückstellen.

Bezüglich der Arbeitskräfteerfassung könne er aus Erfahrung der letzten Wochen folgendes mitteilen: zur Zeit laufe eine große Landarbeitererfassung für etwa 150 ooo Mann. Er sei in der Lage, ohne Arbeitsamt und ohne irgendeine Zwangsmaßnahme in einem Kreis 40 ooo Mann aufzubringen. Dabei werde aus folgenden

Überlegungen heraus vorgegangen: im vorgenannten Kreis (Miechow) befänden sich 60 ooo kleine Bauernschaften. Der Kreislandwirt erkläre, daß hier zuviel Leute vorhanden seien und ohne weiteres 40 ooo Kräfte abgestellt werden könnten. Den Vögten und Schulzen sei nun von den deutschen Verwaltungsstellen in Versammlungen für jedes Dorf eine gewisses Kontingent von Arbeitskräften zwecks Freistellung genannt worden. Man habe auch versprochen, das Lebensmittelkontingent der Polen, die sich zur Arbeit im Reich meldeten, beim Hof zu belassen. Auf der anderen Seite sei gesagt worden, daß das Anwesen, aus dem ein im Reich arbeitender Pole stamme, dem Staat verfalle, wenn der betreffende Pole seine Arbeitsstätte im Reich widerrechtlich verlasse.

Die Juden drängten sich seit Beginn der Judenaktion nach jeder Arbeit. Im Zuge dieser Maßnahmen habe der Kreishauptmann von Reichshof seinen ganzen Kreis judenfrei gemacht. Als Folge davon habe sich ein Fallen der Schleichhandelspreise um 70 % gezeigt. Von den dort erfaßten 22 ooo Juden seien die Steuern bis zur Mitte des Jahres 1943 in Höhe von über 3 Millionen hereingebracht worden. Insgesamt hätten die Juden innerhalb von 4 Tagen 5 Millionen Zloty an Steuern, Strafen usw. bezahlt. Auf Grund dieser Erfahrungen plane er, in den übrigen Kreisen die Juden nach Möglichkeit in einen, zwei oder drei Orten zusammenzufassen; sie müßten vom flachen Land unbedingt verschwinden.

Außerordentlich gut bewährten sich die Zwangsarbeitslager; ein Aufenthalt von einem Monat bewirke Wunder.

Wenn die Ostbahn für ihre großen Bauvorhaben Arbeitskräfte benötige, dann solle man einen weiteren Jahrgang der Polen zum Baudienst aufrufen.

Beim jetzt eingerückten Jahrgang 1922 hätten sich bei jedem Eingezogenen mindestens fünf Gesuche um Freistellung ergeben. Man solle darum als nächsten Jahrgang vielleicht den vorhergehenden, nicht aber den Jahrgang 1923 nehmen, da diese Leute sich darauf eingestellt hätten und auf Arbeitsplätzen tätig seien, an denen sie sich als unabkömmlich betrachteten.

Oberstarbeitsführer Hinkel erklärt, daß er bereits einen anderen Jahrgang als den von 1923 zur Einziehung vorgeschlagen habe, da von diesem Jahrgang schon viele Polen weggezogen worden seien.

Gouverneur Dr. Wendler glaubt, daß noch eine große Arbeitskraftreserve ohne geordnete Beschäftigung herumlaufe. Er verpflichte sich, an einem schönen Wochentag auf der Langen Wiese in Krakau ein paar tausend Menschen aufzugreifen. Das schlimmste sei, daß die vermittelten Arbeitskräfte ihre Arbeitsplätze wieder verließen. Das sei eine staatliche Pleite, denn darunter leide die Staatsautorität. Er würde darum bitten, den Erlaß über den Einsatz von Arbeitskräften so zu formulieren, daß auch einmal Abschreckungsmaßnahmen (Todesstrafe) ausgesprochen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß vor Herausgabe eines solchen Erlasses die Gouverneure durch Staatssekretär Dr. Bühler verständigt werden sollen, damit sie auf die Gestaltung des Erlasses ihren Einfluß geltend machen können.

Oberregierungsrat Dr. Engler (i.V. des Gouverneurs Zörner) berichtet, daß im Distrikt Lublin für die Ernteerfassung alle Vorbereitungen getroffen seien.

Man werde mit der nötigen Energie und dem nötigen Nachdruck vorgehen und erhoffe sich eine mindestens 90 wenn nicht gar 100 %ige Erfassung der Kontingente. Der Abteilungsleiter der Ernährung und Landwirtschaft habe die Kontingente an Ort und Stelle mit den Kreis- und Bezirkslandwirten durchgeprüft. Ein Organisationsplan sei aufgestellt worden und er zweifle nicht, daß die Aufbringung der Ernte zur Zufriedenheit ausfallen werde. Er bitte, daß man diejenigen Leute, die ihrer Ablieferungspflicht genügten, auch entsprechend behandle. Auch er vertrete die Ansicht, daß die Prämien erst gewährt werden sollten, wenn 90 % der Kontingente abgeliefert seien.

Hauptabteilungsleiter Naumann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Hauptabteilung darüber längere Überlegungen angestellt habe. Die bittere Erfahrung der Eiererfassung habe sie aber bewogen, das Prämiensystem auch in diesem Jahr wie im vergangenen zu handhaben. In einigen Kreisen werde man das neue System durchprobieren. Man könne aber die Ernteerfassung des ganzen Generalgouvernements durch Einführung einer neuen Prämienverteilung nicht gefährden.

Oberregierungsrat Dr. Engler erklärt dann, daß man große Bedenken hinsichtlich der Sicherheitslage im Distrikt Lublin hege. Selbstverständlich werde stark übertrieben. So sei es vorgekommen, daß eine Pressefahrt in den Distrikt mit der Begründung ausgefallen sei, daß zu große Gefahren bestänen. In den abgelegenen Orten trieben sich aber Banditen, entlaufene Kriegsgefangene, abgesetzte Russen, Angehörige des Baudienstes und andere unzufriedene Menschen herum. Der SS- und Polizeiführer glaube jedoch, die Lage meistern zu können. Die Kreishauptleute drückten sich

in ihren Lageberichten zurückhaltend aus. Man müsse auf größere Sabotageakte nach Einbringung der Ernte gefaßt sein. Wichtig sei die sofortige Erfassung und die Beschaffung des benötigten Lagerraumes. Auch er bitte, daß die Wehrmacht Baracken, die sie nicht brauche, zur Verfügung stelle.

Die Neuorganisation des Straßenbaues sei scheinbar noch nicht durchgeführt. Die Straßenbauämter seien noch nicht so an die Distrikte angegliedert, wie das nach dem Prinzip der Einheit der Verwaltung wünschenswert wäre.

Ministerialrat Dr. Siebert erklärt, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Auch Oberregierungsrat Dr. Engler ist der Meinung, daß noch viele junge Menschen unbeschäftigt herumliefen, die für eine Erfassung zur Arbeit infrage kämen. Die Landarbeitervermittlung im Distrikt Lublin habe gut funktioniert. In einem Durchgangslager würden jetzt russische Kriegsgefangene gesichtet und je nach ihrer Qualität ins Reich vermittelt. Beim Entlaufen eines Baudienstpflichtigen habe man sich an die Familie des Betreffenden gewandt und einen der Angehörigen bestraft und damit gute Erfolge erzielt. Allerdings müsse gesagt werden, daß in Fällen, in denen viele Baudienstpflichtige davongelaufen seien wie z.B. an der Strecke Demblin, die Unterbringung und Verpflegung nicht ganz in Ordnung gewesen seien. Auch habe es an genügend Aufsichtspersonal gemangelt.

Der Schleichhandel habe nachgelassen, seit die Juden aus der Stadt entfernt seien. Immer noch werde jedoch geklagt über einen enormen Schleichhandel auf der Ostbahn.

Die Treuhandverwaltungs-Angelegenheit jüdischen Vermögens habe man im Distrikt Lublin den Kreishauptleuten unterstellt. Seiner Ansicht nach sei es nicht nötig, hier eine besondere Aktiengesellschaft ins Leben zu rufen.

Ein alter Wunsch der Distrikte sei die Erreichung einer gewissen Finanzhoheit.

Diesen Wunsch nimmt der Herr Generalgouverneur zur Kenntnis und beauftragt die Präsidenten Dr.Siebert und Dr.Senkowsky mit einer wohlwollenden Prüfung der Angelegenheit.

Zum Schluß gibt Oberregierungsrat Dr.Engler ein Kuriosum zum besten: Für die Erteilung eines Gewerbes seien Anträge an 18 verschiedenen Stellen notwendig; man könne also nicht im mindesten von einer Vereinfachung der Verwaltung sprechen.

Der Herr Generalgouverneur faßt am Ende der Sitzung folgende zwei Punkte als Hauptergebnis zusammen:

1) Rigorose Durchführung der Ernteerfassungsaktion unter Schonung der loyalen Bevölkerung

2) Erfassung der unbeschäftigten Arbeiter in großem Umfange.

Nächste Regierungssitzung: Ende September.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 10 Minuten.

Regierungssitzung

im Grossen Sitzungssaal des Regierungs-
gebäudes zu K r a k a u

Montag, den 24.August 1942

Thema: Neuer Erfassungs- und Ernährungsplan
des Generalgouvernements

ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. der Kanzlei d.General-
gouverneurs ,
2. Herrn Staatssekretär Dr.Boepple
3. Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh

Wienerother

Anwesenheitsliste zur Sitzung vom 24.8.1942

Der Herr Generalgouverneur

Staatssekretär Krüger

Staatssekretär Dr. Boepple

General Becker

Schöngarth

Kobusch

Dr. Wendler

Dr. Siebert

Dr. Radtke

Plodeck

Tetzner

Naumann

Dr. Eißfeldt

Dr. Gschließer

Ohlenbusch

Watzke

Bauder

Gerteis

Dr. Breithaupt

Dr. Paersch

Dr. Weh

Dr. Schulte-Wissermann

Dr. Wohlrab

b.w.

Neumann

Dr. Behr

Bette

Rauber

Eden

Neumann

Dr. Zeisner

Winkler

Grafmann

Gareis

Dr. Odenthal

Pietschmann

Krahmer

Schubert

Oberst Fischer

Reitz

Major Dr. Herrmann

Hpt. Behringer

Verw. Rat Korff

v. Dazur

Vogel

Dr. Ness

Topf

Blauer

Beginn der Sitzung 16 Uhr.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Sitzung mit folgenden Ausführungen ein:

Meine Herren! Mit besonderer Eile und mit besonderem Nachdruck habe ich Sie heute zusammengebeten, um Ihnen eine ausserordentlich wichtige und für die gesamte Arbeit des kommenden Jahres im Generalgouvernement ungewöhnlich entscheidende Massnahme bekannt zu geben. Was ich Ihnen sage, das sage ich unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit. Ich mache darauf aufmerksam, dass jedes Wort, das heute aus dieser Sitzung nicht amtlich weitergegeben wird, eine ungeheure Schädigung unseres Landes bedeuten könnte.

Vor wenigen Tagen hat beim Herrn Reichsmarschall in Berlin eine Sitzung stattgefunden. Dem Herrn Reichsmarschall haben die Berichte aus dem gesamten Reich über die geradezu katastrophale Entwickung der Ernährungslage im Deutschen Reich vorgelegen. Nach allen vertraulichen Berichten der Polizei sowohl wie der Gauleiter, die, wie er sich ausgedrückt hat, auch aus seiner eigenen Erfahrung bestätigt werden, sieht die Situation so aus, dass wir binnen kurzem, wenn nicht eine wesentliche Aufbesserung der Lebensmittellage im Deutschen Reich stattfinden kann, vor schwersten gesundheitlichen Schädigungen, vor allem des

deutschen arbeitenden Menschen stehen. In Hunderttausenden von Krankheitsfällen zeigt sich bereits die erschütternde Auswirkung nicht nur dieser Beschränkung der Lebensmittel, sondern auch vor allem der gesundheitsgefährdenden Verschlechterung der Lebensmittel. Das gilt besonders für die Qualität des Brotes, das in den letzten Wochen an die deutsche Bevölkerung verteilt worden ist: sie führt zu grössten gesundheitlichen Störungen.

Eine ernste Situation ist daher insofern eingetreten, als das Deutsche Reich ja nicht nur sich selbst, sondern auch einen grossen Teil der europäischen Völker mit zu versorgen hat und dafür zu sorgen ist, dass in den kommenden Monaten und im nächsten Winter durch Zurverfügungstellung genügender Lebensmittel die deutsche Bevölkerung so gehalten wird, dass sie vor allem auch den Nervenanspannungen der kommenden Monate in jedem Fall gewachsen sein wird.

Unter diesen Umständen wird es Sie nicht verwundern, dass nunmehr das Wort wahr zu werden beginnt: bevor das deutsche Volk in eine Hungerkatastrophe kommt, sind die besetzten Gebiete und ihre Bevölkerung dem Hunger auszuliefern. In diesem Augenblick muss uns daher auch hier im Generalgouvernement die eiserne Entschlossenheit erfüllen, dem grossen deutschen Volke, also unserer Heimat zu helfen.

Die Heimat hat zwar auf dem Gebiete des Roggens knapp den Anschluss an die neue Ernte gefunden, nicht

aber auf dem Gebiete des Weizens. Daher kann in grösseren Gebieten des Deutschen Reiches in der nächsten Zeit kein Weizen mehr ausgegeben werden. Wir müssen daher bis zur neuen Weizenernte der Heimat helfen.

Für das Generalgouvernement hat sich daraus folgende Schlussfolgerung ergeben: das Generalgouvernement hat sich verpflichtet, zuzüglich zu dem, was wir aus dem Generalgouvernement an Lebensmitteln zur Entlastung der Heimat und für die hier stationierten Verbände der Wehrmacht, Polizei und SS liefern, noch 500 000 Tonnen Brotgetreide ins Vaterland abzuführen. Wenn Sie damit das Mass unserer Gesamtleistungen vom vorigen Jahr vergleichen, so können Sie daraus etwa eine Versechsfachung der für das Generalgouvernement sich ergebenden Leistung schliessen.

Die Folgerungen werden ausschliesslich auf Kosten der fremdvölkischen Bevölkerung gezogen. Sie müssen eiskalt und ohne Mitleid gezogen werden; denn dieser Beitrag des Generalgouvernements ist heuer umso notwendiger, als die besetzten Ostgebiete - Ukraine, Ostland usw. - noch nicht imstande sein werden, etwas irgendwie Nennenswertes zur Entlastung der Heimat beizutragen. Selbst wenn eine Million Tonnen Brotgetreide aus Ostland und Ukraine geliefert werden könnten, so wäre auch das nur angesichts der Gesamtlage des Reiches ein Tropfen auf den heissen Stein.

Deshalb wollte ich Sie, meine Herren, hier im

Regierungsgremium mit den Entschliessungen bekannt machen, die ich heute dem Parteigenossen Naumann gegenüber getroffen habe. Sie sehen im wesentlichen eine nachträgliche Erhöhung des abzuliefernden Kontingents und eine Neuregelung der Versorgung der Bevölkerung, insbesondere der Juden und der polnischen Bevölkerung, unter möglichster Aufrechterhaltung der Versorgung der arbeitenden und vor allem der für das deutsche Interesse sich hier betätigenden Bevölkerung vor.

Der Schritt, den wir heute gemeinsam tun, ist insofern einer der entscheidendsten, weil er für die innere Ordnung dieses Landes ganz bestimmt im Januar und Februar nächsten Jahres gewisse Auswirkungen haben wird. Diese Auswirkungen müssen in Kauf genommen werden; denn bevor irgendwie das deutsche Volk verhungert, müssen selbstverständlich andere daran glauben.

Ich erteile zunächst das Wort dem Parteigenossen Naumann, der Ihnen einen allgemeinen Bericht über diese Frage erstatten wird.

Präsident der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann:

Herr Generalgouverneur! Meine Herren! In der letzten Regierungssitzung Anfang Juli hatte ich die Ernährungsbilanz des Jahres 1942/43 vorgetragen. Ich hoffte, diese Ernährungsbilanz auch durchhalten zu

können. Der Herr Generalgouverneur hatte zur Erreichung des hohen Zieles, das sich das Generalgouvernement gesteckt hatte, den Ernteausnahmezustand verkündet, um die letzte Möglichkeit für die Durchführung der Erfassung auszuschöpfen.

Vorher hatten wir mit dem Reichernährungsministerium die Verhandlungen abgeschlossen. Wir hatten die Lieferungen, die nach der damaligen Lesart vom Generalgouvernement zu übernehmen waren, mit in die Ernährungsbilanz einkalkuliert, und durften hoffen, reibungslos bis zur Ernte 1943 hinzukommen. In der Zwischenzeit sind sowohl ein Schreiben des Herrn Staatssekretärs Backe als auch ein Schreiben des Herrn Reichsmarschalls Göring eingetroffen, und der Herr Generalgouverneur hat angeordnet, dass nunmehr die Forderungen des Reiches unter allen Umständen bevorzugt zu erfüllen sind.

Aus dieser Situation ergeben sich nun folgende Notwendigkeiten:

1. Getreide

Nach genauen Überlegungen wird das Getreidekontingent um 25 % erhöht, d.h. von 960 000 Tonnen auf 1,2 Millionen Tonnen. Die Metze der Selbstversorger, die bisher 30 kg pro Kopf und Jahr betrug, wird auf 50 kg pro Kopf und Jahr erhöht. Das heisst: der Selbstversorger - das sind insgesamt im Generalgouvernement 8,8 Millionen Menschen, die bisher einen Doppelzentner 20 kg

Brotgetreide pro Jahr essen durften, - wird in Zukunft einen Doppelzentner pro Jahr essen. Mit dieser Massnahme wird es möglich sein, das Aufkommen bei der Metze von 160 000 Tonnen auf 264 000 Tonnen zu erhöhen. Das ist die Belastung, die wir der polnischen und ukrainischen Landwirtschaft zumuten und zumuten müssen.

Auf der anderen Seite habe ich in der Ernährungsbilanz von Anfang Juli einen Gesamtbedarf von 670 000 Tonnen Brotgetreide für das Generalgouvernement angegeben. Die Anforderungen des Reiches machen es notwendig, dass ausserordentliche Einsparungen im Interesse der restlosen Erfüllung der Reichslieferungen durchgeführt werden.

Die Versorgung der bisher mit 1,5 Millionen Juden angenommenen Bevölkerungsmenge fällt weg, und zwar bis zu einer angenommenen Menge von 300 000 Juden, die noch im deutschen Interesse als Handwerker oder sonstwie arbeiten. Für diese sollen die jüdischen Rationssätze zuzüglich gewisser Sonderzuteilungen, die sich für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft als notwendig herausgestellt haben, beibehalten bleiben. Die anderen Juden, insgesamt 1,2 Millionen, werden nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt.

Die nichtdeutschen Normalverbraucher erhalten ab 1.I.1943 bis 1.3.1943 statt 4,2 kg Brot pro Monat 2,8 kg; vom 1.3.1943 bis 30.7.1943 wird für diese nicht-

deutschen Normalverbraucher die gesamte Brotration gestrichen.

Die Versorgungsberechtigten setzen sich folgendermassen zusammen. Wir rechnen, dass für die Rüstungsarbeiter, die A-und B-Karteninhaber und deren Angehörige ca 3 Millionen Personen in Frage kommen, und dass etwas über 3 Millionen Personen nichtdeutsche Normalverbraucher sind, die nicht im deutschen Interesse unmittelbar oder mittelbar arbeiten. Die Rüstungsarbeiter, die A-und B- Karteninhaber und ihre Familienangehörigen, etwa 3 Millionen Menschen, werden aber weiter bis zur Ernte 1943 zu den jetzt giltigen Sätzen versorgt.

Ferner werden Einsparungen auf dem Saatgutgebiet dadurch herbeigeführt, dass Saatgut für den allgemeinen Saatgutbedarf nur dann herausgegeben wird, wenn der Betrieb über sein Kontingent hinaus dafür die gleiche Menge Brotgetreide oder Futtergetreide abliefert.

Die Zuteilungen von Futterhafer an die gewerblichen Pferdehalter müssen weitgehendst gedrosselt werden. Leider wird auch hier ein gewisser Teil des Hafers wegfallen, der bisher für die Pferde, mit denen die dringende Holzabfuhr durchgeführt werden musste, der Hauptabteilung Forsten zur Verfügung gestellt worden ist.

Bei den Be-und Verarbeitungsbetrieben werden weitgehende Kürzungen durchgeführt, die sich auf den Nährmittelsektor auswirken werden. Auch Sonderzuteilun-

gen, wie wir sie im vergangenen Jahr in den Wintermonaten in Warschau, Radom, Krakau usw. durchgeführt haben, können in diesem Winter nicht durchgeführt werden. Durch diese Massnahme wird eine Ersparung von 115 000 Tonnen Brotgetreide erzielt.

Wenn die oben erwähnte Kontingentserhöhung 100 %ig hereinkommt, wird es möglich sein, die neue Ernährungsbilanz auf dem Getreidesektor aufrecht zu erhalten. Jede Menge, die von einer 100 %igen Erfassung des Gesamtkontingents fehlt, wirkt sich in einer zusätzlichen Kürzung zunächst für die 3 Millionen nichtdeutscher Normalverbraucher aus, die nicht im deutschen Interesse arbeiten. Falls die Erfassung und das Hereinholen der Ernte auch dann noch gewisse Schwierigkeiten bringen würden, muss sich das auf die Familienangehörigen der im deutschen Interesse arbeitenden Rüstungsarbeiter und A-und B-Karteninhaber auswirken. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft wird aber versuchen, diese letztere Massnahme nicht durchzuführen, wenn die Erfassung einigermassen das Ergebnis zeitigt, das wir alle von ihr erhoffen.

2. Kartoffel.

Auch hier muss das umgelegte Kartoffelkontingent um 25 % erhöht werden, d.h. von 1,2 Millionen Tonnen auf 1,5 Millionen Tonnen. Vorgesehen ist, dass die Rüstungsarbeiter und die A-und B-Karteninhaber wie im vorigen Jahre wieder 3,5 Doppelzentner Kartoffeln erhalten,

die sie für sich und ihre Familienangehörigen verbrauchen können. Für die Deutschen sind 2 Doppelzentner pro Kopf und Versorgungsjahr vorgesehen, für die 7 Grosstädte des Generalgouvernements 1 Doppelzentner pro Person. Vor der Versorgung der Grosstädte mit Kartoffeln sollen in erster Linie der Bedarf und die Kontingente an Fabrikkartoffeln sichergestellt werden. Erst dann, wenn diese Sicherstellung erfolgt ist, werden Kartoffeln an die grosstädtische Bevölkerung in einer Menge von einem Doppelzentner pro Kopf herausgegeben. Diese Vorsichtsmassnahme hat den Zweck, vor allem dafür zu sorgen, dass genügend Sprit erzeugt werden kann, um erstens die Prämienmengen zu erhalten und zweitens auch noch Sprit für andere wichtige Dinge zur Verfügung zu haben.

3. Fleisch.

Auch auf dem Gebiete des Fleisches erfolgt eine 25%ige Kontingentserhöhung, damit die neuen Reichsleistungen erfüllt werden können. Die jetzt fast restlos durchgeführte Viehregistrierung begünstigt die Erfassung. Wir hoffen, es mit an sich erheblichen Eingriffen erreichen zu können, dass für die nichtdeutschen Normalverbraucher die 400 Gramm Fleisch pro Monat ausgegeben werden können. Jedoch kann der Fall eintreten, dass zu bestimmten Zeiten und hier und dort einmal die 400 Gramm je Monat nicht gegeben werden können, sondern weniger gegeben werden muss, da auch hier

die Lieferungen an die Wehrmacht und die Reichsleistungen immer den Vorrang haben.

Diese einschneidenden Massnahmen können nur gelingen, wenn folgende Voraussetzungen geschaffen, bezw. durchgehalten werden können. Jede Rationserhöhung für Rüstungsarbeiter, A-und B-Karteninhaber oder ihre Familienangehörigen muss abgelehnt werden. Erst vor kurzem hat die Rüstungsinspektion mich gebeten, die Rationen zu erhöhen. Weiter sind gerade für das Drohobyczer Ölgebiet Wünsche gekommen, die ungenügenden Rationen zu erhöhen. Angesichts der ernsten Ernährungssituation, in der sich das Generalgouvernement befindet, können Rationssatzerhöhungen für diese Gruppen von Arbeitern und auch ihre Familienangehörigen nicht durchgeführt werden.

Neue Bedarfsträger können unter keinen Umständen mehr zugelassen werden. Das heisst: neue Industrien, neue Bauvorhaben oder Grossmassnahmen können nicht mehr mit Nahrungsmitteln zusätzlich befriedigt werden, soweit ein Bedarf durch neue Arbeitermassen hervorgerufen wird, es sei denn, dass das Reich von den Lieferungen, die wir an das Reich durchführen müssen, eine dem Bedarf der zusätzlichen Arbeitermassen entsprechende Menge zur Verfügung stellt und abzweigen lässt.

Die zugesagten Prämienmengen der Hauptabteilungen Wirtschaft und Monopole müssen restlos geliefert werden. Darüber hinaus müssen infolge der Erhöhung der Kontingente der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft

neue Prämienwaren zur Verfügung gestellt werden. Wenn es nicht möglich ist, Zigaretten, Schnaps, Textilien und bisherige Prämienwaren zu erhalten, dann bitte ich darum, dass nunmehr auch das Salz in die Prämienaktion voll mit eingeschaltet wird, d.h. dass ab sofort die gesamte Salzzuteilung in den Städten über Lebensmittelkarte, auf dem Lande nur über den Prämienschein erfolgt.

Beabsichtigte Umsiedlungsprojekte, wie sie nach Meldung der Abteilungsleiter von Lemberg und Lublin vorgesehen sind, müssen meines Erachtens zurückgestellt werden, und zwar im Hinblick auf eine reibungslose Erfassung und Erstellung der Ernte für das kommende Jahr.

Die Sicherung aller Läger und ernährungswirtschaftlichen Betriebe sowie ihrer Transportwege muss gewährleistet sein, da sonst uneinbringbare Verluste entstehen, die eine weitere Belastung der Ernährungsbilanz bedeuten. Ich habe mir für sämtliche Kreise Karten herstellen lassen, in denen überall die Läger eingezeichnet sind. Ich bitte, dass von Seiten der Polizei die notwendigen Massnahmen ergriffen werden, damit diese Läger, die ja vor allem in den Zeiten, in denen die Kürzungen durchgeführt werden, im Blickpunkt der hungernden Massen stehen, scharf bewacht und die wenigen Vorräte, die wir bis zur neuen Ernte haben, nicht durch Brandstiftung oder Sabotage vernichtet werden.

Die noch ausstehende Preisangleichung verschiedener Produkte im Distrikt Galizien an das Preisniveau des alten Generalgouvernements muss sofort durchgeführt werden. Weiter bedeuten die nunmehr durch die Kontingentserhöhung eintretenden starken Eingriffe in die Substanz der landwirtschaftlichen Betriebe zweifellos eine Schädigung, die sich auf die Erstellung der Ernte 1943 sehr ungünstig auswirken wird.

Endlich muss Anfang November geprüft werden, ob der Ernteausnahmezustand, der bis zum 30.November verkündet ist, bis zum 31.Dezember verlängert werden muss. Der Ernteausnahmezustand ist auf alle zu erfassenden Erzeugnisse ausgedehnt worden.

Die beabsichtigte Kontingentserhöhung und Rationssatzkürzung muss unter allen Umständen geheimgehalten und darf erst zu dem Zeitpunkt veröffentlicht werden, den die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für richtig hält. Falls die Rationssatzkürzung oder Kontingentserhöhung früher bekannt werden würde, würden ausserordentlich empfindliche Störungen in der Erfassung eintreten. Die Masse der polnischen Bevölkerung würde sich dann aufs Land hinausbegeben und als zusätzlicher Konkurrent unserer Erfassungsorgane in Wirksamkeit treten. Falls die Kontingentserhöhung vorzeitig bekannt werden würde, würden die Wintersaat und die Bestellungsarbeiten empfindlichen Schaden leiden. Wir haben uns deshalb entschlossen, erst die Wintergetreidesaat in den Boden zu bringen und dann die Kontingents-

erhöhung bekannt zu geben.

Auf dem Ernährungssektor hat das Generalgouvernement in den letzten 3 Jahren ernste und harte Zeiten durchlebt. Ich glaube aber, dasse das kommende Jahr 1942/43 auf dem Ernährungsgebiet das härteste sein wird. Meine Mitarbeiter und ich werden alles tun, um die Situation unter den gegebenen Umständen zu meistern.

Der Herr Generalgouverneur:

Meine Herren! Sie haben die sehr ernsten Ausführungen des Präsidenten Naumann vernommen. Sie werden daraus auch entnehmen, dass jede Debatte über die von ihm verkündeten Zahlen oder Massnahmen völlig überflüssig und eigentlich gänzlich sachwidrig wäre. Denn jede Debatte würde den Anschein erwecken lassen, als ob vielleicht noch ein anderer Weg möglich wäre.

Ich muss darauf aufmerksam machen, dass einige Sektoren der Verwaltung das deutlich spüren werden. In erster Linie wird es die Polizei spüren; denn sie wird mit einem erhöhten Umsichgreifen des Schleichhandels und der Verwahrlosung der Ernährungssitten, wenn ich so sagen darf, zu rechnen haben. Ich werde der Polizei gern ausserordentliche Vollmachten geben, damit sie mit diesen Schwierigkeiten fertig werden kann.

Die Wirtschaft wird es spüren: Das Absinken der Arbeitsleistung wird in allen Sektoren, Sparten und Bereichen deutlich spürbar werden. Ich nehme auch an, dass es unser Transportwesen spüren wird. Auch für die Eisenbahnarbeiter und die anderen Kategorien wird, da die bisherigen Ernährungssätze schon nicht ausreichend waren, angesichts der Verschlechterung der Lebenslage der Familien eine ausserordentliche Erschwernis eintreten. Die Monopole werden es durch eine Verringerung ihrer Einnahmen spüren, weil die für die Erzeugung von Wodka zur Verfügung stehende Kartoffelmenge geringer sein wird.

Nicht spüren sollen es die Deutschen dieses Raumes. Wir wollen trotz dieses neuen Planes daran festhalten, dass die Sätze für die Deutschen durchgehalten werden können. Nicht spüren sollen es die Wehrmacht und die sonstigen kasernierten Verbände in diesem Raum. Wir hoffen, dass es uns möglich ist, hier die vollen Kontingente aufrecht zu erhalten.

Mit dieser Notwendigkeit zu helfen, fällt nun eine Massnahme zusammen, die dahin lautet, dass die Überwachung der aus dem Generalgouvernement ins Reich reisenden Personen, vor allem der militärischen Personen daraufhin, ob sie Lebensmittel aus dem Generalgouvernement ausführen, eingestellt werden soll. Das bedeutet also, dass zu alledem, was wir nun aus dem Lande herauswirtschaften müssen, noch eine völlige Aufhebung der Kontrolle über das stattfinden soll,

was zweifellos illegal und gegen unsere Regierungsmassnahmen von Tausenden und Abertausenden aus dem Lande herausgeschleppt wird.

Daraus erkennen Sie, wie ernst sich die Lage gestalten wird. Vergessen Sie dabei aber nie, dass die Ernährungslage des Reiches ungünstiger ist. Bei allen Schwierigkeiten, die Sie hier irgendwo in Gestalt von Krankheiten ihrer Arbeiter, beim Zusammenbrechen ihrer Genossenschaften usw. feststellen, müssen Sie immer daran denken, dass es noch viel besser ist, wenn ein Pole zusammenbricht, als dass der Deutsche unterliegt. Dass wir 1,2 Millionen Juden zur Hungertod verurteilen, sei nur am Rande festgestellt. Es ist selbstverständlich, dass ein Nichtverhungern der Juden hoffentlich eine Beschleunigung der antijüdischen Massnahmen zur Folge haben wird.

Das andererseits aber nun von allen Beteiligten erwartet wird, dass sie für diese Regierungsmassnahmen Verständnis aufbringen, sei auch nur am Rande betont. Die ursprüngliche Forderung des Reiches an das Generalgouvernement betrug 1 Million Tonnen. Es ist aber doch geglückt, diese Forderung auf die Hälfte zu reduzieren.

Wenn Sie daran denken, dass ein Land wie das Protektorat mit einer Grösse von knapp 50 000 qkm und einer grossen Industriebevölkerung verpflichtet wurde, über 200 000 Tonnen Brotgetreide abzuliefern, dass Länder wie Frankreich und Holland gezwungen werden, bis

auf das Letzte an das Reich zu liefern, dann können Sie ermessen, wie ernst die Ernährungslage des Reiches angesehen wird.

Ich wollte nicht verfehlen, Sie von diesem Erlass, den ich nunmehr in Kraft setze, in Kenntnis zu setzen.

Auf eine Frage vom Präsident Gerteis erklärt der Herr Generalgouverneur, dass bei der kommenden Neuregelung die Versorgung der Angehörigen der Ostbahn unter die Kategorie der Rüstungsarbeiter, A-und B-Karteninhaber falle.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann die Vertreter der Wehrmacht, angesichts der Ernährungssituation des Generalgouvernements der Regierung noch intensiver zu helfen, ein Aufkaufen von Lebensmitteln für die weiteren Ostgebiete zu verhindern. Die gleiche Bitte richte er auch an Staatssekretär Krüger wegen der SS und Polizei. Es sei vollkommen ausgeschlossen, dass im Generalgouvernement weiterhin Aufkäufer aus irgendwelchen anderen Bereichen tätig sein könnten. Wehrmacht und Polizei müssten im eigenen Interesse dafür sorgen, dass das Generalgouvernement nicht mehr ein Nachschub - oder Aufkaufgebiet für andere Bereiche oder Truppenteile darstelle, es sei denn im Rahmen der Kontingentsverpflichtungen des Generalgouvernements an das Reich.

Ministerialrat Reis (MiG) weist darauf hin, dass der Oberquartiermeister beim Generalquartiermeister einen diesbezüglichen Befehl herbeiführen werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann, dass es einer kommenden Besprechung der massgeblichen Faktoren der Regierung des Generalgouvernements überlassen sei, Massnahmen gegen die Folgen aus dieser heutigen Entscheidung zu treffen. Die Folgen würden wohl erst Anfang des nächsten Jahres zur Auswirkung kommen, da bis Ende dieses Jahres die alten Rationssätze Geltung hätten.

Anschliessend setzt der Herr Generalgouverneur den neuen Erlass in Kraft und ermächtigt Hauptabteilungspräsident Naumann, im Rahmen seines Vorschlages die Ernährungspolitik des Generalgouvernements zu führen.

Staatssekretär Dr. Boepple weist darauf hin, dass auf Grund der Anwesenheitsliste die Namen aller Sitzungsteilnehmer festgestellt seien. Sollten eventuell Gerüchte über die heute beschlossenen Massnahmen vor Erlass der jeweiligen Verordnungen an die Öffentlichkeit dringen, werde er sie als Vertreter der Regierung bis an ihre Quelle verfolgen lassen und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen.

Schluss der Sitzung 16 Uhr 40 Minuten

(R e g i e r u n g s s i t z u n g)

im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes (am 9. Dezember 1942).

--

Ausgefertigt in 3 Exempl.

1. z.d.A. d. Kanzl. des Generalgouverneurs
2. Staatssekretär Dr. B ü h l e r
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h

Beginn der Sitzung 11 Uhr.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur! Verehrte Gäste von Partei und Wehrmacht! Meine lieben Kameraden!

Das deutsche Volk steht in seinem schicksalhaften Kampf um die Befreiung und Erneuerung Europas an der Schwelle des vierten Kriegswinters. Nachdem die Deutsche Wehrmacht in den vergangenen drei Jahren auf allen Kriegsschauplätzen dieser Welt unvergänglichen Ruhm an ihre Fahnen geheftet und damit die Voraussetzung für einen deutschen Sieg geschaffen hat, hat der Führer in diesem Jahre unter Weiterführung der militärischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und seinen Verbündeten England und Amerika ein gigantisches Arbeitsprogramm für den Osten verkündet: der von den deutschen Truppen eroberte Ostraum, die mit deutschem Blut getränkte Erde, soll nach dem Willen des Führers die Ernährungsgrundlage für alle Völker eines künftigen Europas abgeben. Es ist klar, daß das Generalgouvernement als erstes der von den deutschen Truppen erobertenGebiete auch in der Erfüllung dieses Führerbefehls mit invorderster Reihe steht.

Wir blicken auf ein Jahr mühevoller, unermüdlicher, aufopfernder, aber auch erfolgreicher Arbeit im Dienste des deutschen Sieges. Es ist das wunderbare, daß sich unter dem Bewußtsein, daß es sich bei diesem Kampf nicht etwa um die Verbesserung der materiellen Lage der einen oder anderen Schicht des deutschen Volkes, sondern um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, um die Erkämpfung eines Schicksals handelt, dem sich kein Einzelner entziehen kann, die Kräfte der in diesem Raum eingesetzten deutschen Menschen verzehnfacht haben und in diesem Bewußtsein diese deutschen Menschen zur Her-

gabe ihrer äußersten Energien angespornt werden.

Ich bin glücklich, Herr Generalgouverneur, als Ihr Gefolgsmann auf die Erfolge zurückblicken zu können, die die deutsche Verwaltung im vergangenen Jahre erzielt hat, Erfolge auf allen Gebieten, sei es auf dem Gebiet der Ernährung, sei es auf dem Gebiet der Holzwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft, der Rüstung, sei es auf dem Gebiet der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse oder auf vielen anderen Fachgebieten. Trotz der großen Schwierigkeiten und der oft widerlichen Umstände und Begleiterscheinungen ist es gelungen, Vorbildliches und Erstaunliches zu leisten.

Herr Generalgouverneur, Sie haben mir den Auftrag gegeben, zum Jahresende nochmals die Mitglieder der Regierung, die Gouverneure der Distrikte und sämtliche Kreishauptmänner zum einem Jahresschlußappell in der Hauptstadt des Generalgouvernements zusammenzufassen. Ich begrüße die hier erschienenen Gäste aus Partei und Wehrmacht aufs herzlichste! Ich freue mich ganz besonders, daß sich in dieser einmaligen Weise sämtliche staatlichen Hoheitsleiter zur Ausrichtung durch den Herrn Generalgouverneur zusammengefunden haben. Ich erkenne in Ihrem Auftrag, Herr Generalgouverneur, nicht nur eine Unterstreichung des Ernstes und der Bedeutung der künftig von uns zu leistenden Arbeit, ich sehe in dieser Zusammenfassung vielmehr einen Appell zur Einigkeit, zur Geschlossenheit, zur Aufrichtigkeit der Gesinnung bei der Lösung der uns bevorstehenden Aufgaben. In dieser Zusammenfassung glaube ich ferner eine Bestätigung unserer bisherigen Arbeitsmethode erkennen zu können. Kein Befehl soll vom grünen Tisch aus erlassen werden. Jede Maßnahme soll durch Besprechung, durch echte sachliche Erörterung mit den Männern der Außenverwaltung, der ersten Instanz, der Front der Verwaltung und der Mittelinstanz in ihren

Grundlagen, Auswirkungen und Voraussetzungen geklärt werden.

So wollen wir auch weiter arbeiten, und ich darf Sie bitten, Herr Generalgouverneur, uns für diese künftige Arbeit die Ausrichtung zu geben.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Kameraden! Ich freue mich sehr, daß wir uns hier einmal alle zusammenfinden und Gelegenheit haben, uns ins Auge zu sehen. Die gewaltige Zeit, die wir durchleben, hat für jeden von uns eine solche Fülle nicht nur amtlicher, sondern auch geistig-seelischer Probleme gebracht, daß wir uns immer wieder von Zeit zu Zeit im Wege gegenseitiger Fühlungnahme darauf besinnen müssen: nicht der Tag ist das Wichtigste im menschlichen Leben, sondern der Glaube an die Ewigkeit dessen, was über dem Einzelnen steht. Jeder Einzelne von uns kann noch so weit den Marsch in sein Dasein antreten, wir könnten noch so sehr versuchen, bei dem, was jeder Einzelne an Hoffen und Planen für sein Leben in sich trägt, uns frei zu machen von jeder Bezogenheit auf die Umwelt, auf die Zeit, auf die Politik und die Geschichte, - es würde doch alles scheitern, wenn sich nicht andere bereit erklären würden, für den Einzelgänger die Lebensnotwendigkeiten zu schaffen.

So kommt es, daß durch die Geschichte gerade unseres Volkes auch immer wieder spürbar diese Auseinandersetzung zwischen der Persönlichkeit und der Gemeinschaft der Nation, zwischen dem individuellen Lebenserfüllen und den geschichtlichen Notwendigkeiten der nationalen Gemeinschaft geht. Dieser Krieg bedeutet in geradezu idealer Synthese aber nun die Verbindung dieser beiden Weltanschauungselemente, des Ichs mit dem All des Volkes. Jeder Einzelne von uns kann seinem

Schicksal daher gar nicht innig genug dafür danken, daß wir hier im Generalgouvernement an einem der schlechterdings bedeutsamsten historischen Brennpunkte inmitten der Ereignisse dieses Krieges eingesetzt sind. Jeder Einzelne von uns war einmal zu Beginn unserer Arbeit ein Spezialemissär der Nation, jeder wurde schnell an irgendeinen Platz gesetzt, und er sollte nun irgendetwas, was ihm völlig neu war, übernehmen, organisieren, aufbauen, retten, sichern. Das alles wäre schließlich in ein chaotisches Nichts zerlaufen, wäre nicht allmählich aus dem Einzelhandeln der verschiedenen Sonderbeauftragten, Sonderkommissare, Verwaltungschefs usw. ein Gebilde entstanden, das sich eine Eigengesetzlichkeit der Beharrung und der Bewährung aneignete.

Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, ist die Geschichte des Generalgouvernements völker- und staatsrechtlich bekanntlich ein Unikum. Sie können alle Handbücher und Kompendien des Völker- und Staatsrechtes durchblättern, sofern Sie sich heute diese müde Zeit überhaupt nehmen wollten, in den Pandekten früheren Staatsdenkens zu blättern, Sie würden kein Vorbild und auch keinen Vergleich zu dem finden, was heute das Generalgouvernement ist.

Die Geschichte des Generalgouvernements erkennen Sie am besten in einem dreifachen Entwicklungsprozeß. Ich möchte Ihnen heute in dieser Beziehung einige grundsätzliche gedankliche Einstellungen einprägen. Der erste Punkt der Entwicklung lag darin, daß nach Abschluß der kriegerischen Ereignisse im ehemaligen Polen vom Führer der Oberverwaltungschef beim Militärbefehlshaber eingesetzt wurde. Das war etwa die Zeit von Mitte September bis annähernd zum letzten Drittel des Monats Oktober 1939. Der Bereich des damaligen Militärbefehlshabers Ost - es war bekanntlich Generaloberst von Rundstedt, dem ich als Oberverwaltungschef beigegeben war, - das gesamte von den deutschen Truppen

besetzte polnische Gebiet. Es gehörten damals zum Bereich des Oberverwaltungschefs ebenso Gdingen wie Posen, ebenso die hernach zu Ostpreußen geschlagenen Orte Ziechenau wie Warschau und das, was dann später das Generalgouvernement wurde. Diese erste Periode der rein militärischen Verwaltung des Gebietes war die eigentliche Aufräume- und allererste linare Ordnungsepoche. Damals waren die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen noch nicht genügend festgelegt. Eine irgendwie geartete gemeinsame Verwaltungsapparatur bestand nicht, die technischen Voraussetzungen für den Aufbau einer solchen Apparatur waren auch noch gar nicht wieder gegeben. Der Krieg mit allen seinen Folgen für Land und Leute hatte die Transportverbindungen ebenso zerstört wie die postalischen Verbindungen, wie Häuser, Straßen, Brücken und vieles Andere. Diese ersten sechs Wochen unserer Arbeit hier waren schlechterdings ein kaum Aufbau zu nennendes Schwimmen inmitten der alltäglichsten Notwendigkeiten. Es war eine völlige Atomisierung der Arbeit hier gegeben. Oft wußte ein C.d.Z. nichts vom anderen; erkonnte sich kaum auf irgend jemand berufen. Jede Stadt, jeder Kreis, jeder Bezirk, der kühn und vage irgendwie abgegrenzt war, war auf sich selbst angewiesen. Das war eigentlich die wilde Periode des Ostens, für die nicht ohne weiteres nachgeprüft werden kann, was da alles hin und her getan und gearbeitet wurde. Sie entsinnen sich alle dieser Zeit noch. Ein ausgeprägtes Kriegsbild zeigte sich den Blicken: überall, auf allen Straßen lungerten die Flüchtlinge herum, überall gab es Hungersnot, es drohten Seuchen und andere Katastrophen.

Diese Periode mußte sehr schnell zu Ende gebracht werden, denn sie hätte für Deutschland nichts Positives erbracht; sie wäre für die weitere Kriegführung nur ein Schaden gewesen. Immerhin ist diese

Periode typisch für die erste Entwicklungszone der Verwaltungsübernahme in jedem kriegsmäßig unter härtesten Waffenbedingungen und härtesten Schlachtvorgängen übernomenen neuen Gebiet.

Mit der Ernennung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete am 26.Oktober 1939 begann die zweite Periode der Entwicklung des Generalgouvernements. Damals, also nach Auflösung der eigentlichen Militärverwaltung, wurde - und das ist charakteristisch - zum ersten Mal der zivile Sektor in diesem Raume führend. Das militärische Element zog sich aus der eigentlichen Verwaltungsarbeit völlig zurück. Die Gebiete wurden übergeben. Die einzelnen Funktionen des Verwaltens, Befehlens, Führens, Ordnens, Organisierens gingen auf mich über. Ich selber unterstand schon damals nur dem Führer direkt und unmittelbar.

Diese zweite Periode des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete dauerte allerdings auch nur eine gewisse Zeit, nämlich nur bis zum Juli 194o. In ihr wurden für das Gebiet, das später Generalgouvernement wurde, aber schon damals die Grenzen gezogen. Nach Ausscheidung der zum Reichsgau Danzig - Westpreußen, zum Reichsgau Wartheland, zu Ostpreußen und Oberschlesien gekommenen Gebiete wurde damit das Generalgouvernement ein Begriff, den wir damals aber noch nicht anwenden konnten; denn die Landesbezeichnung war die der besetzten polnischen Gebiete. Der Staat firmierte unter der Bezeichnung "Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete." Das Gebilde wurde vom Amt des Generalgouverneurs geführt. Allerdings gab es damals schon die Distriktschefs, auch die einzelnen zentralen Ämter, wie damals auch schon die Kreis- und Stadthauptmänner erschienen.

Diese zweite Periode war die Periode der Grundlegung für das, was nun einigermaßen endgültig sein sollte. In diesen Monaten zwischen dem Oktober 1939 - am 7.November 1939 hielt ich meinen Einzug auf die Burg zu Krakau - bis Juni 194o wurden alle jene grundlegenden

Verordnungen für den Aufbau der Instanzen erlassen. Sie entsinnen sich, daß damals die schwierige Frage der Grenzziehung allüberall brennend war, daß wir im Westen in jeder Weise bedroht waren, daß man im Osten zu verhandeln hatte, daß im Süden die Slowaken auf Zakopane spekulierten, daß man im Norden Warschau das Hinterland nahm, kurz, daß überall der Versuch gemacht wurde, dieses Gebilde der besetzten polnischen Gebiete grenzmäßig möglichst so festzulegen, daß ein etwa neu erstehender polnischer Rechtsstaat, den man damals noch für möglich gehalten hatte, heute aber für völlig unmöglich hält, in jedem Fall auf Grenzen reduziert würde, die keinerlei Gefährdung des deutschen Lebens aus diesem fiktiven Zukunftsgebilde erwarten ließen.

Diese Fragen beschäftigten uns damals ebenso wie die ersten organisatorischen Aufbauten. Sie alle wissen, was damals hieß, die neuen Begriffe überhaupt zu prägen, sie einzuführen, dann wieder die Grenzen zwischen den Distrikten und innerhalb der Distrikte zwischen den Kreisen festzulegen, die Kreis- und Stadthauptmannschaften zu bilden, die Distrikthauptstädte einigermaßen in Betrieb zu setzen.

In dieser Periode setzte sich aber bei uns zum ersten Mal so etwas wie ein Gemeinschaftsarbeitsgefühl durch. Diese Periode war nur von der notwendig klaren endgültigen Bestimmung des Schicksals dieses Raums völlig überschattet. Zwei sich völlig ~~si~~ konträr gegenüberstehende Richtungen gingen damals durch die Reichspolitik. Man vermeinte auf der einen Seite, dieses Gebilde der besetzten polnischen Gebiete als eine Art Ecke oder Loch im Großdeutschen Reich ansehen zu können, um dorthin alles, was im Deutschen Reich asozial, antisozial oder rassisch untauglich war, abzuschieben. Damals entstanden die Phantasien von der Umsiedlung vieler Hunderttausender von Juden und Polen ins Generalgouvernement. Sie entsinnen sich dieser Schreckensmonate, in denen Tag um Tag Güterzüge ins Generalgouvernement hineinrollten, voll beladen mit

Menschen, manche Waggons waren bis obenhin mit Leichen gefüllt. Das war eine furchtbare Zeit, in der jeder Distriktschef, jeder Kreis- und Stadthauptmann vom frühen Morgen bis zum Abend zu tun hatte, um mit diesem Hereinwogen von im Reich unliebsam gewordenen Elementen, die man plötzlich abschieben wollte, fertig zu werden.

Hand in Hand mit dieser Tendenz, das Generalgouvernement als einen Misthaufen zu betrachten, auf den man allen Dreck des Reiches abkehren und abschieben konnte, ging die Tendenz, uns wirtschaftlich völlig zu vernichten. Man sagte sich, es sei sehr nützlich, wenn dieses Gebiet überhaupt keine eigene Wirtschaft habe, - holen wir also alle wertvollen Maschinen aus diesem Land, brechen wir alle wertvollen Fabriken ab, zerstören wir, wenn irgend möglich, alle wertvollen Verbindungslinien und Leitungen. Man ging damals sogar mit dem Plan um, alle Telefon- und Telegrafenkabel herauszuholen, die Eisenbahnstrecken nur notdürftig eingleisig aufrecht zu erhalten und alles übrige Eisenbahnmaterial wie Schienen und dergleichen ins Reich zu führen. Man sagte weiter, man sollte keine irgendwie geartete Lebensordnung in diesem Raum mehr anerkennen, man sollte sozusagen das ganze Generalgouvernement als ein einziges Konzentrationslager behandeln, in dem nur noch die Wachposten die einzigen wären, die den freien Schritt tun könnten.

Dies alles mußte von uns überstanden werden. Ich entsinne mich noch meiner furchtbaren schweren Verhandlungen mit dem Führer im Dezember 1939, als ich einfach erklärte: so geht das nicht. Der Führer zeigte damals wie immer als der größte Mann unserer Zeit sofort vollstes Verständnis. Und dann kam das, was ich den neuen Plan nannte.

Man sah ein, daß man ein solches Gebilde von fast 1oo ooo qkm Fläche nicht ganz sich selbst überlassen konnte. Damals war offensichtlich noch nicht von der Gefahr der Sowjetunioh zu sprechen, und so konnte unsere Ostgrenze als einigermaßen gesichert und befriedet angesehen werden. Und so war es möglich, ein Verwaltungs- und Stabilisierungsprogramm auch hinsichtlich der Wirtschaft in die Tat umzusetzen. Ich habe damals beim Führer darauf hingewiesen, daß im Interesse der Kriegführung und gerade auch wegen des Drängens des Reiches, Arbeitskräfte aus diesem Raum zur Verfügung zu stellen, daß angesichts der Notwendigkeit einigermaßen Ordnung in dieses Beschlagnahmewesen, in dieses Wegholen von Betriebseinrichtungen hineinzubringen, eine geordnete Wirtschaft auch im Interesse des Reiches lägen. Es war - man muß sich heute darüber wirklich wundern - ein ungeheur schweres Problem, wenigstens nach aussen hin diese Änderung herbeizuführen. Wenn man heute daran denkt - und ich gehe nun blitzartig auf den jetzigen Verwaltungsstand des Generalgouvernements ein, - so ist das eine Wendung von der absolut verachtetsten Bedeutungslosigkeit zur Zentralposition der Verbindung zwischen Reich und Osten wie sie in monumentalererGegensätzlichkeit in einer Entwicklung von wenigen Jahren überhaupt nicht gedacht werden kann.

Diese Zwischenperiode war für Euch alle, meine Kameraden, auch die schrecklichste. Sie war ebenso schlimm für die Männer, die im Amtes des Generalgouverneurs saßen, wie für die Gouverneure, die Kreis- und Stadthauptleute. Es war die Zeit, wo wir mit den notwendigsten Bedürfnissen des Lebens fertig zu werden hatten, darüber hinaus uns noch mit dem

Kehricht beschäftigen mußten, der aus dem Reich zu uns kam. Damals spürten wir auch die Auswirkungen der neuen Grenzziehung. Plötzlich fehlte es an den notwendigen Lokomotiven im Lande; die wenigen, die vorgefunden wurden, waren durch den bei uns immer noch in lieber Erinnerung stehenden General Bührmann weggeholt worden. Ich habe damals den technischen Begriff des Ausbührmannens erfunden und habe festgestellt, daß dieser Begriff dort in Anwendung kam, als General Bührmann drüben erschien.

Diese zeit war die Sturm- und Drangperiode des Generalgouvernements. Wir haben sie überstanden, und gottlob hat sie auch das Reich überstanden.

Im Juni 194o habe ich mich dann entschlossen, mit dem Führer in eingehenden Besprechungen in Berlin die endgültige Form des Generalgouvernements zu erörtern. Erst seit Juni 194o, seit nämlich der Führer mir genehmigte, dieses Gebiet nicht mehr als besetztes polnisches Gebiet zu bezeichnen, sondern ihm den eigentlichen Namen des Generalgouvernements zu geben, haben wir staatsrechtlich und begrifflich das Generalgouvernement gebildet. Dieser Begriff schwebte mir als Bezeichnung neutraler Art vor, die keinerlei Rückerinnerung an frühere Zustände in diesem Raum ermöglichte. Wir konnten nunmehr von diesem Lande als vom Generalgouvernement sprechen, ohne Rücksicht darauf, ob hier Polen, Ukrainer, Juden, Russen oder sonstige Menschen lebten. Dieser Begriff war eine sehr gute Vereinfachung für die allgemeine staatsrechtliche Diktion. Er trägt auch der charakteristischen Unterscheidbarkeit zu den eingegliederten Ostgebieten, zum Protektorat und zu den echten neuen besetzten Gebieten des Nordens und Westens Rechnung. Mit der Einführung dieses Begriffes "Generalgouvernemant" war aber mehr als eine Begriffsfunktion vollzogen; denn nunmehr

war dieses Gebilde alls völlig eigenartig, als selbständig und autark in seiner Entwicklung anerkannt.

Es war im gleichen Atemzug, daß ich dem Führer die Einführung des Begriffes "Generalgouvernement", Nebenland des Großdeutschen Reiches" vorschlug. Von diesen beiden Begriffen leiten nun die gewisse Selbständigkeitsentwicklung des Generalgouvernements her. Wir konnten nunmehr sagen: "An die Bevölkerung des Generalgouvernements" - ganz gleich, welche Sprache sie spricht. Wir konnten den Begriff des Generalgouvernements in klaren eigenartigen Aufgabepositionen dem Einzelnen voranstellen. Mit diesem Begriff konnten wir auch eine ganz besondere Ostpropaganda entfalten. Schließlich lag in dem Begriff "Generalgouvernement" auch das völlig Eigenartige und Neugesetzliche dieser Entwicklung; denn es gab in der Geschichte des Deutschen Reiches früher niemals ein ähnliches Gebilde.

Hand in Hand mit dieser Umstellung von den besetzten polnischen Gebieten auf das Generalgouvernement gingen nun einige wesentliche Änderungen an der Spitze des Generalgouvernements. Aus dem Amt des Generalgouverneurs als einer rein persönlich aufgezogenen Behörde wurde die Regierung des Generalgouvernements, also eine überpersönliche, sachliche Behörde. Diese Umbildung war für die Durchsetzung des Nebenlandes, also des Staatscharakters dieses Bereiches von entscheidender Bedeutung. In dieser Regierung des Generalgouvernements formte sich die Einheitsbehörde in der Zentrale. Von ihr ausstrahlend gingen die gesamten staatstechnisch notwendigen Regularien ins Land. In ihr sammelte sich die Gesamtpotenz des Fachlichen, so, wie wir im Generalgouverneur die Gesamtpotenz des Persönlichen sehen. Die Vollmachten des Generalgouverneurs wurden dadurch nicht berührt. Er ist nach wie vor Repräsentant aller Verwaltungszuständigkeiten, die bei ihm zusammengefaßt sind.

Diese dritte Periode des Generalgouvernements, in der wir uns jetzt befinden, wird eine weitere Entwicklung nicht mehr erfahren. Als weiteren Entwicklungspunkt des Generalgouvernements könnte ich mir eigentlich nur die endgültige völlige territoriale und staatsrechtliche Eingliederung dieses Gebietes in das Deutsche Reich denken. Also jenseits des Generalgouvernements würde es demnach als denkbares Vorstellungsbild nur den Reichsgau oder die Reichsgaue geben, die aus ~~dei~~ diesem Gebiete bestehen werden. Ich möchte gleich sagen, daß von dieser Möglichkeit zur Zeit im Ernst nirgendwo die Rede ist; alles, was darüber gesagt wird, ist Geschwätz, ist entweder Wunschtraum oder auch Haßbild, muß uns aber in unserer ernsten Arbeit völlig gleichgültig lassen. Wenn jemand die Nerven zuletzt verliert, dann bin ich es, dann sind es meine Männer.

Das Generalgouvernement, wie es sich bisher und besonders in diesem letzten Jahre bewährt hat, ist ein fester Begriff von hoher Leistungsqualität. Daran vermögen weder Neid noch Mißgunst, weder persönlicher noch sachlicher Verfolgungswahn das geringste zu ändern. So, wie die Lage heute ist, ist das Generalgouvernement das festeste Ordnungsblockgebäude im Osten. Zwischen der Front und der Heimat stellt es heute das wichtigste Verbindungsglied dar. Vierfünftel des Gesamtverkehrs zwischen Osten und dem Reich gehen über das Generalgouvernement. Zwischen dem Reich und den Reichskommissariaten des Ostens liegt hier eine durchgeführte Verwaltung, völlig in den Händen der Deutschen. Hier fügt sich die Funktion eines eigenstaatlichen Apparats in die Bezugsetzung zu den Notwendigkeiten des Daseins. Hier lebt ein neues Stück werdender deutscher Heimat.

Dieses Generalgouvernement, wie es sich nunmehr seit 1940 herausgebildet hat, ist uns allen miteinander in diesem Kriege als Kameradschaftsaufgabe gestellt worden.

Diese Kameradschaftsaufgabe habe ich, wie Sie wissen, wiederholt mit dem Begriff "Einheit der Verwaltung" bezeichnet. Ich nahm die Legitimation für diese Begriffsbestimmung und -anwendung auf unseren Bereich aus der grundlegenden Führerverordnung, durch die der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete eingesetzt worden war. Dort heißt es bekanntlich, daß sämtliche Verwaltungszweige beim Generalgouverneur zusammengefaßt sind. Da es ja unmöglich ist, daß ein Mann in einem solchen Riesenbereich alles allein macht, habe ich meinen Mitarbeitern in der Einheit der Verwaltung das persönliche Substrat der Verwaltung in diesem Ostraum vermittelt. Ich wollte mit dem Begriff "Einheit der Verwaltung" sagen, daß es hier keinen krankhaften Ressortpartikularismus, kein sinnloses Gegeneinanderwüten von Staatszuständigkeitsträgern geben soll, sondern daß hier schließlich der verantwortliche Führer in einem bestimmten Bereich zugleich auch der Repräsentant der Kommandogewalt des Generalgouverneurs in seinem Gebiet ist. Der Begriff der Einheit der Verwaltung ist daher sowohl ein staatstechnischer wie ein persönlichkeitsbedingender. Diese Lehre wird mehr und mehr an Wichtigkeit gewinnen. Ich sehe in der heutigen Veranstaltung ein siegreiches Durchgesetzthaben dieses meines Prinzips. Ich habe heute hier die Herren der Regierung zusammengerufen, jene Herren, die die Fachgebiete, nach denen nun einmal erfahrungsgemäß die große Staatsarbeit ausgerichtet werden muß, als Präsidenten der Hauptabteilungen leiten. Soweit Bereiche allgemeiner Bedeutung nicht von einem Hauptabteilungspräsidenten geleitet werden, sind sie beim Staatssekretär der Regierung zusammengefaßt, so etwa die Ämter für Gesetzgebung und Raumordnung usw.. Diese Regierung des Generalgouvernements entspricht völlig dem Aufbau der Regierung in einem anderen normalen Lande. Wir sind auch hier über die berühmte klassische Fünfzahl der Ressorts weit hinausgegangen. Die ursprüngliche

Fünfzahl, die die wesentlichen Ressorts umfasste, ist sind sowieso für uns nicht maßgebend. Wir brauchen weder ein Außenministerium noch ein Kriegs- oder Wehrministerium. Diese beiden Bereiche scheiden in unserem Lande schon um deswillen völlig aus, weil für diese Ämter keinerlei Tätigkeit vorhanden wäre. Aber die verbleibenden drei klassischen Ressorts des Inneren, der Finanzen und der Justiz haben wir selbstverständlich auch.

Wenn Sie die Verwaltungsgeschichte durchsehen, so werden Sie feststellen, daß da s Ressort des Innern seit über hundert Jahren im Deutschen Reich - und nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch anderswo- ununterbrochen Abteilung um Abteilung als Sonderministerium abgibt. Was heute als Hauptabteilung Wirtschaft, als Hauptabteilung Bauwesen oder eine sonstige Hauptabteilung in der Regierung über diese klassische Dreizahl hinausgeht, war ursprünglich einmal in der Verwaltungsgeschichte Bestandteil des Innenministeriums.

Es ist klar, daß diese Entwicklung der Aushohlung der Inneren Verwaltung durch Aufbau neuer zentraler Zuständigkeiten noch lange nicht abgeschlossen ist, sondern daß wir hier und auch im Reiche vor gewaltigen Entwicklungen stehen. Wenn ich heute die Zahl der Hauptabteilungen der Regierung des Generalgouvernements überschaue, so ist im allgemeinen ein Entwicklungsbild gegeben, das befriedigen kann. Ich neige nicht dazu, einer weiteren Verselbständigung von Abteilungen zu Hauptabteilungen zuzustimmen. Das würde eine Erschwerung des Gesamtapparates bedeuten und auch rein staatstechnisch und staatspolitisch nicht ohne weiteres erträglich sein.

Diese Regierung des Generalgouvernements muß nun im Lande draußen auch auf das vollste Verständnis rechnen. Sie darf nicht, wie mir manchmal draußen gesagt wurde, ihre tägliche Freude allein darin erblicken, den armen gequälten Gouverneuren, den Kreis- und Stadthauptleuten durch, weiß Gott, wieviele Verordnungen und Erlasse das Leben schwer zu machen. Sie ist für Euch da,

sie ist in den Distrikten und Kreisen das Organ, das Euch den Kampf abnimmt, den Ihr sonst zu führen hättet. Diese Regierung und die Männer dieser Regierung haben die unendlich schwere Aufgabe, Euch den Rücken freizuhalten, Euch Eure Arbeit zu ermöglichen, Euch die Einheit der Verwaltung zu sichern, Euch Eure persönliche Bewährung dadurch zu ermöglichen, daß auf Euch nicht das Chaos des Verwaltungsdurcheinanders hereinprasselt, das auf die Mitglieder der Regierung dauernd aus dem Reich hereinströmt. So klar, wie wir hier geordnet sind, kann ein Riesenreich wiedas Deutsche Reich nicht sein. Ich sehe ein, daß es notwendig war, neben die Reichsministerien eine Fülle von Sonderbeauftragten und Sonderbevollmächtigten zu setzen. Der Krieg hat leider die Notwendigkeit gezeitigt, manche genau diametral entgegengesetzten Vollmachten zu vermitteln. Wir haben heute im Reich eine Fülle von Zuständigkeiten, die sich gegenseitig aufs engste bekriegen.

Es ist klar, daß sich diese Erschwerungen, die von draußen hereinströmen, bei uns in der Zentrale durch dauernd sich gegensätzlich gegenüberstehende, voneinander völlig abweichende Sonderwünsche von Reichszentralen auswirken, die sich alle auf Sondervollmachten berufen. Die eine Stelle im Reich will Arbeiter ins Reich gebracht wissen, die andere Stelle im Reich beruft sich auf ihre Vollmacht und sagt, es müßten Rüstungsbetriebe ins Generalgouvernement gelegt werden, und dazu würden die notwendigen Arbeiter gebraucht. Die eine Stelle sagt: alles Getreide, das zur Verfügung steht, muß ins Reich gebracht werden, - die andere Stelle sagt: es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter, die im Lande tätig sind, ob Polen oder Juden, gut ernährt werden. Die eine Stelle sagt: es ist vollkommen gleichgültig, wie der Transport in diesem Lande verläuft, wir brauchen nur die Durchgangslinien, sie allein sind für uns wichtig. Die andere Stelle sagt: um Gottes Willen, wie brauchen die Kohle bis in den letzten Bereich des Generalgouvernements für unsere Rüstungswerke, wir müssen die Kohlenzüge haben und brauchen auch den Verkehr auf den Nebenlienien.

Die eine Stelle sagt: Ihr müßt finanzpolitisch vollkommen selbständig arbeiten, keinen Pfennig bekommt ihr vom Reich. - Bekommen wir auch nicht, und es ist unser Stolz, daß wir selbständig sind, daß wir sogar die aus dem Reich kommenden Beamten vom ersten Tag an bar dem Reich vergüten können. - Aber die andere Stelle sagt: nein, das genügt nicht; ihr müßt ohne Rücksicht auf eure Finanzordnung oder Währung einen Wehrbeitrag ans Reich zahlen, ihr müßt darüber hinaus ohne Rücksicht auf eure Währungssituation und eure Notenpresse der Wehrmacht soundsoviel Geld geben.

So könnte ich Ihnen, meine Kameraden aus den Distrikten und den Kreisen, unausgesetzt Beispiele vortragen, um Ihnen zu zeigen, was die Herren der Regierung jeden Tag ununterbrochen unter Leitung des Chefs der Regierung, meines altbewährten Parteigenossen Bühler, zu leisten haben. Eine der großen Aufgaben der heutigen Zusammenkunft ist es, zu erreichen, daß sich die Herren aus den Kreisen und den Distrikten nicht nur in sehr billigen und sehr bequemen Kritizismen über das angeblich bürokratische und verordnungssüchtige Treiben der Regierungsstellen auslassen, sondern daß sie erkennen, mit welchem Ernst und ungeheuer sich steigender Schwierigkeit von der Regierungsstelle aus die notwendige Gemeinschaftsgefügtheit dieses Gebietes durchgesetzt werden muß.

Selbstverständlich muß nun auch die Regierung des Generalgouvernements in ihren fachlichen Zuständigkeiten auch vom ganzen Lande unterstützt werden. Wir können heute angesichts der an uns zentral gelangenden Bedürfnisse des Reiches nicht die übergroßen Rücksichten auf den einzelnen Teile des Generalgouvernements nehmen; denn das Reich kann nicht einmal Rücksicht auf sich nehmen, geschweige denn natürlich auf die eroberten Gebiete. Wir haben einfach die Aufgabe, der Lage des Reiches in jeder Form Rechnung zu tragen und mit Aufwand unserer letzten Kraft für das Reich zu sorgen. Wir dürfen nicht an die Zukunft des Generalgouvernements denken, sondern nur an die Zukunft des Reiches. Denn wir sind hier gar nichts.

Wir können hier nicht ein Eigenleben aufbauen und irgendwie stolz darauf sein, was wir hier hätten, wenn alle diese Erschwerungen für das Generalgouvernement nicht wären. Das Eigenleben bauen wir nur auf im Rahmen der Bedürfnisse des Reiches, und so ist es auch von uns allen vom ersten Tage an gesehen worden. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die Distrikte und die Kreishauptmannschaften des Generalgouvernements in Erfüllung der uns dem Reich gegenüber auferlegten Verpflichtungen wirklich diese absolute Selbstlosigkeit durchgehalten haben. Wir haben es mit angesehen und ansehen müssen, was hier alles durchtransportiert worden ist und wird, zuweilen in einem Maße, daß die Bunker ohne Kohle sind, daß es an Holz, Steinen, Zement, Eisen und jeglichen Rohstoffen mangelt. Wir haben unseren internen Verkehr im Interesse der Wehrmacht und der Kriegführung auf ein Minimum reduziert. Wir liefern heute nicht nur nach dem Westen, sondern auch nach dem Osten. Gerade aus den Ostgebieten kommen die dringendsten Hilferufe nach Pferden, nach Gespannen, nach Wodka, nach Tabak, nach Holz. In allem und jedem wird das Generalgouvernement von West und Ost als ein Aushohlungsgebiet ersten Ranges angesehen.

Gerade für die Regierung des Generalgouvernements besteht daher immer wieder die Notwendigkeit, an jenen Grundsatz ernsthaft zu appellieren, der da lautet: man soll die Kuh, die man melken will, nicht schlachten. Das Reich will aber unter dem Drang und Druck der Verhältnisse die Kuh Generalgouvernement sowohl melken wie schlachten.

Hier liegt nun die schwere Aufgabe, immer wieder das einzig Mögliche zu tun, durch Appell an die Vernunft, durch persönliche Rücksprache, durch Darlegung oder Darstellung der wirklichen Lage die Dinge einigermaßen in Ordnung zu halten. Das wäre sehr einfach, wenn die Reichsfunktionen genau so klar gegliedert wären wie die des Generalgouvernements. Aber man verhandelt mit einer

Reichsstelle, und am anderen Tage kommt die zweite mit der gleichen Vollmacht. Und nicht nur das; es ist begreiflich, daß wir im vierten Kriegsjahr nicht mehr in allen Bereichen des Staatslebens über jene Zahl von Fachleuten in der Verwaltung verfügen wie zu Beginn des Krieges. Sie werden draußen im Lande auch spüren, daß durch die Wegholung der jungen Elemente, der jüngeren wehrdiensttauglichen Mitarbeiter aus unseren Bereichen - das gilt sowohl für die Regierung wie für die Gouverneure und die Kreishauptmänner - ein unendlicher Schaden entsteht. Denn die Intensität der Verwaltung sinkt damit ab. Das ist ja gerade der Typ, den wir brauchen, der junge noch bürokratisch unverzogene, nicht noch irgendwie verweichlichte Typ, den wir hier gerade lebensnotwendig brauchen. Und gerade der wird uns nun angesichts des dringendsten Ersatzbedarfs der Wehrmacht unausgesetzt weggeholt. Daß das die Verwaltungsarbeit bei uns und im Reiche erschwert, ist klar. Trotzdem müssen wir es schaffen; wir können uns nicht darauf hinausreden, sondern müssen versuchen, das beste mit den uns verbliebenen wenigen Kräften zu leisten. Gleichwohl muß es unsere Aufgabe sein, den Personalbedarf zu lenken, es muß dafür gesorgt werden, daß irgendwie doch noch etwas Ersatz kommt. Wo wir die Möglichkeit haben, muß dieser Ersatz aus dem Lande geholt werden, es müssen Schulen in Gang gesetzt werden, in denen eine eigene Erziehung für den Dienst im Generalgouvernement entsteht. Sie müssen sich vor allem auf die eigene Kraft verlassen. Uns hilft niemand, wir sind völlig auf uns gestellt und müssen uns den Weg im Rahmen unserer Verantwortung selber freimachen. Das gilt für die Regierung ebenso wie für die Gouverneure und Kreishauptmänner.

Das ist es ja, was ich vorhin die steigende Bedeutung des Persönlichkeitselements innerhalb der Einheit der Verwaltung nannte. Ich bin stolz darauf, daß sich die Männer der Regierung, der Distrikte und der Kreise schon so als ein Stamm von Persönlichkeiten herausgebil-

det

haben, die nicht nur kraft der papiernen Bevollmächtigung, die sie besitzen, sondern schon durch den Eindruck ihrer eigenen Persönlichkeit etwas leisten und etwas sind. Wir müssen grundsätzlich davon abgehen, immer nur mit dem Legitimationspaß in der Hand aufzutreten und zu sagen: hier bin ich, ich habe die und die Vollmachten, seien Sie so gut und tuen Sie das und das. Nein, wir müssen sagen: hier bin ich, weil ich etwas aufgebaut habe, weil ich mir das hier geschaffen habe, deshalb bin ich etwas und bestehe darauf, daß man mir gehorcht. Das ist die Formel des Mannes des Ostens. Und dann werden Sie sehen, daß dieses Persönlichkeitselement der Einheit von Führung und Verwaltung mit einem ganzen Meer von kämpferischen Gegensätzen aufzuräumen vermag.

Auch in der Verwaltung gibt es dieses persönlichkeitsbildende Element. Es kommt nämlich aus dem kolonialen System, dieses persönlichkeitsbildende Element, von dem der Osten abhängt, von dem auch wir abhängen. Sie kennen ja den von mir seit 1939 durchgehaltenen Grundsatz, daß ich jedem meiner Gouverneure, meiner Kreishauptleute, auch jedem Mitglied meiner Regierung das ich als genau so an der Front stehend ansehe wie die Gouverneure und Kreishauptleute, - daß ich ihnen allen in ihren Bereichen die Vollmachten gebe, soweit sie irgendwie noch erträglich und mit der Gesamtheit der Verwaltung vereinbar sind. Heute können, glaube ich, ein Gouverneur des Generalgouvernements, ein Kreis- oder Stadthauptmann mit Stolz darauf sehen, was ihnen anvertraut ist, was von ihnen abhängt und wofür sie einstehen können, dürfen und müssen. Sie wissen aber auch, daß sie über sich einen Schutz spüren.

Dieses persönlichkeitsbildende Element der Einheit der Verwaltung ist überhaupt das Rückgrat der Zukunft im Schatten unserer Gemeinschaft. Es bietet aber auch allein die Möglichkeit, mit alldem Unverstand, mit allem Neid und mit dem in allen kolonialen Perioden auftauchenden Kampf gegen uns fertig zu werden. Davon redet

man nicht, was ein Kreishauptmann zu tun hat, was einem Gouverneur auferlegt ist. Wohl aber spricht man davon im Reich, daß jeder Kreishauptmann hier auf einem Schloß wohnt, um sich zweitausend Mameluken und 6o Janitscharen, daß er sozusagen dort herumstolziert und gockelt und daß er eigentlich ein großer Nichtstuer wäre, der dicke Gelder einzieht, ein fabelhaftes Essen hat und auch sonst ein wohl gesegneter Herr ist. Das ist so etwa die Auffassung, die sich jetzt aus den Greuelpropagandaberichten über das Generalgouvernement herausgebildet hat. Das gilt auch für die Gouverneure und für den Generalgouverneur. Wir sind sozusagen alle das gleiche Opfer einer Einstellung, die nichts davon weiß, daß ein Volk eine lange Erziehungsarbeit braucht, bis es vom Nationalstaat zum Weltreich sich emporringt. Es ist leider so, daß in allen großen imperialen Entwicklungsstufen die heimische Zentrale zuerst immer die Leute hinausschickt, sie dann aus dem Dreck draußen etwas machen läßt, ihnen alle Vollmachten gibt. In dem Augenblick aber, wo der Mann draußen etwas geschaffen hat, sagt man: es ist doch eigentlich eine Unverschämtheit, daß dieser Kerl so selbständig geworden ist, das ist doch unerhört im Vergleich zu unserer eigenen Position. So kommt dann das Neidgefühl. Sie entsinnen sich, welche gewaltigen Wogen des Hasses gegen das Generalgouvernement unter dem Begriff der Generalgouvernementszulage entfesselt wurden. Nun wissen Sie aber alle, meine Herren Kreishauptleute und Gouverneure, daß mittlerweile das Leben im Generalgouvernement für den Deutschen fast unerschwinglich teuer geworden ist. Die Preise auch der dringendsten Lebensbedürfnisse betragen ein Vielfaches dessen, was im Reich dafür anzulegen ist. Das werden Sie mir alle bestätigen. In einer Zeit, in der, unter uns gesagt, die reine Geldsumme an sich, also die Zahl der Geldscheine, die auf den Tisch gezahlt werden, immer bedeutungsloser gegenüber dem Realwert dieser Scheine, nämlich dem

Kaufwert dieses Papiergeldes, wird, - ausgerechnet in dieser Zeit sollen die Zulagen im Generalgouvernement herabgesetzt werden, und zwar in einem Umfange, der alles, was hier noch Lebenskraft bedeutet, vernichtet.

Ich habe deshalb gestern auf dringende Vorstellung der Gouverneure und auch in Besprechungen mit den Hauptabteilungen der Regierung verfügt, daß wir von einer Kürzung der bisherigen Bezüge im Generalgouvernement grundsätzlich absehen. Diese Regelung kann unmöglich durchgeführt werden. Ich habe alles versucht, und ich werde auch weiter versuchen, ob es möglich ist, durch Errichtung von Werkstätten, durch Mietsenkungen, durch Einrichtung von Kaufhäusern für die deutschen Beamten und Angestellten einen irgendwie gearteten realen Ausgleich für die Summenminderung des Gehalts herbeizuführen. Es läßt sich jedenfalls darüber sprechen. In einer Zeit aber, in der ich die entsprechenden Einrichtungen nicht schaffen kann, kann ich unseren Angestellten und Beamten, die in zunehmenden Maße in diesem Gebiet unter persönliche Lebensgefahr kommen, nun auch noch nicht ihre Bezüge kürzen. Das müßte dann über mich hinaus geschehen. Ich halte mich jedenfalls für verpflichtet, mich für das Los der Angestellten und Beamten in diesem Raum schon als Kamerad und auch als derjenige, der die Hauptverantwortung trägt, mit meiner letzten Kraft einzusetzen.

Dieses Persönlichkeitselement der Einheit der Verwaltung aber bedingt nun, daß Sie sich, meine Herren Kreishauptleute, aber in jedem Fall als Repräsentanten dieser großdeutschen Schicksalsgemeinschaft zeigen. Es ist kein Persönlichkeitselement, wenn einer den Herrenmenschen markiert. Der Herrenmensch ist einer der gefährlichsten Begriffsbildungen, die wir haben. Bekanntlich wird ein Herrenmensch nicht ohne weiteres dadurch gekennzeichnet, daß er mit der Peitsche herumfuhrwerkt, wie auch das Kennzeichen nicht die Gewaltanwendung oder kaum verhüllte Tobsuchtsanfälle sind.

Das ist eine charakteristische Fehlentwicklung. Der wahre Herr wirkt mit den einfachsten Mitteln, er verläßt sich eben auf die Wirkung seines Herrentums. Wenn jemand diese Selbstsicherheit nicht beseitzt, dann ist er eben auch kein Herr. Wir dürfen dem polnischen Volkstum gegenüber, das gerade auf diesem Gebiet eine besondere, man könnte fast sagen, blutmäßig bedingte Empfindung besitzt, nicht den falschen Typ des Herrenmenschen hervorkehren; denn über den lacht er nur.

Wenn Sie Angestellten und Beamten, die neu aus dem Reich zu uns kommen, ein gutes Auftreten, eine starke bewußte Haltung gegenüber den Polen empfehlen, dann werden die zunächst einmal 150%ig und glauben, nur mit der Peitsche, nur mit Gewalt oder Drohungen arbeiten zu können. Aber die Persönlichkeit, die das Großdeutsche Reich heute repräsentieren will, muß eine totale sein, sie muß in ihrem Erscheinungsbild, in ihrem Auftreten, in ihren Anordnungen, in ihrer Redeweise, ihrer Lebensführung und in allem anderen offenbaren, daß dieses deutsche Reich kein von zimperlicher Bürokratenangst durchzitterter und von Hockneid verfinsterter Bereich eines zentralen Instituts ist, sondern daß dieses Deutsche Reich, das wenigstens wir im Herzen tragen, einmal die Heimstätte der größten Nation der Welt sein wird, daß dieses Reich vor allem die Eigenschaft hat, vor niemanden Angst zu haben, und daher auch in jeder Weise jene souveräne schnodderige Gleichgültigkeit gegenüber manchen Dingen an den Tag legt, die andere aus dem Häuschen jagen. Diese Kunst müssen wir Deutschen noch lernen. Wir sind manchmal noch so etwas die kleinen Parvenüs. Wir sind der Meinung, es gehe in den fremden Gebieten nur mit Gewalt, nur mit Erschießungen, mit Verfolgungen, mit Hinrichtungen usw. Ich bin der Meinung, es ginge sehr wohl mit der still wirkenden Autoritätsvermittlung eines selbstsicheren Weltreiches. Dieses Problem ist sehr schwierig, es ist geschichtlich, psychologisch und politisch von mir gestreift worden. Ich erwarte mir aber

von den Gouverneuren und Kreishauptleuten, daß sie sich darüber klar sind, daß ich in zunehmenden Maße an ihr Persönlichkeitsempfinden appelliere. Die Einheit der Verwaltung muß organisch in die Persönlichkeiten hinübergeleitet werden; denn davon hängt viel ab, um so mehr, je mehr das Vollmachtenchaos der Reichsinstanzen zunimmt.

Für uns im Generalgouvernement ist es im Verlauf dieser drei Jahre ein großes Ereignis gewesen, daß wir mit der Eingliederung Galiziens eine der wesentlichsten Vergrößerungen unseres Gebietes erfahren haben. Dieser Distrikt Galizien hat sich in die Gemeinschaft eingefügt.

IX/2
2/1

Wir können den deutschen Beamten und Angestellten des Distrikts Galizien, die unter unendlich schwierigen Bedingungen dort ihre Arbeit 2 Jahre nach dem Bestehen des Alt-Generalgouvernements aufgenommen haben, unsere besondere Anerkennung nicht versagen.

Im allgemeinen sieht die Lage des Generalgouvernements zur Zeit wie folgt aus:

Auf dem Gebiete der Finanzen haben wir eine verhältnismässige Klärung unseres Staatsstatus erreicht. Wir sind dabei, den Etat für das kommende Jahr schon sehr frühzeitig aufzustellen. Er wird für dieses Jahr die Summe von 2 Milliarden Zloty übersteigen. Diese Zahl ergibt bei einem Vergleich mit unserem ersten Etat von etwa 3 bis 4 Millionen Zloty eine Verfünffachung der ursprünglichen Finanzpotenz unseres Staatsgebildes. Wir sind finanziell autark. Dafür gilt der Hauptabteilung Finanzen der Regierung des Generalgouvernements und allen Dienststellen unser aller Anerkennung. Wenn wir in diesem Gebiet nicht die finanzielle Unabhängigkeit besässen, würde die wesentlichste Betätigung frühzeitig gebrochen sein. Sehen Sie sich nur im Reich um, wie es da schwierig ist, der Entwicklung auch nur auf den notwendigsten Gebieten zu entsprechen, da der Apparat der etatlichen Unterbringung neuer Summen ausserordentlich schwierig ist. Daraus können Sie ja ersehen, dass die finanzielle Selbstständigkeit, die einmal für das Generalgouvernement eine Belastung sein sollte, einen der wesentlichsten Punkte unserer selbständigen Arbeitsmöglichkeit darstellt.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft sieht es bei uns sehr ernst aus. Trotz der in Aussicht gestellten freien

Wirtschaft mit Privatinitiative kann bei uns kaum geredet werden. Das Wirtschaftsleben des Generalgouvernements leidet unter den unglaublichen Kriegsanforderungen aus Ost und West, aus der Heimat und von der Front. Wir haben hier einen Kuchen, aus dem das Reich längst alle Rosinen weggeknabbert und in den sich das Reich tief hineingefressen hat. Wir können - wirtschaftspolitisch gesehen - glücklich sein, wenn ab und zu für uns ein biederer Brocken abfällt. Wir schauen zu, wie das Reich an unserer Wirtschaft knabbert und sich alles holt, wie man unter dem Schlagwort der Notwendigkeit die Selbstsicherheit einer Wirtschaftsführung in unserem Land völlig beseitigt. Das geht aber im Deutschen Reich auch nicht anders; auch hier kann man nur noch von der Kriegswirtschaft sprechen. Es ist daher müßig, wenn von uns versucht würde, etwas zu retten, was dem Reich notwendigerweise verfallen ist. Wir müssen daran denken, daß wir das letzte geordnete Gebiet im Osten sind. Wir sind dem Zugriff der Front ausgeliefert und, da wir Holz, Panjes, eben vieles besitzen, dazu eine geordnete Verwaltung haben, auch besonders gefährdet; denn in einem völlig ungeordneten Gebiet kann man von der Regierung nichts verlangen.

Unsere Wirtschaft leidet an dem Mangel an Rohstoffen und dem völligen Fehlen der Kohle. Die Kohlensituation des Generalgouvernements nähert sich einer Katastrophe. Wenn die Transportlage sich nicht bessert und wenn vor allem mit dem Gesichtspunkt, daß für das Generalgouvernement der schundigste Kohlendreck gut genug ist, nicht aufgerümt wird, ist nicht abzusehen, wie wir die Kapazität unserer Industrie ausnützen und vor allem die Rüstungsbetriebe durchhalten können.

Die Wirtschaft des Generalgouvernements hängt von dem Arbeitsvolumen ab, das hier geleistet werden

2/3

kann. Dieses Arbeitsvolumen ist aber durch die vorhandenen Arbeitskräfte bedingt. Und hier stehen wir vor dem Dilemma, dass wir Arbeitskräfte sowohl ins Reich abliefern sollen, als auch unsere Industrie im Lande in Gang halten sollen.

Es dürfte Sie interessieren, dass das Generalgouvernement nach authentisch einwandfreien Unterlagen, die auch von Sauckel anerkannt wurden, seit Dezember 1939 960.000 Arbeitskräfte ins Reich vermittelt hat. Diese 960.000 Arbeitskräfte sind auch für Ihre Arbeit, meine Herren Gouverneure und Kreishauptleute, ein stolzes Zeichen; denn wenn Sie draussen nicht mitgeholfen hätten, diesen Arbeitseinsatz für das Reich herbeizuführen, hätte keine Stelle der Regierung und keine Reichsstelle mit noch so viel schwätzerischen Behauptungen und Drohungen etwas erreicht. Mit diesem Kontingent steht das Generalgouvernement absolut und relativ an der Spitze aller Länder Europas, die Arbeitskräfte nach dem Reich geschickt haben. Diese stolze Leistung wird ja auch intern anerkannt, wenn sie auch nicht nach aussen dringt. Mit diesen Arbeitskräften ist aber nur ein Teil derer, die aus dem Generalgouvernement stammen und im Reich arbeiten, aufgezählt; hinzu rechnen müssen wir die fast 1 ½ Millionen Kriegsgefangene der früheren polnischen Armee, die ebenfalls im Arbeitsprozess des Reiches stehen, sodass insgesamt 2,46 Millionen Männer und Frauen, die in das Generalgouvernement zuständig sind, zur Zeit in den Arbeitsprozess des Reiches eingeschaltet sind.

Das Reich war so grosszügig und lässt und die Unterstützungssätze für die Familienangehörigen dieser Menschen aus unseren Staatsmitteln bezahlen. Die Behandlung der Polen im Reich entspricht in keiner Weise dem, was wir hier im Namen des Reiches den Polen versprochen haben. Ich habe von Pg. Sauckel,

der wirklich ein hervorragender und aufgeschlossener Mann auf seinem Gebiete ist, anlässlich seiner letzten Anwesenheit in Krakau die feste Zusage erhalten, dass mit dem Skandal der fortgesetzten Polenmisshandlung im Reich aufgeräumt wird. Es geht nicht an, dass man unsere Werbemöglichkeiten, die wir hier im Lande noch besitzen, dauernd dadurch belastet, dass man die Polen mit den Juden auf eine Stufe stellt. Das widerspricht auch unserem rassischen Grundsätzen und ist deshalb auch abzulehnen. Im übrigen kann ich feststellen, dass nach allgemeinen Stimmen aus dem Reich die Polen da und dort sich schon sehr gut bewährt haben; dass sie natürlich nicht das hochwertigste Material sind, müssen wir zugeben; wir können das im eigenen Lande feststellen. Wir hätten mindestens um 5o % mehr freie Arbeiter ins Reich vermitteln können, wenn die Behandlung der Polen im Reich besser wäre. So gross ist für mich der Unterschied zwischen Tschechen und Polaken auch nicht. Im übrigen soll man auch hier daran denken, dass wir, wenn wir dieses Land mit allen seinen Potenzen dauernd behalten wollen, auch nicht hinter jeden Polen einen Schutzmann stellen können, dass darum eine vernünftige Behandlung der von uns beherrschten Völker eintreten muss und wird.

Die Wirtschaft des Generalgouvernements ist also ein schwer sich fortmühender Apparat. Bei dem dauernden neuen Anforderungen, bei dem Hereinlegenwollen von neuen grossen Werken aus luftgefährdeten Gebieten des Reiches wird die Wirtschaftsintensität zunehmen, also ein zweites grosses Arbeitsprogramm des Generalgouvernements stattfinden. Für diese neuen Betriebe müssen wir die Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Im Reich scheint man sich aber nicht ganz klar zu sein, ob hier Fabriken aufgebaut oder das Gebiet als Arbeiterreservoir für das Reich betrachtet werden soll. Reichskommissar Sauckel steht auf dem Stand-

punkt, dass die hiesigen Rüstungswerke nicht voll/tätig sein sollen, bevor die Rüstungswerke des Reiches volle Beschäftigung aufweisen. Er erklärt, dass ihm das der Führer mit auf seinen Weg gegeben habe. Mit Recht kann aber General Schindler darauf verweisen, dass er die Vollmacht hat, hier im Generalgouvernement die Rüstungswerke aufzubauen. Auf diesem Gebiete herrscht also ein unausgeglichenes Dilemma.

Wir können hier nur helfen, wo es möglich ist. Ich möchte auch von dieser Stelle aus an die Kreishauptleute, denen ich nun auf Wunsch der Gouverneure den Arbeiterprozess im wesentlichen übertragen habe, den leidenschaftlichen Appell richten: räumen Sie mir die Dörfer aus, in denen das Volk nichts tut, suchen Sie, wo immer möglich, Arbeitskräfte herauszuziehen. Wir können aus einer Bevölkerung von über 14 Millionen nochmals die gleiche Anzahl Arbeitskräfte, die wir jetzt schon haben, finden. Ich erwarte mir, von Ihrer Elastizität alles und bitte Sie, sich nicht auf Unklarheiten von Wirtschaftsprogrammen hinauszureden. Für Sie gilt die klare Weisung, in jedem Falle Arbeitskräfte herbeizubringen, wo es immer geht.

Nicht unwichtige Arbeitskräfte hat man uns in unseren altbewährten Judenschaften genommen. Es ist klar, dass der Arbeitsprozess erschwert wird, wenn Mitten in dieses Arbeitsprogramm des Krieges der Befehl kommt, alle Juden sind der Vernichtung anheim zu stellen. Die Verantwortung hierfür trifft nicht die Regierung des Generalgouvernements. Die Weisung der Judenvernichtung kommt von höherer Stelle. Wir müssen uns nur mit den Schlussfolgerungen abfinden und können auch den Reichsstellen nur mitteilen, dass die Wegholung der Juden arbeitsmässig zu ungeheuersten Schwierigkeiten geführt hat. Ich habe neulich Staatssekretär Ganzenmüller, der

Klage darüber führte, daß ein großes Bauvorhaben im Generalgouvernement zum Stocken kam, beweisen können, daß das nicht passiert wäre, wenn nicht die vielen tausende dort eingesetzten Juden abgeholt worden wären. Nun lautet der Befehl, daß die Juden aus der Rüstung wegzuholen seien; ich hoffe, daß dieser Befehl, wenn nicht bereits aufgehoben, noch aufgehoben wird, denn dann sieht die Lage noch schlimmer aus.

Sie haben bereits in ihren Berichten mitgeteilt, daß die Methoden der Arbeiterbeschaffung teilweise zu verurteilen sind. Es ist unmöglich, mit solchen Methoden befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Daß man Kinos umstellen läßt und die Männer in geschlossene Waggons verfrachtet, sind keine Vorgänge, die die Autorität unseres Reiches stärken. Das Geschwätz vom dauernden Gewalttätig-, Brutalsein hört sich bald auf. Das ist eine zentrale Formulierung, die uns im Reich genannt wird, deren Unmöglichkeit man aber einsieht, wenn man an unsere Kreishauptleute mit vielleicht 3o Gendarmen und 1o Sonderdienstmännern für ein Gebiet von 3.ooo qkm denkt. Er muß sich eine vernünftige Basis suchen, damit er mit seiner Bevölkerung zurechtkommt.

Im wesentlichen ist also die Wirtschaft des Generalgouvernements eine bedingte Kriegswirtschaft, die völlig im Dienste des Reiches steht, für deren Grundsätze aber eine irgendwie geartete Ordnung noch nicht durchgesetzt ist. Wir haben keinen Handelsvertrag, wir werden ausgehöhlt, unsere Betriebe arbeiten und die Waren gehen ohne jedes Entgelt über unsere Grenzen. Wir haben nichts, was man Wirtschaft nennt, wir sind nur ein Abstellort von anderswo geleiteten Wirtschaftsunternehmungen.

Was man unsere eigene Wirtschaft nennen kann, ist denkbar gering und kümmerlich. Die uns selbst verbleibenden Industrien stehen unter dem dauernden

Drohungen der Reichszentralen, bieten im allgemeinen kein erfreuliches Bild. Hier kann mich nur an Ihre persönliche initiative Haltung appellieren, meine Herren Kreishauptleute. Sehen Sie zu, daß Sie in Ihren Kreisen etwas machen können, um das Leben in Gang zu halten; melden Sie, wo noch ein Betrieb geschlossen werden kann; sorgen Sie dafür, daß jeder überflüssige mit dem Krieg nicht vereinbare Produktionsbetrieb eingestellt wird. Sollten Sie Schwierigkeiten haben, dann wenden Sie sich an mich. Es ist klar, daß jeder geschickte Unternehmer nicht nur der Zivilsphäre angehört, sondern daß mancher Bataillonskommandeur einen polnischen Betrieb an der Seite hat, der ihm meinetwegen Hufeisen schmiedet. Hier werden dann unserer Regierungskommission, wenn sie solche Betriebe stillegen will, große Vollmachten entgegen gehalten. Hier sind Schwierigkeiten über Schwierigkeiten , die aber schließlich Auswirkungen des Krieges darstellen.

Die Decke unserer Vorräte ist sehr klein, jeder zerrt sie hin und her, jeder schimpft auf den anderen und glaubt, möglichste Rücksichtslosigkeit anwenden zu müssen. Das Endergebnis davon ist, daß die Schwierigkeiten noch weiter steigen.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft wird es mein Ziel sein, schon in der nächsten Zeit dieses Durcheinander mit Hilfe doch sich auch klärender Reichszuständigkeiten einigermaßen zu beseitigen.

Sehr ernst wird für uns die Preisfrage, sehr ernst die Währungsfrage, sehr ernst werden die ganzen Probleme, die mit dem Schleichhandel zusammenhängen. Dies alles steht im Zusammenhang mit der Ernährungssituation des Generalgouvernements.

Die Leistungen des Generalgouvernements auf diesem Gebiet, die es in diesem Jahre vollbracht hat, erfüllen mich mit größter Genugtuung. Es ist ein einzigartiger Vorgang, wie die heurige Ernte geborgen wurde. Ich möchte an dieser Stelle meine höchste Anerkennung den Herren Gouverneuren und Kreishauptleuten und allen Organen, die in die

2/8

in die Ernteerfassung eingeschaltet waren, ins=
besondere auch unseren Polizei- und Sicherheits=
organen für die hervorragende und geradezu einma=
lige Leistung dieses Ernteablieferungsvorganges
1942 im Generalgouvernement zum Ausdruck bringen.
Dass dies möglich war, ist einer der schönsten und
evidentesten Beweise für die Richtigkeit unseres
Führungs- und Verwaltungsprogramms im General=
gpuvernement. Man kann nicht ein System immer nur
preisen und loben. Wenn dieser fast loo%ige Ablie=
ferungsvorgang im Generalgouvernement möglich war,
ist das einer der grossartigsten Leistungsbeweise
für unsere Verwaltung. Das Reich war so grosszügig
und hat bei seiner Verlautbarung in der Rede des
Staatssekretärs Backe das Generalgouvernement über=
sehen. Auch das gehört zu der Methode des Reiches
dem Generalgouvernement gegenüber. Ich möchte in
diesem Kreise feststellen, dass die Leistung des
Generalgouvernements für die Ernährungswirtschaft
des Reiches an der Spitze steht, selbst bei einem
Vergleich mit der Ukraine und dem besetzten Osten.
Wir liefern an die Heimat und für die Truppen im
Lande 78o.ooot Brotgetreide und auf allen Gebieten
der Nahrungsproduktion dieser Zahl entsprechende
Mengen. Es muss Sie mit Ingrimm erfüllen, wenn
der massgebliche Mann des Reiches auf ernährungs=
wirtschaftlichen Gebiet ungerechterweise diese Zah=
len verschweigt. Wir müssen uns eben daran gewöh=
nen, dass man uns wohl gebrauchen kann, uns aber
nicht lobend erwähnt. Wir liefern allein 6oo.ooot
Brotgetreide unmittelbar ins Reich, das sind zwei
Drittel des Bedarfes für die jüngste Erhöhung der
Brotration im Grossdeutschen Reich. Daraus können
Sie ermessen, welche Bedeutung diese Leistung des
Generalgouvernements für das Reich und die Heimat
besitzt. Begnügen Sie sich vorerst mit meinem
Dank. Man kann durch noch so raffinierte Prppa=
ganda die Leistung des Generalgouvernements auf

die Dauer nicht vertuschen.

Meine Herren Gouverneure und Kreishauptleute! Ich kann für die Erfolge dieses Jahres auf dem Ernährungsgebiet immer wieder nur aus über-vollem Herzen danken. Damit haben Sie mir und meiner Arbeit im Osten einen der grössten Erfolge vermittelt.

Diese Nahrungsablieferung an das Reich und an die Wehrmacht hat natürlich zur Folge, dass die Ernährungssituation im Generalgouvernement selbst zusehends schlechter wird. Wir werden in Schlussverhandlungen mit dem Reich ~~vielleicht~~ und hat unter Prüfung des endgültigen Ablieferungsergebnisses Wege finden müssen, um von der notwendigen Abschaltung eines grösseren Teiles der Bevölkerung von der Ernährung absehen zu können. Ich selbst werde mit allen Regierungsdienststellen versuchen, von dieser Notwendigkeit absehen zu können. Trotzdem wird sich aber die Ernährungssituation zunehmend ausserordentlich verschlechtern. Damit zusammenhängend wird ein Absinken der Leistungen des fremden Volkstums, die Verschlechterung der Sicherheitslage in unserem Gebiet eintreten. Die Arbeitslust wird zurückgehen und die gesundheitliche Situation der Bevölkerung wird in schwerste Mitleidenschaft gezogen. Die Folgen jedenfalls sind sehr ernste. Wenn wir auch diese ungeheuren Anforderungen des Reiches an uns erfüllt haben, so ist damit nur die Verantwortung für die Situation in diesem Gebiet verbreitert.

Ich habe damals schon auf diese Folgen hingewiesen und angekündigt, dass ich mir rechtzeitig vom Reich den notwendigen Sukkurs verschaffen will. Hinzu kommen noch die steigenden Anforderungen für die A- und B-Karteninhaber von allen Seiten der kriegswichtigen Unternehmen, der Rüstungsindustrie, der Ostbahn, Transportunternehmungen usw.. Alle diese Betriebe müssen ständig Arbeiter einstellen. Angesichts dieser zunehmenden

Erschwerungen muss es unsere oberste Pflicht sein, ein Minimum an garantierter Nahrung der gesamten fremdvölkischen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht nicht, wie ich gleich betonen muss, im Interesse der Polen, sondern ausschliesslich im deutschen Interesse. Wenn ich die Beamten und Angestellten polnischer Nationalität an der Ostbahn nicht ernähre, dann bleiben die Züge stehen und so ein gescheit Redender aus dem Reich kann sie dann selbst in Gang bringen. Es ist ein blödes Geschwätz, wenn man sagt, dass wir die Polaken mästen. Wir haben über 12o.ooo Polen bei der Ostbahn, die Tag für Tag den Nachschub nicht für Polen, sondern für die Ostfront fahren. Insgesamt sind hier nur 6ooo deutsche Eisenbahner beschäftigt. Die Anforderungen werden bei der Vergrösserung des Tätigkeitsvolumens kriegswichtigster Art immer grösser. Aber auch das werden wir meistern, ich habe hier gar keine Bange, ich zähle Ihnen auch nicht deswegen die vielen Schwierigkeiten so ungeblümt auf. Dase soll nicht heissen, dass wir irgendwie vor diesen Schwierigkeiten kapitulieren. Die Ernährungssituation des Generalgouvernements für die Fremdvölkischen muss irgendwie gemeistert werden und wird gemeistert werden. Insbesondere für die Versorgung der städtische Bevölkerung wird aber eine ungewöhnliche Erschwerung eintreten.

Auf allen anderen Gebieten wird ebenfalls gearbeitet. Das merken Sie. Den Vorwurf, dass ich zu viel Verordnungen unterzeichne, dürfen Sie mir nicht machen. Ich habe damals erklärt, dass das Übermass an Verordnungen auf allen Gebieten notwendig war, um die grundlegenden Institutionen und Einrichtungen zu schaffen. Angesichts dieser Anstrengungen und Leistungen auf allen Gebieten gebührt der deutschen Beamten- und Angestelltenschaft das weiterste Lob. Ich kann ruhig sagen,

dass die Worte, die Reichsbeamtenführer Neef unlängst, nachdem er wiederholt im Generalgouvernement war, in den Reichsbeamtenblättern offiziell verkündet hat und in denen ausgedrückt wird, dass der deutsche Beamte und Angestellte des Generalgouvernements eine hervorragende Leistung vollbracht hat, ein völlig richtiges Anerkenntnis darstellen. Im zunehmenden Masse gehört auch Kraft persönlicher und nervenmässiger Art dazu.

Gestützt auf dieses Staatsbild vollzieht sich das Leben im Generalgouvernement. Die Deutschen im Lande nehmen zahlenmässig in erfreulicher Weise zu, ihre Qualitäten leider nicht immer. Man kann sie gruppenweise einteilen: die Volksdeutschen, die schon hier waren, die wir allmählich auf das Niveau der reichsdeutschen Welt emporentwickeln wollen. Sie erfreuen sich der ganz besonderen Fürsorge des Staates und der Partei und erfreuen sich unter dem Regime des Generalgouvernement einer zunehmenden Entwicklung ihres Lebens. Die zweite Gruppe der Deutschen sind diejenigen, die man als die Kolonialpioniere dieses Raumes bezeichnen kann. Es sind starke mutige Persönlichkeiten, die nicht lange nach links oder rechts schauen, sondern vorwärts schreiten, fachlich tüchtig sind. Sie sind uns die liebsten. Dann gibt es noch eine kleine Gruppe von Kolonialpraten, die versuchen, hier nach altbewährter Methode schnell reich zu werden. Sie werden wir im zunehmenden Masse unter die Lupe nehmen. Die häufig an uns gestellte Frage, ob es nicht möglich ist, Werke, Industriebetriebe oder Geschäfte in Form von endgültigen Rechtstiteln an Deutsche schon jetzt abzugeben, kann nur mit nein beantwortet werden. Was auf diesem Gebiete möglich ist, muss zurückgestellt bleiben, bis der Krieg beendet ist und die Frontsoldaten, die dafür die ersten Anwärter sind, zu ihrem Recht gekommen sein werden. Unterstützen

/12

Sie bitte die Regierung in jeder Weise, um diesen Ansturm abzustoppen.

Die Deutschen verfügen in unserem Gebiet über eine schon sehr ansehnliche Kultur. Mein Dank gebührt allen Regierungsstellen, Gouverneuren und Kreishauptleuten dafür, dass sie allüberall für das Emporblühen des deutschen Lebens Sorge tragen; dass sie bemüht sind, deutsche Gemeinschaftshäuser zu schaffen, Gastspiele aus dem Reich zu holen, Theaterveranstaltungen machen und vor allem das deutsche Schulwesen aufgebaut haben. Sie bemühen sich in jeder Form, das deutsche Leben mit Niveau zu erfüllen. Sie haben auch dafür gesorgt, dass nicht im Wodkarausch das Leben gesehen wird, sondern in der treuen Pflege, kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit, und dass den deutschen Geistes- und Seelenwerten gehuldigt werden kann. Mit Genugtuung erfüllt es mich, dass Exzesse auf ein Minimum zurückgeschraubt sind und ich nehme nicht an, dass das allein eine Folge des weniger vorhandenen Schnapses ist. Trotz aller Schwierigkeiten des Krieges und trotz aller Erschwernisse auf allen Gebieten müssen Sie, meine Herren Kreishauptleute, den Deutschen, die hier im Lande weilen, dieses Gebiet als endgültige Heimat gewinnen. Es darf trotz aller Schwierigkeiten nicht die Auffassung Platz greifen, dass man nur vorübergehend im Generalgouvernement sei. Im zunehmenden Masse muss es gelingen, die Deutschen hier heimisch zu machen. Ich bitte Sie sehr darum, alles für die Heimischwerdung der Deutschen in diesem Lande zu tun.

Ich habe mich beim Vortrag des Stadthauptmanns Pawlu gefreut, als ich gehört habe, dass in Krakau schon 3o.ooo Deutsche leben, und ich nehme an, dass in den übrigen Distriktshauptstädten die Zahlen entsprechend liegen. Für sie muss durch die Partei das nationalsozialistische Leben gepflegt werden; auch die Pflege des Sportes und die Pflege des Wehrgeistes gehört dazu. Jeder von Ihnen, die Sie ja

Persönlichkeiten sein sollen, muss auch Träger einer geistigen Haltung sein, an der sich die Deutschen aufrichten können. Sie müssen immer am siegessichersten, am führertreuesten sein und müssen jede Form von Skepsis auch in den privatesten Gesprächen vermeiden. Auf Sie muss ich mich verlassen können, Sie müssen das Rückgrat geistig-seelischer Art sein. Wir sind etwas verwöhnt durch den bisherigen Verlauf des Krieges, denn bis jetzt ist es immer strahlend vorwärtsgegangen. Wenn nun einmal entsprechend der Führerparole, sich auf die Defensive zu beschränken, das nicht mehr der Fall ist, geht schon gleich ein Gemecker los. Hier müssen Sie sich einschalten; eine solche Stimmung gibt es nicht. Von Ihnen muss äusserste Entschlossenheit ausstrahlen. Sie müssen alle Beamten und Angestellten und alle Welt, auch Besucher aus dem Reich, immer wieder aufklären und als Repräsentanten des Ostens totalste Siegeszuversicht bekunden.

Die Deutschen im Lande müssen immer wieder darauf hingewiesen werden, dass ihre gewisse Besserstellung in der Lebensführung nicht ein Entgelt für das Opfer, das sie durch ihren Aufenthalt im Generalgouvernement bringen, sein soll, sondern ein Ausgleich dafür, dass soviel andere Dinge, die man im Reich hat, hier nicht zu bekommen sind. Sehen Sie auch darauf, was für Deutsche ins Land kommen. Ich werde die Gouverneure bitten, bei den Stadt- und Kreishauptleuten dahin zu wirken, dass die Zuwanderung von Deutschen, die nach Krakau z.B. im Monat looo Menschen beträgt, abgedrosselt und auf das notwendigste Mass zurückgeführt wird. Unter den Neuzuwanderern sind nähmlich viele, die sich irgendwelchen unliebsamen Verpflichtungen im Reich entziehen wollen. Nehmen Sie jeden Neuzugereisten Deutschen besonders aufs Korn. Erst wenn Sie sich von seiner

Anständigkeit überzeugt haben, dann nehmen Sie ihn allmählich in die Aspirantengarde derjenigen auf, die im Generalgouvernement bleiben dürfen. Alle diese ernsten Fragen gehören zu Ihrer persönlichen Verantwortung und zur Gesamtpolitik in unserem Raum.

Das Leben der <u>fremdvölkischen Menschen</u> in diesem Raum ist mit wenigen Worten abzutun. Die Interessen des Deutschtums müssen im heutigen Durchsetzungsringen unseres Volkes allem anderen voran-gehen. Von Anfang an war es mein Programm, für die Dauer des Krieges nur einen Gesichtpunkt gelten zu lassen, nähmlich den des Sieges. Was nach dem siegreichbestandenen Krieg endgültig mit den fremden Völkern in diesem Raum geschehen wird, soll eine spätere Sorge sein. Während des Krieges haben wir dahin zu wirken, dass nicht Unruhe und Unrast in die fremden Völker kommen, dass nicht ein absolut fanatisierter Hass gegen uns entsteht, dem wir schliesslich nur Energien entgegen-setzen müssen; denn diese Energien müssten von dem grossen Energievorrat, den wir für den Sieg brauchen, abgezogen werden. Wir werden das Problem des polnischen Volkstums wie alle anderen nicht in wenigen Jahren lösen können. Wir müssen hier eine Politik auf weite Sicht treiben. Ich versuchte daher von Anfang an zu erreichen, dass sich der grösste Teil dieser Bevölkerung loyal einstellt und mitarbeitet. Das ist geglückt! Wir kommen mit den Wojts sehr gut aus, ohne deren Mitarbeit unsere Verwaltungsarbeit undenklich wäre. Sie sind zuverlässig und sind das einzige Instrument, mit dem wir durchkommen. Sie haben sich bewährt. Wir brauchen sie auf anderen Gebieten, in den Reihen der allgemeinen Verwaltung, in vielen Zonen der technischen und Verwaltungsbetriebe. Infolge der Wegnahme vieler deutscher Elemente aus der Verwaltung wird uns die Entwicklung zwingen, das fremdvölkische Element in der Verwaltung noch stärker heranzuziehen. Auf diese Tatsache mache ich heute schon aufmerksam,

damit es nicht einmal im Reich ein grosses Ge=
schrei gibt.

Ich habe zu diesem Zweck auch die Philhar=
monie des Generalgouvernements gegründet. Ich
weiss, dass man sagt, dies ist für die Polen ge=
schehen. In Wirklichkeit ~~aber~~ ist es aber ein
Zuckerbrot. Ich bin der Meinung, dass die Tat=
sache, dass sie Tausenden von deutschen Verwundeten
Musik machen, genau so wichtig ist, wie die Ver=
wendung der vielen Polen bei der Ostbahn. Ich
habe auch durch meine Kirchenpolitik eine Fülle
von Schwierigkeiten weggeräumt. Freilich kann ein
Gescheiter sagen, den Pfaffen traue ich nicht. Ich
auch nicht! Wenn sie mir aber von der Kanzel herab
helfen, die Ernteablieferung durchzuführen, dann
ist das ein positiver Nutzen nicht des Polentums,
nicht der Kirche, sondern allein des Reiches. Das
muss man verstehen! Man muss über die Dinge und
die Räume hinweg sehen.

Das ist es, meine Herren Kreishauptleute,
was uns die Behandlung des fremdvölkischen Elements
irgendwie in die Hände hat spielen müssen und was
wir nicht abdrehen dürfen. Daher immer wieder mein
Hinweis, auf alle Zeichen der Lojalität zu achten,
denn hier ist ein spürbarer positiver Kern vorhanden.
Wir können ja auch nicht unseren deutschen Rüstungs=
betrieben das Leben dadurch unmöglich machen, dass
wir im ganzen Land einen Aufruhr entfachen. All=
mählich wird im Generalgouvernement eine stabile
Masse von zuverlässigen Leuten übrig bleiben.

Auf dem Gebiete der Sicherheit sehe ich trotz
aller skeptischen Mommente keine Gefahr. Wir haben
die Lage völlig in der Hand und werden sie auch
in der Hand behalten. Wir sind wehrmachts- und po=
lizeimässig in unserem Gebiet so stark, dass wir
keine Sorgen zu haben brauchen. Fest steht natür=
lich, dass der einzelne Deutsche draussen in immer
grössere Gefahr kommt. Es wird sich empfehlen, eine

Art Sicherheitskodex für das deutsche Leben in diesem Raum zu erstellen und ich bitte Sie, Herr Staatssekretär, dieses Problem systematisch durchdenken zu lassen. Vielleicht machen wir es zur Regel, daß sich die Deutschen an unbeaufsichtigten Orten des Abends nicht einzeln zeigen. Das darf aber nach aussen hin nicht wie Feigheit aussehen. Das deutsche Leben muß aber unbedingt geschützt werden.

Sie wissen, meine Herren Kreishauptleute, daß die Sicherheitslage in verschiedenen Kreisen schon brennende Formen angenommen hat, daß wir Gebiete haben, die durch Banden litten und leiden. Ich freue mich, daß alle Kreishauptleute an ihren Dienstorten tapfer ausgeharrt haben. Den Leichtsinn der Deutschen hier darf man nicht fördern und als Tapferkeit auslegen. Das deutsche Leben wird allmählich so wertvoll und die Opfer, die unser deutsches Volk bringt, sind so gewaltig, daß es schon darauf ankommt, ob der eine oder andere erhalten bleibt oder nicht. Wenn Sie einmal die wirkliche Relation zwischen dem deutschen Leben und dem fremdvölkischen Dasein ziehen, sich von der ewigen Gewöhnung, dauernd unter Deutschen zu sein, frei machen und als einzelner in ihrer Stadt herumgehen, dann wird Ihnen beim Anblick der vielen Fremdvölkischen ein diesem Raum eine gewaltig drückende Sorge aufkommen. Wir Deutsche sind nämlich hier noch weniger als ein Halbes pro Mille. Das ist ein Fettauge auf der Suppe. Es kommt also schon darauf an, daß das deutsche Leben im einzelnen geschützt wird und ich bitte Sie, alle notwendigen Maßnahmen hierzu zu ergreifen.

Unser Verhältnis zu den Ukrainern ist insofern gefährdet, weil uns aus der Ukrainerbehandlung im Reichskommissariat Schwierigkeiten erstehen. In meiner bisherigen Politik habe ich die 4 ½ Mill. Ukrainer des Generalgouvernements als Gegengewicht zu den Polen behandelt. Auch die Gouverneure haben in dieser Linie gearbeitet. Bei den Reichsstellen ist nunmehr die Meinung vorhanden, daß die Ukrainer

in der Grossukraine nach Prinzipien zu behandeln sind, die noch schlimmer sind, als die, nach denen man die Polen behandelt. Wenn Sie daran denken, dass drüben alle ukrainischen Volksschulen über die vierte Klasse hinaus geschlossen sind, und wenn Sie dazu in Vergleich setzen, dass wir ukrainische Gymnasien haben, werden Sie erkennen, dass hier eine politische Diskrepanz der Behandlung eines Volkstums durch ein und dieselbe Macht vorhanden ist. Wir stehen daher auf diesem Gebiet vor Schwierigkeiten, die geradezu von weltgeschichtlicher Bedeutung sind.

IV/9
3/1

Ich hoffe, daß es angesichts der Entwicklung auf den verschiedenen Gebieten möglich sein wird, die Frage einer günstigen Lösung entgegenzuführen. Bis die endgültige Lösung gefunden ist, werde ich wenigstens von meiner Seite aus die zuständigen Gouverneure ermächtigen, an unserer bisherigen Ukrainerpolitik in vollem Umfange festzuhalten.

Eine Versteifung des ukrainischen Elements ist spürbar. Infolge der Fehlbehandlung im östlichen Raum ist da und dort zwischen Ukrainern und Polen schon eine Verbindung hergestellt worden. Es ist sehr bedenklich und führt zu einer ganz bestimmten Schwächung unserer politischen Stellung hier im Lande.

Wenn man so die Volkstumsfragen grundsätzlich überschaut, so kann ich auch nur in diesem Zeitpunkt Ihnen sagen: soweit ich die Dinge übersehe und durchdenke, soweit ich sie von meinem Platz aus reguliere, sie in der Hand habe, kann ich feststellen, daß allerdings mit der Entwicklung des Krieges, mit dem Entstehen von Widerstandsorganisationen aller Art, mit dem Ausbau eines Propagandanetzes unserer Gegner, das weit in unser Gebiet hineinstrahlt, mit dem Ausbau eines eigenen Meldewesens der Widerstandsbewegung gegen uns, mit der Tatsache, daß auch hier im Generalgouvernement in der letzten Zeit einige Morde an Deutschen mit zweifellos politischem Einschlag stattgefunden haben, daß überall im Lande diese Vorgänge gemeldet werden und auch ihre Bestätigung finden, - daß mit allen diesen Dingen eine Welle der Gefahr aufsteigt, die uns zwingen wird, auf allen Gebieten schärfere Maßnahmen zu ergreifen, was wiederum rückstrahlend die Widerstandsenergie steigern kann.

So werden wir denn auch bei diesem Schlußappell dieses Jahres mit ernsten Sorgen für den Volkstumssektor in das neue Jahr eintreten.

Wenn ich mich ~~jetzt~~ in meinen Ausführungen mit allgemeinen Dingen beschäftigt habe, so darf ich jetzt noch auf einige spezielle Dinge eingehen. Da ist zunächst

der Sonderdienst. Die Herren Kreishauptmänner haben mir wiederholt darüber berichtet, und auch die Herren Gouverneure haben es bestätigt, daß der Sonderdienst eine ihrer wichtigsten Einrichtungen ist. Ich gebe Ihnen amtlich die Erklärung ab, daß ich an der Regelung, insbesondere auf an der Aufrechterhaltung des Sonderdienstes nicht das geringste geändert wird. Sie können nach wie vor mit Ihrem Sonderdienst rechnen, den ich übrigens als eine nicht mehr wegdenkbare Einreichtung des Generalgouvernements ansehe.

Eine zweite Spezialität des Generalgouvernements ist der Baudienst, jener Einrichtung, die auf den Vorschlag des Gouverneurs Dr. Wächter geschaffen worden ist. Ich kann ruhig sagen, daß er gegen den geheimen Widerstand verschiedener Spezialisten auf diesem Gebiet durchgesetzt werden mußte. Er hat sich jetzt zu einem wahrhaften Segen für das Generalgouvernement entwickelt. Der Baudienst wird in diesem Jahre eine ungeheure Erweiterung erfahren, nachdem er schon unter der hervorragenden Führung unserer Reichsarbeitsdienstführer, an ihrer Spitze des Parteigenossen Hinkel, eine großartige Entwicklung genommen hat. Er ist heute eines der nicht mehr weg denkbaren Bauelemente des Generalgouvernements. Wir wollen in diesem Jahre zwischen 5o- bis 6o ooo Baudienstmänner einziehen. Wir würden auch die Distrikte, indenen der Baudienst noch nicht offiziell tätig ist, mit dem Baudienst versehen. Es stellte sich heraus, daß große Bauvorhaben insbesondere der Ostbahn ohne die Tausende und Abertausende von fest in unserer Hand befindlichen Baudienstmännern gar nicht mehr zu leisten sind.

Ein weiteres Charakteristikum des Generalgouvernements ist der Zloty, unsere Währung,. Er ist trotz aller Sorgen, die wir um ihn haben, völlig gesichert.

Sie können überzeugt sein, daß wir von der Regierung alles tun, um einigermaßen die Fiktion einer Währung aufrecht zu erhalten. Sie werden mir Recht geben, daß diese Währung hier genau schon dieselben Schädigungsmomente aufweist, wie sie sich im Reich zeigen. Mir wurde in Berlin berichtet und Angst, daß dort unter der Hand für eine Gans bis zu RM 2oo,-- gezahlt werden. Demgegenüber befinden sich unsere Preise eigentlich noch geradezu im Anfängerstadium. Der Zloty ist, wenn man ihn mit der Mark vergleicht, eigentlich genau so gesichert oder gefährdet wie die Währung des Reiches. Da die Währung des Reiches sicher ist, ist auch der Zloty völlig sicher.

Eins der wichtigsten Spezialia war die Zollsituation. Sie werden gemerkt haben, daß wir unsere Tür gegen den Westen auch offiziell durch Beseitigung der Zollschranken geöffnet haben. Wenn das auch nicht bedeutet, daß entsprechend mehr Ware aus dem Reich zu uns kommt, so bedeutet es doch sicher, daß desto mehr Waren von uns ins Reich gehen werden. Es ist merkwürdig, daß man einfach glaubt, das Generalgouvernement sei ein unerschöpfliches Reservoir von Waren und Gütern. Man kann diese Meinung nicht ausrotten. Was die Aufhebung des Zolles für praktische Folgen haben wird, wissen wir nicht, diese Frage möchte ich zunächst auch nicht untersuchen. Ich wollte das in diesem Kreise nur mitteilen. Vielleicht gelingt es Ihnen, durch persönliche oder sonstige Beziehungen den Warenstrom aus dem Reich ins Generalgouvernement zu fördern. Im übrigen ist ja die finanzielle Verquickung der Zölle nicht so wichtig wie die wirtschaftspolitische Seite. Wenn jetzt die Wehrmacht einen Erlaß herausgegeben hat, nach welchem neben allem dem, was wir schon an Brotgetreide usw. geleistet haben, nun der freie Aufkauf von Waren aller Art und das zollfreie Wegschicken von Päckchen und Paketen - allerdings mit der Einschränkung, daß jeder nur soviel mitnehmen darf, wie er tragen kann, - erlaubt

ist, so wäre es doch vielleicht zweckmäßig gewesen, wenn eine solche Bestimmung vorher mit uns besprochen worden wäre und man uns davon Kenntnis gegeben hätte. Wohin die Entwicklung führen wird, kann ich nicht sagen. Inwieweit durch die völlige Aufreißung der Grenze unsere Gesamtversorgung mit Lebensmitteln auch für die Wehrmacht in Schwierigkeiten verstrickt werden wird, kann ich nur andeuten. Ich muß allerdings pflichtgemäß darauf hinweisen und tue es gerade in Ihrem Gremium, meine Herren Kreishauptleute, daß uns jede Macht genommen ist, dem wilden Aufkauf von Lebensmitteln durch Soldaten und Polizisten usw. entgegenzutreten. Dadurch wird natürlich der Schleichhandel wieder mit allen Mitteln vorwärts getrieben.

Daß unsere <u>Briefmarken</u> im Reich ein begehrtes Handelsobjekt sind, werden Sie wissen. Daß wir damit eigentlich eine der schönsten Briefmarken geschaffen haben, wissen Sie auch, und daß mir der Führer selber unsere Führermarke als seine schönste Marke bezeichnete, mag Sie mit einer gewissen Genugtuung erfüllen. Ich bitte Sie alle, gerade auf diese Frage ein besonderes Gewicht zu legen: überall da, wo Sie mit einfachen Mitteln den Hinweis auf unsere Arbeit durch Zurverfügungstellung von Briefmarken verstärken, tuen Sie es.

Eine besondere Bedeutung verdient die <u>Oberste Rechnungsprüfungsstelle</u> des Generalgouvernements. Es stellte sich als notwendig heraus, eine solche Stelle zu schaffen, da ihre Arbeit in aller Interesse liegt. Auch wenn unsere Finanzgebarung unverändert gut ist, so darf sie doch nicht dazu führen, daß sie irgendwie verunklärt wird. Die Herren der Finanzverwaltung haben meinen besonderen Befehl, in jeder Weise auf die Kristallklarheit unserer Finanzgebarung Bedacht zu nehmen bis herab zu den untersten Stellen. Helfen Sie alle dazu mit. Ich werde berechtigte Wünsche in jeder Form erfüllen, ich werde Ihnen auch helfen, die Mittel, soweit sie irgendwie nicht kriegsnotwendig sind, zu erlangen.

Ich werde Ihnen auch in jeder Form helfen, z. die Frage
B. Ihrer Dienstwohnung zu lösen. Sorgen Sie mir aber auch in jedem Fall dafür, daß das, was Sie selber an Vorteilen dann genießen, auch Ihren Beamten und Angestellten zugute kommt. Es darf nicht sein, daß das Herrenmäßige, das persönliche Element des Kreishauptmanns so herausstrahlt, daß er allein etwa als der Prominente auftritt, während sich seine Angestellten und Beamten mit kleinen Baracken oder sonstigen Behausungen begnügen müssen.

Die Bauvorhaben des Generalgouvernements auf dem Gebiete des Wohnungswesens und der Dienstwohnungen unterliegen zur Zeit selbstverständlich den ungewöhnlichsten Schwierigkeiten. Die Hauptabteilung Bauwesen tut, was sie kann. Ich bedauere ja selber, daß wir nicht alle Bauvorhaben zur Zeit durchführen können. Legen wir uns daher selber eine Beschränkung auf. Hätten wir uns damals diese Beschränkung auferlegt, dann hätten wir noch ganz andere Bauvorhaben verwirklichen können. Immerhin ist es doch im weitem Umfange geglückt, draußen im Lande den deutschen Bedürfnissen entsprechende Dienstgebäude zu errichten. Aber große Bauvorhaben jetzt durchzuführen, ist vollkommen ausgeschlossen, und nicht einmal ein in dieser Beziehung gestellter Antrag kann bearbeitet werden, sei er noch so dringend begründet. Damit will ich selbstverständlich nicht sagen, daß Sie immer noch das tun können, was im Rahmen der jetzigen Regelung möglich ist. Wenn Sie z.B. eine alte Baracke erneuern können, dann tun Sie es stillschweigend. Wie ich Sie kenne, machen Sie es auch, und wir wollen darüber den Schleier der Vergessenheit breiten. Es darf aber nicht so peinlich auffallen, daß dann mir eine Beschwerde auf den Tisch gelegt wird.

Ich möchte mich nur noch mit zwei Dingen kurz beschäftigen. Ich nenne da zunächst den Polizeihilfdienst

Er hat eine gewisse Unruhe in die Beamtenschaft gebracht und zum Teil bei mir auch zu Schwierigkeiten, Beschwerden und Anfragen geführt. Ich halte es aber gleichwohl für wichtig, daß die deutschen Männer hier im Lande den Gebrauch der Waffe richtig erlernen. Wenn sich die Polizei für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt hat, so kann ich das nur begrüßen. Begrüßen Sie es auch! Man soll bei der Einrichtung des Polizeihilfsdienstes nicht von Schikanen oder ähnlichen Dingen reden; denn es muß auch eine gewisse Disziplin gehalten werden. Sie müssen daher von Ihren Beamten verlangen, daß sie sich diesem Dienst zur Verfügung stellen. Andererseits werde ich in zunehmenden Maße dafür sorgen, daß jegliche dienstliche Beshhwerden im Hinblick auf den Polizeihilfsdienst, soweit es möglich ist, für Ihren eigenen Bereich ausgeschaltet werden.

Meine Herren! Ich habe Ihre Geduld vielleicht sehr lange in Anspruch genommen. Aber ich wollte den Anlaß unseres Zusammenseins einmal benutzen, um Ihnen stichwortartig einen Einblick in meine Gedanken und Sorgen zu gewähren. Wir stehen im vierten Kriegsjahr, einem Nervenjahr sondergleichen. Was in dem letzten Jahr auch an Gerüchten über das Generalgouvernement hinweggebraust ist, brauche ich im einzelnen nicht vorzutragen. Daß wir hier in einem ungeheur schweren Ringen stehen, wissen Sie selber besser als ich. Sie haben es vielleicht noch viel schwerer als ich; denn ich sitze wohlbehütet auf meiner Burg, während Sie draußen ununterbrochen die Sorgen und Nöte dieses Landes spüren. Seien Sie bedankt für den Mut, mit dem Sie sich diesen Aufgaben unterstellt haben! Sehen Sie in mir den unermüdlichen Vorkämpfer auch Ihrer eigenen Position, Ihres eigenen Wirkens. Wir sind zu einer merkwürdig einmaligen Aufgabe angetreten und wollen sie, wenn es unser Schicksal ist, auch gemeinsam einmal abschließen. Dann soll der Dienst im General-

gouvernement für Sie eine der schönsten Erinnerung des Lebens sein. Selten war es ja einer Generation von Verwaltungsdienstträgern unseres Volkes beschieden, so schöne und selbstsichere Aufgaben in einer so ernsten Zeit zu erfüllen. Die Zeit ist ernst; Sie wissen welche Sorgen die Reichsregierung bewegen. Sie wissen auch, daß wir gegen die tatale Potenz einer wirtschaftlichen starken Welt angetreten sind. Sie wissen aber auch, daß gerade daraus die Entschlossenheit zum Endsiege härter denn je erstehen muß. Wenn wir die Nerven behalten, dann ist alles gut. Was aber sind diese Nerven? Man redet darüber sehr häufig und macht sich eigentlich nicht klar, worin das liegt. Wenn die Nerven anfangen schwach zu werden, dann dringt automatisch das persönliche aggressive Element hervor gegenüber der sachlichen Objektivität. Sie werden, wenn die persönlichen Reibeungen von einem zum anderen, vom Vorgesetzten zum Untergebenen, zwischen den Untergebenen zunehmen, immer irgendwie auf Nervenschwäche schließen können. Ganz selbstverständlich wird im vierten Kriegsjahr des zweiten Weltkrieges unserer Generation diese Nervenanspannung ungeheuer sein. Reichen Sie sich daher in dieser Zeit immer wieder die Hand, sehen Sie zunächst in dem kameradschaftlichen Verhältnis selbst zu Leuten, die Ihnen persönlich nicht liegen, die Sie vielleicht persönlich nicht einmal ausstehen können, doch irgendeine Möglichkeit, die Zusammenarbeit sicherzustellen. Wenn Sie an führender Stelle in diesem Raume tätig sind, dann können Sie gar keinen größeren Fehler begehen, als den, daß Sie Ihren Nerven freie Bahn lassen. Verstehen Sie die Stimmungen Ihrer Untergebenen, ertragen Sie sie, so weit es geht. Wir können Ihnen nicht eine Elite von Menschen hinstellen, denn die gibt es überhaupt nicht. Es gibt auch keine Sorglosigkeit in einer Zeit wie der jetzigen, wir können sie nicht anstreben. Wir können niemals damit rechnen, daß wir in der kommenden Entwicklung Deutschlands keine Sorgen haben werden. Aus diesem

Krieg werden neue Sorgen aufsteigen. Und wenn wir hundert Jahre alt werden, dann werden wir am Vorabend unseres hundertsten Geburtstages noch vor schweren Sorgen stehen. Lassen Sie also dem Persönlichen, soweit es nur geht, freien Spielraum. Es ist eine der übelsten Erscheinungen einer Zeit, wenn man gegen irgendeinen persönlich eingestellt ist. Wenn der andere nicht auf einen besseren Weg gebracht werden kann, so liegt darin unter Umständen ein schwerer Verlust für die Gemeinschaft.

So müssen Sie sich auch immer Ihr Verhältnis zu Ihren Mitarbeitern und Untergebenen vorstellen, so müssen auch die Gouverneure zu ihren Kreishauptleuten und Stadthauptleuten stehen. Ich verlange von den Gouverneuren, daß sie sich das absoluteste Entgegenkommen, das absoluteste Zusammenarbeiten und die absoluteste Aufgeschlossenheit zum Prinzip machen. Von den Kreishauptleuten und den Stadthauptleuten muß ich verlangen, daß sie in völliger Loyalität zu den Gouverneuren und zu den Regierungsorganen stehen. Leben Sie das Leben auch dem Deutschen vor!

Die Nervenanspannung ist groß, sie ist absolut spürbar, aber auch begreiflich. Aber die große Linie muß immer die sein: wer führen will, muß klar und entschieden sein, er muß ein totaler Mensch sein, muß Sinn haben für Humor und für die kleinen Schwächen der Menschen, er muß es verstehen, sie zu erziehen, ohne daß sie es merken. Das alles verlange ich von Ihnen. Ich verlange nicht, daß Sie mit dem normalen Kleinkram zu mir kommen. Ich habe die Hoffnung, daß Ihr Euch alle verstehen werdet. Wenn wirklich ein Außenseiter vorhanden sein sollte, dann fällt er allgemein schon so auf, daß er sich mehr oder weniger von selber ausschaltet. Wir müssen auch ein Vorbild sein und müssen deshalb alles vermeiden, was den persönlichen Kleinkrieg ausmacht. Es ist immer das Zeichen eines ganz kleinen Charakters, wenn jemand den persönlichen Kampf gegen einen anderen als höchstes Ziel seiner Träume ansieht. Persönlichkeiten, die echt sind, kann man

überhaupt nicht ändern. Wer wirklich ein Kerl ist, trägt etwas in sich, was er nicht umbiegen läßt. Man muß froh sein, daß er sich in eine Gemeinschaft fügt. Nehmen Sie nicht jeden sachlichen Widerspruch gegen eine Maßnahmen, die Sie empfehlen, für eine Widersätzlichkeit. Verlangen Sie von Ihren Untergebenen immer, daß sie ihre freie Meinung äußern, wenn Sie auch zehnmal wissen, daß es ein Schmarren ist, was der Untergebene erzählt. Glauben Sie nicht, daß es ein Gewinn ist, wenn Ihre Untergebenen vor Ihnen zittern und winseln; Sie werden betrogen. Dulden wir noch die freien schöpferischen Persönlichkeiten in unserem Bereich; sonst sinken wir für alle Zukunft ab. Darin liegt das charakteristische Element des Deutschtums. So, wie die einmal geschichtliche Figur des Führers uns allen voranleuchtet, so müssen außer ihm die Persönlichkeiten sein, die wir alle ertragen müssen. Wenn wir gemeinsam marschieren, ist alles gut.

Ich habe einmal das Generalgouvernement als das Laboratorium der Verwaltungsschule unseres Reiches bezeichnet. Auch Ihre gewaltigen Leistungen sind ein stolzes Merkmal deutscher Kraft, wenn man bedenkt, daß es gelungen ist, mitten in der schwersten kriegerischen Auseinandersetzung hier überhaupt etwas Segensreiches aufzubauen.

Meine Herren Gouverneure und Kreishauptmänner! Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich mich nicht nur als Ihren Chef, sondern auch als Ihren Kameraden ansehe und daß ich stolz bin, an der Spitze dieses Korps von Ehrenmännern stehen zu dürfen.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur! Ihre Ausführungen, mit welchen Sie uns einen stolzen Rechenschaftsbericht für die Vergangenheit und gleichzeitig die Ausrichtung für unsere künftige Arbeit nahegebracht haben, haben uns bis ins Innerste aufgewühlt und beeindruckt. Ich bin dessen sicher, daß von dieser Veranstaltung ein gewaltiger Strom der Energie in die Verwaltung des Generalgouvernements fließen und daß dieser Energiestrom für lange Zeit bis in die kleinsten Verästelungen der Verwaltung spürbar sein wird. Herr Generalgouverneur, Sie haben in uns das heilige Feuer und den heiligen Eifer, der heute vom Führer angefangen bis zum letzten Volksgenossen vorhanden sein muß, entfacht, einen Eifer, den wir brauchen, um die große Aufgabe der gesamteuropäischen Befreiung zu bewältigen. Wir wissen, daß unsere Arbeit in dem Vertrauen ihre Grundlage hat, das Sie mit der Person des Führers verbindet. Sie haben uns dieses Vertrauen weitergegeben. Ich möchte Ihnen als Sprecher Ihrer Gefolgschaft dafür herzlich danken, daß Sie uns in den vergangenen drei Jahren dieses Vertrauen geschenkt haben. Wir werden diesen Dank dadurch abtragen, daß wir bei der kommenden Arbeit überall treu an Ihrer Seite stehen, wohin Sie uns auch immer abordnen mögen.

Ich schließe die heutige Sitzung mit dem Gedanken an den Mann, dessen Name für uns das Symbol des Reiches, das Symbol des deutschen Volkes und des neuen Europas bedeutet. Wir grüßen unseren Führer Adolf Hitler.

Die Regierungssitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 4o Minuten.

Hauptabteilungsleitersitzung

im Kleinen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes zu Krakau am 13. April 1 9 4 2

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. d. Kzl. des GG.
2. u. 3. O.L.G.R. Dr. Weh

Sonderreis

Teilnehmer:

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Ministerialdirigent Dr. E m m e r i c h
Ministerialrat Dr. S i e b e r t
Bankdirigent Dr. P a e r s c h
Finanzpräsident Dr. S e n k o w s k y
Hofrat W a t z k e
Präsident B a u d e r
Präsident G e r t e i s
Präsident Dr. F r a u e n d o r f e r
Präsident O h l e n b u s c h
Präsident Ei s s f e l d t
Geschäftsf. Hauptabteilungsleiter N a u m a n n
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Oberregierungsrat G a n s e r
Oberpostrat M e r k e r

Beginn der Sitzung:
15 Uhr 40 Minuten

Staatssekretär Dr. Boepple begrüßt als Vorsitzer die Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs bei einer der zwanglosen 14tägigen Hauptabteilungsleiter-Besprechungen.

Zu Beginn der Sitzung weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß von den Reichsinstanzen eine Entwicklung ausgehe, die in der theoretischen Negierung jeder Form von Eigenverwaltung des Generalgouvernements liege. Man wolle das Generalgouvernement auf das Niveau eines Reichsgaues herabdrücken. In diesen von Berlin erlassenen Anordnungen heiße es z.B., daß die und die Anordnung oder die und die Ernennung auch für das Generalgouvernement Geltung besitze. Nach seiner Besprechung mit Reichsminister Dr. Lammers am 5.März 1942 könne er feststellen, daß sich nach dem Willen des Führers an der staatsrechtlichen Struktur des Generalgouvernements nicht das geringste geändert habe. Diese Einbeziehungen des Generalgouvernements bei Anordnungen des Reiches könnten daher in der Regel nur bedeuten, daß ein totales Zusammenwirksamwerden von Kriegsnotangelegenheiten gesichert bleibe, daß es aber den einzelnen Instanzen überlassen sei, wie sie sich im einzelnen einzuschalten hätten. Vor dieser Entwicklung, die von Berlin ausgehe, warne er eindringlich. Es bestehe für das Generalgouvernement kein Grund ihr nachzugeben. Für das kommende deutsche Weltreich seien solche Bestrebungen fehl am Platze; die Schuld liege an einem Nichtaufgeklärtsein der Berliner Stellen. Er ersuche die Hauptabteilungsleiter, die Selbständigkeit des Generalgouvernements ihren zentralen Behörden in Berlin gegenüber immer wieder zum Ausdruck zu bringen.

Der zweite Punkt, den er an den Anfang der Sitzung stellen wolle, sei die Etatfrage.

Dazu macht Finanzpräsident Dr.Senkowsky nähere Ausführungen. Der ordentliche Haushalt für das Jahr 1941 sei mit einer Summe von 1.767.626.000 Zloty ausgeglichen; der außerordentliche Haushalt betrage 714 Millionen, sodaß sich Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 2.481.626.000 Zloty ergäben. Zur Aufnahme von einer evtl. Anleihe in Höhe von 200 Millionen habe er bei Bankdirigent Dr.Paersch die nötigen Schritte unternommen. Im außerordentlichen Haushalt seien die Ausgaben für den Distrikt Galizien, für Wasserbauaufgaben und ein Wehrbeitrag von 400 Millionen Zloty enthalten. Weitere 100 Millionen Zloty Wehrbeitrag seien im ordentlichen Haushalt aufgeführt. Von den 500 Millionen Wehrbeitrag seien bereits 225 Millionen bezahlt, 25 Mill. Zloty würden durch Wehrmachtsausgaben im Generalgouvernement kompensiert, und der Rest von 250 Mill. müsse im April noch aufgebracht werden.

In einem persönlichen Schreiben des Herrn Generalgouverneurs an den Reichsfinanzminister sei dargelegt, daß das Generalgouvernement für das Haushaltsjahr 1942 vorerst keine bindenden Erklärungen über die Höhe des Wehrbeitrages für das Jahr 1942 abgeben könne, weil man die kommende Entwicklung in keiner Weise übersehen könne. Immerhin beständen Kompensationsmöglichkeiten mit dem Guthaben des Generalgouvernements beim Reich in Höhe von 250 Mill.

Für das Etatjahr 1942 seien die Vorschläge der einzelnen Abteilungen noch nicht eingereicht worden. Begründete Nachfristen seien genehmigt worden. Die Ausgaben für Galizien in Höhe von mindestens 500 Mill. Zloty müßten im Jahre 1942 aus dem außerordentlichen in den ordentlichen Haushalt überstellt werden. Man komme damit auf eine ordentliche Haushaltssumme von 2.3oo Mill.. Weitere Ausgaben seien in Höhe von 150 Millionen für das Wohnungsbauprogramm nötig; die Stadt Warschau verlange für das Rechnungsjahr 1942 einen Staatszuschuß von 42 Millionen, um deren Gewährung man bei der begründeten Notlage nicht herumkommen

werde. Auch sei zu erwarten, daß verschiedene andere Gemeinden, insbesondere größere Städte in Galizien zur Ausgleichung ihrer Haushaltsdefizite Staatszuschüsse fordern würden. Der Gemeindenausgleichsstock sei dafür schon in den Jahren 1940/41 nicht ausreichend gewesen. Um bei allen diesen erhöhten Ausgaben zu einem Haushaltsausgleich zu gelangen, müßten alle vorhandenen Einnahmemöglichkeiten restlos ausgeschöpft werden. In den Begründungen für die beabsichtigten Kriegszuschläge zur Grundsteuer, Einwohnerabgabe und Lohnsteuer habe man verschiedene politische und finanzpolitische Gesichtspunkte nicht aufgeführt. Haushaltsmäßig sei es notwendig, jede mögliche Einnahmeerhöhung durchzuführen, um bei den gesteigerten Ausgaben zu einem Ausgleich des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1942 zu kommen.

Bei dieser Gelegenheit wendet sich der Herr Generalgouverneur gegen die Höhe des Polizei-Etats; er ersucht Ministerialrat Dr. Siebert dafür zu sorgen, daß der Polizeietat in grundlegender Neufassung vorgelegt werde, und will sich bei den Verhandlungen persönlich eingeschaltet wissen.

Präsident Gerteis macht Ausführungen über den Haushalt der Ostbahn, der mit einer Einnahmehöhe von 700 Millionen abschließe. Voraussichtlich könne damit auch das Defizit des vergangenen Jahres in Höhe von 24 Millionen gedeckt werden. Der außerordentliche Haushalt beinhalte die großen Bauvorhaben; er verhandele mit dem Reichsverkehrsministerium über den Beteiligungsschlüssel der Ostbahn, für den er 16 % vorgeschlagen habe.

Die Voranschläge für das Haushaltsjahr 1942 seien vor der Fertigstellung. Die Belastung des laufenden Etats werde infolge des Hinzukommens von Galizien 100 Millionen weit übersteigen; auch die Betriebskosten würden viel höher werden. Man erwäge deshalb

die Erhöhung der Personentarife.

Die außerordentlichen Ausgaben des Jahres 1942 seien infolge des großen Streckenausbaues sehr hoch. In diesem Jahr beginne ein Dreijahresprogramm. Der Finanzbedarf sei daher sehr schwer zu übersehen; auch die Beteiligung des Reiches sei noch nicht geregelt. Die Kassenlage von jetzt 150 Millionen reiche nicht dazu aus, man müsse eine Anleihe aufnehmen. Über die Höhe derselben könne noch nichts gesagt werden.

Die Kosten für die Wiederherstellung der Bahnen in Galizien in Höhe von 120 Millionen müsse das Generalgouvernement tragen. Dazu kämen die Kosten für die Erweiterung des Lokomotiv- und Wagenparks. Daraus ergäben sich weitere Anleihebedürfnisse. Nach Fertigstellung aller Bauvorhaben sei aber ein modernes Bahnnetz zwischen dem Reich und dem Osten geschaffen.

Der Reichsverkehrsminister erkenne an, daß die Bahn Eigentum des Generalgouvernements sei und bleiben würde. Von der angeregten anteilmäßigen Beteiligung der Reichskommissariate an den Baukosten solle man Abstand nehmen, ferner davon, die Ostbahn in den kommenden Jahren steuerlich stärker zu belasten.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky weist auf die Möglichkeit hin, die Finanzierungslast vorerst hauptsächlich auf das Reich zu übertragen; mit Rücksicht auf die spätere hohe Rentabilität des Transitverkehrs könne man dann im Generalgouvernement Anleihen aufnehmen und dadurch die Anleiheschuld beim Reich abdecken.

Der Herr Generalgouverneur macht aufdie großen Schwierigkeiten aufmerksam, die bei den geplanten Bau-Vorhaben entstehen. Es müsse festgestellt werden, daß die Leistungen des Generalgouvernements auf diesem Sektor vor allem Leistungen für das Reich seien. Wenn man also z.B. für diese Bauvorhaben Arbeiter

~~im Reich~~ bereitstelle, dann müsse diese Tatsache als eine Leistung des Generalgouvernements für das Reich anerkannt werden.

Die Besprechung wendet sich dann der Behandlung der einzelnen Punkte der Tagesordnung zu.

1. Höflichkeit im Behördendienst:

Staatssekretär Dr. Boepple verliest dazu einen Erlaß aus der Reichskanzlei, den er nicht schriftlich hinausgeben wolle. In ihm werden alle Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst zu gutem Verhalten gegenüber dem Publikum angehalten.

2. Uniformfrage:

Ministerialrat Siebert führt dazu aus, daß man in der Verleihung von neuen Uniformen zurückhaltend sein müsse, da die Frage, ob die graue Uniform beibehalten werden könne, noch nicht geklärt sei. Aufgrund von Verhandlungen durch Ministerialrat Wolsegger in Berlin könne man annehmen, daß eine eigene Generalgouvernements-Uniform geschaffen werde. Sollte dieses der Fall sein, dann müßte der Kreis der Uniformträger wesentlich kleiner werden. Sie dürfe nur die Repräsentationsuniform der Angehörigen der Regierung sein. Dagegen müsse die Uniform bei den Kreishauptleuten weiter verbreitet werden, auch sei es notwendig, einzelnen unteren Beamten, die Vollstreckungsdienst tun müßten, eine Art von Dienstanzug zu geben, um damit ihre Autorität den Polen gegenüber zu unterstreichen. Er hoffe, in einigen Wochen geeignete Vorschläge unterbreiten zu können.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß bis zur Genehmigung dieser Vorschläge seine Verordnung über die Uniformierung in Kraft bleibe, und er ersucht,

daß die Verhandlungen über die Uniformfrage mit Staatsminister Meissner über seine Person geführt werden. Er sei der Meinung, daß der Deutsche im Generalgouvernement am besten in Uniform Dienst tue. Eine Abänderung der Farbe könne man nicht durchführen. Er werde diese Angelegenheit durch Absendung eines von Ministerialrat Dr.Siebert vorzulegenden Schreibens an Staatsminister Meissner erledigen.

Ministerialdirigent Dr.Emmerich weist darauf hin, daß eine Abänderung der Uniformfarbe während des Krieges wegen der Mangellage auf dem Textilgebiet nicht durchzuführen sei.

Um ein Auftreten im Reich in der Generalgouvernements-Uniform zu verhindern, solle dem Staatssekretär ein Erlaß vorgelegt werden, aufgrund dessen alle in Uniform reisenden Beamten und Angestellten an der Grenze zurückgewiesen werden könnten.

3. Zeichnungsrecht:

Ministerialrat Dr.Siebert wirft die Frage auf, ob nicht eine allgemein gültige Verordnung über das Zeichnungsrecht in der Regierung des Generalgouvernements ergehen solle. In der Praxis zeige sich, daß viele Personen Unterschriften tätigten, die dazu keine Befugnisse hätten. Man stoße z.B. auf Schreiben geheimen Inhalts, unter denen eine Unterschrift mit polnisch klingendem Namen stehe. Es liege im Interesse der Verwaltung, daß mä möglichst wenig Personen zeichnungsberechtigt seien. Er ersuche die Hauptabteilungsleiter, ihren Dienststellen entsprechende Anordnungen zu geben. Er selber werde an die Kreishauptleute und an die Gouverneure Richtlinien herausgeben. Auch vom Staatssekretariat müßte möglichst einheitlich unterzeichnet werden. In letzter Zeit seien wiederholt unter Schriftstücken des Staatssekretariats Unterschriften eines Assessors aufgetaucht.- Staatssekretär Dr. Boepple erwidert, daß er

das bereits abgestellt habe.- Weiter ersucht Staatssekretär Dr.Boepple die Hauptabteilungsleiter Schriftstücke an die Gouverneure persönlich zu zeichnen, damit keine Verärgerung eintrete.

Präsident Dr. Senkowsky weist in diesem Zusammenhang auf das Umlaufverfahren zum Zwecke der Herbeiführung einer Regierungsübereinstimmung für eine neue Verordnung hin. Es gehe nicht an, daß zu solchen Verordnungsentwürfen von irgendeinem Referenten die Stellungnahme der Hauptabteilung durch seine Unterschrift ausgedrückt werde. Diese müsse vielmehr der Hauptabteilungsleiter selber oder bei Abwesenheit sein ständig eingetragener Vertreter tun. Diese Praxis werde auch im Reich geübt, wo die Stellungnahme zu beabsichtigten Gesetzen nur der Minister persönlich oder sein Staatssekretär durchführen könne.

Der Herr Generalgouverneur drückt seinen Wunsch aus daß für ihn bestimmte Berichte von den Abteilungsleitern oder ihren ständigen Vertretern gezeichnet sein müßten in Zukunft. Die Liste der Stellvertreter der Abteilungsleiter müsse immer evident gehalten sein. Von jetzt ab werde er Berichte, die diesen Voraussetzungen nicht genügten, zurückleiten lassen.

Ministerialrat Dr.Siebert erklärt dann, daß die Regelung des Stempelwesens und so gut wie abgeschlossen sei, während bei den Behördenbezeichnungen ständig neue Probleme auftauchten. Ein schlimmes Kapitel sei die Beschriftung der Schilder, die an den Gebäuden der verschiedenen Dienststellen im Generalgouvernement angebracht seien. Hier ergebe sich manchmal das Kuriosum, daß sechs Abteilungen untereinander stünden.

Der Herr Generalgouverneur weist hier auf die bisherige Notwendigkeit des Vorhandenseins eines Sichtbildes hin, in dem die Einheit und die Geschlossenheit der Verwaltung des Generalgouvernements zum Ausdruck komme; allmählich aber könne man hier eine Lockerung eintreten lassen.

5. Errichtung von Zwangsarbeitslagern:

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh führt dazu aus, daß der Gouverneur von Warschau im November des vorigen Jahres ein Zwangsarbeitslager eingerichtet habe, das unter Aufsicht des SS- und Polizeiführers stehe; im Februar dieses Jahres habe Gouverneur Kundt die gleiche Einrichtung geschaffen. Da die Gouverneure nicht befugt seien, von sich aus derartige Anordnungen zu treffen, müsse ihnen eine generelle Ermächtigung dazu gegeben werden.

Oberregierungsrat Ganser erklärt, daß die Errichtung dazu von solchen Lagern, deren Notwendigkeit von niemanden bestritten werde, auf eine legale Grundlage gestellt werden müsse. Die Anordnungen der Gouverneure von Warschau und Radom entbehrten bisher einer solchen gesetzlichen Grundlage.

Präsident Dr.Frauendorfer führt dazu aus, daß man diese Einrichtungen beibehalten müsse, da man die Schleichhändler und Drückeberger nicht anders fassen könne. Man dürfe aber nicht große Konzentrationslager schaffen, für die ein erheblicher Kostenaufwand nötig sei, sondern es genügten einige Baracken, die man in der Nähe von großen Bauvorhaben errichten solle, damit die Insassen ihren Unterhalt durch eigene Arbeitsleistung verdienen könnten.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß die Hauptabteilung Innere Verwaltung im Benehmen mit den interessierten Hauptabteilungen einen diesbezüglichen Verordnungsentwurf vorbereiten solle. Bis zur grund-

sätzlichen Regelung müsse den Gouverneuren die Errichtung von weiteren Lagern untersagt werden. Dr.Weh wird von ihm beauftragt, den Verordnungsentwurf in der nächsten Woche vorzulegen.

6. Beförderungsrichtlinien:

Diese Frage wird bis zur Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler zurückgestellt.

7. Beschäftigung jüdischer Personen im öffentlichen Dienst:

Hofrat Watzke führt aus, daß es sich um die polnisch versippten Beamten und Angestellten im Generalgouvernement (Lehrer) handele. Das Reichserziehungsministerium verlange von den Lehrern eine Erklärung, daß sie nicht polnisch versippt sind, da sonst eine Beförderung dieser Leute nicht infrage kommen könne. Eine große Anzahl von ihnen, die ja bereits im früheren Polen gelebt hätten, könne diese Erklärung nicht abgeben.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß diese Frage in besonderen Verhandlungen mit dem Reichserziehungsministerium geklärt werde.

Anschließend berichtet Ministerialdirigent Dr. Emmerich von einem Vortrag, den er beim Vertreter des Reichsministers Speer gehalten habe. Man betrachte dort das Generalgouvernement rein ressortmäßig und verlange eine bestimmte Rüstungsleistung. Die Erkenntnis, daß das Generalgouvernement unmittelbare Leistungen für die Front vollbringe, sei in Berlin nicht Allgemeingut. Er habe in seinem 2stündigen Vortrag die Situation des Generalgouvernements klargelegt.

Präsident Frauendorfer berichtet von einer Besprechung, die er mit dem Gauleiter Sauckel als dem Generalbevollmächtigten im Vierjahresplan für den Arbeitseinsatz gehabt habe. Pläne für das Generalgouvernement seien von dieser Stelle noch nicht gefaßt.

Hierauf erinnert Staatssekretär Dr. Boepple an die rechtzeitige Erstellung der in der letzten Hauptabteilungsleitersitzung angeforderten Arbeitsberichte für den Herrn Generalgouverneur.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß diese Arbeitsberichte wohl den Inhalt einer kommenden Besprechung beim Führer bilden würden. Die Berichte sollten ein persönlicher Leistungsbericht der einzelnen Abteilungsleiter sein und könnten geheime und reichsgeheime Angaben enthalten.

Nun folgt eine eingehende Aussprache über die von der Hauptabteilung Finanzen beabsichtigten Steuererhöhungen.

1. Grundsteuer:

Dr. Senkowsky führt dazu aus, daß zur Bestreitung gesteigerter Ausgaben für das Rechnungsjahr 1942 zusätzliche Einnahmequellen geschaffen werden müßten. Die neue Grundsteuererhöhung werde insgesamt 150 Mill. Zloty einbringen. Sie betrage durchschnittlich 20 Zloty pro Hektar. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sei der Ansicht, daß die Landwirtschaft bzw. die kleineren Bauern nicht in der Lage seien, den neuen Kriegszuschlag zur Grundsteuer zu tragen. Dadurch würden die Bauern gezwungen, noch mehr im Schleichhandel zu verkaufen als bisher; die Hauptabteilung Finanzen und das Amt für Preisbildung seien jedoch davon überzeugt, daß durch diese Maßnahme, den Panjes nur geldliche Mittel abgenommen würden, die sie sich im Schleichhandel durch Forderung stark

überhöhter Preise verdient hätten. Er persönlich glaube, daß die Bauern heute mehr Geld in den Händen hätten wie früher. Das werde auch nicht bestritten, jedoch die Einschränkung gemacht, daß diese Annahme nur auf die Bauern in der Nähe der Städte zutreffe. Bei der verhältnismäßig geringen sonstigen Belastung der kleineren Bauern durch öffentliche Abgaben, spiele diese Mehrbelastung, die der Kriegszuschlag zur Grundsteuer mit sich bringe, keine besondere Rolle.

Hauptabteilungsleiter Naumann geht davon aus, daß die Lage der Landwirtschaft nicht besser geworden sei als zur polnischen Zeit. Es klaffe nicht nur auf dem amtlichen Sektor zwischen Produktionsmittel und landwirtschaftlichen Erzeugnissen eine große Preisschere, sondern auch auf dem Schleichhandelssektor. Auf letzterem lägen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bei ungefähr 1400 %, während sie bei den Produktionsmitteln 2600 % der amtlichen Preise erreichten. Aufgrund von Erhebungen, die das Betriebswirtschaftliche Institut in Warschau angestellt habe, könne man sagen, daß sowohl die polnischen privaten Großbetriebe wie auch die kleineren Panjes mit Verlusten arbeiteten, da kein direkter Warentausch, sondern ein Tausch über den Zloty durchgeführt werde. Bei Feststellungen, ob die Panjes zur Zurückzahlung von Schulden bereit seien, habe sich ergeben, daß nur diejenigen, die in der Nähe von Städten wohnten, dazu in der Lage seien. Daraus könne geschlossen werden, daß Geld im nennenswerten Umfange nicht vorhanden ist.

Wenn man nun die Grundsteuer nach der bis jetzt alljährlich erfolgten Erhöhung dieses Mal wieder heraufsetze, werde sich folgendes ergeben: entweder werde der Panje von den bisher legal abgelieferten drei Doppelzentnern einen abziehen und im Schleichhandel verkaufen, oder er werde wichtige Betriebsgüter

wie z.B. Saatgut nicht einkaufen. Im ersten Falle ergebe sich auf das ganze Generalgouvernement umgerechnet eine ganze Menge nicht erfaßten Getreides, im zweiten Falle werde die Produktion vermindert. Man sei eben auf die Willigkeit des Panjes angewiesen, dessen Arbeitskraft als Ausgleich für die vielen fehlenden Produktionsmittel aufs äußerste mobilisiert werden müßte. Die beabsichtigte Grundsteuererhöhung werde wohl einen großen Rückschlag auf die Produktionsmöglichkeiten und auf die Ernteerfassung ausüben. Zu prüfen sei, ob man nicht statt dessen, die Preise der Monopolerzeugnisse Salz oder Tabak heraufsetzen könne.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich streift die Tatsache, daß von der Ernteerfassung die gesamte Wirtschaft des Generalgouvernements abhänge. Wenn sie nicht gelinge, dann müsse man einem Zusammenbruch der Wirtschaft entgegensehen. Da man nicht genügend Austauschgüter zur Verfügung habe, wäre die Ausübung eines gewissen Zwanges auf die Bauern zweckmäßig: wer nicht abliefere, habe keinen Anspruch auf Eigentumsrecht. Auf den guten Willen allein dürfe man sich nicht verlassen. Zu überlegen sei, ob sich das System der neuen Steuern nicht etwas verfeinern lasse, indem man z.B. die entlegenen Bergzonen weniger stark belaste, während die günstig gelegenen Gebiete um die Städte herum stärker herangezogen werden könnten.

Bankdirigent Dr. Paersch äußert aufgrund der Ausführungen von Hauptabteilungsleiter Naumann Bedenken, die geplanten Erhöhungen durchzuführen.

Dr. Weh berichtet, daß der Gouverneur von Galizien ebenfalls Einspruch gegen die geplante Steuererhöhung eingelegt habe.

Dr. Senkowsky nimmt zu den Ausführungen des Hauptabteilungsleiters Naumann Stellung. Er führt aus, daß Großbetriebe über 100 Hektar keine Erhöhung zu tragen hätten; ebenso seien sämtliche Liegenschaftsbetriebe u. von Deutschen geleiteten Betriebe davon befreit. Da in der Nähe der Städte die Produktionskosten immer höher seien als in anderen Gegenden, glichen sich die beim Schleichhandel in der Nähe der Städte erzielten Einnahmen im gewissen Umfang aus. Daß beim Schleichhandel immer der Zloty zwischengeschaltet werde, sei nur beschränkt richtig. Wenn der Bauer nur einige Gänse im Schleichhandel verkaufe, könne er damit seine ganzen Grundsteuern bezahlen.

Eine Erhöhung der Tabak- und Branntweinpreise könne er nicht durchführen, da ein ganz erheblicher Prozentsatz der Produktion an die Wehrmacht geliefert werde.

Der Herr Generalgouverneur wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob man nicht die Lieferung von Monopolartikeln an die Wehrmacht einschränken könne mit dem Hinweis, daß das Generalgouvernement zum Zwecke der Erfassung von Lebensmitteln für die Bedürfnisse der Wehrmacht diese Erzeugnisse im grösseren Umfang benötige; jedenfalls müsse bei Verhandlungen mit der Wehrmacht auf diese Tatsache hingewiesen werden.

Hauptabteilungsleiter Naumann kommt auf die Tatsache zu sprechen, daß die Ernteerfassung bis jetzt schon mit großer Strenge durchgeführt worden sei. Wenn man aber mit Enteignungen zu stark vorgehe, ergebe sich die Unmöglichkeit, die enteigneten Felder von anderen bestellen zu lassen, sodaß dadurch ein Produktionsrückgang eintrete. Da man Textilien für das Prämiensystem im bisherigen Umfang nicht mehr zur

Verfügung habe, wäre es zweckmäßig, wenn die Monopole mehr Erzeugnisse bereitstellen würden.

Präsident Senkowsky erwidert darauf, daßder Wert der Monopolerzeugnisse infolge geringerer Verteilung steige, daß man also für geringere Prämien, die gleiche Ablieferungsleistung der Bauern verlangen könne. Er werde der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft die benötigten Mengen zur Verfügung stellen können. Die Erträgnisse aus dem Salzmonopol seien zu gering,um aus einer noch so starken Erhöhung nennenswerte Mehreinnahmen zu erzielen. Einer Verfeinerung in der steuerlichen Belastung sei durch die Einteilung in Bonnitätsklassen Rechnung getragen. Eine weitere Verfeinerung sei unnötig, da sie praktisch für den einzelnen Panje nur eine Entlastung von 2 bis 3 Zloty mit sich bringe.

Der Herr Generalgouverneur will die ausreichende Belieferung der Landwirtschaft mit Monopolerzeugnissen zum Zwecke der Ernteerfassung als einen Ausgleich für die beabsichtigte Steuererhöhung durchgeführt sehen. Mit seiner Anregung, die Steuer in 2 Raten einzuziehen, erklärt sich Dr. Senkowsky einverstanden.

Bankdirigent Paersch erinnert noch daran, daß im Reich die Frage der Steuererhöhungen außerordentlich vorsichtig angepackt werde. Im Generalgouvernement werde sich bei dem jetzigen Steuersatz von 750 % der Vorkriegssteuern unweigerlich eine weitere Preiserhöhung einstellen; auch die Ernteerfassung werde davon nachteilige Folgen zu spüren bekommen.

Der Herr Generalgouverneur ist bereit, den Verordnungsentwurf zu unterzeichnen, weist aber gleichzeitig darauf hin, daß eine weitere Erhöhung in Zukunft nicht mehr infrage kommen könne. Über die von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft beantragten Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte, über die er wohl positiv entscheiden werde, und über die landwirtschaftliche Zentralstelle wird eine neue Besprechung für die nächsten Tage angesetzt.

Die Veröffentlichung der Preiserhöhungsverordnung solle im Benehmen mit Präsident Ohlenbusch propagandistisch sehr geschickt aufgezogen werden; vielleicht sei es zweckmäßig, bei ihrer Veröffentlichung die absoluten Zahlen anzuführen und evtl. darauf hinzuweisen, daß diese Erhöhung nur 20 Zloty pro Hektar betrage.

Zum nächsten Punkt der Einführung eines Kriegszuschlages zur Einwohnerabgabe macht Präsident Dr. Senkowsky nähere Ausführungen. Der Entwurf sehe die Erhebung eines Kriegszuschlags von 100 bzw. 200 % des Grundbetrages der Einwohnerabgabe und die Befreiung der Deutschen von derselben vor. Die polnischen Lohnarbeiter mit einem Einkommen bis zu 400 Zloty würden von der neuen Steuererhöhung nicht betroffen. Die daraus sich ergebenden Beträge könne man noch nicht abschätzen. Sie würden in erster Linie für die Deckung verschiedener notleidender Gemeindehaushalte benötigt, um die dafür bisher ausgeworfenen Staatsmittel für andere Zwecke frei zu machen.

Ministerialrat Dr. Siebert will die Erhöhung, die wohl eine weitere Verelendung der Polen mit sich bringe, in der Weise durchgeführt sehen, daß man den einzelnen Gemeinden einen Kriegsbeitrag auferlege;

auf diese Weise sei es dann den einzelnen Gemeindeverbänden überlassen, innerhalb ihrer Haushalte Einsparungen für diese Zwecke vorzunehmen. Auch treffe dann das Odium der Erhöhung nicht die deutsche Verwaltung.

Bankdirigent Dr. Paersch weist auf die Tatsache hin, daß in der Begründung der Steuererhöhungen kein Unterschied gemacht werde zwischen der Auswirkung auf die Festbesoldeten und die Nichtfestbesoldeten. Die wirtschaftliche Lage der ersteren sei wesentlich schlechter.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bringt den Einspruch des Gouverneurs von Galizien vor, der eine mit 100 % beginnende Erhöhung erst für das Jahr 1943 vorschlage. Der Gouverneur erkläre, daß man den Distrikt Galizien in dieser Beziehung nicht schon jetzt den übrigen Distrikten des Generalgouvernements gleichstellen dürfe.

Darauf erwidert Dr. Senkowsky, daß die Tariflöhne für Galizien dieselben seien wie im übrigen Generalgouvernement. Gerade Galizien habe den höchsten Finanzbedarf. Es sei nicht zweckmäßig, erst im nächsten Jahr in Galizien an eine Erhöhung heranzugehen. Auf einen von Dr. Siebert vorgeschlagenen Gemeindebeitrag müsse man vielleicht später noch zurückkommen. Es sei Tatsache, daß die Gemeinden die höchsten Bankguthaben besäßen. Der neue Zuschlag zur Einwohnerabgabe verfolge auch noch den swischen Zweck, den Ausfall aus dem Minderverkauf den an Monopolerzeugnissen an die polnische Bevölkerung hereinzubringen. Der Pole sei durch die Unmöglichkeit, Zigaretten oder Schnaps zu kaufen, von der Kriegssteuer auf diese Artikel befreit.

Der Herr Generalgouverneur glaubt nicht, daß durch die beabsichtigte Erhöhung eine weitere Verelendung der Polen eintrete, da die niederen Einkommen von ihr nicht betroffen werden. Die Lage der Festbesoldeten sei katastrophal; vielleicht könne man im Laufe der Zeit an eine gehaltliche Besserstellung denken. Was den Einspruch des Gouverneurs von Galizien betreffe, so halte er es im Interesse der Einheitlichkeit des Generalgouvernements nicht für zweckmäßig, Unterschiede zu machen.

Lohnsteuererhöhung:

Dr. Senkowsky führt aus, daß der Entwurf der neuen Lohnsteuererhöhung in seinem ersten Teil einen Vergünstigungstarif für Deutsche und im zweiten Teil eine Annäherung der Belastung der Nichtdeutschen an die Belastung der Nichtdeutschen im Reich beinhalte. Gegen den ersten Teil sei kein Einspruch erhoben worden, wenn man nicht den der Hauptabteilung Eisenbahn als solchen ansehen wolle. Sie wünsche, daß bei den deutschen Arbeitnehmern kein Unterschied gemacht werde, ob sie in das Generalgouvernement versetzt, hier direkt angestellt oder nach hier abgeordnet seien; der Unterschied, der ja auch einen Anreiz zu Versetzungen ins Generalgouvernement bezwecken solle, lasse sich nicht vermeiden. Da das Reichsfinanzministerium gegen eine steuerliche Begünstigung sei, müsse man auf einen Einspruch von dieser Seite gefaßt sein.

Präsident Gerteis, erklärt dazu, daß die Zeit für Versetzungen noch nicht reif sei. Übersiedlungen ins Generalgouvernement wären noch nicht möglich. Die Bezüge von den in den eingegliederten Ostgebieten tätigen Beamten und Angestellten lägen höher als im Generalgouvernement. Aus diesen Gründen solle man die steuerliche Begünstigung allen ohne Rücksicht darauf, ob sie versetzt oder abgeordnet

seien, zukommen lassen.

Präsident Dr. Emmerich äußert gegen eine Erhöhung der Lohnsteuer Bedenken im Hinblick darauf, daß dadurch eine stärkere Betätigung der Festbesoldeten mit höherem Einkommen im Schleichhandel folgen werde. Er rege die Wiedererstattung der bezahlten höheren Steuersätze an die im öffentlichen Dienst Beschäftigten an.

Präsident Dr. Frauendorfer hält jede Steuererhöhung für unzweckmäßig, da das Mißverhältnis zwischen Lohn und Kaufkraft bereits ungeheuer groß sei. Die Arbeitsunlust werde noch weiter steigen und die Vermittlung von Arbeitern in kriegswichtigen Betrieben werde noch schwieriger werden. Während im Reich jeder Arbeiter mit seinem Lohn seinen Lebensunterhalt leicht bestreiten könne, sei das im Generalgouvernement nicht mehr der Fall. Da das Generalgouvernement unmittelbar kriegswichtige Aufgaben zu erfüllen habe, müsse alles getan werden, um die jetzige Effektivstärke dieses Gebietes möglichst zu heben. Dafür müsse man selbst eine Verschuldung des Generalgouvernements in Kauf nehmen.

Dr. Senkowsky legt daraufhin eine Tabelle über die Verschuldung des Generalgouvernements vor.

Der Herr Generalgouverneur faßt als Ergebnis der Aussprache zusammen, daß diese Erhöhung der Steuern das Äußerste sei, was das Land, unter Aufbietung aller Kräfte, leisten könne. Man müsse alles tun, um dem Reich zu helfen. Nach Einführung dieser Steuererhöhungen sei eine weitere steuerliche Belastung undenkbar. Die Hauptabteilung Finanzen

müsse mit den jetzigen Einnahmen auskommen. Der Wehrbeitrag für das Jahr 1942 könne erst festgesetzt werden, wenn sich die kommende Entwicklung übersehen lasse. Auch eine absolute Drosselung des Polizeietats erweise sich als dringend notwendig.

Die Entwicklung im Generalgouvernement gestatte die Durchführung einer geordneten Wirtschaftspolitik nicht mehr; die Lebenslage der einheimischen Bevölkerung gebe zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Das Generalgouvernement sei bald nicht mehr in der Lage, dem Reich Produkte, die man zur Inganghaltung der eigenen Wirtschaft brauche, in einer die eigene Wirtschaft gefährdenden Weise zu liefern. Zu überlegen sei, ob man nicht angesichts der katastrophalen Entwicklung der Lebenslage im Generalgouvernement zu einer gewissen Abschreibung der Lieferungen an die Wehrmacht schreiten müsse.

Über die von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft beantragtem Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte wie auch über die Reprivatisierung in Galizien, deren Lösung ein dringliches Problem sei, müsse demnächst eine gesonderte Besprechung stattfinden.

Hauptabteilungsleiter Naumann nimmt auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs noch kurz Stellung zur gegenwärtigen Ernährungslage und zur Lage in der Landwirtschaft. Den Anschluß an die nächste Ernte werde man gerade erreichen. Es fehlten vor allem Kartoffeln; bis zu 30 % seien in den Mieten verdorben. Nach Galizien müsse man 35 000 t Saatkartoffeln transportieren. Die Wehrmacht erhalte 136 000 t. Weiter müsse man zusätzlich 130 000 polnische Arbeiter, die im Dienst der Wehrmacht ständen, versorgen. Den Brotrationssatz von 1050 gr wöchentlich hoffe man aufrecht zu erhalten.

An Arbeitskräften fehle es in der Landwirtschaft

des Generalgouvernements noch nicht. Die Betriebsmittel wären nicht ausreichend. Die Wehrmacht habe bisher von der Landwirtschaft des Generalgouvernements 17 000 Pferde ausgehoben. Von den 500 bestellten Traktoren würden zur Zeit täglich 6 anrollen. In Galizien arbeiteten 600 Großbetriebe bereits wieder voll. Die nötigen Maschinen hoffe man zu bekommen. Eine bessere Ernte als die vorjährige könne man nicht erwarten. Es fehlten in Galizien 8 000 t Stickstoff, da die Wehrmacht die ganze Erzeugung für ihre Zwecke beanspruche. Die Frühjahrsbestellung werde man aber so recht und schlecht durchführen können.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Emmerich um den Entwurf eines Telegramms an Reichsminister Speer zu dem Zweck, die Stickstoff-Produktion in Galizien in den nächsten Monaten für die Bedürfnisse der Landwirtschaft frei zu bekommen.

Zolltarif:

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh berichtet, daß die Verordnung über die Einführung eines Ein- und Ausfuhrzolltarifs vom Herrn Generalgouverneur bereits vor einiger Zeit unterzeichnet worden sei. Nun habe sich das Reichswirtschaftsministerium eingeschaltet und die damalige Regelung als nicht zweckmäßig bezeichnet und einige Abänderungen vorgeschlagen, die aber praktisch zollpolitisch nichts ändern würden; der Zolltarif müsse nur rein darstellungsmäßig anders aussehen. Für die Abänderung der Verordnung sei aber das Einverständnis des Herrn Generalgouverneurs nötig.

Da auch Präsident Dr. Senkowsky erklärte, daß sich rein praktisch nichts ändere an dem Zolltarif, ist der Herr Generalgouverneur mit der Vornahme der

der Abänderung einverstanden.

Bei dieser Gelegenheit bezeichnet Dr. Senkowsky die Einnahme aus den Zöllen mit jährlich 90 Mill; sie stiegen aber von Monat zu Monat. Die Zollgrenzen des Generalgouvernements seien alle besetzt. Er hoffe, daß der neue Zolltarif, der eine starke Arbeitsentlastung bedeute, am ersten Juli in Kraft treten könne.

Schluß der Sitzung 19 Uhr 20 Minuten.

Hauptabteilungsleitersitzung im Kleinen Sitzungssaal der Regierung am 28.April 1942.

Teilnehmer : siehe Anwesenheitsliste !

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 30.

1. **Vorschläge zur Vereinfachung der Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Ausführungen der Gouverneure in der letzten Regierungssitzung.**

2. **Beförderungsrichtlinien.**

Beide Punkte der Tagesordnung wurden nicht protokolliert.

3. **Neue Preisvorschläge der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft.**

Die Erörterung dieses Punktes wird bis Freitag zurückgestellt.

4. **Sonderzuteilungen von Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen:**

Hauptabteilungsleiter Naumann führt dazu aus, dass die bisher im Generalgouvernement geübte Praxis von einem diesbezüglichen Erlass des Führers abweiche und dass durch diesen Erlass die Beamten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, die die Anträge auf Sonderzuteilungen genehmigen oder ablehnen müssten, sich widersprechende Verfügungen an der Hand hätten. Er bitte um Festsetzung der Linie, wie in Zukunft die Sonderzuteilungen 1) en bloc und 2) an einzelne Persönlichkeiten gehandhabt werden sollen. Er habe bereits am 23.4. dem Herrn Staatssekretär den Entwurf eines Erlasses eingereicht, demzufolge sämtliche Sonderzuteilungen von Lebensmitteln, Monopolartikel, Textilien usw. verboten

und notwendige Zuteilungen von einer Genehmigung des Staatssekretärs abhängig gemacht werden sollen. Für den letzteren Fall müsse ein Kreis derjenigen festgelegt werden, die für Repräsentationszwecke Sonderzuteilungen erhalten müssten; er denke dabei an den Herrn Generalgouverneur, die Staatssekretäre, Hauptabteilungsleiter und Gouverneur e. Über die Menge der für diese Zwecke zur Verfügung zu stellenden Waren müsse man sich noch einigen.

Die Tatsache, dass von verschiedenen Abteilungen Sonderzuwendungen gemacht worden sind, erklärt Hauptabteilungsleiter Naumann damit, dass manche Dienststellen noch über gewisse Bestände verfügten, die sie trotz Aufforderung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft nicht angemeldet hätten. Mit diesen Zuteilungen müsse aber Schluss gemacht werden, da sie nur Neid und Verärgerung bei den damit nicht Bedachten erregten.

Einen Einwand von Staatssekretär Dr.Bühler, dass von seiten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft der Stadtverwaltung Krakau grosse Zuwendungen gemacht worden seien, entkräftigt Hauptabteilungsleiter Naumann mit dem Hinweis, dass die Stadt aus dem Jahre 1939 noch über Bestände verfügt habe, von deren Vorhandensein sie der Hauptabteilung keine Mitteilung gemacht habe. Ebenso verfüge Warschau noch über gewisse Bestände.

Eine Anregung von Ministerialrat Dr.Siebert, dass die Sonderzuteilungen nach dem Vorbild des Reiches zentral von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in jedem einzelnen Fall genehmigt werden sollen, will Hauptabteilungsleiter Naumann nicht in die Tat umgesetzt sehen.

Auch Präsident Gertweis begrüsst die von der Hauptabteilung E.u.L.vorgeschlagene Regelung, da dadurch viel Neid und Verärgerung beiseite geschafft würde.

Bei Repräsentationsveranstaltungen sollten die Einladungen in bescheidenem Rahmen gehalten werden.

Staatssekretär Dr.Boepple weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass es im Reich und auch in verschiedenen Orten des Generalgouvernements immer noch Brötchen gebe, während in Krakau nur Schwarzbrot zu erhalten sei.

Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt dazu, dass an sich ab 1.März auf Grund einer Verfügung nur schwarzes Brot hergestellt werden dürfe. Manche Distrikte hätten bereits schon vor diesem Termin mit der Herstellung von schwärzeren Brot für die Polen begonnen und auf diese Weise für die Deutschen Weissmehl erspart. Es sei natürlich ganz klar, dass in Krakau mit seinen Tausenden von Deutschen diese Bestände schneller aufgebraucht seien als in den anderen Distrikten. Weiterhin sei die Kontrolle über die oben genannte Verfügung sehr schwer; bei der E.u.L. liefen immer wieder Beschwerden ein, dass die Regierungsanordnungen in den Kreisen nicht beachtet werden.

Den Hinweis von Staatssekretär Dr.Boepple, dass in den polnischen Cafès Weissbrot und viele andere bewirtschaftete Waren zu erhalten seien, beantwortet Hauptabteilungsleiter Naumann mit der Erklärung, dass es sich in diesen Fällen immer um Schleichhandelsware handle, die die deutsche Verwaltung nicht erfassen könne.

B-Karte für polnische Hausangestellte in deutschen Haushalten : Präsident Gerteis und Präsident Dr.Eissfeldt geben die Anregung, den polnischen Hausangestellten in deutschen Familien die Zusatzkarte B zu gewähren, da der en Normalkarte für ihren Unterhalt nicht ausreiche. Die Deutschen wären gezwungen, entweder dem Mädchen von ihren Lebensmitteln etwas abzugeben und zusätzlich im Schleichhandel zu kaufen oder auf polnische Bedienstete zu verzichten. Oft liefen die Mädchen von ihren deutschen Arbeitgebern weg und gingen zu Polen, weil sie bei diesen mehr zu essen bekämen. Die deutschen Beamten und Angestellten müssten sich nun selbst um ihr tägliches Leben kümmern, was viel

von ihrer Zeit beanspruche und auch ungünstige Auswirkungen auf ihre Arbeitskraft habe.

Hauptabteilungsleiter Naumann sieht die Notwendigkeit der Durchführung grundsätzlich mit ihr einverstanden, weist aber darauf hin, dass dauernd neue Anforderungen an die E.u.L. herangetragen würden. Auch die neue Erfassung laufe nicht so an wie im vergangenen Jahr ; der Grund hierfür liege wohl in den zurückgeschraubten Prämien.

Auf Anregung soll die vorgeschlagene Regelung der B.-Karten an die polnischen Hausangestellten regional durchgeführt werden, indem in den Grossstädten die Deutschen über ihre Dienststellen für ihre polnischen Hausangestellten die B-Karten zugeteilt wrhalten sollten.

Bei dieser Gelegenheit weist Präsident Dr.Frauendorfer auf die schlechte Versorgung der Polen in deutschen Diensten hin. Man müsse unbedingt erreichen, dass man dieser Kategorie wenigstens einmal täglich eine warme Mahlzeit zu normalen Preisen verabreichen könne; Dem Herrn Staatssekretär werde er demnächst Vorschläge unterbreiten. Auch Präsident Watzke schliesst sich dieser Auffassung an.

Staatssekretär Dr.Bühler fast als Ergebnis zusammen, dass von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ein neuer Entwurf über die Regelung der Sonderzuteilungen vorgelegt wird.

Beginn der Dienstzeit : In einer Aussprache wird ein früherer und ein späterer Dienstbeginn wie bisher angeregt. Staatssekretär Dr.Bühler erklärt, dass in einer Kleinstadt erfahrungsgemäss die geteilte Dienstzeit die geeignetste sei. Bankdirigent Paersch weist daraufhin, dass die Arbeitszeitverlängerung im Reich nicht eingeführt werde; in dieser Beziehung habe das Generalgouvernement Vorarbeit geleistet.

Urlaubszeit : Auf Anfrage erklärt Staatssekretär Dr. Bühler, dass die Ausführungsbestimmungen des Generalgouvernements zu den neuen Urlaubsbestimmungen des Reiches im Entwurf vorliegen; ganz entschieden sei jedoch noch nicht die Frage, ob man nicht, da der Erholungsurlaub durch die neue Regelung wieder gekürzt werde, die Regelurlaube nicht wieder um einen vermehren solle.

Einsetzung von Betriebsobmännern: Staatssekretär Dr. Bühler erklärt auf Anfrage von Präsident Dr.Gerteis , dass auf Grund einer Besprechung Parteigenosse Dr.Frauendorfer für die Einsetzung von Betriebsobmännern innerhalb der staatlichen Gefolgschaft zuständig sei. Die Ernennung dürfe nicht einseitig vom Parteisektor aus erfolgen.

Präsident Dr.Frauendorfer berichtet dazu, dass die Angelegenheit im Anrollen sei und dass er demnächst einen Entwurf einer Verordnung, derzufolge die Partei die Obmänner ernennen könne und die Regierung diese Ernennungen bestätigen müsse, vorlegen werde.

4. Leistungskampf der Betriebe:

Präsident Dr.Eissfeldt führt dazu aus, dass im Aufruf der Partei die Rede davon sei, dass auch die Dienststellen der Verwaltung am Leistungswettkampf teilnehmen würden. Das sei aber im Reich nicht der Fall, insbesondere die Reichsforstverwaltung habe noch nie daran teilgenommen. Die Angelegenheit bedürfe einer Klärung.

Staatssekretär Dr.Bühler weist darauf hin, dass man damals überein gekommen sei, dass sich vorerst nur die Deutsche Post Osten beteiligen solle; man habe aber nicht darüber gesprochen, welche Dienststellen noch hinzutreten sollen.

Präsident Leuxmann zeigt in längeren Ausführungen die Gründe auf, die die Deutsche Post Osten zur Teilnahme am Leistungswettkampf der Betriebe bewogen. Ihr sei es darauf angekommen, in den Ämtern eine gut funktionierende Betriebsordnung einzuführen , mit deren Hilfe eine gewisse Leistungssteigerung zu erreichen sei.

Präsident Dr.Senkowski hält den Zeitpunkt für eine Aktion zur betrieblichen Leistungssteigerung für zu spät, da sämtliche polnischen Betriebe unter deutscher Leitung ohnehin schon auf Hochtouren arbeiteten.

Präsident Dr.Frauenderfer weist darauf hin, dass die Partei den Standpunkt vertrete, dass unter die Menschenführung der Partei auch die Polen und Ukrainer fallen müssten; sie vertrete also zu sehr den DAF:Standpunkt des Reiches.

Nach Aussprache, in der es abgelehnt wird, das soziale Moment den Polen gegenüber zu sehr in den Vordergrund zu rücken, und in der man zu dem Ergebnis kommt, dass durch eine Teilnahme am Leistungskampf eine Leistungssteigerung im gegenwärtigem Zeitpunkt nicht erzielt werden kann, bestimmt der Herr Staatssekretär, dass die staatlichen und wirtschaftlichen Betriebe am Leistungswettkampf nur dann teilnehmen könnten, wenn sie von ihm die Genehmigung eingeholt und bekommen hätten; in diesem Jahre werde man von einer Beteiligung im grossen und ganzen absehen. Er werde die Entscheidung der Regierung überhaupt Hauptabschnittsleiter Stahl dem Schulungsamt der Partei mitteilen.

Schluss der Sitzung 18 Uhr 20

Fünfte Arbeitsbesprechung
der
Hauptabteilungspräsidenten
Montag, den 11. Mai 1942 im Regierungsgebäude

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. StaatssekretÄr Dr. Bühler
2. Dr. Weh
3. z.d. Akten d. Kanzl. des Generalgouverneurs

Krakau, den 13. Mai 1942

Beginn der Sitzung 15 Uhr 40 Minuten

Staatssekretär Dr. Bühler begrüßt den an der Sitzung teilnehmenden Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Er weist sodann darauf hin, daß nach einer Führerverordnung vom 14. März 1942 und einer dazu erlassenen Ausführungsverordnung jede Erhöhung der Preise verboten und auch für das Generalgouvernement der absolute Zwang gegeben sei, an dem gegenwärtigen Preisstand festzuhalten.

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt einen Überblick über die Änderung der Preise für landwirtschaftliche Produkte.

Der Preis für Roggen werde im Interesse der Aufrechterhaltung des Brotpreises nicht erhöht. Der Preis für Weizen werde von 32 auf 34 Zloty ℳ kg erhöht. Eine Erhöhung des Mehlpreises sei angesichts der höheren Ausmalung nicht notwendig. Der Gerstepreis erhöhe sich von 22 auf 30 Zloty ℳ kg. Bei der Bierherstellung wirke sich die Preiserhöhung nicht aus, da die Herabsetzung des Stammwürzegehaltes und eine voraussichtlich ausreichende Zuteilung von Braugerste die Aufrechterhaltung des bisherigen Preises ermögliche. Für Graupen trete eine Preiserhöhung von 60 auf 70 Groschen je Kilogramm ein. Der Haferpreis erhöhe sich von 22 auf 24 Zloty, der Preis für Raps von 80 auf 90 Zloty. Erhöhte Frachtkosten bedingten weiter eine Heraufsetzung des Preises für Margarine von 5 auf 5,50 Zloty. Bei den Kartoffeln erhöhe sich der Preis von 6 bzw. 7 Zloty auf 8 bzw. 9 Zloty, je nach dem es sich um Früh- oder Spätkartoffeln handele. Bei Zuckerrüben trete eine Erhöhung des Erzeugerpreises von 5,75 auf 7 Zloty ein, was eine Erhöhung des Verbraucherpreises von 1,60 auf 1,70 Zloty je Kilogramm bedinge. An den Milch- und Viehpreisen werde nichts geändert.

11.5.1942

Staatssekretär Dr. Bühler gibt der Auffassung Ausdruck, daß sich diese Preiserhöhungen in einem Rahmen hielten, der sich auch für kleine Einkommen nicht allzu schwer fühlbar mache.

Sicherheitslage im Generalgouvernement

Staatssekretär Dr. Bühler wiederholt seine in der letzten Sitzung abgegebene Erklärung, daß die Lage zwar gespannt sei, aber keinerlei Grund zu einer Beunruhigung bestehe. Was die jüngsten Vorkommnisse im Osten des Generalgouvernements angehe, so sei er auf Grund neuester Nachrichten der Überzeugung, daß es sich hier um eine bewußte Sabotagetätigkeit handle, welche von russischen Agenten betrieben werde. Vorfälle solcher Art wären besonders im Eisenbahnverkehr zu verzeichnen. Besonders stark sei offenbar dieses Bandenunwesen im Distrikt Lublin. Die Tatsache, daß bei Überfällen auf Amtskassen nahmhafte Beträge geraubt würden, lasse den Verdacht gerechtfertigt erscheinen, daß sich die Widerstandsbewegung auf diese Weise finanziere. Jedenfalls müsse mit allen Mitteln versucht werden, Klarheit über diese Vorkommnisse zu erhalten. Falls die Polizei nicht ausreiche, werde die Wehrmacht dafür interessiert werden müssen.

Präsident Gerteis gibt hierauf eine Schilderung von Überfällen auf Eisenbahntransporte.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß die Auswirkung solcher Überfälle sich nicht nur auf das Transportwesen erstrecke, sondern auch auf die Landwirtschaft und auf den Arbeitseinsatz. Jedenfalls werde es seine Sorge sein, Klarheit über diese Zustände zu schaffen.

11.5.1942

Arbeitseinsatz

Wie Staatssekretär Dr. Bühler mitteilt, soll neuen Nachrichten zufolge geplant sein, die Judenghettos aufzulösen, die arbeitsfähigen Juden zu behalten und die übrigen weiter nach dem Osten abzuschieben. Die arbeitsfähigen Juden sollten in mehreren großen Konzentrationslagern untergebracht werden, die sich im Mittelpunkt der Produktion befänden. Diese Planung sehe zwar zunächst sehr bestechend aus, bei näherer Kenntnis der Verhältnisse könne man aber nur der Auffassung sein, daß mit einer Verwirklichung dieses Planes der Schaden, der durch die Zerstörung bisheriger Organisationsformen entstehen werde, ein Mehrfaches des Nutzens betragen werde, den man sich von einer solchen Maßnahme verspreche. Jedenfalls werde seiner Auffassung nach eine solche Planung zur Zeit keine Erleichterung bringen. Die Hoffnung, mit einer solchen Maßnahme etwa polnische Arbeitskräfte in größerer Zahl für das Reich freizumachen, werde sich kaum erfüllen. Eine Umfrage bei den 27 ooo Rüstungsarbeitern habe ergeben, daß sich nur 42 freiwillig für die Arbeit in Deutschland gemeldet hätten. Wolle man aber mit polizeilichem Zwang arbeiten, dann werde das die Folge haben, daß die Arbeiter vielfach nicht mehr zur Arbeit erscheinen würden, weil sie besorgt seien, ins Reich abtransportiert zu werden.

Eine weitere aus dem Reich kommende Anregung sei die, in den größeren Städten eine Fangaktion gegenüber der auf der Straße befindlichen Bevölkerung in die Wege zu leiten. Mit einer solchen Maßnahme hoffe man 52 ooo Arbeitskräfte zu erhalten. Alle solche Gedankengänge seien völlig abwegig, und wenn man wirklich versuchen wollte, derartige Maßnahmen durchzuführen, dann würde man mit absoluter Sicherheit den Nachschub für die Front gefährden.

11.5.1942

Vereinfachung der Verwaltung

Staatssekretär Dr. Bühler gibt der Erwartung Ausdruck, daß in der nächsten Regierungssitzung Vorschläge darüber gemacht werden könnten, wie die Vereinfachung nun in die Wirklichkeit umgesetzt werden könne. Im Reich sei man sich wohl nicht darüber klar, mit welchen gewaltigen Schwierigkeiten die Verwaltung im Generalgouvernement zu kämpfen habe. Nur ein geringer Teil der in den obersten Behörden arbeitenden Beamten sei wirklich in der Lage eine derartige leitende Tätigkeit auszufüllen. Wenn es trotzdem gelungen sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, so sei das nur auf den unermüdlichen Eifer und das Pflichtbewußtsein der wenigen hier eingesetzten führenden Beamten zurückzuführen. Eine Vereinfachung der Verwaltung werde im Generalgouvernement anders anssehen als im Reich.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß er kürzlich einen Runderlaß über die

Teilnahme der öffentlichen Betriebe am Leistungskampf

unterzeichnet habe.

SA-Wehrmannschaften

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf den Erlaß des Herrn Generalgouverneurs, nach welchem sich jeder Deutsche im Generalgouvernement in der SA-Wehrmannschaft zu beteiligen habe. Seines Wissens sei Sorge dafür getragen, daß keine Häufung von Dienstverpflichtungen auf dem Sektor der Partei und der Gliederungen eintrete. Er halte es nicht für möglich, daß der leitende und sonst schwer mit Pflichten überhäufte Beamte in gleicher Weise zu diesem Dienst herangezogen werde wie etwa der untere Beamte, der mit dem Glockenschlag seinen

Dienst beendigen könne, weiter keine Verantwortung trage und sehr wohl in der Lage sei, körperliche Ertüchtigung zu treiben. Er habe deshalb folgende Vereinbarung mit SA-Oberführer Peltz getroffen:

1. Beamte und Angestellte, die als Offiziere oder Unteroffiziere der Wehrmacht bereits angehört haben, sollen nicht wie der nicht ausgebildete Mann in Reih' und Glied diesen Dienst mitmachen, sondern sie sind für den Einsatz als Führer und Unterführer in der SA-Wehrgemeinschaft vorzusehen.

2. Ein noch näher zu bestimmendes Gremium von leitenden Beamten und Verantwortungsträgern wird von der Dienstverpflichtung im allgemeinen Rahmen ausgenommen werden. Für diesen Kreis von Beamten werden Sonderübungen besonders im Schießen und in der praktischen Ertüchtigung, die in gewissen Zeitabständen stattfinden, einzurichten sein.

Präsident Gerteis bemerkt, daß er ebenfalls mit SA-Oberführer Peltz über den Einsatz der deutschen Eisenbahnbediensteten gesprochen habe. Im Reich sei bekanntlich das gesamte Betriebspersonal vom SA-Dienst freigestellt. Im Generalgouvernement lägen die Verhältnisse anders. Wie die kürzlich vorgekommenen Überfälle auf Angehörige der Ostbahn gezeigt hätten, müsse unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß eine Selbstverteidigung der Bahnanlagen ermöglicht werde. Angesichts der unzulänglichen Zahl der deutschen Bahnschutzpolizei bedürfe es der Schaffung einer Reserve, die jederzeit alarmbereit sei und aus dem Verwaltungsdienst genommen werden müsse. Er habe deshalb mit

SA-Oberführer Peltz vereinbart, daß der Dienst den Belangen der Ostbahn angepaßt werden müsse. Innerhalb der SA würden von der Ostbahn besondere Stürme, Trupps oder Scharen gebildet werden, die unter SA-Führern bzw. Offizieren bzw. Unteroffizieren ihren SA-Dienst verrichteten.

Präsident Lauxmann teilt mit, daß eine ähnliche Vereinbarung auch hinsichtlich der Postbeamten getroffen worden sei.

Geheimhaltung

Staatssekretär Dr. Bühler gibt Kenntnis von einem neuerdings eingegangenen Schreiben des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei, in welchem auf die wichtige Pflicht der Geheimhaltung hingewiesen wird. Den Berufsbeamten wie auch den Angestellten, die zur Geheimhaltung verpflichtet seien, sei es verboten über Dinge, die ihren dienstlichen Kreis berührten und geheimer Natur seien, zu sprechen. Das Verbot beziehe sich nicht nur auf Dinge, die den Beamten und Angestellten konkret als Geheimsache bekannt geworden seien, sondern auch auf Mutmaßungen über militärische Pläne usw.. Er bitte jeden Abteilungspräsidenten, in seinem Geschäftsbereich Maßnahmen zu treffen, mit denen die Geheimhaltung unbedingt gewährleistet werde.

Präsident Dr. Lauxmann gibt hierauf eine kurze Darstellung der

postalischen Verhältnisse

im Generalgouvernement.

Er schildert dabei insbesondere, wie sich die Preisverhältnisse des Generalgouvernements auf die Postver-

Waltung auswirkten. Trotz der zweieinhalb bis zehnfach höheren Preise im Generalgouvernement sei er vielfach gezwungen, hiesige Unternehmer heranzuziehen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt in diesem Zusammenhang bekannt, daß er nunmehr entschlossen sei, die

Zentralstelle für öffentliche Aufträge

ins Leben zu rufen und zu mobilisieren. Wenn er sich auch dessen bewußt sei, daß dadurch für die Eisenbahnverwaltung, die Postverwaltung und sonstige große Bedarfssektoren Unannehmlichkeiten entständen, so hoffe er doch, daß sie wesentlich reduziert werden könnten und die Vorteile einer solchen Einrichtung grösser sein werden. Die Tatsache, daß die Aufträge in keiner Weise gesammelt, kontrolliert und übersehen werden könnten, führe zwangsläufig zu Preisüberforderungen. Auch würden zu solchen Aufträgen Unternehmer herangezogen, die weder über die notwendigen Rohstoffe noch über die sonstigen Produktions- und Arbeitsmittel verfügten.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist darauf hin, daß es Zentralstellen für öffentliche Aufträge in allen Gebieten gäbe. Gewiß werde die eine oder andere Stelle in der Zwischenschaltung einer solchen Zentralstelle eine Erschwernis erblicken. Es müsse nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um im Einzelfalle dem öffentlichen Auftraggeber, wo es angehe und der Überblick nicht gefährdet werde, einen gewissen Spielraum zu geben, ihm unter Umständen die Weiterbenutzung einer schon eingefahrenen Geschäftsverbindung zu gestatten. Andererseits ermögliche aber die Funktion einer solchen Zentralstelle keinen Gesamtüberblick, wenn ein großer Teil dieser öffentlichen Aufträge von der Meldepflicht ausgeschaltet bleibe. Die Zentralstelle werde sich

11.5.1942

besonders für solche Dienststellen als sehr nützlich erweisen, die keinen engen Kontakt hätten. Vor allem müsse die Zentralstelle dafür sorgen, daß nicht die Dienststelle billigere Preise erhalte, eine andere aber alles teuer bezahlen müsse, was angesichts des Umfanges der Wehrmachtsaufträge durchaus möglich wäre. Soweit es sich um Rüstungsbetriebe handle, die über den zivilen Sektor verfügten, ließen sich diese Dinge durch Absprache mit der Rüstungsinspektion regeln.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh betont, daß nach dem Verordnungsentwurf die Zentralstelle nur beratende Funktionen habe. Ein Zwang bestehe nur insofern, als alle Unternehmungen Aufträge von einer bestimmten Größe anzeigen müßten.

Präsident Gerteis schildert die Schwierigkeiten, mit denen gerade die Verwaltung der Ostbahn hinsichtlich der Erteilung von Aufträgen größeren Umfanges zu kämpfen habe. Hinzu komme, daß zur Zeit im Reich eine Umorganisation geschaffen werde, weil man erkannt habe, daß die Verhältnisse so nicht bleiben könnten. Es müsse daher eine größere Verantwortung des einzelnen Auftraggebers und Auftragnehmers eintreten. Man habe deshalb einen Hauptausschuß eingerichtet, der das gesamte Kontingentswesen bearbeiten solle.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bemerkt, daß als Begründung für die Notwendigkeit einer solchen Zentralstelle ein Fall angeführt worden sei, in welchem ein Auftrag ins Reich gegeben worden sei, der unter Berücksichtigung der Kriegswichtigkeit unter keinen Umständen dorthin hätte gegeben werden dürfen.

Abteilungspräsident Naumann schildert die Schwierigkeiten, mit denen seine Abteilung angesichts der scharfen Konkurrenz des Ostlandes bei der Beschaffung mit Materialien usw. zu kämpfen habe.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß man ja nicht immer unter dem Druck solcher Riesenaufträge stehen werde. Es werde eine Zeit kommen, in der auch die großen Verwaltungen ihren Bedarf zum größten Teil im Generalgouvernement decken könnten. Die Bildung dieser Zentralstelle könne jedenfalls deswegen nicht unterbleiben, weil sie zur Zeit nicht alle Wünsche die im Generalgouvernement geäußert würden, befriedigen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt sodann davon Kenntnis, daß demnächst eine Verordnungsentwurf über die

Errichtung einer Disziplinarkammer

herauskommen werde. Diese Verordnung werde es ermöglichen, Dienstwidrigkeiten der Gefolgschaftsmitglieder in einem ordentlichen, nach festgesetzten Normen geregelten Verfahren zu verfolgen. Bisher sei man stets gezwungen gewesen, von Fall zu Fall in besonderen Gremien eine Entscheidung zu fällen. Das sei aber auf die Dauer beinahe undurchführbar geworden. Das Reich werde dann Klarheit darüber schaffen müssen, daß auch die abgeordneten Beamten der Disziplinargewalt des Generalgouvernements unterständen.

Zuteilung von B-Karten
an Hausangestellte

Hauptabteilungspräsident Naumann bittet, die in dieser Frage an die einzelnen Hauptabteilungen gerichteten Schreiben schnell und genau zu beantworten, damit doppelte Versorgungen vermieden würden. Manche polnische Hausangestellten seien bei drei oder vier reichs-

deutschen Familien beschäftigt. Es müsse daher der Name der Hausangestellten festgestellt werden. Selbstverständlich könne diese Vergünstigung nicht für Hausangestellte der Volksdeutschen Geltung haben.

Bestellung von Betriebsobmännern

Staatssekretär Dr. Bühler will dafür Sorge tragen, daß diese Frage geklärt und Betriebsobmänner, die der Partei und der Behörde nicht genehm sind, auch von der Verwaltung nicht bestätigt werden.

Überweisung von Geldbeträgen aus dem Reich an Beamte und Angestellte des Generalgouvernements.

Staatssekretär Dr. Boepple weist darauf hin, daß zur Zeit nur ein Betrag von RM 50.- monatlich überwiesen werden könne.

Ministerialrat Radtke bemerkt, daß es sich hier um eine devisenrechtliche Anordnung des Reiches handle. Gegen diese einschränkende Maßnahme sei sofort von der Hauptabteilung Finanzen eine Gegenvorstellung erhoben worden.

Ministerialrat Dr. Siebert gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß von Seiten des Reiches noch keine Antwort eingetroffen sei. Angesichts der zahlreichen Klagen aus Beamten- und Angestelltenkreisen müsse baldmöglichst eine Änderung in diesen Dingen eintreten.

Einer längeren Besprechung wird hierauf die Frage der

Ortsklasseneinteilung

unterzogen.

Präsident Gerteis weist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, daß der 30 Kilometer von Warschau entfernt liegende Ort Brusko trotz der dort herrschenden Teuerungsverhältnisse nicht in die Sonderklasse eingereiht sei.

Ministerialrat Radtke erläutert dann an einigen Beispielen das Wesen der Ortsklasseneinteilung.

Zu dieser Frage nehmen weiter Stellung Staatssekretär Dr. Boepple, Ministerialrat Wille, Oberlandesgerichtsrat Dr. Reh und Ministerialrat Dr. Siebert.

Dem Vorschlag des Ministerialrats Dr. Siebert, die endgültige Entscheidung über diese Frage hinauszuschieben und an Hand von eingehenden Einsprüchen eine Prüfung der Gesamtlage vorzunehmen, wird zugestimmt.

Präsident Gerteis gibt Kenntnis von

1. einem Schreiben des Reichsverkehrsministers
2. einem Schreiben des Reichsfinanzministers.

In beiden Schreiben, so führt Präsident Gerteis aus, werden, ausgehend von der in Deutschland bestehenden Wohnungsnot, die Anregung gegeben, die Verwaltung der Ostbahn möge dafür Sorge tragen, daß die Familienangehörigen der reichsdeutschen Eisenbahnbediensteten ins Generalgouvernement übersiedelten. Demgegenüber habe er, Präsident Gerteis, auf die im Generalgouvernement obwaltenden Verhältnisse hingewiesen, die vorläufig eine allgemeine Übersiedlung der Familienangehörigen unzweckmäßig erscheinen ließen.

Staatssekretär Dr. Bühler dankt Präsident Gerteis dafür, daß er in dieser energischen Form gegen solche Pläne Front gemacht habe. Diese Frage werde demnächst in Berlin besprochen werden. Es sei zu hoffen, daß die Berliner Stellen sich den von Seiten der Regierung des Generalgouvernements geltend gemachten Einwendungen nicht verschließen werde.

Enteignung

Oberlandesgerichtsrat Dr. Bilfinger teilt mit, daß die Hauptabteilung Arbeit einen Entwurf eingereicht habe, der eine partielle Lösung des Problems der Enteignung anstrebe. Es handle sich dabei um einen Entwurf über die Beschaffung von Bauland. Im Umlaufverfahren sei von verschiedenen Hauptabteilungen darauf hingewiesen worden, man solle das Problem der Enteignung nicht mit Spezialgesetzen erfassen, sondern eine einheitliche Lösung des gesamten Problems versuchen. Das sei vor allem die Auffassung der Hauptabteilung Innere Verwaltung und der Ostbahn. Die Hauptabteilung Innere Verwaltung habe auch kürzlich schon den Entwurf eines allgemeinen Enteignungsgesetztes eingereicht, dessen Gestaltung wohl den Interessen des Generalgouvernement Rechnung trage, weil das Verfahren weitgehend von den Fesseln des polnischen Gesetzes befreit sei. Auch im Reich würden heute ja nicht mehr die alten Formen der Enteignung als gerechtfertigt anerkannt.

Ministerialrat Dr. Siebert bemerkt, dass ähnliche Entwürfe auch von den Hauptabteilungen Ernährung und Landwirtschaft, Forsten und anderen eingereicht worden seien. Alle hätten den lebhaften Wunsch geäußert, daß die Enteignung nunmehr irgendwie betrieben werden könne. Auf Veranlassung des Amtes für Gesetzgebung habe er deshalb einen generellen Entwurf aufgestellt. Seiner Auffassung nach müsse eine gemeinsame große Enteignungs-

verordnung entworfen werden, auf Grund deren alle Wünsche befriedigt werden könnten. Es gehe nicht an, daß mit 6, 8 oder 10 Verordnungen gearbeitet würde, die von einzelnen Abteilungen ausgingen. Auch im Reich bestehe ein einheitliches Gesetz.

Präsident Gerteis betont, daß die Verwaltung der Ostbahn ein starkes Interesse an dieser Frage habe. Die Ostbahn sei gezwungen, häufig erhebliche Landstriche schnell in Anspruch zu nehmen. Er habe deshalb auch einen Entwurf ausgearbeitet, der wohl mit dem von Ministerialrat Dr. Siebert aufgestellten Entwurf ziemlich identisch sein werde. Auch er halte die Emanierung eines einheitlichen ~~Verwaltungs~~Enteignungsgesetzes für erforderlich.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh weist darauf hin, daß nach Auffassung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft der Erlaß eines Enteignungsgesetzes nicht nötig sei, weil man die Dinge auch auf dem Wege der Beschlagnahme regeln könne. Er könne dieser Meinung nicht allgemein beipflichten. Das Enteignungsgesetz in der Form, wie es die Hauptabteilung Innte Verwaltung ausgearbeitet habe, werde die Regierung nicht allzu lange beschäftigen. Der Entwurf stelle ja nur fest, daß bei Vorliegen öffentlichen Interesses die Enteignung durchgeführt werden könne. Auch treffe er Bestimmungen über die Entschädigung.

Hauptabteilungspräsident Naumann hat angesichts der gewaltigen Flächen, die die Wehrmacht für sich beansprucht, Bedenken, den Grundsatz der Entschädigung allgemein durchzuführen.

11.5.1942

Ministerialrat Dr. Siebert gibt zu bedenken, daß es sich hinsichtlich der Entschädigung um eine Kann-Bestimmung handelt. Die Grundfrage der Enteignung gegen Entschädigung sei noch nicht endgültig entschieden.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh hält eine Bestimmung des Inhalts für geboten, daß grundsätzlich Entschädigung gewährt wird, daß aber über die Art und Weise der Entschädigung erst eine spätere Regelung ergehe.

Präsident Bauder hält es für angebracht, von der Enteignung polnischen Eigentums auszugehen, da unter Umständen auch Deutsche in Betracht kämen, denen ihr Eigentum von den Polen mit Beschlag belegt worden sei.

Staatssekretär Dr. Bühler hält eine Regelung der Entschädigungsfrage für zweckmäßig, will aber die endgültige Lösung dieser Frage bis nach Kriegsende aufgeschoben wissen.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 45 Minuten

Hauptabteilungsleitersitzung

im Kleinen Sitzungssaal der Regierung

am 4.Juni 1942

--

Ausgefertigt in 3 Exemplaren

1. z.d. Akten der Kanzlei des Generalgouverneurs

2. Staatssekr. Dr. Bühler

3. O.L.G.R. Dr. Weh

Tagesordnung:

1. Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse
2. Versorgung der im deutschen Interesse tätigen fremdvölkischen Arbeiterschaft
3. Verlegung von Rüstungsindustrien aus dem Deutschen Reich in das Generalgouvernement
4. Vereinfachung der Verwaltung

Beginn der Sitzung 15 Uhr 30 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit Begrüßungsworten an die Teilnehmer, insbesondere an SS-Obergruppenführer Krüger, der zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als Staatssekretär für das Sicherheitswesen teilnimmt. Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse:

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, daß bei der Erörterung von landwirtschaftlichen Problemen in der letzten Zeit die Entscheidung der Frage im Vordergrund gestanden habe, ob durch eine Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte eine Sicherstellung oder gar noch eine Steigerung der Ablieferung erreicht werden könne. In einigen dieser Preiswünsche habe den Absichten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entsprechen können vorbehaltlich einer Genehmigung, die sich der Führer persönlich bei jeder Preiserhöhung vorbehalten hat. Neben dieser Maßnahme seien die vernünftige Übung eines Prämiensystems und die Organisation der Erfassung als solche besonders wichtig. Er werde einen Ausschuß zusammenrufen, der alle Punkte, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Erfassung zum Ziele hätten, in einen Generalplan aufnehmen solle, der dann in der kommenden Zeit abgewickelt werden müsse. Das jetzige

Erfassungssystem habe Mängel; große Schwierigkeiten bereite dabei die Tatsache, daß im Generalgouvernement 80 % der landwirtschaftlichen Betriebe Kleinstbetriebe seien. Das Ziel müsse eine Kollektiverfassung sein.

Hauptabteilungsleiter Naumann geht davon aus, daß sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft über die Ablieferung der Kontingente der kommenden Ernte große Sorgen bereite. Man müsse daher verschiedene Pläne verwirklichen, wenn man im vierten Kriegsjahr die Ernährung in der Hand behalten wolle.

Die Hauptabteilung habe sich daher entschlossen, den Distrikten das abzuliefernde Kontingentsoll viel früher als in anderen Jahren mitzuteilen. Diese Maßnahme habe zur Folge, daß den Distrikten genug Zeit bleibe, die Kontingente auf die einzelnen Kreise unterzuteilen; und diese wiederum könnten die Kontingente auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe umlegen. Dadurch werde ermöglicht, daß jeder einzelne polnische Erzeuger bis zum 15. Juli im Besitze eines Kontingentscheines sei, der ihm über die Menge informiere, die er an Brot-, Futtergetreide, Kartoffeln und anderen Erzeugnissen abzuliefern habe. Auch habe man sich entschlossen, beim Kreislandwirt die Kontingentsträger in drei Gruppen unterteilen zu lassen: 1. Liegenschaftsbetriebe, 2. Betriebe über 50 Hektar, 3. alle anderen Betriebe, für deren Ablieferungsmengen die Woits verantwortlich gemacht würden.

Auch habe man sich bemüht, die Prämienwaren für die kommende Erfassung mengenmäßig festzustellen und die Lieferungszusicherungen von der Hauptabteilung Finanzen (Monopole) und der Hauptabteilung Wirtschaft zu bekommen. Diese Zusicherungen habe man aber bis jetzt nicht erhalten können.

Als weitere Maßnahme habe die Hauptabteilung geplant, die Preise für eine Reihe von Produkten zu erhöhen. Ihre diesbezüglichen Wünsche, die sie am 5. März dem Amt für Preisbildung eingereicht habe, hätten sich nicht erfüllt. Die von ihr beantragten Preiserhöhungen seien am 8. Mai erheblich gekürzt worden und sollten nun auf Grund von Besprechungen von Oberregierungsrat Schulte-Wissermann in Berlin nochmals gekürzt werden, sodaß praktisch eine Preiserhöhung nur für Kartoffel und eine ganz geringe (2 Zloty) für Hafer und Gerste in Betracht käme. Die Hauptabteilung sei auf die geringste Preiserhöhung angewiesen. Eine Anregung zur Produktionssteigerung könne aber von den jetzigen Erhöhungen nicht ausgehen.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß sich bis auf Oberregierungsrat Schulte-Wissermann alle Hauptabteilungsleiter für die reduzierten Preisvorschläge vom 8. Mai ausgesprochen hätten. Mit Ausnahme der Preise für Kartoffel und Zucker blieben alle Konsumpreise trotzdem auf dem alten Stand. Bei den Preiserhöhungen für Kartoffeln sei das Reich vorgegangen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß der Führer ihm bei seiner letzten Besprechung am 23. Mai erneut bestätigt habe, daß er, der Herr Generalgouverneur, allein alle ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen verfügen könne, und er ersucht Staatssekretär Dr. Bühler um Vorbereitung der Preiserhöhungsverordnung.

2. Versorgung der im deutschen Interesse tätigen fremdvölkischen Arbeiterschaft.

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf das große Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen hin. Der

Einsatz fremdvölkischer Arbeiter sei nur dann tragbar, wenn der Lohn in natura ausbezahlt werde, wenn also eine Naturalverpflegung stattfinden könne. Voraussetzung dafür sei die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte in solchen Mengen, daß das Generalgouvernement alle im deutschen Interesse arbeitenden Polen versorgen könne. Zur Debatte stehe also die Frage, ob die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auf Grund der neuen Erfassung dazu in der Lage sei.

Auf einen Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß im Generalgouvernement bereits Tausende von ausländischen Arbeitern (Franzosen, Slowaken usw.) ernährt werden müßten, berichtet Hauptabteilungsleiter Naumann, daß im unmittelbaren Heeresgefolge 113000 ausländische Arbeiter versorgt würden.

Präsident Dr. Frauendorfer ist ebenfalls der Meinung, daß die Versorgung verbessert werden müsse. Ein Weg dazu sei die Beschränkung auf den Kreis, der im deutschen Interesse arbeite. Er habe bereits mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft vereinbart, daß vorerst in zwei Kreisen Lebensmittelkarten nur an die Leute ausgegeben würden, die entweder in regulärer Arbeit stünden oder arbeitsunfähig seien. Die Ergebnisse dieses Versuches müsse man abwarten.

Bisher seien alle für die deutschen Interessen wichtig erscheinenden Betriebe (A- und B-Betriebe) zusätzlich versorgt worden. In den übrigen Betrieben nehme mit zunehmender Arbeitssteigerung die Intensität ab. Die Löhne seien im großen und ganzen auf den Stand von 1939 gehalten. Das einzige, was zusätzlich geboten würde, bestehe in einer Werksverpflegung. Da sich die Arbeiter aber keine Kleider nachschaffen könnten, verließen sie in immer größeren Mengen ihre Arbeitsplätze, um sich im Schleichhandel

das Notwendigste zu besorgen. Das wichtigsté Problem zur Verbesserung der Gesamtsituation bestehe in einer möglichst großen Lebensmittelerfassung. Der Bauer müsse durch eine restlose Bewirtschaftung der Produkte des gewerblichen Sektors gezwungen werden, seine Erzeugnisse auf dem Tauschwege zur Verfügung zu stellen. Ihm müsse die Möglichkeit, die Produzenten von Schleichhandelsware zu beliefern, genommen werden.

Auch Ministeralrat Plodeck ist für eine Ausdehnung des Bewirtschaftungsverfahrens, d.h. eine Vergrößerung und lückenlose Schließung der bewirtschafteten Güter, damit der Schwarzhandel nach Möglichkeit unterbunden wird.

Er weist weiter auf die Tatsache hin, daß die Produktionsleistung der Textilarbeiter infolge ihrer Unterernährung stark herabgedrückt werde. Um ein gefahrvolles Absinken der Textilienbelieferung, die ein nicht zu unterschätzendes Plus für die Ernteerfassung darstellte, zu verhindern, müsse man zu einer Aufbesserung der Versorgung der Textilarbeiter kommen.

Hauptabteilungsleiter Naumann geht auf die unterschiedliche Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ein. Schon im Jahre 1940 sei der Gedanke erwogen worden, ob man nicht nur die im deutschen Interesse arbeitenden Polen versorgen soll. Er habe damals erklärt, daß man allen Polen eine gewisse Grundnahrung geben müsse, da im anderen Falle der deutschen Lebensmittelerfassung zuviele Konkurrenten erstünden; denn die Polen, denen man keine Lebensmittel zur Verfügung stelle, müßten naturnotwendig auf das Land wandern und versuchen, Nahrungsmittel an sich zu bringen. Man habe sich damals entschlossen, eine Versorgung der gesamten Normalverbraucherschaft durchzuführen; dem Gedanken, die

in unserem Interesse arbeitenden Polen besser zu versorgen, sei durch die Einführung der A- und B-Karten Rechnung getragen.

Ein großer Teil der Textilarbeiter genieße die A-Verpflegung und das bedeute reichsdeutsche Normalverpflegungssätze.

Um die Konkurrenz der Polen in der Erfassung auszuschalten, plane die Hauptabteilung die Erhöhung der Rationssätze für Brot in der kommenden Ernteerfassungszeit von 1040 auf 1400 gr. Wenn alle Kontingente erfaßt seien, müsse man wieder zu einer Reduzierung schreiten. In Warschau sei für die Zeit vom 1. Juni bis 1. August die Schleichhandelsbekämpfung für Getreide und Kartoffeln restlos eingestellt, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich den Rest, den die deutsche Verwaltung nicht erfassen könne, für ihre eigenen Lebenszwecke aus dem Lande hereinzuholen. Die Folge davon sei ein großes Absacken der Schleichhandelspreise. Mit Beginn der neuen Ernteerfassung müsse der Schleichhandel zur Vermeidung von Störungen in der Ernteerfassung durch die deutsche Verwaltung wieder bekämpft werden.

Präsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß die vom Herrn Generalgouverneur befürwortete Erweiterung der bewirtschafteten Güter Hand in Hand gehen müsse mit einer Katalogisierung der unerwünschten Waren. Bei der Durchkämmung der Betriebe (zur Erfassung freier Arbeitskräfte) müsse sich die HauptabteilungWirtschaft entschließen, Betriebe, die solche unerwünschte Ware produzierten, endgültig zu schließen und nicht nur zu beschränken.

Staatssekretär Dr. Boepple sieht in diesen Maßnahmen eine Hauptaufgabe der Gewerblichen Kammern; die Arbeiten dazu seien im Gange.

Ministerialrat Plodeck räumt ein, daß in der Textilwirtschaft viele Betriebe bereits die A- und B-Verpflegung bezögen; für die Zwecke der Ernteerfassungsaktion sei aber zur Produktion der dafür benötigten Textilien eine Verdopplung der A- und B-Betriebe notwendig.

Hauptabteilungsleiter Naumann stellt die Frage zur Entscheidung, ob zur Unterstützung der Erfassungsmöglichkeiten vom 1. August beginnend für einige Monate die Rationssätze auf 1400 gr Brot heraufgesetzt werden sollen. Weiter will er eine Entscheidung in der Frage, ob die Ukrainer und Polen in der Versorgung einheitlich behandelt werden könnten; bis jetzt erhielten die Ukrainer höhere Rationssätze als die Polen. Er sei aber für eine einheitliche Versorgung der nichtdeutschen Normalverbraucherschaft.

Der Herr Generalgouverneur stellt allgemeines Einverständnis für eine einheitliche Behandlung der Polen und Ukrainer fest. Die Brotrationssätze sollten auf der bisherigen Höhe von 1040 gr erhalten bleiben; die dadurch ersparten Mengen könne man den arbeitenden Betrieben vielleicht in Form einer Familienzuweisung zukommen lassen.

Präsident Gerteis macht Ausführungen über die Erfahrungen, die die Neuregelungen bei der Ostbahn gezeitigt hätten. Die Zahl der dauernd abwesenden Bediensteten sei von früher 20 % auf 10 % und darunter zurückgegangen.

Bis zum Herbst dieses Jahres müßten nun 7-bis 8000 Lokomotiven frostsicher gemacht werden. Dieses Arbeitsvorhaben bedinge für das Generalgouvernement zusätzlich über eine Million Arbeitsstunden, sodaß man von 56 Wochenstunden auf 65 Stunden kommen müsse. Ein Kreis von 30 000 Arbeitern müsse ab sofort für zunächst drei Monate diese erhöhte Arbeitszeit leisten. Für diese Arbeitszeit reiche die jetzige Ernährung der dafür in Betracht Kommenden nicht aus, und er sei gezwungen, für diesen Kreis eine weitere

Zusatzverpflegung zu beantragen. Man müsse auch damit rechnen, daß die Zahl dieser Arbeiter sich noch wesentlich steigern werde.

Hauptabteilungsleiter Naumann glaubt, eine befriedigende Regelung in dieser Frage finden zu können.

In Verhandlungen mit Reichsstellen seien die Lieferungen des Generalgouvernements an das Reich für das Jahr 1942/43 festgelegt worden. In der Bilanz habe man eine Lieferung von 50 000 t Brotgetreide und 35 000 t Futtergetreide eingesetzt. Berlin habe die doppelte Höhe verlangt. Weiter habe man die Lieferung von 20 000 t Fleisch (gefordert 29 000 t) übernehmen müssen. Dann habe man verlangt, daß der Stammwürzegehalt des Bieres, der im Generalgouvernement 8 bis 9 % betrage, dem des Reiches mit 3,75 % angeglichen werden müsse. Diese Forderung sei aber von der Hauptabteilung abgelehnt worden, da die schwierigen Transportverhältnisse eine gute Haltbarkeit des Bieres, das in der Hauptsache an die Wehrmacht gehe, erforderten. Bei Heu und Stroh habe man je 35 000 t zugesagt, während bei Käse und Zucker keine bindenden Zusagen hätten erteilt werden können. Zur Versorgung der Lazarette müsse das Generalgouvernement Geflügel, Butterund Milch in größeren Mengen zur Verfügung stellen.

Den Berliner Stellen sei erklärt worden, daß zu einem guten Gelingen der Ernteerfassung genügend Polizeikräfte vonnöten seien; bei ihrem Fehlen müsse Wehrmacht eingesetzt werden können.

Der Herr Generalgouverneur behält sich die Genehmigung der Schlußzahlen für die Lieferungen an das Reich vor. Nach der Festsetzung bestimmter Lieferungskontingente dürften unter keinen Umständen weitere Beschlagnahmungen und Forderungen des Reiches

eintreten. Zum Zwecke einer restlosen Ernteerfassung werde ein Erfassungsplan aufgestellt, bei dem alle verfügbaren Machtmittel eingesetzt würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs führt Hauptabteilungsleiter Naumann aus, daß im Distrikt Lublin und vor allem im Distrikt Galizien noch Getreidelager fehlten. Für 85 000 t Brotgetreide würden transportable Holzbaracken erstellt. Zur Überwindung von großen Schwierigkeiten werde man auch Kirchen und Kinos mit Getreide belegen müssen.

3. Verlegung von Rüstungsindustrien aus dem Deutschen Reich in das Generalgouvernement.

Gründe für solche Planungen des Reiches sind die Luftsicherheit des Generalgouvernements und die in Berlin herrschende Vorstellung, daß im Generalgouvernement noch brachliegende Arbeitskräfte eingesetzt werden könnten.

In diesem Zusammenhang kommt der Herr Generalgouverneur auf die Tatsache zu sprechen, daß man in den Großstädten des Generalgouvernements noch sehr viele Menschen beschäftigungslos herumlungern sehe. Er beauftragt Präsident Dr. Frauendorfer mit der Aufstellung eines Mobilmachungsplanes zur Erfassung der polnischen Arbeiter auf Grund der bisherigen Erfahrungen der Hauptabteilung Arbeit. Im Noffall müßten Gewaltmaßnahmen ergriffen werden.

Präsident Dr. Frauendorfer erklärt, daß die deutsche Verwaltung dem Arbeitsmarkt schon stark abgeschöpft habe. In den nächsten Tagen werde der 750 000ste Arbeiter ins Reich transportiert. Das Generalgouvernement vermittle jährlich 150 000 Arbeiter ins Reich. Für die nächsten zwei Monate fordere das Reich 200 000 Arbeiter, zu deren Vermittlung die Hauptabteilung auch in der Lage sei.

Präsident Gerteis sieht die Möglichkeit eines Transportes in leer ins Reich zurückfahrenden Güterzügen für gegeben.

Ministerialrat Plodeck verneint eine Verlegung von Rüstungsbetrieben in das Generalgouvernement weniger a im Hinblick auf die geringen Arbeiterreserven, sondern vor allem mit Rücksicht darauf, daß dem Generalgouvernement keine zusätzlichen Kontingente für Rohstoffe zur Verfügung stünden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Ministerialrat Plodeck den Auftrag, mit dem Chef der Rüstungsinspektion General Schindler wegen dieser Frage in Verbindung zu treten; er wünscht, daß die Regierung des Generalgouvernements von jedem Plan einer weiteren Verlegung von Rüstungswerken in das Generalgouvernement vorher Kenntnis erhält und daß sie wegen der Rohstoffbeschaffung, der Ernährungssicherung der beschäftigten Arbeiter und aller anderen damit zusammenhängenden Fragen eingeschaltet wird.

Präsident Dr. Frauendorfer weist darauf hin, daß die Verlegung von Rüstungsindustrien ins Generalgouvernement mit einem Plan zusammenhänge, der im Reichsausschuß für Bewaffnung und Munition entstanden sei: man wolle im Generalgouvernement die Juden in die Rüstungsindustrie einschalten, indem man sie in wenige Lager konzentrieren wolle und in diesen Lagern die Betriebe zu errichten gedächte. Für das Generalgouvernement seien aber die 310 000 dafür in Betracht kommenden Juden unentbehrliche Facharbeiter. Als Beauftragter des Generalgouvernements habe bei diesen Verhandlungen Herr Kobold fungiert.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Ministerialrat Plodeck und Präsident Dr. Frauendorfer, Herrn Kobold die wahre Situation auseinanderzusetzen. Not-

falls werde er auch in dieser Angelegenheit ein Schreiben an Reichsminister Speer richten.

Präsident Gerteis referiert eingehend über die Beförderung von Kohlenzügen ins Generalgouvernement auf Grund des neuen Programms. Bisher sei es gelungen, die Wehrmachtsforderungen zu erfüllen, und die Wirtschaft, Landwirtschaft und die Bahn einigermaßen zu versorgen. Nicht gelinge die Abfuhr aller zentralgesteuerten Güter aus dem Reich, sodaß täglich 40 bis 50 Züge Rückstand aufträten. Als ganz radikales Mittel bleibe nur die zeitweilige Sperrung der Kohlentransporte für Dienstkohle und solcher, die für den Osten bestimmt sei.

Eine große Rolle spiele die Zollfrage. Das Reich klage über einen zu langen Zollaufenthalt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß es vor allem für die Wehrmacht darauf ankomme, den Aufenthalt an der Zollgrenze für Wehrmachtstransporte zu beseitigen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky berichtet von einem Vorschlag, den er in dieser Angelegenheit gemacht habe. Danach solle die Zollabfertigung sowohl im Generalgouvernement als auch im Reich auf den Empfänger abgewälzt werden. Durch eine besondere Verordnung müsse dem Warenempfänger die Verpflichtung auferlegt werden, nachträglich die Verzollung seiner Ware zu beantragen. Wenn man scharfe Strafbestimmungen erlasse, werde ein zu starker Ausfall bei den Zolleinnahmen nicht stattfinden, besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß von dieser Regelung nur der Güterfernverkehr betroffen werde. Für die Wehrmacht bestehe der Gewinn darin, daß die Zollaufenthalte an der Grenze ganz wegfielen. Dadurch würden viele Beamte frei, und er habe 40 Beamte zum Einsatz bei den Zollfahndungsstellen gefordert. Auch habe er verlangt, daß

weitere Besprechungen in dieser Angelegenheit mit dem Ziel einer endgültigen Klärung stattfänden. Auch müßte man daran denken, die Zahl der für den Import aus dem Reich zugelassenen Firmen zum Zwecke einer besseren Überwachung zu beschränken.

Der Herr Generalgouverneur faßt als Ergebnis zusammen, daß in dieser Frage noch eine Fülle von Maßnahmen besprochen werden müsse. Vor allem sei auch darauf Bedacht zu nehmen, daß auf Grund der neuen Regelung Lebensmittel nicht verschoben werden könnten. Die Verordnung sei vorzubereiten.

4. Vereinfachung der Verwaltung.

Ministerialrat Wolsegger führt dazu aus, daß auf Grund von Anforderungen aus den Distrikten eine Fülle von Vorschlägen zur Vereinfachung der Verwaltung eingegangen sei. Mit jedem Hauptabteilungsleiter werde nunmehr das seine Hauptabteilung betreffende Material durchgesprochen und in jedem einzelnen Fall eine Einigung herbeigeführt. Eine autoritative Entscheidung werde in den allerwenigsten Fällen notwendig sein. In einer ganzen Reihe von Vorschlägen seien bereits Erlasse in Bearbeitung, sodaß in wenigen Wochen die betreffenden Verordnungen erlassen werden könnten. Das Generalgouvernement werde damit in der Vereinfachung der Verwaltung an der Spitze marschieren.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß anlässlich der Gouverneurssitzung in Warschau schwere Kritiken insbesondere über die Hauptabteilung Bauwesen und die landwirtschaftliche Zentralkammer geübt worden seien. Für die Hauptabteilung Bauwesen habe er die Entscheidung getroffen, daß der Präsident der Hauptabteilung genauso wie alle anderen Präsidenten ausschließlich dem Generalgouverneur zu unterstehen hat und auch die Ämter in den Distrikten genau

so zu organisieren sind wie alle anderen Abteilungen. Ministerialrat Dr. Siebert und Präsident Bauder hätten von ihm den Auftrag erhalten, einen dementsprechenden Erlaß vorzubereiten. In der Angelegenheit der Zentralkammer, bei der die Gouverneure die Befürchtung hegen, daß von ihr eine Fülle von Arbeiten ausgeführt werde, die ebenso gut die Staatsstellen leisten können, werde am kommenden Sonnabend auf der Burg eine zusammenfassende Besprechung stattfinden.

Zur Vereinfachung der Verwaltung wolle er ganz allgemein sagen, daß nach einer Mitteilung von Wehrmachtsseite das Generalgouvernement wider Erwarten der Wehrmacht über 1000 Beamte zur Verfügung gestellt habe, eine Leistung, die kein Reichskommissariat vollbracht hätte. Es sei damit zu rechnen, daß nunmehr alle Beamte als restlos u.k. gestellt zu betrachten seien.

In den letzten Tagen seien im Distrikt Lublin auf deutscher Seite einige Verluste eingetreten. Nach den Berichten des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen sowie des örtlichen Höheren SS- und Polizeiführers Globocnik und des Gouverneurs Zörner müsse die Sicherheitslage im Distrikt Lublin als sehr ernst angesehen werden. Man rechne damit, daß auch in Zukunft im Zusammenhang mit Partisanen im Osten des Generalgouvernements ziemlich große Unruhe entstehe. Man dürfe daher nicht überrascht sein, wenn von seiten des Generalgouverneurs diesen Unruhen mit Brutalität entgegengetreten werde. Man werde alle zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staates einsetzen.

Für die nächsten Monate müsse er daher von den deutschen Beamten verlangen, den in ihren Dienststellen beschäftigten Polen und Ukrainern gegenüber nicht allzu große Freundlichkeit entgegenzubringen. Ihm habe die traurige Pflicht oblegen, dem stellvertretenden Reichsprotektor Heydrich im Namen aller

Deutschen die herzliche Anteilnahme auszusprechen. Das Attentat in Prag sei ein Zeichen dafür, daß sich die Lage in den sogenannten besetzten Gebieten verschärft und daß man sich bemüht, durch Angriffe auf führende Deutsche zum mindesten der Weltöffentlichkeit gegenüber zu beweisen, daß die deutsche Führung in diesen Räumen äußerst unsicher ist. Man traue den Polen nicht! Es werde gut sein, wenn man in den kommenden Monaten die Zügel sehr straff ziehe. Auch werde es zweckmäßig sein, sehr scharf auf die polnische Gefolgschaft aufzupassen. Den deutschen Gefolgschaftsmitgliedern müsse immer wieder die strikte Geheimhaltung aller dienstlichen Obliegenheiten zur Pflicht gemacht werden.

Der Herr Generalgouverneur weist noch auf die großen Ehrungen hin, die ihm der Führer zu seinem Geburtstag am 23. Mai hat zuteil werden lassen. Das bedeute eine große Anerkennung der Leistungen des Generalgouvernements . In einer dreistündigen eingehenden Aussprache seien alle Probleme des Generalgouvernements erörtert worden und er sei erstaunt gewesen, wie sehr der Führer über alle Angelegenheiten des Generalgouvernements unterrichtet gewesen sei.

Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1942.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky berichtet, daß bis zum jetzigen Zeitpunkt die Anmeldungen von 38 Kapiteln des Haushaltes eingegangen seien. Darin lasse sich feststellen, daß die Ausgabenanforderungen eine gewaltige Steigerung erfahren hätten. Er richte daher an sämtliche Hauptabteilungsleiter erneut die Bitte, daß sie von ihren Haushaltsreferenten die veranschlagten Ausgaben mit dem Ziele einer Einsparung nochmals überprüfen lassen. Unter den jetzigen Verhältnissen könne eine derartige Steigerung der Ausgaben nicht vorgenommen werden.

Aus dem Titel von Galizien rechne er mit einer Steigerung der Ausgaben um 30 bis 35 %. Für Galizien werde ein Polizeiregiment aufgestellt, dessen Unterhaltungskosten das Generalgouvernement bezahlen müsse Der Polizeibeitrag, den das Generalgouvernement an das Reich bezahlen solle, betrage etwa 250 Millionen.

Der Herr Generalgouverneur findet 10 % der Haushaltsausgaben für Sicherheitszwecke nicht zu hoch. Im übrigen werde der Polizeietat grundsätzlich noch besprochen werden.

Auch erhalte es für notwendig, daß in dieser Kriegszeit alle Ausgaben, die nicht unbedingt kriegsnotwendig sind, zurückgestellt würden und empfehle daher strenge Maßstäbe bei der Aufstellung der Ausgaben. Auf der anderen Seite befinde man sich im höllischsten Jahr der deutschen Geschichte. Er glaube nicht, daß der Führer der Regierung des Generalgouvernements Vorwürfe machen würde, wenn in diesem Jahr ein höheres Defizit entstehe.

Da nach den Worten von Präsident Dr. Senkowsky die Haushaltsvoranschläge sämtlicher Kreishauptleute noch nicht eingegangen sind, erteilt der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr. Siebert den Auftrag, für beschleunigten Eingang Sorge zu tragen. Ministerialrat Siebert solle die Kreishauptleute persönlich dafür verantwortlich machen. Nach Eingang sämtlicher Voranschläge, werde eine Etatsitzung stattfinden.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky will diese Sitzung bis spätestens Ende Juli durchgeführt wissen, da sonst die Genehmigung des Reichsfinanzministers zu weit in das Haushaltsjahr hineinfalle.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß auf Grund seiner Vollmachten/ den Etat auch ohne Genehmigung des Reichsfinanzministers in Kraft setzen könne.

Kundgebung in einer Flugzeughalle des Flugplatzes Krakau.

Der Herr Generalgouverneur lehnt den Antrag des Präsidenten Ohlenbüsch, zum Zwecke der Füllung der großen Halle für die kommende Kundgebung einen Teil der Beamten und Angestellten abzukommandieren, entschieden ab und erklärt, daß ein Zwangsaufmarsch oder eine Zwangsabstellung bei solchen Anlässen nicht infrage komme. -

In dissem Zusammenhang weist er darauf hin, daß in starkem Maße darüber Klage geführt werde, daß in der Propaganda viel zu sehr auf die deutsche Mentalität Rücksicht genommen werde und die fremdvölkische zu wenig Beachtung finde. Er wäre für diesbezügliche Vorschläge des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda dankbar und würde notfalls außerordentliche Mittel dafür zur Verfügung stellen lassen.

--

Schluß der Sitzung 18 Uhr.

Anwesenheitsliste

7. Hauptabteilungsleitersitzung

am 22. Juni 1942.

Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger ↓ u. andere
Präsident Dr. Siebert
Präsident Dr. Frauendorfer
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Naumann
Präsident Bauder
Präsident Gerteis
Präsident Lauxmann
Präsident Dr. Eißfeldt
Präsident Watzke
Präsident Ohlenbusch
Regierungsrat Dr. Bergemann
Regierungsrat Dr. Gerlach
Ministerialrat Eden
Regierungsrat Fessler
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Tagesordnung

1. Entlohnung der volksdeutschen Angestellten und Arbeiter.
2. Lohnerhöhung für die nichtdeutschen Eisenbahner ab 1.6.1942.
3. Maßnahmen zur Erfassung der Arbeitslosen und Scheinbeschäftigten.
4. Lebensmittelrationen im Distrikt Galizien.
5. Enteignungsverordnung.

- - - -

Beginn der Sitzung: 15,3o Uhr.

Staatssekretär Dr. Bühler eröffnet die 7. Hauptabteilungsleitersitzung und begrüßt besonders den Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Obergruppenführer Krüger. Er stellt fest, daß seit der letzten Sitzung die Grundlagen der Arbeit im wesentlichen unverändert geblieben sind, d.h. die gleichen schweren Probleme, wie die Sicherheit im allgemeinen, der Arbeitseinsatz, die Sicherstellung der Ernährung, die Transportschwierigkeiten, bestehen und an deren Lösung fieberhaft gearbeitet werde. Im ganzen gesehen sei die Lage in ihrer zukünftigen Gestaltung durch die Kriegsereignisse im Osten wesentlich bedingt und beeinflußt. Es bleibe daher nur übrig, in den nächsten Monaten mit aller Kraft an der Erfüllung der Forderungen, die das Reich als Kriegsbeitrag vom Generalgouvernement verlangt, zu arbeiten.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Entlohnung der volksdeutschen Angestellten und Arbeiter.

Staatssekretär Dr. Bühler schickt voraus, daß bei den Verhandlungen in Berlin seitens des Reichsfinanzministeriums dagegen protestiert wurde, daß den Volksdeutschen im Generalgouvernement

Lohnerhöhungen bewilligt worden sind. Er sei diesem Protest entgegengetreten und habe die Gründe für eine Besserstellung der Volksdeutschen klargelegt mit dem Erfolg, dass sich auch die Wehrmacht dem Vorgehen der Regierung angeschlossen habe. In einer der letzten Sitzungen sei vor allem darüber geklagt worden, dass die Volksdeutschen in der Freien Wirtschaft bisher noch unter den gleichen ungünstigen Bedingungen gearbeitet haben wie die polnischen Arbeitskräfte, d.h. dass sie im Ernährungs- und Versorgungssektor den Deutschen wohl gleichgestellt seien, auf Grund ihrer geringen Entlöhnung aber sich die ihnen zustehenden Lebensmittel und Waren nicht erwerben könnten. Der Herr Generalgouverneur habe ihm den ultimativen Auftrag gegeben, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Volksdeutschen auch im Sektor der Freien Wirtschaft besser gestellt werden als die Polen. Diese Forderung sei schon mehrmals an die Hauptabteilung Arbeit herangetragen worden.

Präsident Dr. Frauendorfer nimmt zu dieser Frage grundsätzlich Stellung und führt aus, dass das Problem der Entlöhnung der Volksdeutschen bereits seit langer Zeit und entscheidend vor 3/4 Jahren Gegenstand von Besprechungen zwischen den Hauptabteilungen Finanzen, Wirtschaft und Arbeit war. Es sei dabei einmütig festgestellt worden, dass eine Besserstellung der Volksdeutschen im allgemeinen nicht von der Lohnseite her geschehen könne, sondern nur mit Hilfe rein staatlicher Zuschüsse. Ein solcher staatlicher Zuschuss sei es gewesen, der den Volksdeutschen im Öffentlichen Dienst auf Grund der damaligen Vorschläge und der jetzigen öffentlichen Regelung der Hauptabteilung Finanzen bewilligt wurde. Er möchte ein für allemal feststellen, dass die Volksdeutschen grundsätzlich genau so wie alle anderen in diesem Gebiet unter die Tarifordnung fallen und dass ihre Löhne ohne jegliche Zuschläge ungefähr 85% der Reichslöhne betragen. Es sei dann im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs und des Chefs der Regierung eine Leistungszulage in Höhe von 25% eingeführt worden, die zu gewähren dem einzelnen Betrieb, der volksdeutsche Arbeiter beschäftigt, selbst überlassen sei. Darüber hinaus sei um die

Jahreswende

Jahreswende den Volksdeutschen im Auftrage des Herrn Staatssekretärs ein einmaliger Zuschuß von 300,- Zloty für Verheiratete und von 150,- Zloty für Ledige gewährt worden. Er müsse feststellen, daß heute die Volksdeutschen auf demselben Lohnniveau stehen, wie die reichsdeutschen Arbeiter in den eingegliederten Ostgebieten. Eine weitere Besserstellung der Volksdeutschen auf dem Wege der Lohnerhöhung sei daher nicht mehr möglich, sondern nur in Form eines allgemeinen staatlichen Zuschusses, der mit dem Lohn nicht verkoppelt werden dürfe und auf die Gesamtwirtschaft umgelegt werden könnte.

Staatssekretär Dr. Bühler spricht seine Verwunderung darüber aus, daß trotz der 25%igen Leistungszulage die Beschwerden nicht abreißen und bittet Präsident Dr. Frauendorfer um Vorlage entsprechender Unterlagen, die darüber Auskunft geben, in welchem Umfange von dieser Leistungszulage Gebrauch gemacht worden sei.

Staatssekretär Krüger steht auf dem Standpunkt, daß eine Besserstellung der Volksdeutschen gegenüber den Polen unbedingt erfolgen muß, um sie mehr und mehr von den Polen zu isolieren und einem Aufsaugen der Volksdeutschen durch die Polen vorzubeugen. Er sei stärkstens daran interessiert, daß das Lebensniveau der Volksdeutschen gehoben wird, da das volksdeutsche Element für die Zukunft gesehen als Unterbau für die reichsdeutsche Besiedelung dieses Gebietes von größtem Wert sei. Die Freie Wirtschaft müsse zur Besserstellung der Volksdeutschen gezwungen und die Bestimmung über die 25%ige Leistungszulage von der Kann-Bestimmung in eine Muß-Bestimmung umgewandelt werden.

Präsident Dr. Siebert gibt zu überlegen, dem volksdeutschen Arbeiter in der Privatwirtschaft genau wie dem Beamten zu den im großen und ganzen auf Reichsniveau liegenden Löhnen eine Zulage zu gewähren.

Staatssekretär Dr. Bühler sagt zu, daß bei Bewilligung einer Aufbauzulage diese den Volksdeutschen zugute kommen soll.

Der Ansicht einer grundsätzlichen Besserstellung der Volksdeutschen, vor allem der kinderreichen Familien, schließt

sich

sich Präsident Dr. Senkowsky an, der keinen Unterschied zwischen Volksdeutschen und Reichsdeutschen gemacht sehen will. Er befürwortet die Schaffung einer Aufbauzulage, die in gleicher Höhe jedem in der Wirtschaft tätigen Reichs- und Volksdeutschen gewährt werden soll und auf die Gesamtwirtschaft umzulegen sei, ohne die Staatskasse dafür in Anspruch zu nehmen. Es sei dann immer noch die Möglichkeit gegeben, eine den Reichsverhältnissen angepaßte Erziehungsbeihilfe für kinderreiche volksdeutsche Familien zu schaffen.

Regierungsrat Dr. Bergemann, als Vertreter des Präsidenten Dr. Emmerich, erklärt, daß die Betriebe gern höhere Löhne zahlen, um die Leute halten zu können, und daß man s.W. von der Leistungszulage gern Gebrauch mache. Geld spiele keine Rolle, sondern nur die Arbeitskraft. Die Betriebe vertreten die Angelegenheit nicht so sehr vom Standpunkt einer grundsätzlichen Besserstellung der Volksdeutschen gegenüber den Polen, sondern in erster Linie vom Leistungsprinzip aus.

Präsident Dr. Frauendorfer schließt sich dieser Auffassung an, während Präsident Dr. Lauxmann an Hand von Beispielen nachweist, daß die Leistungen der Volksdeutschen oftmals unter denen der Polen liegen, und daß man ihnen daher nicht Löhne zahlen könne für Posten, die auszufüllen sie nicht in der Lage sind. Im übrigen bekämen die bei der Deutschen Post Osten beschäftigten Volksdeutschen eine Zulage von 50% der Tagegelder der Reichsdeutschen. Die Volksdeutschen aus den eingegliederten Ostgebieten würden genau so bezahlt wie die Reichsdeutschen.

Präsident Dr. Gerteis referiert eingehend über die von der Deutschen Ostbahn betriebenen Lohnpolitik und betont, daß für die Volksdeutschen vom ersten Tage an die deutsche Lohnordnung eingeführt und damit ein deutlicher Unterschied zwischen deutschen und polnischen Arbeitern in der Bezahlung gemacht wurde. Mit Einverständnis des Reichsverkehrsministeriums seien eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Verbesserung des Lohnniveaus der Volksdeutschen getroffen worden. Ebenso werde eine Aufbauzulage gezahlt. Das Leistungsniveau der jetzt noch beschäftigten

Volksdeutschen reiche jedoch an das der Polen nicht heran, das auch durch Schulung kaum zu verbessern sei.

Präsident Dr. Senkowsky glaubt nicht, daß vom Leistungsprinzip aus gesehen eine gleichmässige Behandlung der Volksdeutschen möglich ist. Er schlägt vor, diejenigen Volksdeutschen, die mit den Polen nicht konkurrieren können, aus nationalpolitischen Gründen ins Reich abzuschieben. Dann könne die Wirtschaft daran gehen, die noch verbliebenen Volksdeutschen ohne jeden Unterschied den reichsdeutschen Arbeitskräften anzugleichen, und sie werde früher oder später auch zu einer Aufbauzulage kommen müssen, wie sie das Generalgouvernement im öffentlichen Dienst bezahlt. Man brauche dann nicht mehr zwei Tarifordnungen für Reichs- und Volksdeutsche, sondern nur eine Tarifordnung für Deutsche und eine für Nichtdeutsche.

Präsident Dr. Frauendorfer verneint diese Möglichkeit mit dem Hinweis darauf, daß die Deutschen, die aus dem Reich kommen, unterschiedlich bezahlt werden und dadurch einer ungerechtfertigten Kürzung bezw. Erhöhung ihres Lohnes unterworfen würden.

Eine Vereinfachung des Themas sieht Staatssekretär Dr. Bühler dann gegeben, wenn die Frage der Aufbauzulage endgültig geregelt ist, weil dann ein Großteil der bisher mehr oder weniger vorübergehend im Generalgouvernement tätigen Arbeitskräfte sich endgültig hier niederlassen werde, die sich dann an die allgemeinen Sätze anzupassen hätten.

Präsident Dr. Siebert bemerkt, daß dieser Vorgang durch die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für sämtliche Volksdeutschen wesentlich beschleunigt werden könnte. Unverständlicherweise würden ihm in dieser Frage von Seiten des Reiches die größten Schwierigkeiten bereitet. Er sehe nicht ein, warum die im Generalgouvernement lebenden einwandfreien Volksdeutschen schlechter behandelt werden sollen, wie diejenigen im Warthegau oder in Oberschlesien. Er glaubt, daß es möglich sein wird, im Laufe der nächsten Monate energische Maßnahmen zu ergreifen, um diese Volksdeutschen endlich einbürgern zu können. Es müsse in jedem Falle wegen der Dringlichkeit des Problems vom

Reichsinnenministerium die Zustimmung zur Einbürgerung verlangt werden.

Staatssekretär Krüger bekundet nach der Gesamtlage sein stärkstes Interesse an der Einbürgerung der Volksdeutschen und sagt Präsident Dr. Siebert seine Unterstützung bei der Regelung dieser Frage zu.

Staatssekretär Dr. Bühler schließt die Debatte über den Punkt 1) der Tagesordnung und stellt fest, daß er im Augenblick Abschließendes zu dem ganzen Problem nicht sagen könne. Er werde sich die notwendigen Unterlagen beschaffen und an Hand des Materials mit den örtlichen Instanzen und der Partei Besprechungen führen und die Angelegenheit dann nochmals zur Debatte stellen.

2. Lohnerhöhung für die nichtdeutschen Eisenbahner ab 1.6.1942.

Präsident Dr. Gerteis berichtet, daß die Deutsche Ostbahn mit Wirkung vom 1. Juni 1942 gegen den Widerspruch der Hauptabteilung Finanzen eine Erhöhung der Löhne für nichtdeutsche Eisenbahner vorgenommen hat. Die Lohnerhöhung beträgt ¼%- 20% im Rahmen von 4 Ortsklassen. Die Ostbahn begründet diese Maßnahme damit, daß die bisher gezahlten Löhne mit den Löhnen der Privatwirtschaft nicht in Einklang standen und eine Angleichung unbedingt notwendig war, um eine Abwanderung der Eisenbahner in die Freie Wirtschaft zu vermeiden. Die Angleichung der Löhne entspreche auch dem Wunsche der Wehrmacht. In einer am 2o. Mai d.Js. stattgefundenen Sitzung, in der diese beabsichtigte Maßnahme der Ostbahn zur Debatte stand, haben ihr mit Ausnahme der Hauptabteilung Finanzen alle übrigen Hauptabteilungen zugestimmt, allerdings die Hauptabteilungen Post und Arbeit mit dem Vorbehalt, daß die Lohnerhöhung nur durchgeführt wird, wenn auch eine Angleichung der Löhne der wiederbeschäftigten polnischen Beamten im öffentlichen Dienst erfolgt. Wenn im Einzelfalle die Lohnerhöhung nur gering ist und keine wirkliche Hilfe darstellt, so sei sie doch in ihrer moralischen Wirkung im Hinblick auf die große

Zahl der zur Bewältigung der der Ostbahn gestellten Aufgaben notwendigen Arbeitskräfte unbedingt erforderlich gewesen. Es sei zumindest erreicht worden, daß der polnische Arbeiter nunmehr in der Lage ist, die Ernährung für sich und seine Familie auf offiziellem Wege einigermaßen sicherzustellen. Die Zahl der ständig von der Arbeit Fernbleibenden sei sofort von 2o% auf 8% gesunken, ein Erfolg, der nicht hoch genug veranschlagt werden könne.

Auf den Einwurf des Staatssekretärs Dr. Bühler, daß man vor Einführung einer solchen Maßnahme zumindest einen Schiedsspruch des Herrn Generalgouverneurs oder seine eigene Zustimmung hätte einholen müssen, erwidert Präsident Dr. Gerteis, daß er für sein eigenmächtiges Vorgehen die volle Verantwortung übernehme und um nachträgliche Genehmigung bitte.

Die unterschiedliche Lohnpolitik zwischen Staatsbetrieben und Privatwirtschaft sei untragbar gewesen. Die bisherigen Löhne der Ostbahn lagen in den Städten und Industriebetrieben erheblich unter den Löhnen der Privatwirtschaft. Die Folgen waren ein dauerndes Fehlen von bis zu 2o% der Belegschaft und das ständige Bestreben der Arbeiter nach Abwanderung zur Industrie. Neue Arbeitskräfte waren überhaupt nicht zu erhalten. Diese Schwierigkeiten konnten gerade jetzt bei dem der Ostbahn gestellten kriegswichtigen Aufgabenkreis gefährlich werden, weshalb eine Angleichung der Löhne sofort vorgenommen werden mußte. Bei der Kraftfahrzeugreparatur sei eine Lohnerhöhung bereits am 1. März 1942 vorgenommen worden. Die Hauptabteilung Arbeit habe sich bemüht, die Löhne bei den übrigen Betrieben zu senken und denen der Ostbahn gleichzusetzen, wie sie überhaupt mit der Einführung dieser neuen Lohnsätze grundsätzlich einverstanden war.

Präsident Dr. Frauendorfer bestätigt die Ausführungen des Präsidenten Dr. Gerteis und erklärt, daß bei der neuen Lohnregelung, soweit gangbar, der normale Weg eingehalten worden sei. Zwischen den interessierten Abteilungen sei volle Einigung erzielt worden und er habe unter den gegebenen Voraussetzungen die Lohnerhöhung genehmigt. Eine ähnliche Regelung sei bereits

früher

früher durchgeführt worden bei der Kraftfahrzeuginstandsetzung, bei der Polizei, Wehrmacht und Luftwaffe. Die Einwendungen der Hauptabteilung Finanzen hätten umso eher umgangen werden können, als sie lediglich formaler Art waren. Trotz halbjähriger Verhandlungen sei man in diesem Punkte nicht weitergekommen. Mit der Lohnerhöhung sei erreicht worden, daß kein Arbeiter mehr einen Grund zur Abwanderung in die Industrie habe.

Präsident Dr. Senkowsky erhebt Einspruch dagegen, daß eine Dienststelle, die so viele Polen beschäftigt, solche Lohnerhöhungen vornimmt. Es wäre ihm lieber gewesen, wenn die Angelegenheit in der Hauptabteilungsleitersitzung vorgebracht worden wäre, in der er seinen Standpunkt hätte vertreten können. Die Hauptabteilung Finanzen widerspreche der Angleichung der Löhne an die der Privatwirtschaft deshalb, weil neben der dadurch entstehenden Mehrausgaben von etwa 26 Millionen Zloty die ganze Lohnentwicklung ins Wanken geraten, ja, eine allgemeine Lohnerhöhung zur Folge haben könnte. Es sei durchaus nicht so, daß durch die Hauptabteilung Finanzen aus reiner Prinzipienreiterei kriegswichtige Aufgaben verhindert worden seien.

Die Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler, ob Abwanderungen bereits eingetreten seien, bejaht Dr. Gerteis, gibt aber zu, daß die durch die Abwanderung und die Unmöglichkeit, infolge der geringen Löhne neue Arbeitskräfte zu erhalten, seit über einem Jahr bestehenden schwersten Störungen nunmehr beseitigt werden konnten.

Präsident Dr. Lauxmann berichtet von dem Bestreben seiner Leute, auf Grund der erhöhten Löhne nunmehr zur Ostbahn abzuwandern. Die Deutsche Post Osten müsse sich also notgedrungen im Interesse des Haltens der Arbeitskräfte dem Vorgehen der Ostbahn anschließen.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt fest, daß Präsident Dr. Senkowsky eine nachträgliche Einigung in Aussicht gestellt hat und nimmt an, daß eine solche Einigung auch mit der Deutschen Post Osten erreicht werden kann.

Präsident Dr. Senkowsky

Präsident Dr. Senkowsky lehnt, soweit polnische Beamte in Frage kommen, eine Lohnerhöhung ab. Eine Besserstellung der polnischen Beamten sei nicht diskussionsfähig.

Auf die Frage des Präsidenten Dr. Senkowsky, ob ein Arbeitsplatzwechsel nicht genehmigungspflichtig gemacht werden könnte, erwidert Präsident Dr. Frauendorfer daß dies seit Jahren bereits der Fall ist.

Staatssekretär Krüger führt aus, daß man es niemals wird verhindern können, daß die Arbeiter, die ihre Familie nicht ernähren können, von der Arbeitsstätte wegbleiben. Eine grundsätzliche restlose Bekämpfung des Schleichhandels sei daher zur Lösung des Problems unbedingt notwendig. Gegen den Juden müsse in erster Linie vorgegangen werden. Nach den letzten Judenaktionen, z.B. in Lublin und Krakau, habe sich gezeigt, daß die Schleichhandelspreise sofort um die Hälfte gesunken sind. Auch sei die neue Ernteerfassung nur möglich, wenn das Judenproblem und die Schleichhandelsfrage gelöst sind.

Dieser Auffassung schließt sich Staatssekretär Dr. Bühler an, räumt aber ein, daß der Schleichhandel solange bestehen wird, als die totale Versorgung der polnischen Bevölkerung nicht garantiert werden kann.

Nach Meinung des Präsidenten Dr. Frauendorfer würde eine Umsiedlung der Juden, die ein erhebliches Kontingent der Gesamtbevölkerung ausmachen, auf allen Sektoren des öffentlichen Lebens tiefgreifende Auswirkungen haben. Das Land sei arbeitsmäßig erheblich abgeschöpft. Rund 1oo ooo Facharbeiter stehen in der Rüstungsindustrie, 8oo ooo Arbeiter befinden sich im Reich, weitere 1oo ooo Arbeiter beschäftigt der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement in seinen Dienststellen. Er, Präsident Dr. Frauendorfer, sei daher zur Zeit auf den jüdischen Arbeitseinsatz absolut angewiesen, eine Auffassung, der sich auch der Rüstungsinspekteur im Generalgouvernement, Generalleutnant Schindler, angeschlossen habe. Diese seien mangels

polnischer Facharbeiter nicht zu ersetzen. Die Juden sollen den von der SS durchgeführten Aktionen zwar nicht entzogen, aber für die Dauer des Krieges arbeitsmäßig erhalten bleiben.

Er habe kein Interesse daran, jüdische Facharbeiter der Wirtschaft oder der Industrie zu entziehen. In den mit Generalleutnant Schindler getroffenen Vereinbarungen bezüglich Hergabe von Juden für die Rüstungsindustrie sei dies sehr eindeutig klargestellt worden, und er könne dessen Wünsche auch vollauf befriedigen. Tausende von jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die in in der Nähe der Rüstungsbetriebe errichteten Lagern untergebracht werden, würden für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, von der SS betreut, verpflegt und, wenn notwendig, eingekleidet. Der Reichsführer-SS sowie Reichsminister Speer und der Beauftragte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel. legten sogar gesteigerten Wert auf den <u>Einsatz der arbeitsfähigen</u> Juden.

Präsident Naumann schildert die großen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Die hauptsächlich in Galizien zur Arbeit angesetzten Ukrainer treiben in zunehmendem Maße Sabotage und bleiben von der Arbeit fern, sodaß z.B. die Bestellung der Zuckerrübenfelder nahezu unmöglich geworden sei. Er schlägt vor, die sich augenblicklich auf Grund der Judenaktionen freiwillig zur Arbeit meldenden Juden mit Ausweisen zu versehen und in der Landwirtschaft einzusetzen. Es handele sich um die Versorgung von etwa 1 800 Großbetrieben, für die 30 - 40 000 Juden gebraucht würden, die im Herbst wieder für andere Zwecke verfügbar wären. Die Situation sei äusserst kritisch und er bitte Staatssekretär Krüger, ihm die Juden auf schnellstem Wege zur Verfügung zu stellen.

Präsident Dr. Frauendorfer unterstützt diesen Vorschlag und ist bereit, die nötigen Leute zu vermitteln.

Auf eine entsprechende Frage der Staatssekretäre Dr.Bühler und Krüger erklärt Präsident Naumann, daß die Möglichkeit einer sofortigen Unterbringung und notdürftigen Verpflegung der Juden gegeben, eine Überwachung derselben durch die wenigen zur Verfügung stehenden Aufsichtsbeamten jedoch nicht restlos durchzuführen sei. Er müsse daher um polizeiliche Unterstützung bitten.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß eine solche Maßnahme sehr organisiert und überlegt werden müsse. Polizeikräfte zur Überwachung der Juden könne er nicht zur Verfügung stellen.

Staatssekretär Dr. Bühler entscheidet, daß das Spezialproblem Galizien zwischen Staatssekretär Krüger und Präsident Naumann näher besprochen werden soll.

3. Maßnahmen zur Erfassung der Arbeitslosen und Scheinbeschäftigten.

Staatssekretär Dr. Bühler erinnert an eine kürzlich gemachte Anregung, die Erfassung der Arbeitslosen und Scheinbeschäftigten zu verbinden mit der Verweigerung von Lebensmitteln und Wohnungen. Er richtet an Präsident Dr. Frauendorfer die Frage, ob

die

die Hauptabteilung Arbeit diese Angelegenheit weiter verfolgen wolle.

Präsident Dr. Frauendorfer überreicht Staatssekretär Dr. Bühler einen ausführlichen Bericht, in dem diese Dinge grundsätzlich behandelt werden. Er betont, daß seit zwei Jahren auf diesem Gebiete alles, was möglich war getan worden sei. In Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft könne diese Angelegenheit weiter bearbeitet werden. Die Einzelheiten bittet er aus seinem Exposé zu entnehmen.

Wie Präsident Dr. Siebert mitteilt, habe der Herr Generalgouverneur angeregt, die Scheinbeschäftigten bezw. Nichtbeschäftigten in die schlechtesten Wohnungen zu stecken, vor allem in die freigewordenen Ghettos.

Die Fürsorgeämter seien angewiesen worden, Unterstützungen grundsätzlich nur noch an arbeitsunfähige Personen zu zahlen. Allerdings müsse dabei auf die Familienangehörigen der im Reich beschäftigten Polen Rücksicht genommen werden, die ihre Angehörigen nur in sehr geringem Ausmaße unterstützen könnten.

Präsident Dr. Frauendorfer erklärt, daß die Polen im Reich nur sehr wenig verdienen und demnach nur geringe Ersparnisse in das Generalgouvernement überweisen können. Das Reich weigere sich, den Polen mehr zu zahlen. Durch den geringen Kaufwert des Zloty gegenüber der Reichsmark seien die überwiesenen Beträge praktisch gleich Null. Man komme also um eine zusätzliche Unterstützung für die zurückgebliebenen Angehörigen der Arbeiter im Reich nicht herum.

Die Mittel für diese Unterstützung werden, wie Präsident Dr. Senkowsky mitteilt, dem polnischen Arbeiter im Reich in Form der Sozialausgleichsabgabe bereits abgezogen. Das Reich sei daher ohne weiteres in der Lage, die seitens des Generalgouvernements gewährten Unterstützungen zurückzuzahlen.

Staatssekretär Dr. Bühler ersucht, diese beiden Probleme energisch vorwärts zu treiben.

4. Lebensmittelrationen im Distrikt Galizien.

Im Laufe der Diskussion über Punkt 2) der Tagesordnung wurde gleichzeitig die Regelung der Lebensmittelrationen im Distrikt Galizien erörtert. Präsident Naumann fordert nochmals eine Entscheidung über die Höhe der Lebensmittelsätze für die Ukrainer und bittet Staatssekretär Dr. Bühler, die in der letzten Hauptabteilungsleitersitzung beschlossene Gleichstellung der Ukrainer mit den Polen nunmehr einzuführen.

Staatssekretär Dr. Bühler will mit Gouverneur Dr. Wächter über die Einführung der gleichen Lebensmittelrationen für Ukrainer und Polen ab 1. Juli 1942 verhandeln.

Präsident Dr. Eißfeldt führt Klage über die anhaltende Einziehung von Pferden durch die Wehrmacht. In der Forstwirtschaft sei man weitestgehend auf das Pferd angewiesen, da Motorfahrzeuge nicht genügend vorhanden und zum großen Teil auch nicht verwendbar sind. Seit einem Jahr sei der Pferdebestand so zurückgegangen, daß die Holzabfuhr außerordentlich stark gelitten hat und der Zeitpunkt abzusehen sei, wann sie überhaupt nicht mehr funktioniert. In den Wäldern liegen riesige Mengen von Holz, die mehr oder weniger verfaulen, die Sägewerke liegen zum großen Teil still, weil die Holzanfuhr stockt. Neuerdings sei man auch dazu übergegangen, die Dienstpferde der Forstbeamten zu requirieren, sodaß diese nicht mehr in der Lage sind, ihren Dienst im vollen Ausmaß auszuüben. Wie ihm bekannt geworden ist, stehen im Augenblick neue Pferdeeinziehungen in Aussicht. Er bitte daher dringend, bei den zuständigen Stellen ganz energisch auf die Mißstände in der Holzwirtschaft hinzuweisen und Maßnahmen zu ergreifen, die eine Zurückstellung weiterer Einziehungen von Pferden zum Ziele haben. Präsident Dr. Eißfeldt regt weiter an, nicht zu viele Straßenverbesserungen ausführen zu lassen, weil dadurch eine grosse Anzahl von Pferdegespannen in Anspruch genommen wird, deren Einsatz in der Forstwirtschaft notwendiger sei.

Staatssekretär Dr. Bühler

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß er sich gegen diese fortgesetzten Einziehungen von Pferden bereits erheblich zur Wehr gesetzt und in Berlin eine Drosselung der Requirierungen verlangt habe.

Präsident Dr. Frauendorfer ersucht um Zuteilung von monatlich je 2oo Lt. Benzin für 4o Kraftwagen, die ihm zwecks Anwerbung von weiteren 100 000 Polen im Distrikt Galizien zur Verschickung ins Reich zur Verfügung gestellt worden sind.

Staatssekretär Dr. Bühler bittet um Vorlage entsprechender Unterlagen.

Punkt 5 der Tagesordnung "Enteignungsverordnung" wurde nicht behandelt.

Schluß der Sitzung: 18,1o Uhr.

Hauptabteilungsleitersitzung
im Kleinen Sitzungssaal des
Regierungsgebäudes zu Krakau
am 21.September 1942

Ausgefertigt in 3 Exempl.:

1. z.d.Akt. d.Kanzl. des Generalgouverneurs
2. Herrn Staatssekretär Dr. Bühler
3. Herrn O.L.G.R.Dr.Weh

Abschrift

Anwesenheitsliste
für die Hauptabteilungsleitersitzung vom
21. September 1942.
15 Uhr 30 Min.

Frank
Bühler
Stahl
Emmerich
Naumann
Gerteis
Lauxmann
Blauert
Dr.Weh
Dr.Fischer
Dr.Wächter
Wille
Plodeck
Tetzner
Gwuzdz
Dr.Wendler
Dr.Heuber
Schöngarth
Becker
Paersch
Siebert
Schepers
Dr.Radtke
Kundt
Zörner
Gassner
Dr.Schulte-Wissermann
Watzke
Bauder
Dr.Frauendorfer.

Beginn der Sitzung 15Uhr 30 Minuten

1. Erfassung der nichtdeutschen Bevölkerung zum Arbeitseinsatz

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß sich in der Entwicklung des Arbeitseinsatzes der nichtdeutschen Bevölkerung im Generalgouvernement eine bedeutende Verschlechterung bemerkbar mache. Die von der Arbeitseinsatzverwaltung vermittelten Kräfte verließen nach wenigen Tagen wieder ihre Arbeitsplätze und kehrten dorthin nicht mehr zurück. Dadurch würden wesentliche Arbeitsprogramme, vor allem auch im militärischen Interesse wichtige, empfindlich gestört. Dieser Zustand habe seine Ursache darin, daß die arbeitende Bevölkerung sich für ihre Arbeitslöhne nicht hinreichend ernähren könne und daß die amtliche Zuteilung bei weitem nicht ausreiche. Man müsse in den kommenden Monaten mit einer weiteren Verschärfung dieser Lage rechnen, sodaß es angezeigt sei, bereits jetzt über Maßnahmen zu beraten, um den im deutschen Interesse erforderlichen Arbeitseinsatz im Generalgouvernement zu sichern.

Gouverneur Dr. Wächter ist der Überzeugung, daß die Arbeitskräfte, deren Gestellung das Reich vom Generalgouvernement fordere, hier im Lande vorhanden seien. Aus Galizien habe man bisher 270.000 Arbeiter - 8 % der arbeitsfähigen Bevölkerung - an das Reich abgegeben. Trotzdem könne man weitere Arbeitskräfte herausholen, insbesondere, wenn man in das kleine Bauerntum eingreife. Er bitte aber, die Organisation der Erfassung abzuändern. Die Erfassungsorgane gingen vielfach nach der Linie des geringsten Widerstandes vor, holten also Arbeitskräfte aus Stellen, in denen sie irgendwie versammelt seien: von den Liegenschaften, von den Betrieben der Wasserwirtschaft, aus den Tabakfabriken usw.. Man

greife da zu, wo man sie am leichtesten erfassen könne, und nicht da, wo sie im Interesse der Arbeitssituation noch abgeschöpft werden könnten.

Er sehe nicht ein, warum die Erfassung von Arbeitskräften anders gehandhabt werden solle, als die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte. Erfasse man die Kontingente mit Hilfe der Ernteerfassungsausschüsse mit Erfolg, so sei es naheliegend, eine ähnliche Methode zur Erfassung der Arbeitskräfte einzuschlagen. Genügend Beamte und Angestellte der Arbeitsverwaltung stünden dazu zur Verfügung. Man solle also im Benehmen mit der Hauptabteilung Arbeit die Organisation insofern etwas abändern, daß man den Arbeitsämtern der Distrikte Außenstellen bei den Kreishauptleuten schafft. Ein Kreishauptmann gehöre zu den wenigen Personen, die einen Gesamtüberblick über einen Kreis hätten. Er habe ein Interesse daran, daß sowohl die vom Reich geforderten Arbeitskräfte aufgebracht würden als auch die landwirtschaftliche Produktion im Generalgouvernement für die Zukunft gesichert würde. Ihn sollte man verantwortlich einschalten. Eine solche Organisationsänderung könne ohne besondere Kompliziertheit durchgeführt werden. Man könne im Generalgouvernement nicht nach Reichsschemen verfahren.

Die Arbeitergestellung für das Generalgouvernement selbst sei eine reine Frage der Ernährung. Stelle man eine genügende Ernährung sicher, so bereite es keine Schwierigkeiten, ständig genügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben.

Gouverneur Dr. Fischer schließt sich den Ausführungen Gouverneurs Dr. Wächter an. Bei einer Besprechung mit den Kreishauptleuten des Distrikts Warschau hätten ihn die Ausführungen der einzelnen Kreishauptleute überzeugt davon, daß diese leicht in der Lage seien, die erforderlichen Arbeitskräfte aufzubringen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie Einfluß auf die Werbung ausüben könnten. Bei dieser Besprechung

habe man die dem Distrikt Warschau auferlegten Kontingente für ins Reich abzugebende Arbeitskräfte aufgeteilt. Auf jeden Kreis entfielen 12- bis 1400 Mann, pro Dorf durchschnittlich 2 Mann. Diese Zahlen ließen sich leicht erreichen. Er habe für ihre Erfassung Befehlsstäbe errichtet.

Die Arbeitsmoral der städtischen Arbeiterschaft müsse unbedingt gehoben werden und er bitte zu diesem Zweck um Erlaß einer Anordnung, derzufolge unentschuldigtes Wegbleiben vom Betrieb als Sabotage ausgelegt würde.

Gouverneur Dr. Wendler ist auch der Meinung, die Kreishauptleute verantwortlich in die Arbeitererfassungsorganisation einzuschalten. Die Arbeitsämter seien größtenteils nicht in der Lage, die notwendigen Arbeitskräfte zu er/fassen. Ohne orts- und kreismäßige Verantwortung könne man zu keinem vollen Erfolg gelangen.

Gouverneur Kunit ist der gleichen Ansicht. Von seiten der Arbeitsämter gehe man bereits dazu über, Angehörige des demnächst zum Baudienst einzuziehenden Jahrganges zu erfassen, um die vorgeschriebene Zahl der Arbeitskräfte für das Reich zu erreichen. Dadurch entstehe die Gefahr, daß man dann zu wenig baudienstpflichtige Männer einziehen könne, die man gemäß einer Vereinbarung bei Staatssekretär Dr. Bühler für unbedingt kriegswichtige Arbeiten bei der Ostbahn benötige. Der Baudienst habe sich im vollen Maße bewährt und werde ausschließlich für kriegswichte Aufgaben eingesetzt. Wenn der jetzt einberufene Jahrgang, wie vorgeschrieben, nicht entlassen werde, laufe man große Gefahr, die Angehörigen der nächsten Jahrgänge schwer zu erfassen, da die Leute nicht wüßten, wie lange die dienen sollten. Der Baudienstpflichtige der kommenden Jahrgänge melde sich lieber zur Arbeit im Reich, da er dort mehr bezahlt bekomme und auch nicht der strengen Arbeitspflicht

unterliege. Die anderen Arbeitskräfte könne man nur durch Krafteinsatz erfassen. Darum sei es wichtig, daß der Gouverneur oder Kreishauptmann die entsprechenden Vollmachten bekomme, die Arbeitererfassung so vorzunehmen, wie er es je nach der Gegend für notwendig halte.

Für die Zukunft ergebe sich aber auch ein immer stärkerer Bedarf an Arbeitskräften innerhalb des Generalgouvernements infolge der großen Bahnbauten und des verstärkten Aufbaues von Rüstungsindustrien. Das treffe insbesondere für den Distrikt Radom zu. Man dürfe daher nicht einfach Arbeitskräfte für das Reich aus Rüstungsindustriegebieten herausholen, da man sie für kommende Rüstungsindustriebetriebe benötige. Auch müßten die in Rüstungsbetrieben heute tätigen Juden allmählich durch polnische Arbeiter ersetzt werden.

Bei der zunehmenden Ernährungsverknappung werde man die Arbeitskräfte für deutsche Dienste leichter erfassen können als durch die Polizei, wenn eine ausreichende Ernährung der in deutschen Diensten Tätigen gesichert sei. Da aber der Ernährungsplan des Generalgouvernements auf der Beschäftigungsbasis vor einem halben Jahre aufgestellt worden sei, müsse man ihn auf Grund der stärkeren Erfassung der Arbeitskräfte für deutsche Betriebe korrigieren; denn die Zahl der Arbeitskräfte in deutschen Diensten steige ständig.

Gouverneur Zörner erklärt, daß die Erfassung der Arbeitskräfte für das Reich im Distrikt Radom der Ernteerfassung hintangestellt worden sei. Im übrigen schliesse er sich den Ausführungen der anderen Gouverneure an.

Präsident Dr. Frauendorfer ist sich darüber klar, daß es schwierig sei, die verschiedenen Anforderungen auf einen Nenner zu bringen. Bei Besprechungen mit Reichsstatthalter Sauckel und Reichsminister Speer habe er festgestellt, daß die Arbeitseinsatzlage des Reiches

katastrophal angespannt sei, sodaß eine Steigerung dieser Schwierigkeiten kaum mehr hingenommen werden könne. Die letzten Einberufungen zur Wehrmacht in Höhe von 400.000 Mann habe man bereits von den Rüstungsfacharbeitern des Reiches abziehen müssen.

Das Generalgouvernement habe bisher von allen besetzten Ländern die meisten Arbeitskräfte an das Reich abgegeben. Als der Bevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Sauckel im Mai dieses Jahres in Krakau war, habe er die Hauptabteilung Arbeit gebeten, im Laufe von zwei Monaten 100.000 Kräfte für die deutsche Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Diese Forderung sei erfüllt worden. Nach den Versicherungen Sauckels sollte nach Aufbringung dieses Kontingentes das Generalgouvernement auf dem Gebiete der Arbeitergestellung nicht mehr beansprucht werden. Da aber die Werbungen in Frankreich, Holland keine guten Ergebnisse gezeitigt hätten und auch aus den Ostgebieten nicht die erwarteten Arbeitskräfte gekommen wären, sei dem Reich das Generalgouvernement wieder als letzte Hoffnung geblieben. Beim letzten Besuch des Reichsstatthalters Sauckel habe man dann vereinbart, möglichst schnell weitere 140.000 Kräfte ins Reich zu vermitteln. Diese Aktion laufe nunmehr seit Mitte August.

Es sei selbstverständlich, daß die einzelnen Gebiete des Generalgouvernements dabei in Schwierigkeiten kämen. Diese müsse man aber hinnehmen. Der Führer habe vor wenigen Tagen die Entscheidung getroffen, daß die Bedürfnisse des Reiches um jeden Preis vorweg erfüllt werden müßten, selbst auf die Gefahr hin, daß wichtige Rüstungsbetriebe im Generalgouvernement ihre Arbeit einstellen müßten. Die Gouverneure hätten ja selber dargelegt, daß man aus dem Generalgouvernement noch Arbeitskräfte abziehen könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr. Fraumdorfer sich zur Sache zu äußern. Niemand im Generalgouvernement bestreite, daß dem Reich geholfen werden müsse. Es drehe sich darum, die Organisation der Arbeitererfassung so umzugestalten, daß sie mit dem größten Nutzen arbeiten könne. Der Arbeitseinsatz müsse bis zum Kreishauptmann hinunter dezentralisiert werden.

Präsident Dr. Frauendorfer entgegnet, daß die Organisation klar kurchgegliedert sei und während zweier Jahre bewiesen habe, daß sie ihre Aufgabe erfüllen könne. Er hegt Bedenken, die Verantwortung seiner Hauptabteilung auf die Kreishauptleute zu übertragen. So habe z.B. der Kreishauptmann in Tarnopol in seinem Kreis die Erfassungsaktion verboten. Die Aktion dürfe nicht ortsgebunden auf den Kreishauptmann übergehen.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Debatte und ordnet im Anschluß an die Sitzung eine Besprechung bei Staatssekretär Dr. Bühler an, in der mit dem Ziele einer Einflußnahme der Kreishauptleute auf die Erfassungsaktion verhandelt werden müsse.

II. Ernteerfassung

Hauptabteilungspräsident Naumann führt aus, daß sich die eingeleiteten Maßnahmen bisher 100 %ig bewährt hätten. Die fünf Distrikte und ihre Kreise wetteiferten darin, die Spitze in der Erfassung zu halten. Bis zum 21. September habe man 501 000 to Getreide erfaßt (im vergangenen Jahr 76 000 to). Bisher seien 90 000 to ins Reich abtransportiert worden.

Die Erfassung sei also kein Problem mehr; die Hauptsorge bereite der Abtransport ins Reihh. 50.000 Stück Rinder würden im September ins Reich geliefert. Mit der Ostbahn habe man vor vier Wochen einen Lieferplan aufgestellt, in dem die Tagestransporte ins Reich

festgelegt seien. Insgesamt würden 600.000 to Getreide, 280.000 to Kartoffeln, 30.000 to Vieh, 5.000 to Zucker, 500 to Fett und 4.000 to Gartenbauerzeugnisse geliefert. Um diese Mengen abzutransportieren, seien folgende Waggonzahlen nötig:

1.	bis 15.	9.	täglich 226	Waggons
16.	bis 19.	9.	" 498	"
20.	bis 30.	9.	" 765	"
1.	bis 31.	10.	" 754	"
1.	bis 30.	11.	" 754	"
1.	bis 15.	12.	" 784	"
16.	bis 31.	12.	" 200	"

Im Oktober benötige man zum Transport von 800.000 to Zuckerrüben pro Tag 3.000 Waggons. Am heutigen Tage fänden in Berlin Verhandlungen über die Gestellung der nötigen Waggons statt.

Hauptabteilungspräsident Naumann schildert dann die Schwierigkeiten, die auftauchen würden, falls man die nötigen Waggons zum Abtransport nicht erhalten könne. Er äußert sich weiter über die Situation auf dem Gebiete der für die Ernteerfassung vorhandenen Prämien, der Kohlen für Druschzwecke und Zuckerrübenfabriken und berichtet von Arbeiten zur Errichtung von 250 primitiven Molkereien in kürzester Frist.

Zum Schluß macht er Ausführungen über den Ernährungsplan für das Generalgouvernement. Man müsse vom 1.Jan.43 ab auf Grund der heutigen Situation für die nichtdeutschen Normalverbraucher, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten, Rationskürzungen vornehmen. Sollte die Brotgetreideerfassung nicht den gewünschten 100 %igen Erfolg aufweisen, müsse man diese Versorgerkategorie von der Brotversorgung ab März 1943 ausschließen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe aber nach wie vor die Absicht, für die nichtdeutschen Arbeiter der Rüstungs-, A- und B und sonstigen lebenswichtigen Betriebe die heutigen Rationssätze aufrecht zu erhalten und auch den Familienangehörigen dieser Arbeitskräfte die nichtdeutschen Normalverbrauchersätze nach dem 1.Jan. 1943 in der alten Höhe zu gewähren. Sonderzuteilungen, wie

man sie im vergangenen Jahr bewilligt habe, könne man in diesem Jahre nicht durchführen.

Präsident Gerteis führt aus, daß ein Programm für die Abfuhr der Ernteerzeugnisse vor 4 Wochen zwischen der Ostbahn und der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Transportsituation eingehende besprochen und genau festgelegt worden sei. Es habe auf der von der Reichsbahn gegebenen Zusage basiert, daß man bemüht sein werde, den Bedarf an gedeckten und offenen Wagen aus dem Zulauf der besetzten Gebiete des Ostens zu befriedigen. Das Programm sei auch zunächst reibungslos angelaufen; die Ausfälle an Wagen für den Transport von Getreide seien in den Distrikten Lublin und Lemberg verhältnismäßig gering gewesen. Auch die Kohlenversorgung sei in diesem Zeitraum durchaus normal gewesen. Es seien dann aber Ereignisse eingetreten, angesichts deren man vor einer völlig neuen Situation gestanden habe. Man befinde sich jetzt in der schwierigsten Lage, die man in den verflossenen drei Jahren erlebt habe.

Präsident Gerteis gibt dann in längeren Ausführungen eine eingehende Schilderung der Schwierigkeiten, mit denen die Ostbahn zur Zeit zu kämpfen hat.

Über die

Sicherheitslage im Generalgouvernement

berichtet Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Oberst der Polizei Dr. Schöngarth. Nach seinen Darlegungen ist eine weitere Steigerung der Sabotageakte nicht festzustellen. Auch im Distrikt Lublin sei die Bandentätigkeit etwas eingedämmt worden, wenngleich die Banden leider aus den weißruthenischen Gebieten Zuzug erhielten. So bildeten sich immer wieder neue Banden, die Überfälle verübten, denen man nicht ohne weiteres begegnen könne, wenn man nicht rechtzeitig durch Agenten Nachricht von solchen geplanten Überfällen erhalte. Zur Zeit sei eine Großaktion im Gange, mit der der Zweck verfolgt werde, noch vor Ausbruch des Winters die

Bandentätigkeit zu unterbinden. Andererseits müsse man damit rechnen, daß in Hungerszeit manche Elemente sich den Banden anschließen würden. Diese würden auch noch durch Kriegsgefangene verstärkt. Auch abgesprungene Fallschirmjäger dirigierten diese Banden, die so in die Lage versetzt würden, immer noch Überfälle auszuüben. Weiter sei anzunehmen, daß vielleicht aus Anlaß der Polenumsiedlung sich bewaffneter Widerstand zeige. Wieweit eine Ersetzung der Juden durch Polen technisch möglich sein werde, stehe dahin.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant der Pol. Becker, daß man mit den zur Zeit im Generalgouvernement vorhandenen Polizeikräften zur Not auskomme. Man müsse mit einem weiteren Andauern der Bandenkämpfe im Lublinerbezirk rechnen, könne aber immerhin feststellen, daß ein gewisses Absinken eingetreten sei. Vor allem seien auch die Banden nicht mehr so stark. Unter dem Druck der polizeilichen Maßnahmen und der fortgesetzten Verfolgungen bei Tag und Nacht seien die Banden im allgemeinen auf 3, 5 oder 7 Mann zusammengeschmolzen. Gleichwohl habe man immer noch mit diesen Banden zu kämpfen, und die 4 Polizeibattaillone im Lubliner Bezirk seien Tag und Nacht beansprucht, auch seien ~~auch~~ schon manche Opfer zu beklagen.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert berichtet sodann über die

Tätigkeit der Kommission des Generals von Unruh.

Im allgemeinen seien Klagen über die Tätigkeit der Kommission nicht erhoben worden, sie habe auch zugestanden, daß gewisse Beamte und Angestellte noch drei bis fünf Monate im Generalgouvernement bleiben könnten.

In diesem Zusammenhang weist Hauptabteilungspräsident Wille darauf hin, daß er sich veranlaßt gesehen habe, gewisse Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die ihn in die Lage versetzten, mit den noch verbleibenden Beamten zu arbeiten. Er werde demnächst dem Herrn Generalgouverneur einen diesbezüglichen Verordnungsentwurf vorlegen. Zu irgendwelchen Befürchtungen für das Gebiet der Rechtspflege bestehe kein Anlaß. Im übrigen werde es sein Bestreben sein, nach Möglichkeit polnische Streitfälle an die polnische Gerichtsbarkeit überweisen zu lassen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß die Verhandlungen über die Einrichtung und Aufstellung eines

Polizeihilfsdienstes

zur Zeit noch schwebten. Er erwarte, daß noch im Laufe dieser Woche die endgültigen Bestimmungen vereinbart werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur will vor allem dafür gesorgt wissen, daß der ordnungsmäßige Verwaltungsbetrieb durch eine Inanspruchnahme von Beamten und Angestellten für diesen Polizeihilfsdienst nicht gefährdet werde. Im übrigen begrüße er diese Maßnahme der Schaffung eines Polizeihilfsdienstes, weil sie den Beamten und Angestellten einen gewissen Einblick in polizeiliche Verhältnisse ermögliche.

Gouverneur Kundt nimmt sodann in längeren Ausführungen zu dem von Finanzpräsident Dr. Senkowsky gezeichneten, im Druck erschienenen und allgemein verbreiteten

Haushaltserlaß 1943

Stellung. Dieser Erlaß, der wohl auch an Dienststellen des Reiches gelangt sein werde, gebe in seiner Fassung zu starkem Bedenken Anlaß. Der Erlaß befasse sich nicht

so sehr mit Haushaltsfragen, in ihm werde vielmehr ein Werturteil über die innere Einstellung von Behördenleitern zur Wirtschaftsführung im Generalgouvernement abgegeben, das schließlich als Werturteil über das Generalgouvernement selbst angesehen werden könnte. In dem Erlaß heiße es z.B., daß offensichtlich vielen Behördenleitern das notwendige Verständnis für eine sparsame Wirtschaftsführung fehle. Im Zusammenhang mit Personalanforderungen werde die Feststellung getroffen, daß jede Einsicht für die im Kriege nun einmal erforderlichen Einschränkungen zu vermissen sei. Als Beispiel werde hier das Amt des Gouverneurs angeführt, was den Anschein erwecken könne, als ließen die Gouverneure im allgemeinen diese Einsicht vermissen. Weiter werde in dem Erlaß von aufgeblähten Dienststellen des Generalgouvernements gesprochen. Er, Gouverneur Kundt, könne nur seinem höchsten Befremden über die Fassung dieses Erlasses Ausdruck geben. Ebenso befremdend sei es, daß ein Finanzamtmann Süßmann die Aufgabe habe, in den Distrikten sogenannte Haushaltsbesprechungen durchzuführen. Wenn solche Besprechungen aus grundsätzlichen Erwägungen der Ersparnis notwendig seien, dann sei es doch wohl angemessen, daß mindestens ein Ministerialrat der Hauptabteilung Finanzen solche Besprechungen mit den verantwortlichen Gouverneuren pflege.

Ministerialrat Radtke bittet, den Verfasser des Erlasses persönlich zu hören. Eigentlich hätte dieser Erlaß von dem Herrn Generalgouverneur oder von Staatssekretär Dr.Bühler unterzeichnet werden sollen. Infolge der Abwesenheit des Herrn Generalgouverneurs und des Herrn Staatssekretärs habe ihnen der Erlaß zur Unterschrift nicht vorgelegt werden können.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit allem Nachdruck gegen die in diesem Falle von seiten der Hauptabteilung Finanzen eingeschlagenen Methode und trifft folgende Verfügung:

1. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, in einem an sämtlichen Dienststellen, denen dieser Haushaltserlaß zugegangen ist, gerichteten Sondererlaß darauf hinzuweisen, daß der Haushaltserlaß 1943 insgesamt aufgehoben wird.
2. Künftige Erlasse der Hauptabteilung Finanzen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs bzw. des Staatssekretärs Dr.Bühler.
3. Der Verfasser des Haushaltserlasses ist festzustellen.
4. Die Einzeltatbestände, die zu den im Erlaß gezogenen Schlußfolgerungen geführt haben, sind dem Herrn Generalgouverneur bekannt zu geben. Sollte der Verfasser des Erlasses nicht imstande sein, die Beweggründe für die Herausgabe dieses Erlasses bzw. Einzeltatbestände darzulegen, dann wird er aus dem Dienste des Generalgouvernements entlassen.

Er werde in einer Haushaltsbesprechung, die demnächst stattfinden solle, in Gegenwart der Mitglieder der Regierung und der Hauptabteilungspräsidenten Stellung nehmen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Radtke, daß es Aufgabe des Finanzamtmanns Süßmann sein solle, in den Distrikten belehrend und anregend zum Haushalt Stellung zu nehmen.

Der Herr Generalgouverneur weist Ministerialrat Radtke an, ihm einen schriftlichen Bericht über diese gesamte Frage einzureichen.

Ministerialrat Radtke gibt sodann einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Finanzlage des Generalgouvernements.

Des weiteren nimmt er zur Frage der

Neuregelung der Ostzulage

Stellung. Er führt aus, daß in dieser Frage die Hauptabteilung Finanzen im Einvernehmen mit Eisenbahn, Post und auch Polizei vorzugehen gedenke. Man hoffe, demnächst dem Staatssekretär Dr.Bühler einen konkreten Vorschlag über das weitere Verfahren unterbreiten zu können.

Der Herr Generalgouverneur hält es für angemessen, daß, wenn man schon die Beamten und Angestellten des Generalgouvernements auf den Status der soldatischen Notwendigkeiten stellen wolle, das Generalgouvernement für die Beamten und Angestellten alles das werde aufbringen müssen, was für den regulären Soldaten auch aufgebracht werden müsse. Aus dem, was man mit dieser Maßnahme erspare, werde man einen großen Fonds schaffen, aus dem notfalls die Mittagsmahlzeiten der Beamten bezahlt werden würden. Ebenso werde man Vergünstigungen hinsichtlich der Wohnungsmiete, der Bekleidung usw. schaffen. Ob und wieweit die Bezüge der Angestellten der freien Wirtschaft denen der Beamten und Angestellten anzugleichen seien, sei eine Frage, die gegebenenfalls auch noch zu erwägen sei.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert teilt mit, daß die

Stellenplanverhandlungen für 1942

so gut wie abgeschlossen seien. Im Oktober würden die Stellenplanvorschläge für 1943 eingereicht. Er bitte die Gouverneure und Hauptabteiluhgsleiter, dafür zu sorgen, daß die Anforderungen und Übernahmeanträge möglichst bald eingingen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift sodann das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Am Schluße der heutigen Sitzung möchte ich Ihnen grundsätzlich sagen, daß es angesichts der sehr ernsten Entwicklung der allgemeinen Lage auch für das Generalgouvernement absolute Pflicht ist, in alledem, was nun unbedingt geschehen muß, dem Primat der kommenden nicht einfachen Situationen immer wieder zu entsprechen. Von allen Hauptabteilungen muß aber auch im wohlverstandenen Interesse des Reiches darauf geachtet werden, daß die einheitliche Verantwortung für das Geschehen in diesem Gebiet, Land Generalgouvernement, uns zur Zeit noch von niemandem abgenommen ist. Es ist also absolut notwendig, daß Sie sich restlos bis in die unterste Instanz hinein darüber klar sind, daß sich an dem Gesamtstatus des Generalgouvernements als eines selbständigen Nebenlandes des Großdeutschen Reiches unter einem Generalgouverneur, dem sämtliche Verwaltungszweige zugewiesen sind, fußend auf dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung, nichts geändert hat, daß daran auch etwa durch das Hereinkommen von Sonderaufträgen, die die Not der Zeit gebiert, oder durch das Erscheinen von Sonderkommissaren für eine Spezialaufgabe, die dem Reich auf den Nägeln brennt, nichts geändert werden wird. Sie müssen sich vielmehr grundsätzlich darüber klar sein, daß diese unsere Regierungsform in diesem Lande heute genauso unverrückt feststeht wie damals im Oktober 1939.

Zu meiner Bekümmernis sehe ich da und dort vielleicht eine vorsichtige Tendenz in anderer Richtung: man glaubt, sich vielleicht jetzt aus den Banden dieser engen Geschlossenheit des Generalgouvernements durch möglichst intensive Beziehungen zu Reichszentralen allmählich loslösen zu können. Meine Herren, der Schaden ist dann auch für das Reich gegeben; denn ein verantwortungsloses planloses Hineinprellen in die Gemeinschafts

ordnung dieses Landes, die durch eherne Erlasse des Führers festgelegt ist, muß allmählich zu einer Verwirrung der Verwaltungslage in diesem Lande führen; sie muß damit den Schaden hervorrufen, daß hier anstatt eines einheitlich festgefügten Machtblockes ein zerrissenes Aggregat von einzelnen Haufen entsteht, die letzten Endes doch hilflos untergehen müßten. Das Rückgrat dieses Landes ist ja die Einheit des Gebietes, wie sie der Führer aufgebaut hat.

Ich werde daher gerade Sie, meine Herren Hauptabteilungsleiter, und auch die Herren des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen immer wieder daran erinnern, daß sich an dieser geschlossenen Führung des Gebietes nicht das geringste geändert hat. Das ist um so notwendiger, weil die Verantwortungen, die uns auch in den kommenden Wochen und Monaten in steigendem Maße auferlegt werden, vom Reich nicht planlos bekannt gegeben werden können, sondern aus der Notlage des Reiches, die jeweils auf irgendeinem Gebiet akut ist, an uns herangetragen werden.

Daher ist es auch klar, daß ich mich den Versuchen, vorzeitig etwa die Eisenbahn oder die Post oder das Bauwesen oder einen sonstigen Verwaltungsbereich aus dieser einheitlichen Ordnung des Gebietes herauszureißen, unter Einsatz meiner Person entgegengestellt habe und daß ich es auch in Zukunft immer wieder tun werde. So lange ich hier Generalgouverneur bin, kann an dieser Einheit auch nicht gerüttelt werden; denn die Verantwortung muß einer tragen, und das bin ich. Sie ist mir noch von niemandem abgenommen worden.

Ich bitte daher, nicht etwa zu glauben, daß diese Ordnung des Gebietes durch Einzelaktionen zerrissen werden könnte. Ich stehe lange genug im politischen Leben, um nicht zu wissen, wie leider Gottes die Strömungen immer wieder dilettantisch von dem staatsmäßigen auf das persönliche Gebiet übergeleitet werden, wie man sich dann auch immer, wenn Schwierigkeiten entstehen, bemüht, irgendwie auf Personen zu tendieren, wo es um

sachliche Probleme geht. Das ist der übliche dilettantische Ausweg. Aber der Erfahrene weiß, daß es in der Lage, in der wir uns befinden, - es wird jetzt die ernsteste kriegs- und siegesentscheidende Situation unseres Volkes kommen -, darauf ankommt, daß sich jeder dessen bewußt ist, was für Vollmachten er hat, und daß er von diesen Vollmachten auch Gebrauch macht. Und das werde ich tun, meine Herren, verlassen Sie sich darauf! Ich werde mit dem ganzen Spuk der Greuelpropaganda gegen das Generalgouvernement und auch gegen den Generalgouverneur aufräumen. Ich denke gar nicht daran, auf all' dieses Geschwätz und alle jenen Machinationen das Geringste zu geben. Denn wir wachsen darüber hinaus. Ob jedem diese Arbeit und die Geschlossenheit der Verwaltung paßt, die wir notwendig brauchen, ob hier jeder in seinem Ehrgeiz befriedigt werden kann, ist mir vollkommen gleichgültig. Mir geht es darum, das Generalgouvernement als geschlossenen Block zu erhalten, - und das werde ich tun. Ich bin nicht gewillt, irgend jemandem zu weichen, es sei denn dem Führer selber, der mich aber gerade auf dieser Position des Generalgouverneurs erneut mit allem Nachdruck bestätigt hat. Seien Sie, meine Herren, überzeugt, daß ich die Linie der Einheitlichkeit der Führung dieses Gebietes nun mit allem Nachdruck in der Zukunft erneut in den Vordergrund rücken werde.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 40 Minuten.

FILM

5

Hauptabteilungsleitersitzung im Bankettsaal der Burg am 8. Dezember 1942.

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. d. Kanzl. des GG.
2. Staatssekretär Dr.Bühler
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh

Beginn der Sitzung 1o Uhr 3o Minuten.

Tagesordnung:

1. Landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht
2. Arbeitseinsatzfragen
3. Gouvernementszulage
4. Holzbeschaffungsplan 1943

1. Landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht

Staatssekretär Dr. Bühler verweist auf den Erlaß vom 2o. November 1942, in welchem in acht Punkten die Voraussetzungen der kommenden landwirtschaftlichen Erzeugungsschlacht skizziert sind. In diesem Erlaß seien, so führt Staatssekretär Dr. Bühler aus, auch besondere Erfordernisse hinsichtlich des Einsatzes für die landwirtschaftliche Produktion aufgestellt worden. Vor allem sei gefordert, daß Kalk, Handelsdünger und sonstige gewerbliche Produkte für die Steigerung der Erzeugung in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt würden. Als weitere Voraussetzung für die Durchführung der Erzeugungsschlacht sei die Bereitstellung von Kohle für die landwirtschaftliche Produktion, die Bereitstellung von Treibstoff und der notwendigen Transportmittel bezeichnet worden. Ferner müßten die Preise der landwirtschaftlichen Produkte und diejenigen der gewerblichen Erzeugnisse, deren der Landwirt für seine Produktion bedürfe, in ein gesundes Verhältnis zueinander gebracht werden. Auch müßten alle Einrichtungen für die Heranbildung von Fachkräften in den landwirtschaftlichen Gebieten noch weiter ausgebaut werden. Durch eine wirksame Propaganda müßten Polen und Ukrainer davon überzeugt werden, daß es aller Kräfte bedürfe, um eine Sicherung Europas auf dem Gebiete der Ernährung in der kommenden Zeit zu erreichen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe

darüber hinaus ein Agrarstrafrecht gefordert, das in der Zwischenzeit verordnungsmäßig bereits festgelegt sei. Ein Erlaß über die Pflichten des Landbebauers sei ebenfalls bereits ergangen.

Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen stehe auch der künftige Ernährungsplan. Man habe erwogen, einen wesentlichen Teil der polnischen Normalverbraucher, die bisher mit einer gewissen Grundration von Ernährungsmitteln versorgt worden seien, von der allgemeinen Ernährungsfürsorge auszuschließen und nurmehr diejenigen zu versorgen, die unmittelbar im deutschen Interesse arbeiteten. Sowohl aus sicherheitspolizeilichen Gründen wie aus allgemein politischen Erwägungen habe dieser Gedanke überall Widerspruch gefunden. Auch nach seiner Ansicht müsse vielmehr das Ziel verfolgt werden, daß genau so,wie im Reich der im deutschen Interesse arbeitende Pole, Ukrainer oder Russe im Generalgouvernement versorgt und entlohnt werde, auch für die Angehörigen dieser Menschen eine Ernährungsquote sichergestellt werden müsse. Im übrigen müsse es bei der jetzigen Versorgung im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe verbleiben.

In der Aussprache nimmt zunächst Gouverneur Kundt das Wort. Er hält die Durchführung der Erzeugungsschlacht unter vollem Einsatz der Gesamtverwaltung für unbedingt notwendig. Es müsse alles geschehen, dámit nicht nur die derzeitige Entwicklung der Ernährungswirtschaft fortgesetzt, sondern auch eine Steigerung zusätzlicher Notwendigkeiten erzielt werdenkönne.

Für eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung brauche man mehr Kunstdünger als bisher. Man habe nicht die Gewähr, daß die Ernte des nächsten Jahres ebenso günstig ausfallen werde wie im vergangenen Jahre und müsse deshalb darauf bedacht sein, durch vermehrte Verwendung von Kunstdünger einenhöheren Ertrags zu erzielen. Leider müsse festgestellt werden,

daß selbst volksdeutsche Bauern vielfach überhaupt keine Düngermengen erhalten hätten. Dieses Problem könne aber nur von der obersten Instanz gelöst werden. Die Durchführung der genannten Verordnung hänge davon ab, daß sämtliche für Einzelfragen zuständigen Hauptabteilungen im engsten Benehmen miteinander arbeiteten. Vor allem sei es Sache der Hauptabteilungen E. u. L., Bauwesen und Wirtschaft, Besserungen zu erzielen.

Was die so überaus wichtige Preisfrage angehe, so müsse man der Ansicht entgegentreten, als könnte diese Frage nur in einer Erhöhung der Agrarpreise ihre Lösung finden. Im Interesse der deutschen Bevölkerung, die im Rahmen der Wirtschaft und der Behörden als Lohn- und Gehaltsempfanger tätig sei, könne einer Erhöhung auch der amtlichen Lebensmittelpreise unter keinen Umständen zugestimmt werden. Dieselben Bedenken müßten auch für die polnischen Rüstungsarbeiter geltend gemacht werden.

Der Plan, einen großen Teil der polnischen Bevölkerung, die nicht im deutschen Interesse arbeite, von der Ernährungsversorgung auszuschließen und die frei-werden-den Mengen der Rüstungsarbeiterschaft bzw. ihren Angehörigen zuzuführen, trage starke Bedenken in sich. Auf Grund der gesamten Stimmungslage der Bevölkerung hielten es alle Gouverneure für politisch unklug, angesichts der Gegenpropaganda zu solchen Maßnahmen zu greifen. Aber ganz abgesehen davon handle es sich bei den dann nicht versorgten Menschen vielfach um Angehörige von Polen, die in großer Zahl zur Arbeit ins Reich geschickt worden seien. Das gleiche gelte für die Angehörigen der Kriegsgefangenen. Der Hinweis darauf, daß diese Menschen in der Lage wären, sich im Schleichhandel Nahrungsmittel zu verschaffen, sei fehl am Platze. Man müsse bedenken, daß die starke Abschöpfung, die die Ernteerfassung mit sich gebracht hätte, nicht mehr genügende Mengen für den Schleichhandel übrig lasse. Mit dem wenigen, was dem Bauern

nach der Ernteerfassung noch geblieben sei, könne kaum mehr die Selbstversorgung sichergestellt werden.

Er warne dringend davor, etwa von amtswegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung dem Hunger auszuliefern.

Gouverneur Kundt führt dann Beschwerde darüber, daß durch die Tätigkeit der nach kapitalistischen Grundsätzen arbeitenden Landwirtschaftlichen Zentralstelle die Handelsspanne in den Preisen stark erhöht werde. Angesichts ihrer Monopolstellung könne die L.Z. mit ihrem Apparat vielfach auch die Produktion an sich ziehen und die Preise bestimmen. Er weise hier nur auf das Beispiel der Papiersäcke für Kartoffellieferungen hin, die von der L.Z. mit 2,5o Zl. eingekauft und zu lo.-- Zl, verkauft würden.

Gouverneur Dr. Fischer weist darauf hin, daß nach dem neuen Plan allein in Warschau 5oo ooo Menschen nicht mehr ernährt werden würden.

Gouverneur Dr. Wächter betont, daß die von Gouverneur Kundt gemachten Darlegungen auch für Galizien zuträfen.

Hauptabteilungspräsident Naumann geht nunmehr auf den neuen Ernährungsplan ein. Die Durchführung des Planes sei durch den Umfang der Erfassung bedingt, die im Laufe des Jahres bewerkstelligt werden könne. Man habe 1,44 Millionen Tonnen Brotgetreide umgelegt. Bis heute seien erfaßt 1,13 Mill. Tonnen Brotgetreide. Nun richte sich der Umfang der Ernährung danach, wieweit es gelinge, an die 1,44 Millionen Tonnen heranzukommen. Als feste Größe müsse man 76o ooo to ansetzen, die jedenfalls bis heute an das Reich und an die Wehrmacht gingen. Was darüber hinaus noch erfaßt werde, bleibe für die Ernährung des Generalgouvernements übrig. Man müsse sich jetzt vor Augen halten, welche Mengen ab 1. Februar noch zur Verfügung ständen, was zur Ernährung der A- und B-Karteinhaber und der Deutschen wie ihrer Familienangehörigen gebraucht werde, und

welche Mengen bis zum 15. August 1943 zur Verfügung ständen, wenn die Erfassung abgeschlossen sei.

Nun müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß im Juli oder August 1943 für die Deutschen bzw. für die Rüstungsarbeiter und ihre Familienangehörigen plötzlich nichts mehr vorhanden sei. Man müsse also unter allen Umständen bis zum 15. August mit den Mengen auszukommen versuchen. Wenn es gelingen sollte, 1,3 Millionen Tonnen Brotgetreide zu erfassen, dann könnte man den Familienangehörigen der A- und B-Karteninhaber zusätzlich Brot geben. Das würde sich nicht nur auf die Rüstungsindustrie beschränken, sondern auf viele andere Dienststellen wie z.B. die Ostbahn sich ausdehnen, die viele Tausende von polnischen Arbeitern beschäftigten. Im Frühjahr werde eine grössere Zahl von Arbeitskräften bei der Ostbahn und bei der Durchführung von Bauvorhaben tätig sein, so daß man auch hier wieder mit einer Unbekannten rechnen müsse, die bei der Aufstellung der Ernährungsbilanz zu berücksichtigen sei. Für diesen Zweck müsse also eine gewisse Reserve eingebaut werden. Wenn 1,3 Mill. Tonnen insgesamt im Generalgouvernement erfaßt würden, dann könnte man sich überlegen, ob evtl. an die polnischen Arbeiter, die im deutschen Interesse arbeiteten, ein Zusatz gegeben werden könne, und ob man die Versorgung der 6,5 Millionen Menschen weiter bis zum 1. Mai oder 1. Juni fortführe und dann erst allmählich ein Abstoppen für die 2 Millionen Menschen eintreten lasse, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten. Gelinge es, 1,4 Millionen zu erfassen, dann könne man die Bevölkerung wie bisher bis zum 15. August versorgen und Verbesserungen für die Familienangehörigen der A- und B-Karteninhaber vornehmen, wie man es ab 1. November bei den 35- bis 4o ooo Familienangehörigen der ukrainischen und polnischen Polizisten getan habe. Bei einer Erfassung von 1,4 Mill. Tonnen könnten die übrigen Rüstungsarbeiter mit ihren Familienangehörigen auch eine gewisse Zusatzverpflegung erhalten.

Trotz der Lieferungen an die Wehrmacht und an das Reich habe praktisch überall eine gute Kartoffelversorgung durchgeführt werden können, so in Warschau mit 8o bis 9o kg, in Krakau mit loo kg je Kopf der Bevölkerung. Von dem Erfassungssoll von 1,88 Mill. to. Karteffeln seien bereits 1,5 Mill. to erfaßt.

Die Viehlieferungen an das Reich und an die Wehrmacht habe man voll und ganz erfüllen können, ohne daß man zu stark in die Viehbestände einzugreifen brauchte. Eine pflegliche Behandlung der Viehbestände sei auch schon um der Butterproduktion willen unbedingt notwendig. Zur Zeit sei der Eingriff in Höhe von 31 % so stark, daß man ihn auf die Dauer in der Form nicht durchführen könne.

Bei Zucker sei die Situation etwas günstiger. Man werde mit einem Ertrag von 1,12 Mill. to gegenüber 79ooo to im vergangenen Jahr rechnen können. Man wolle im nächsten Jahre 6oo Millionen Stück Eier erfassen und brauche dafür im Rahmen der Prämienaktion 12 ooo to Zucker statt bisher 7 ooo to. Da noch ganz ungewiß sei, ob entsprechende Mengen von Textilien zur Verfügung gestellt werden könnten, müsse wahrscheinlich der Zucker bei der Prämienaktion in erhöhtem Maße eingesetzt werden. Deshalb wolle er auch möglichst die mehr erzeugten Zuckermengen, von denen ja auch 17 ooo to ans Reich gegeben werden müßten, als stille Reserve behalten.

Angesichts der Versorgungslage werde man unter Umständen dem Reich erklären müssen, daß man nicht 76o ooo to, sondern nur 66o ooo to liefern könne. Dieser Weg sei bislang nicht beschritten worden, weil man vor die vollendete Tatsache gestellt worden sei, daß man 76o ooo to unter allen Umständen übernehmen müsse. Mit diesen loo ooo to könnte man die Versorgung der Normalverbraucher noch länger aufrecht erhalten. Das hänge allerdings davon ab, welche Mengen insgesamt erfaßt würden. Ob die 1,3 Mill. to erfaßt werden könnten, sei noch ungewiß. In Galizien hätten die Kreislandwirte erklärt, daß sie ihr Kontingent nicht ganz erfüllen könnten; sie hofften allerdings, vielleicht noch

3o- bis 4o ooo to Getreide insgesamt mit Einschluß von Mais und Buchweizen erfassen zu können. Wenn es gelinge, die 1,3 Mill. to zu erfassen und loo ooo to von der Reichslieferung zu behalten, dann brauche man die 2 Millionen Normalverbraucher nicht von der Versorgung abzuscheiden.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, die Lieferungen an das Reich so lange zurückzustellen, bis man einen grundsätzlichen Einblick in die Gesamtlage habe. Er trage die Gesamtverantwortung für das Gebiet des Generalgouvernements und sei nicht gewillt, die Situation des Ostens dadurch zu gefährden, daß er einer der realpolitischen Situation zuwider-laufenden Zwangsaushebung des Getreides für das Reich zustimme. Er halte es für völlig unmöglich, 2 Millionen Polen von der Versorgung auszuschließen. Er erwarte von Präsident Naumann einen abschließenden Bericht über das noch ausstehende Ergebnis der Erfassung.

Präsident Naumann nimmt dann zu den geplanten Maßnahmen für die Ernteerfassung 1943 Stellung. Nachdem sich der Ernteausnahmezustand so vorzüglich bewährt habe, halte er es für geboten, daß nunmehr auch die gesamte Staatsführung und Staatsgewalt zusammengefaßt würden, damit die Voraussetzungen für die Erfassung der Ernte 1943 geschaffen werden könnten. Angesichts der gesamteuropäischen Lage werde das Reich auch im Jahre 1943 wieder außerordentliche Forderungen an das Generalgouvernement stellen. Deshalb müsse alles getan werden, um z.B. im Wege der Vermehrung der Kunstdüngerproduktion usw. die Ernteerträge zu steigern. Durch Versuche habe man festgestellt, daß es leicht möglich sei, bei einer ordnungsmäßigen Anwendung von Kunstdünger 30 bis 40 % Mehrerträge von der Flächeneinheit zu holen. Die Möglichkeiten der Produktion von Kali, Stickstoff und Phosphorsäure im

Generalgouvernement müsse nach jeder Richtung ausgeschöpft werden.

Beim Gespannvieh seien im vergangenen Jahre gewaltige Eingriffe durch die Wehrmacht erfolgt; man habe fast 5o ooo Pferde an die Wehrmacht abgeben müssen. Mit solchen Wehrmachtsforderungen werde man auch im nächsten Jahre wieder rechnen müssen. Auch Landesbauernführer Körner fordere jetzt wieder große Mengen von Pferden. Eine Erfüllung solcher Forderungen würde den Ruin der Pferdehaltung des Generalgouvernements bedeuten. Schon eine Lieferung von 2o ooo Pferden und lo OOO Wagen würde die gesamte Produktion entscheidend beeinflussen. Bisher habe man sich solchen Forderungen aus der Ukraine gegenüber noch ablehnend verhalten, bevor nicht die Frage geklärt sei, ob diese Pferdelieferungen dem Generalgouvernement auf die Lieferungen für das Reich angerechnet würden.

In diesem Zusammenhang geht Präsident Naumann auf die Preisfrage ein. Während man im vergangenen Jahre noch damit habe rechnen können, daß sich die Bauern im Schleichhandel viel Geld verdienen könnten, könne dieses Argument heute nicht mehr geltend gemacht werden. Heute gehe man immer weiter zu einer loo %igen Erfassung der gesamten Ernte über, auch für den Teil, der evtl. auf dem Schleichhandelsmarkt noch verwertbar wäre. Infolge dessen sei die gesamte polnische Landwirtschaft auf die Summen angewiesen, die sie für ihre Produkte auf Grund der amtlichen Preise erhalte. Daher müsse jetzt die Preisrelation zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkten hergestellt werden. Er habe kein Interesse daran, die Preise für Agrarprodukte zu erhöhen, es müsse aber gelingen, die gewerblichen Preise herunterzudrücken.

Direktor Steding gibt einen Überblick auf die Organisation und die Tätigkeit der Landwritschaftlichen Zentralstelle. Die L.Z. sei eine öffentlich-rechtliche Anstalt, gegründet im Januar 194o. Das Grundkapital

betrage 2o Millionen Zloty. Die Zinsen des Grundkapitals, die Überschüsse,die die L.Z. im Geschäftsverkehr mit dem Deutschen Reich erziele, auch die sonstigen Überschüsse flössen in die öffentliche Kasse. Die L.Z. unterliege der Aufsicht des Generalgouverneurs. Diese Aufsicht werde vor allem durch die Hauptabteilung E. u. L., aber auch durch die Hauptabteilung Finanzen ausgeübt. Die L.Z. sei gewissermaßen der kaufmännisch verlängerte Arm der Hauptabteilung E. u. L. Sie unterliege in jeder Hinsicht den Weisungen der Hauptabteilung E. u. L., daneben den Weisungen des Verwaltungsrats-Vorsitzenden, der L.Z., der aber wieder in Personalunion mit dem Leiter der Hauptabteilung E. u. L. stehe. Durch die Bindung der L.Z. an diese Weisungen sei von vornherein klargelegt, daß sie keine eigene Politik irgendwelcher Art treiben könne und dürfe, also auch nicht etwa auf dem Gebiet der Preise und der Handelsspannen. Die L.Z. könne nicht selber irgendwelche Verkaufspreise oder Handelsspannen festsetzen, sondern das geschehe durch die zuständigen Organe der Regierung. Alle Waren, die die L.Z. in den Verkehr bringe, sind zu 95 % heute entweder marktgeordnet oder irgendwie bewirtschaftet. Der L.Z. als einer nachgeordneten Dienststelle der Regierung sei es selbstverständlich als Pflicht aufgegeben, nicht nur alle diese Anweisungen peinlich zu erfüllen, sondern auch überhaupt auf dem gesamten Gebiet der Preisgebarung und der kaufmännischen Geschäftsgebarung vorbildlich zu sein. Über das Beispiel des Preises für die Papiersäcke habe er sich genau informiert. Dem Gouverneur Kundt seien wohl unzutreffende Angaben gemacht worden. Es treffe nicht zu, daß ein Papiersack ab Fabrik 2,5o Zl. koste und dann von der L.Z. für 1o,-- Zl verkauft werde, sondern diese Preise seien durch das Amt für Preisbildung vorgeschrieben und betrügen je nach Grösse der Säcke 4,24 Zl., 4,56 Zl., 5,19 Zl. Die L.Z. verkaufe solche Waren zum Einstandspreis, zu dem lediglich ein Handelsrabatt trete, der von der Hauptabteilung Wirtschaft

bzw. der Abteilung Preisbildung genau festgelegt sei. Der Gesamtrabatt, in den sich auch alle sonstigen Handelsstufen teilen müßten, betrage 13 %. Davon entfielen auf die Geschäftszentrale 3 %. Andererseits sei aber auch noch eine Umsatzsteuer von 1 ¼ % zu zahlen. Es sei zwar richtig, daß der Preis von 5,19 Zl. für einen Papiersack sehr hoch sei, daß habe aber nicht die L.Z. zu vertreten, die ihn genau nach der Vorschrift verkaufe und so, wie die Fabriken ihn herstellten.

Die L.Z. werde organisatorisch zentral gelenkt. Der Apparat der Geschäftszentrale in Krakau sei kleiner als derjenige der Außendienststellen. In jeder Distriktshauptstadt bestehe eine Dienststelle, die im wesentlichen die Funktionen des Großverteilers und Großhändlers ausübe. Die L.Z. habe ~~XXXXXX~~/die Funktion des Ein- und Ausfuhrhändlers: Die Gesamtmengen an Vieh, Getreide, Zucker usw., die ins Reich geliefert würden, gingen restlos durch die L.Z., und zwar genau nach den Weisungen, in dem Ausmaß, zu den Preisen und Bedingungen, die ihr von der Hauptabteilung und dem Amt für Preisbildung vorgeschrieben würden. Dadurch, daß die L.Z. gehalten sei, sich peinlich genau an diese Preise zu halten, sei es bedingt, daß die L.Z. bei einzelnen Artikeln erhebliche Verluste erleide, die man durch Gewinne auf anderen Sektoren ausgleiche. Soweit es sich um Getreidelagerung handle, gebe die Finanzabteilung zu dieser Lagerhaltung Zuschüsse.

In der Kreisinstanz sei die L.Z. durch den Kreisstellenleiter vertreten, der gewisse Marktüberwachungsfunktionen auf dem kaufmännischen Gebiet gegenüber den Kreishandelsgenossenschaften und sonstigen Firmen habe, deren sich die L.Z. im Kreise bediene. Die Spolem-Organisation habe unmittelbar mit der L.Z. nichts zu tun. Sie unterstehe unmittelbar dem Hauptabteilungspräsidenten und werde durch einen Kommissar geleitet.

Das Aufgabengebiet der L.Z. dehne sich nicht nur aus auf die Artikel der Ernährungswirtschaft wie beispielsweise pflanzliche Erzeugnisse, Getreide, Futtermittel, tierische Erzeugnisse, Vieh, Butter, Käse, Wolle, Fleisch, sondern auch auf Ernährungserzeugnisse wie beispielsweise Marmelade, Zucker, Kolonialwaren. Darüber hinaus werde die Landwirtschaft durch die Bedarfsartikelstellen der L.Z. mit Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und dergleichen versorgt. Die L.Z. betätige sich aber nicht auf dem Gebiet der verarbeitenden Industrie, sondern überlasse das anderen Organisationen. Die L.Z. beteilige sich lediglich an Gesellschaften, die solche verarbeitenden Industrien auf dem Ernährungssektor betrieben.

Die L.Z. habe zur Zeit eine Bilanzsumme von über 3oo Millionen Zloty. Sie habe sich gegenüber dem Vorjahre erhöht. Das sei durch die größeren Umsätze bedingt, die in diesem Jahre die Milliardengrenze erreichen würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß sich die L.Z.durchaus bewährt habe. Wäre die L.Z. 194o nicht gegründet worden, dann hätte man sie jetzt noch gründen müssen. Man habe in Galizien den Versuch gemacht, Gemüse nicht durch die Genossenschaften bzw. die L.Z. zu erfassen, sondern durch Einsatz von deutschen Kaufleuten. Fünf oder sechs deutsche Firmen habe man in Galizien zugelassen; sie hätten aber nach den Berichten der Kreishauptleute und der Wirtschaftsabteilungen restlos versagt. Verluste in Höhe von 18 bis 2o Millionen Zloty, die z.B. bei der Getreideerfassung entstanden seien, könnten einem deutschen Kaufmann nicht zugemutet werden.

Direktor Steding fügt seinem Bericht ergänzend hinzu, daß alle gegen die L.Z. vorgebrachten Argumente genauestens untersucht würden. Man sei immer dankbar dafür, wenn aus der Praxis heraus Einzelfälle bekannt gegeben würden. Er persönlich sei auch bei Gouverneur

Kundt in Radom gewesen und habe dort einen ausführlichen Vortrag über das Wesen und die Tätigkeit der L.Z. gehalten.

Ministerialrat Plodeck teilt mit, daß Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich in einer der letzten Verwaltungsratsitzungen der L.Z. Veranlassung genommen habe, das Problem der Einschaltung deutscher Kaufleute zu behandeln. Er habe sich zwar grundsätzlich mit dem von der L.Z. eingeführten Genossenschaftssystem einverstanden erklärt, sei aber doch der Auffassung, daß man nicht ohne weiteres von einem Versagen dieser Kaufleute in dem behaupteten Umfange sprechen könne. Für die Folge werde es darauf ankommen, im Benehmen mit der L.Z. den Erfassungssektor nochmals genau zu prüfen. Man werde dann vielleicht dazu kommen, den Kreis, der von der L.Z. zu erfassenden Waren entsprechend abzugrenzen und einen verbleibenden Teil für die Erfassung durch deutsche Kaufleute frei zu machen. In der Öffentlichkeit bestehe vielfach der Eindruck, daß durch die Tätigkeit der L.Z. und die Art ihrer Erfassung im Gefolge der hohen Verwaltungskosten die Preisgestaltung in einer Weise beeinflußt werde, gegen die Schritte unternommen werden müßten. Man werde zu prüfen haben, ob nicht die Handelsspanne von 13 % Rabatt vermindert werden könne.

Präsident Naumann erklärt sich damit einverstanden, die Rabattsätze so weit wie möglich herabzusetzen.

Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann teilt mit, daß zur Zeit eine Prüfung der L.Z. im Auftrag des Staatssekretärs laufe. Der Bericht darüber werde vielleicht im Januar 1943 vorgelegt werden. Hauptgegenstand des Berichtes werde die Preisgebarung der Landwirtschaftlichen Zentralstelle sein.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß die L.Z. eine öffentliche Einrichtung sei, deren Gründung absolut notwendig war, weil es einen entsprechenden polnischen oder deutschen Apparat zur Lösung solcher

Aufgaben nicht gegeben habe. Die L.Z. sei der verlängerte Arm einer Behörde der Regierung. Sie arbeite mit staatlichem Gelde auf Grund eines staatlichen Monopols. Es sei nicht einzusehen, warum diese mit allen Machtvollkommenheiten ausgestattete Institution die gleichen Preissätze bzw. die gleichen Gewinnmöglichkeiten haben solle wie ein auf Privatintiative beruhende der Betrieb. Es gehe nicht an, daß aus der L.Z. Gewinne herausgewirtschaftet würden.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Aussprache über diesen Punkt mit der Bemerkung ab, daß solche Untersuchungen in der Regierungssitzung nicht angestellt werden könnten. Im übrigen sehe er den Berichten des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Ministerialrats Bodeck entgegen.

Es wird dann im Zusammenhang mit den Maßnahmen für die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht zur Kohlenfrage Stellung genommen.

Ministerialrat Plodeck berichtet, daß die Kohlenfrage in der letzten Zeit zunehmend ernster geworden sei und man jetzt in dieser Beziehung fast vor einer Katastrophe stehe. In der letzten Zeit sei an gewissen Tagen die Kohlenbelieferung überhaupt ausgefallen, an manchen Tagen sei die tägliche Menge von lo ooo to auf 4 ooo to und 2 4oo to zurückgegangen. Die Gründe seien in erster Linie in der katastrophlen Verschlechterung der Transportlage zu suchen. Auf die Kohlennot sei es zurückzuführen, daß das Stickstoffwerk Moscice zur Zeit nur mit einem Drittel seiner Kapazität arbeiten könne. Bislang hätten noch zwei Drittel seiner Erzeugung durchgehalten werden können. Leider sei durch den Ausfall eines technischen Aggregats nunmehr eine weitere Kürzung eingetreten. Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Kohle sei der Auffassung, daß von der Kohlenseite gesehen leider vorläufig eine Hilfe nicht in Aussicht gestellt werden könne.

Gouverneur Zörner wirft die Frage auf, ob nicht die Kohlenversorgung für das Stickstoffwerk Moscice besonders angefordert werden könne.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß das Generalgouvernement aus dem Dombrowaer Revier absolut ungenügend mit Heizkohle versorgt werde. Die Lieferung dieser minderwertigen Heizkohle bringe nur eine unnötige Inanspruchnahme des Transportwesens mit sich. Man sollte daher den Versuch machen, höherwertige Kohle aus Oberschlesien zu bekommen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß vor Weihnachten noch eine Sitzung abgehalten werden soll, in der die Kohlenfrage behandelt wird.

Oberreichsbahnrat Ammon betont, daß das Kohlenproblem gleichzeitig immer ein Transportproblem sei. Angesichts der gegenwärtigen Lage habe man gestern alle übrigen Frachten im ganzen Reich abgestoppt, um vordringlich Kohle nach dem Generalgouvernement hereinzubringen. Man habe weiter im Generalgouvernement alle Baustofftransporte für die eigenen wichtigen Bauvorhaben der Ostbahn abgestoppt und transportiere jetzt nur noch Baustoffe für Bauvorhaben in der Nähe von Krakau, die unbedingt fertiggestellt werden müssen. Präsident Gerteis verspreche sich für die nächsten Tage eine fühlbare Besserung der Lage.

Arbeitseinsatzfragen:

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt dazu, daß man unbedingt zu einer Vereinbarung kommen müsse, gegenüber den Bestrebungen des Reiches, aus unserem Gebiet wahllos Arbeitskräfte herauszuholen, den gebietseigenen Bedarf zu untersuchen und festzulegen. Der Regierung lägen Berichte vor, denen zufolge Arbeitskräfte von den Gütern, die einen großen Teil der Reichslieferungen zu produzieren hätten, Arbeitskräfte in Bausch und Bogen weggeholt würden. Weiter werde berichtet, daß in gewissen Kreishauptmannschaften die Werbung von Arbeitskräften so vor sich gehe, daß man Schulen umstelle und die Mädchen und 14jährigen Knaben unter Polizeibewachung in die Züge verfrachte. Dabei sei es vorgekommen, daß solche Jungen, wenn sie vom Zuge abgesprungen wären, erschossen worden seien. Diese Methode der Werbung müsse unbedingt abgestellt werden.

Die Aufmerksamkeit des Reiches müsse auch auf die Tatsache gelenkt werden, daß das Generalgouvernement auf seinem Gebiet ebenfalls reichseigene und kriegswichtige Aufgaben zu leisten habe wie z.Bl die Ausführung der großen Bauvorhaben der Ostbahn, Errichtung großer Rüstungsbetriebe des Reiches im Generalgouvernement, Ausführung immer umfangreicherer Aufträge des Reiches usw.. Zur Erfüllung dieser Aufgaben müsse das Generalgouvernement den eigenen Arbeitskräftebedarf sicherstellen.

Präsident Struwe, der Beauftragte von Gauleiter Sauckel, habe in seiner bisherigen Tätigkeit auf alle diese Umstände größte Rücksicht genommen und man könne hoffen, daß man bald dazu kommen werde, daß dem Generalgouvernement durch das Reich nicht mehr beliebige Phantasiezahlen in der Gestellung von Arbeitskräften aufgegeben würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Ministerialrat Rhetz, daß das Generalgouvernement bisher 95o ooo Arbeitskräfte ins Reich vermittelt habe. Dazu müsse man noch etwas mehr als 4oo ooo polnische Kriegsgefangene zählen.

Das Reich fordere nun bis 3o. April 1943 weitere 3oo ooo Mann, von denen die Hälfte bis zum 15.Dezember 1942 gestellt werden sollten. Bis 5. Dezember habe man die Zahl von rd. 85 ooo erreicht. Nach Lage der Dinge sei damit zu rechnen, daß man bis zu dem aufgegebenen Termin gegenüber dem Soll um rd. 4o ooo zurückbleiben werde. Man werde auch bis zum 15. April die auferlegte Zahl von 3oo ooo Arbeitskräften nicht erreichen können.

Präsident Struwe führt dann aus, daß man die Werbungsmethode geändert habe. In einer notwendigen Anlauffrist bis zum 2o. November seien die Gouverneure und Kreishauptleute mit der neuen Methode vertraut gemacht worden. Auswüchse seien in der letzten Zeit kaum mehr vorgekommen.

Ostbahn und Rüstungsindustrie seien im Generalgouvernement die stärksten Bedarfsträger; die Ostbahn benötige im Frühjahr 11o ooo Mann. Mit ihr habe er vereinbart, daß ihren Zwecken die 5o ooo Baudienstmänner zur Verfügung ständen. Den restlichen Bedarf werde man durch russische Kriegsgefangene stellen, für deren Bewachung die Wehrmacht sorgen werde.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann gegen die Tatsache, daß man von den Baustellen der Ostbahn 2o ooo Juden weggeholt habe. Staatssekretär Ganzenmüller habe sich ebenfalls gegen diese Maßnahme ausgesprochen.

Das Reich verfolge dem Generalgouvernement gegenüber keine einheitliche Linie. Auf der einen Seite solle das Generalgouvernement dem Reich möglichst viel Arbeitskräfte abstellen, auf der anderen Seite verlege das

Reich in zunehmendem Maße Rüstungsbetriebe und damit Arbeitsaufträge in das Generalgouvernement. Beides lasse sich nicht vereinbaren.

Gauleiter Sauckel stehe auf dem Standpunkt, daß in erster Linie eine loo %ige Kapazität der Rüstungsindustrie des Reiches herbeigeführt werden müsse. Der Führer habe aber entschieden, daß das Generalgouvernement in das gesamte Rüstungsterritorium des Großdeutschen Reiches einbezogen werden solle. Er könne also nicht dulden, daß hier die für die eigenen Rüstungsbetriebe notwendigen Arbeitskräfte ins Reich wegegeholt würden.

Der Führer habe dem Generalgouvernement die Ausführung eines gewaltigen Bahnbauprogramms auferlegt. Man müsse also für die notwendigen Arbeitskräfte sorgen. Zu diesem Zweck würden 6o ooo Baudienstmänner einberufen und ausschließlich der Ostbahn zur Verfügung gestellt. Dringende Transportverhältnisse im Generalgouvernement, die im Auftrage des Reiches zur Erringung des Endsieges durchgeführt werden müßten, könnten nicht eingestellt werden nur zu dem Zwecke, dem Reich Arbeitskräfte zu liefern.

Trotz alledem werde das Generalgouvernement versuchen, die Gestellung der angeforderten 3oo ooo Arbeiter irgendwie zu erreichen und es werde auch bemüht sein, weitere Arbeitskräfte dem Reich zur Verfügung zu stellen. Dazu sei aber erforderlich, daß die Werbungsmethoden so gestaltet werden, daß sie für dieses Gebiet tagglich sind. Das Generalgouvernement sei mit Abstand das Gebiet, das in der Arbeiterbeschaffung am meisten geleistet habe. Gauleiter Sauckel möge sein Augenmerk auf andere Gebiete richten, in denen der Prozentsatz zwischen Gesamtbevölkerung und Arbeiterschaft, die ins Reich vermittelt worden sei, wesentlich

ungünstiger sei als hier.

Präsident Struwe weist darauf hin, daß er in der Rangordnung der Arbeitergestellung den Kräftebedarf der Ostbahn an die erste Stelle gesetzt habe, d.h. also, daß die Kräftegestellung ins Reich gegenüber den Bedürfnissen der Ostbahn zurückzutreten habe. Für die Ostbahn seien Baudienst und Kriegsgefangene vorgesehen, damit sie auf eine beständige Gefolgschaft zählen könne und damit die Durchführung ihrer Aufgabe nicht am Arbeitseinsatz scheitere. An zweiter Stelle stehe dann die Kräftegestellung für das Reich, soweit ein Abzug von Kräften aus dem Generalgouvernement ohne Bedenken durchgeführt werden könne. Voraussetzung sei allerdings, daß im Generalgouvernement in der Arbeitergestellung die Reichsgrundsätze anerkannt würden. Er habe das Gefühl, daß man in dieser Frage zu einer beide Teile befriedigenden Vereinbarung kommen könne. Er habe auch den Mut, in Berlin zu sagen, wo hier die Grenze der Leistungsfähigkeit des Generalgouvernements liege.

Der Herr Generalgouverneur weist noch darauf hin, daß die Regierung des Generalgouvernements unzureichende Macht in der Einhaltung dieser Reichsgrundsätze besitze. Die Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements stoße bei der Einstellung von Betrieben immer auf die Tatsache, daß irgendeine Wehrmachtsstelle gerade solchen Betrieben, die für eine Schließung vorgesehen seien, Aufträge übergeben habe. Auch der ganzen Osten kümmere sich um solche Reichsgrundsätze nicht. Aus der Ukraine und von der Front kämen Aufträge für die Gestellung von Pferden, Wagen, Mannschaften, Arbeitern und vielen Gebrauchsgegenständen ins Generalgouvernement. Jedes Wagenrad und jedes Hufeisen für die Front werde im Generalgouvernement fabriziert. Bei der Regierung des Generalgouvernements läge also keine Schuld, wenn diese Reichsgrundsätze im

Generalgouvernement keine Beachtung fänden.

Generalgouvernementszulage:

Als Sprecher der Gouverneure berichtet Gouverneur Dr. Wendler, daß er in dieser Frage Material habe zusammenstellen lassen, das er in Form einer Denkschrift bereits vor einiger Zeit Staatssekretär Dr. Bühler unterbreitet habe. In dieser Denkschrift habe er Untersuchungen über die Preisentwicklung angestellt, Unterlagen von einzelnen Angestellten gesammelt und die Verhältnisse geprüft. Aus alledem gehe hervor, daß der jetzige Zustand an der Grenze des möglichen liege. Eine Verringerung der jetzigen Zulage sei absolut untragbar. Dazu komme noch, daß die Neuregelung deswegen schon ungerecht sei, weil von ihr nur die ins Generalgouvernement versetzten Beamten und Angestellten betroffen würden, während das bei den abgeordneten Beamten nicht der Fall sei. Die ersteren machten den größten Teil aller Beamten und Angestellten aus. Die Leute könnten nach Einführung der Neuregelung hier nicht leben. Das stehe rechnerisch fest. Lieber sollte man prüfen, wie man der zunehmenden Teurung steuern könne.

Die geplanten Maßnahmen für eine billigere Lebenshaltung seien noch gar nicht fertig und er verspreche sich davon auch nicht allzu viel. Die Errichtung eines Warenhauses helfe den Leuten gar nichts, da man in ihm nicht alle Dinge würde kaufen können, die man im täglichen Leben brauche. Heute habe er gehört, daß die Hauptabteilung Finanzen zwecks Verbilligung des Mittag-Essens, das 3 Zloty kosten solle, einen Zuschuß von 8o Groschen gewähren werde. 3,8o Zloty für den Tag sind jedoch zu wenig; eine Reparatur der Kleider, Neuanschaffungen usw. könnten davon nicht gemacht werden. Sollte diese Neuregelung Platz greifen, dann könnte man die Leute hier nicht halten. Man könne einem Untergebenen nicht sagen, "Du mußt arbeiten", wenn er erwidern müsse, "wovón soll ich leben?"

Die Verhältnisse lägen draußen im Lande nicht viel besser. Die Erregung unter den Angestellten sei schon jetzt ganz gewaltig. Man könne fragen, wen man wolle, immer erhalte man die ruhige Antwort,"ich will nicht verhungern". Dazu komme noch, daß viele Beamten und Angestellten noch irgend jemand unterhalten müßten. Auf der anderen Seite seien auch die Anforderungen an die Arbeitskraft des Einzelnen an der Grenze des Möglichen angelangt.

Der Herr Generalgouverneur macht auf Grund dieser offiziellen Stellungnahme der Gouverneure folgende Ausführungen:

Ich befinde mich persönlich in einer sehr schwierigen Lage. Die Neuregelung der Zulage sollte auf Grund eines Erlasses im Reichshaushalts- und Besoldungsblatt mit Wirkung vom 1. Mai 1942 in Kraft treten. Es bedurfte eines ungeheuren Einsatzes, um diesen Termin vorerst zu verschieben. Für die Hauptabteilung Finanzen muß ich erklären, daß sie alles getan hat, um das Interesse des Generalgouvernements zu vertreten. Die Angelegenheit baut sich auf folgender Grundlage auf: die hier im Lande anwesenden Offiziere und Wehrmachtsangehörigen nahmen an den Einkünften der nichtsoldatischen Reichsangehörigen Anstoß. Aus diesem Neideffekt - ich kann es nicht anders bezeichnen - ist nun künstlich ein Sturm der Entrüstung entfacht worden, der ohne Rücksicht auf den wirklichen Realwert des Einkommens der Deutschen hier im Lande lediglich die Summen verglich, und der sagte, der Offizier bekommt das, der Regierungsrat bekommt das ..... Dann hat man die Sache beim Führer vorgetragen, und der Führer hat in seiner Fürsorge, das Interesse der Wehrmacht im Generalgouvernement zu wahren, eine Überinstanz gebildet, die diese Frage prüfen und entscheiden sollte. Es fanden dann monatelange Verhandlungen statt, an denen unsere Herren, selbst Staatssekretär Dr. Bühler, immer wieder teilgenommen haben. Und auch ich selber habe mich persönlich

eingeschaltet. Trotzdem ist dann diese Verlautbarung im Reichshaushalts- und Besoldungsblatt ergangen.

Ich habe bis heute - Sie werden ermessen, welche Verantwortung ich übernehme, - trotzdem diese Anordnung auf ehe Vollmacht des Führers gestützt ist, die Durchführung dieser Regelung, die ausschließlich nur für uns gilt, hintangehalten aus den Erwägungen heraus, die die Gouverneure formuliert haben, die aber auch jeder Kreishauptmann genau so vorbringen würde. Ich möchte allem vorweg betonen, daß ich auch in Zukunft unter schärfstem und allerletztem Einsatz meiner Person diese Generalgouvernementszulage-Regelung nicht einführen werde, es sei denn, daß ma mir vom Staatssekretär der Regierung bewiesen werden könnte, daß die wirkliche Existenz, also die reale tägliche Existenz der auf unseren Ruf hier erschienenen Beamten und Angestellten durch die Neuregelung im Zusammenhang mit von uns zu schaffenden Einrichtungen wie Verkaufsstellen, Essens- und Mietverbilligung usw. gegenüber dem summarischen Verlust genau so weitergeführt werden kann wie bisher. Da mir in diesem Augenblick aus vielen Gründen, die auch Ihnen bekannt sind, ein derartiger Bericht des Staatssekretärs der Regierung nicht vorliegt, da ich also in diesem Augenblick nicht feststellen kann, daß wir Kaufhäuser, Kasinos, Mietverbilligung, Kleider- und Schuhe-Instandsetzungswerkstätten so zur Verfügung bekommen, daß das Realeinkommen, wie es notwendig ist, zur Aufrechterhaltung des Dienstes gewährleistet ist, warte ich ab, bis ein Mitglied des Killi-Ausschusses in Krakau erscheinen wird, damit erneut Verhandlungen in dieser Frage gepflogen werden können.

Staatssekretär Dr. Bühler hat mir heute ein Schreiben des Reichskabinettsrats Killi vorgelegt, in dem dieser sein Erscheinen in Krakau noch vor

Weihnachten angekündigt hat. Ich werde mit ihm persönlich verhandeln. Den Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen weise ich zu Protokoll an, die neue Generalgouvernementszulage bis zu meiner schriftlichen Genehmigung nicht einzuführen. Die Verantwortung dafür übernehme ich persönlich. Über das Ergebnis der Verhandlungen mit Herrn Killi werde ich Sie in Kenntnis setzen. Ich hoffe, daß wir zu einem richtigen Ergebnis kommen werden, das beide Teile befriedigt.

Ich bitte Sie, diese meine jetzige Entscheidung mündlich bekannt zu geben. Ich betone, daß die Neuregelung in der jetzigen Form allenfalls durch meinen Nachfolger eingeführt werden müßte. Es gibt Dinge, die ungerecht sind. Die vielen braven deutschen Menschen sind im Vertrauen auf reichsamtliche Zusagen in dieses neue Gebiet gekommen. Wir können beweisen, daß sie unter steigender Lebensgefahr arbeiten müssen; die Liste der ermordeten Deutschen wächst. Es ist ungerecht, wenn man das summarische Einkommen reduziert, wo an und für sich durch das unaufhörliche Aufbessern der Bezüge in der Wehrmacht und infolge der Preisentwicklung auf dem allgemeinwirtschaftlichem Sektor die Vergleichsbasis dauernd zum Nachteil unserer Beamten und Angestellten absinkt.

Ich werde bei den persönlichen Verhandlungen mit Herrn Killi Staatssekretär Dr. Bühler, Ministerialrat Dr. Siebert und Dr. Wendler als Vertreter der Gouverneure zuziehen.

Staatssekretär Dr. Bühler knüpft an die Ausführungen von Gouverneur Dr. Wendler an und erklärt, daß man lieber darüber verhandeln sollte, ob die jetzt gewährten Zulagen überhaupt noch ausreichten, um einen angemessenen Lebensstandard der Deutschen im Generalgouvernement aufrecht zu erhalten. Die Frage der Senkung der Zulagen müsse also in ein sekundäres Bedeutungsstadium treten.

Unabhängig davon müßten heute bereits Maßnahmen ergriffen werden zu dem Zweck, eine noch weiter steigende Teuerung für die Deutschen im Lande abzustellen. Seiner Meinung nach sei erforderlich, daß in allen Distrikten an den Problemen wie beispielsweise Senkung der Mieten auf reichsdeutsches Mietsniveau, Einrichtung der Gemeinschaftsverpflegung, Gemeinschaftsversorgung auf gewerblichem und handwerklichem Gebiet usw. weiter-zu-arbeiten." Vorarbeiten dazu seien für den Regierungsbereich und zum Teil für das ganze Generalgouvernement bereits von Assessor Dr. Medem und Notar Dr. Gutbrodt geleistet worden. Er halte es für erforderlich, diese Maßnahmen intensiv zu steigern und mit den Distrikten schon jetzt enge Fühlung zu halten, um die Deutschen von den weiteren Teuerungen im Lande unabhängig zu machen.

Auch Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann stellt als Leiter des Amtes für Preisbildung amtlich fest, daß die Sorgen der richtigen Bezahlung der Deutschen begründet sind. Er müsse sich, was die Einrichtung für angemessene Verpflegung und Versorgung der Deutschen mit gewerblichen Waren betreffe, den Ausführungen von Staatssekretär Dr. Bühler anschließen. Gerade auf dem Gebiete der handwerklichen Leistung, der Transportleistung könne man auf preislichem Gebiet wenig erreichen. Auf dem Ernährungssektor sehe es auf Grund des Vorhandenseins deutscher Geschäfte etwas besser aus. Das sei aber nur ein Teil der Unkosten der Beamten und Angestellten. Auch das Amt für Preisbildung arbeite eifrig an den Problemen einer Versorgung der deutschen Beamten und Angestellten zu angemessenen Preisen.

Von Staatssekretär Dr. Bühler habe er den Auftrag erhalten, sich besonders des Mietproblems und der Versorgung der Deutschen auf dem Leistungssektor durch Einrichtung eines Schneider- und Schuh-Reparaturdienstes anzunehmen. Dafür müßten aber die notwendigen Materialien wie auch die notwendigen Lebensmittel der in diesen Diensten arbeitenden Polen herbeigeschafft werden.

Die Verhandlungen, insbesondere mit der Hauptabteilung E. und L. seien im Gange.

Gouverneur Kundt weist darauf hin, daß die Arbeitsleistung des gesamten deutschen Personals im dauernden Anstieg begriffen sei, da die jüngeren Männer zur Wehrmacht eingezogen würden und die verbleibenden Arbeitskräfte meistens deren Arbeit zusätzlich übernehmen müßten. Aus dieser Tatsache sei ersichtlich, daß das Durchschnittsalter des Personals immer höher steige. Die Arbeitsleistung verlange aber die Kraft des gesamten Menschen und deswegen sei ein starker Rückgang des Gesundheitszustandes zu verzeichnen. Viele Leute müßten infolge Krankheit dem Dienst fernbleiben und auch deren Arbeit müßten die übrigen noch leisten. Die Arbeitsleistungen des Einzelnen würden also immer größer und man könne sie nicht mit den Leistungen, die der Einzelne in der Heimat vollbringen müsse, vergleichen. Dort könnten die Beamten und Angestellten pünktlich nach Hause gehen und hätten ihre Abende und Sonntage frei. Bei uns würden die Männer noch zum Polizeihilfsdienst herangezogen. Bei der Wehrmacht könnten die Dienststunden eingehalten werden. Dieser Gesichtspunkt der Mehrleistungen der Beamten und Angestellten des Generalgouvernements müsse ebenfalls angeführt werden.

Gouverneur Dr. Wendler spricht dem Herrn Generalgouverneur im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements für seine Stellungnahme zum Schluß den Dank aus.

Holzbeschaffungsplan:

Präsident Dr. Eißfeldt führt dazu aus, daß während der vergangenen drei Jahre im Generalgouvernement die dringendsten Anforderungen für Holz hätten befriedigt werden können, daß die Entwicklung der Lage aber

jetzt zu ernsten Sorgen Anlaß gebe. Auf der einen Seite würden die Schwierigkeiten immer größer, während auf der anderen Seite gerade in der letzten Zeit der Holzbedarf ins Uferlose steige. Da die Ukraine waldarm sei, hänge der ganze südliche Teil der Ostfront in der Holzversorgung am Generalgouvernement. Gerade im Kriege werde vieles aus Holz gebaut, zu dem man in normalen Zeiten andere Materialien verwende.

Seit mehreren Monaten sei die gesamte Sperrholzproduktion des Generalgouvernemnets beschlagnahmt, um daraus die Winterzellen für die Ostfront herzustellen. Vor kurzer Zeit habe das Generalgouvernement zur Behebung der Schwierigkeiten der Schlammperiode lo ooo , dicke Bohlen binnen 14 Tagen einschneiden müssen. Weiter sei ein Programm vorgesehen, auf Grund dessen 38o ooo Schlitten und Fahrzeuge hergestellt werden müßten.

Da an der Front wegen der Partisanengefahr keine Einschläge vorgenommen werden könnten und außerdem keine Fertigungsbetriebe vorhanden seien, müsse jede Wehrmachtsstelle auf die Bestände und die Betriebe des Generalgouvernements zurückgreifen. Eine starke Belastung erfahre die Holzsituation des Generalgouvernements durch die Luftwaffe, die für die Errichtung von Flugzeughallen und Baracken, die Auslegung der Rollfelder mit Bohlen große Mengen Holz benötige. In Warschau arbeite ein großes Propellerwerk, das das gesamte Eschenholz des Generalgouvernements und der östlichen Gebiete mit Beschlag belege. Ferner müßten 2o ooo cbm Kiefern- und Fichtenholz nach Italien geliefert werden. Weiter verschlinge das Riesenbauprogramm der Ostbahn ungeheure Holzmengen. So müßten ihr z.B. im kommenden Jahr 1,7 Millionen Stück Eisenbahnschwellen geliefert werden, deren Zahl sich voraussichtlich noch erhöhen werde.

Die Hälfte des Grubenholzes, das in Oberschlesien gebraucht werde, stamme aus Lieferungen des Generalgouvernements. Auf dem Sektor der Ernährungswirtschaft würden für den Bau von riesigen Getreidelagern ebenfalls gewaltige Holzmengen benötigt. Außerdem werde der Rohstoff Holz in zunehmendem Maße auch als Grundstoff zur Herstellung von Textilien, Papier, Pulver, Treibstoff, Traubenzucker, Futtermelasse usw.angefordert.

Auch die Durchführung der sogenannten Kupferaktion stelle an das Generalgouvernement gewaltige Anforderungen: im Reich und in den besetzten Gebieten würden nämlich sämtliche Kupferleitungen durch Eisenleitungen ersetzt; da man für den jetzigen Kupferdraht einen achtmal so starken Eisendraht verwenden müsse, ergebe sich die Notwendigkeit, die bisherigen Masten durch stärkere zu ersetzen. Zu diesem Zweck müsse die Hauptabteilung Forsten 8o ooo Holzmasten von je 16 Meter Länge und mit einem Durchmesser von 22 cm an der Spitze liefern. Weitere Anforderungen stellten die Lieferungen von Faserholz für die Zellstoff-Fabriken im Osten des Reiches. So habe man kürzlich innerhalb von 25 Tagen 6o ooo cbm dieses Faserholzes ins Reich transportiert. Aus all' diesen Aufzählungen könne man ersehen, daß die Anforderungen an die Holzwirtschaft des Generalgouvernements im ständigen Steigen begriffen sei. Es sei heute noch nicht abzusehen, welche Höhe sie im Verlaufe des nächsten Jahres erreichen würden.

Auf der anderen Seite verursachte die Holzbeschaffung immer größere Schwierigkeiten. Heute sei es nicht mehr möglich, die Holzeinschläge nach forstlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Außergewöhnliche Schwierigkeiten verursachten die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Ernährungs- und Bekleidungsfragen der Forstarbeiter und der Holztransport.

Man müsse oft den unrentablen Weg einschlagen, das Holz mit Panjewagen abzufahren. Lastzüge stünden nur in unzureichender Menge zur Verfügung. Ihr Ersatz aus dem Reich stoße auf größte Schwierigkeiten. Erst kürzlich sei ein Transport Lastkraftwagen, den die Reichsforstverwaltung für das Generalgouvernement bestimmt hatte, von der Wehrmacht beschlagnahmt und nach Frankreich geliefert worden. Leider sei auch die Zahl der Panjegespanne viel zu gering.

Alle diese Momente hätten dazu geführt, daß der Herr Generalgouverneur einen Holzbeschaffungsplan 1943, aufgestellt habe; der entsprechende Erlaß werde in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommen. Darin seien alle Gesichtspunkte für eine Holzbeschaffung zusammengefaßt. Sämtliche Dienststellen der Hauptabteilung Forsten seien auf die Holzbeschaffung ausgerichtet, während sämtliche Aufforstungsarbeiten zurückgestellt worden seien.

Nach den letzten Einziehungen zur Wehrmacht verfüge die Hauptabteilung Forsten bei einer Gesamtzahl von lo ooo Forstbeamten nur über 16o Deutsche. Leider sei zu befürchten, daß von diesen noch eine größere Anzahl eingezogen werde, da fast alle Reserveoffiziere seien. Er sei deshalb gezwungen, in seiner Hauptabteilung aus allen Tätigkeiten, die keine forstliche Ausbildung erforderten, die Forstbeamten herauszuziehen und sie durch andere oder auch weibliche Kräfte zu ersetzen.

Die Zuteilungen an Holz müßten in Zukunft auf Grund einer aufzustellenden Rangliste erfolgen. Diese Maßnahme habe man bisher umgehen können. Jetzt könne man aber nur auf diese Weise den dringendsten Bedarf liefern. Weiter müsse die Schnittholzzuteilung nur noch für den Zeitraum eines Vierteljahres im Gegensatz zu bisher einem Jahr vorgenommen werden.

Er bitte alle Dienststellen, ihm bei der Zurverfügungstellung von weiblichen Angestellten, die in der Hauptabteilung Forsten als Ersatz für die frei zu machenden Forstbeamten benötigt würden, behilflich zu sein. Zu diesem Zweck stehe er mit der Hauptabteilung Arbeit in dauernder Verbindung. Auch müsse er in der Erlangung der notwendigen Lebensmittel, Kleider und Schuhe für die Forstarbeiter unterstützt werden. In den Karpaten z.B. würden die Waldarbeiter die ganze Woche im Wald verbringen; das könne man aber nicht verlangen, wenn sie nicht warm gekleidet seien und keine Lebensmittel zum Mitnehmen hätten.

Auf dem Transportsektor sei es notwendig, daß alle Gespanne, die irgendwie zur Verfügung seien, für die Holzbeförderung herangezogen werden könnten. Durch eine schärfere Differenzierung ließen sich noch ungeheure Reserven herausholen. Er habe festgestellt, daß z.B., wenn die Frühjahrsbestellung angeordnet werde, die Panjes sich vor der Holzabfuhr drückten und länger als notwendig der Arbeit fern blieben. Man müsse da eine schärfere Überwachung und Einteilung vornehmen.

Präsident Dr. Eißfeldt richtet dann noch Bitten um Unterstützung an die Abteilung Straßenverkehr zwecks Erlangung von weiteren Lastzügen und Treibstoff, an die Ostbahn, an die Hauptabteilung Wirtschaft zwecks Versorgung der bäuerlichen Gespanne mit Leder, Eisen, Hafer usw..

Im Holzbeschaffungsplan 1943 spiele die Intensivierung der Forstwirtschaft des Distrikts Galizien eine besondere Rolle. Dieser Distrikt sei erst zwei Jahre später zum Generalgouvernement gestoßen. Die sowjetischen Zerstörungen und die große Hochwasserkatastrophe im August 1941 hätten hier große Vorarbeiten wie z.B. die Errichtung von 3?o Brücken notwendig

gemacht. Auch das rollende Material auf den Waldbahnen sei von den Russen verschleppt worden und habe allmählich ersetzt werden müssen. Nunmehr müsse aus dieser Distrikt, der 2/5 der Waldfläche des Generalgouvernements in seinen Grenzen beherberge, in erhöhtem Maße für die Holzbeschaffung herangezogen werden. Dazu sei die Erhöhung des Personals notwendig. Er sei gezwungen, aus den anderen Distrikten Arbeitskräfte abzuziehen und in Galizien einzusetzen. Die Bereitstellung von Lastkraftwagen und Treibstoff für Galizien sei besonders dringend.

Alle mitbeteiligten Stellen müßten mithelfen, die ungeheuren Schwierigkeiten zu meistern, da dies mit den Mitteln der Forstwirtschaft allein nicht möglich ist. Insbesondere bitte er allen notwendig werdenden Kürzungen in der Holzbelieferung Verständnis entgegenzubringen. Besonders müsse auch darauf geachtet werden, daß mit dem Holz nach Menge und Güte vorsichtig umgegangen werde, daß also nicht besseres Holz als unbedingt notwendig angefordert werde. Die ganze Holzbewirtschaftung werde auch durch Anlegung zu großer Holzreserven bei den einzelnen Bedarfsträgern gestört. Holz, das von einer Dienststelle im Moment nicht gebraucht werde, könne anderweitig große Schwierigkeiten beseitigen helfen.

Gouverneur Dr. Wächter weist noch darauf hin, daß die Forstwirtschaft im Distrikt Galizien besonders darunter leidet, daß die Arbeitsleistungen des unteren Personals minderwertig sei. Zur Russenzeit sei im Distrikt Galizien nur polnisches Personal tätig gewesen, das die Sowjets bei ihrem Abzug mitgeschleppt hätten.

Präsident Dr. Eißfeldt erklärt dazu, daß man im Distrikt Galizien kein ukrainisches Forstpersonal vorgefunden habe. Bei der Übernahme sei versucht worden, polnische Beamte einzusetzen; dieses Vorgehen habe aber die Ukrainer gekränkt.

Sie hätten dann die polnischen Beamten angeschwärzt und die darauf-hin erfolgten Verhaftungen hätten große Lücken in den Personalstand gerissen. Man habe deshalb viel ungeschultes Personal einsetzen müssen. Er sei ständig dabei, hier Abhilfe zu schaffen. -

Gouverneur Kundt bringt zum Schluß folgenden Punkt zur Sprache: vor einigen Tagen sei vom Herrn Generalgouverneur ein Erlaß herausgegeben worden, demzufolge sämtliche Erlässe der Gouverneure vor ihrer Herausgabe der Genehmigung des Amtes für Gesetzgebung bedürfen. Diese Übung bedeute eine kolossale Erschwerung des Arbeitsganges.

Der Herr Generalgouverneur überträgt die Untersuchung und Entscheidung dieser Angelegenheit dem Herrn Staatssekretär der Regierung.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 2o Minuten.